

Jahresabschluss und Lagebericht der Deutschen Bank AG 2014

Leistung aus Leidenschaft



1

Lagebericht

- 04 Überblick über die Geschäftsentwicklung
 - Unsere Organisation – 4
 - Wirtschaftliches Umfeld – 6
 - Überblick über den Geschäftsverlauf – 10
 - Gewinn- und Verlustrechnung – 12
 - Bilanz – 15
 - Ereignisse nach dem Bilanzstichtag – 17
- 18 Ausblick
- 29 Risikobericht
 - Grundsätze des Risikomanagements – 29
 - Rahmenwerk für das Risikomanagement – 30
 - Risiken der Deutsche Bank AG im Konzernverbund – 31
 - Organisation des Risikomanagements – 31
 - Risikostrategie und Risikotoleranz – 34
 - Risikosteuerungsinstrumente – 36
 - Risikoarten – 37
 - Risikoprofil – 43
 - Kreditrisiko – 45
 - Marktrisiko – 47
 - Liquiditätsrisiko – 49
 - Kapitaladäquanz – 51
- 57 Vergütungsbericht
- 100 Internes Kontrollsystem bezogen auf die Rechnungslegung
- 104 Nicht-finanzielle Leistungsindikatoren
- 110 Angaben nach § 289 Absatz 4 HGB und erläuternder Bericht

2

Jahresabschluss

- 116 Bilanz zum 31. Dezember 2014
- 118 Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014
- 119 Anhang
 - Allgemeine Angaben – 119
 - Erläuterungen zur Bilanz – 125
 - Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung – 138
 - Sonstige Erläuterungen – 139
 - Anteilsbesitz – 147
 - Gremien – 172
 - Verzeichnis der Mandate – 176

3

Bestätigungen

- 185 Versicherung der gesetzlichen Vertreter
- 186 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

1

Lagebericht

04	Überblick über die Geschäftsentwicklung
	Unsere Organisation – 4
	Wirtschaftliches Umfeld – 6
	Überblick über den Geschäftsverlauf – 10
	Gewinn- und Verlustrechnung – 12
	Bilanz – 15
	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag – 17
18	Ausblick
29	Risikobericht
	Grundsätze des Risikomanagements – 29
	Rahmenwerk für das Risikomanagement – 30
	Risiken der Deutsche Bank AG im Konzernverbund – 31
	Organisation des Risikomanagements – 31
	Risikostrategie und Risikotoleranz – 34
	Risikosteuerungsinstrumente – 36
	Risikoarten – 37
	Risikoprofil – 43
	Kreditrisiko – 45
	Marktrisiko – 47
	Liquiditätsrisiko – 49
	Kapitaladäquanz – 51
57	Vergütungsbericht
100	Internes Kontrollsystem bezogen auf die Rechnungslegung
104	Nicht-finanzielle Leistungsindikatoren
110	Angaben nach § 289 Absatz 4 HGB und erläuternder Bericht

Überblick über die Geschäftsentwicklung

Unsere Organisation

Die Deutsche Bank, die ihren Hauptsitz in Frankfurt am Main hat, ist Deutschlands größte Bank und gehört mit einer Bilanzsumme von 1.718 Mrd € (Stand: 31. Dezember 2014) zu den führenden Finanzdienstleistern in Europa und weltweit. Zum Jahresende 2014 beschäftigte die Bank 98.138 Mitarbeiter (gerechnet auf Basis von Vollzeitkräften), die in 71 Ländern und 2.814 Niederlassungen (66 % davon in Deutschland) tätig sind. Wir bieten Privat-, Firmen- und institutionellen Kunden weltweit eine Vielzahl von Investment-, Finanz- und damit verbundenen Produkten sowie Dienstleistungen an.

Nach einer umfassenden Überprüfung unserer Strategie haben wir unsere Organisationsstruktur im vierten Quartal 2012 neu ausgerichtet. Wir haben unser Bekenntnis zum Universalbankmodell und unseren vier bestehenden Unternehmensbereichen erneuert. Wir haben diesen Fokus durch einen integrierten Unternehmensbereich Deutsche Asset & Wealth Management gestärkt, der auch ehemalige Corporate Banking & Securities-Bereiche, wie börsengehandelte Fonds (ETFs), beinhaltet. Darüber hinaus haben wir mit der Non-Core Operations Unit einen neuen Unternehmensbereich geschaffen. Dieser neue Bereich umfasst den früheren Konzernbereich Corporate Investments (CI) sowie nicht zum Kerngeschäft gehörende Aktivitäten, die aus anderen Unternehmensbereichen auf ihn übertragen wurden.

Zum 31. Dezember 2014 setzte sich der Deutsche Bank-Konzern aus den folgenden fünf Unternehmensbereichen zusammen:

- Corporate Banking & Securities (CB&S)
- Private & Business Clients (PBC)
- Global Transaction Banking (GTB)
- Deutsche Asset & Wealth Management (Deutsche AWM)
- Non-Core Operations Unit (NCOU)

Die fünf Unternehmensbereiche werden von Infrastrukturfunktionen unterstützt. Darüber hinaus haben wir eine regionale Managementstruktur, die weltweit regionale Zuständigkeiten abdeckt.

Wir unterhalten Geschäftsbeziehungen mit bestehenden oder potenziellen Kunden in nahezu jedem Land der Welt. Diese Geschäftsaktivitäten werden abgewickelt über:

- Tochtergesellschaften und Niederlassungen in zahlreichen Ländern,
- Repräsentanzen in vielen anderen Ländern und
- einen oder mehrere Repräsentanten zur Betreuung unserer Kunden in einer Reihe von weiteren Ländern.

CB&S setzt sich aus den Geschäftsbereichen Corporate Finance und Markets zusammen. Diese bieten weltweit Finanzdienstleistungen an, zu denen unter anderem die Emission von Aktien und Anleihen, Handelsdienstleistungen für Investoren und die Entwicklung maßgeschneiderter Lösungen im Bereich Unternehmensfinanzierung gehören. Im Geschäftsbereich Corporate Finance betreuen wir unsere Kunden bei Fusionen und Übernahmen und bieten ihnen Eigen- und Fremdkapitalfinanzierungen sowie Beratung im Bereich Unternehmensfinanzierung an. Auch für den öffentlichen Sektor stellen wir eine Reihe von Finanzdienstleistungen bereit. Der Geschäftsbereich Markets ist für den Vertrieb, den Handel und die Strukturierung einer breitgefächerten Palette an festverzinslichen und aktienbezogenen Produkten sowie Aktien, Devisen und Rohstoffen verantwortlich. Der Bereich Structured Finance ist für spezifische Finanzierungen sowie das Management strukturierter Risiken für Kunden in allen Branchen und Vermögensklassen verantwortlich.

Die CB&S-Geschäftsbereiche werden von der Credit Portfolio Strategies Group (CPSG) unterstützt, die für ein breites Spektrum an Kreditportfolios zuständig ist und seit 2013 für die Absicherung bestimmter unbesicherter derivativer Engagements von Geschäftspartnern zuständig ist und die damit verbundenen Risiken durch Implementierung eines strukturierten Absicherungsverfahrens steuert.

Der Unternehmensbereich GTB bietet Commercial Banking-Produkte und -Dienstleistungen für Firmenkunden und Finanzinstitute an. Hierzu gehören die Abwicklung inländischer und grenzüberschreitender Zahlungen, die Finanzierung von internationalen Handelsgeschäften, die Kreditversorgung sowie Serviceleistungen im Treuhand-, Vermittlungs- sowie Wertpapierverwahrungs- und Verwaltungsgeschäft. Unsere Geschäftsbereiche sind:

- Trade Finance und Cash Management Corporates
- Institutional Cash und Securities Services

Deutsche AWM ist einer der führenden globalen Vermögensverwalter. Der Bereich unterstützt durch sein Angebot an traditionellen aktiven, passiven und alternativen Investmentprodukten in allen wichtigen Anlageklassen Privatanleger und Institutionen weltweit dabei, ihr Vermögen zu schützen und auszubauen. Darüber hinaus erbringt Deutsche AWM maßgeschneiderte Vermögensverwaltungs- und Private-Banking-Leistungen für vermögende und sehr vermögende Privatkunden und Familien.

Zur Produkt- und Leistungspalette von Deutsche AWM gehören sowohl aktive als auch passive Anlagestrategien sowie ein breites Spektrum an Vermögensklassen einschließlich Aktien, festverzinslichen Wertpapieren, Immobilien, Infrastruktur, Private Equity und Hedgefonds. Darüber hinaus bietet Deutsche AWM individuelle Vermögensverwaltungslösungen und Private-Banking-Leistungen einschließlich der Kreditvergabe und des diskretionären Portfoliomanagements.

Der Unternehmensbereich PBC betreut Privat- und vermögende Kunden sowie kleinere und mittelständische Unternehmen. Der Unternehmensbereich PBC verfolgt das Geschäftsmodell „Powerhouse“ und fasst drei Geschäftsbereiche unter einer gemeinsamen strategischen Steuerung zusammen. Diese nutzen eine integrierte Service- und IT-Plattform.

- Private & Commercial Banking umfasst alle Aktivitäten von PBC in Deutschland unter der Marke Deutsche Bank.
- Advisory Banking International beinhaltet die Aktivitäten von PBC in Europa (ohne Deutschland) sowie Asien einschließlich unserer Beteiligung an und Partnerschaft mit der Hua Xia Bank in China.
- Postbank setzt sich unter anderem aus Postbank, norisbank, BHW und DB Bauspar zusammen.

PBC bietet ein vergleichbares Spektrum an Bankprodukten und -dienstleistungen in Europa und Asien an. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Ländern sind auf lokale Markt-, Aufsichtsrechts- und Kundenanforderungen zurückzuführen. Wir stellen Anlage- und Versicherungsprodukte, Hypotheken- und Konsumentenkredite, Produkte für Firmenkunden und Leistungen im Zahlungsverkehr sowie Karten-, Konten- und Einlagengeschäft bereit. Darüber hinaus umfasst unser Angebot Produkte für Mid Caps, die im Rahmen unseres Mid-Cap-Joint-Venture von anderen Bereichen bereitgestellt werden.

Im November 2012 haben wir die NCOU geschaffen, die als separater Unternehmensbereich neben unseren Kernbereichen geführt wird. Wie in unserer Strategie 2015+ festgelegt, wollen wir mit der Schaffung der NCOU extern die Transparenz unserer nichtstrategischen Positionen verbessern, den Managementfokus durch Abtrennung der nicht zum Kerngeschäft gehörenden Aktivitäten stärker auf das Kerngeschäft richten und eine gezielte Beschleunigung des Risikoabbaus erreichen. Neben der Verwaltung der globalen Beteiligungen und dem Halten bestimmter nichtstrategischer Vermögenswerte bis zur Endfälligkeit wird die NCOU durch gezielte Maßnahmen zum Risikoabbau die nicht mit unseren künftigen Kernbereichen verbundenen Risiken weiter reduzieren und dadurch den Kapitalbedarf senken. Dabei wird die NCOU den Abbau von Positionen mit weni-

ger günstigen Kapital- und Risiko-Rendite-Profilen priorisieren, damit der Deutsche Bank-Konzern seine Tier-1-Kernkapitalquote gemäß Basel 3 stärken kann.

Wirtschaftliches Umfeld

Die Weltwirtschaft

Für 2014 erwarten wir, dass das Wachstum der Weltwirtschaft mit 3,4 % weiter relativ schwach geblieben sein dürfte, was der Wachstumsrate des Vorjahres entspricht. Die wirtschaftliche Entwicklung hatte im ersten Quartal 2014 mit 3,6 % gegenüber dem Vorjahr ihren Höhepunkt erreicht und schwächte sich im weiteren Jahresverlauf auf 3,3 % ab.

Während sich im Jahresdurchschnitt 2014 das Wachstum in den Industrieländern beschleunigt haben dürfte, schwächte es sich in den Schwellenländern ab. Die Wirtschaftsleistung dürfte in den Industrieländern um 1,2 % im Jahr 2013 und um 1,7 % im Jahr 2014 zugelegt haben. Weiter dämpfte der Abbau der privaten Verschuldung das Wachstum insbesondere in der Eurozone. Die Geldpolitik der großen Zentralbanken war weiter extrem expansiv ausgerichtet und stützte die Weltkonjunktur. Die Leitzinsen lagen im Jahr 2014 weiter auf historisch niedrigen Niveaus und zudem lieferten umfangreiche quantitative Lockerungen zusätzliche Impulse.

Die Eurozone setzte ihren Mitte des Jahres 2013 begonnenen moderaten Erholungskurs im Jahr 2014 fort. Im Jahresdurchschnitt 2014 stieg das Bruttoinlandsprodukt um 0,9 %, nach einem Rückgang um 0,4 % im Jahr 2013. Der Konsum dürfte der Hauptwachstumstreiber gewesen sein. Das Wachstum der deutschen Wirtschaft beschleunigte sich von 0,1 % im Jahr 2013 auf 1,6 % im Jahr 2014. Nach Stagnation über den Sommer hinweg beschleunigte sich das Wachstum im vierten Quartal wieder deutlich. Gestützt wird die deutsche Konjunktur durch die solide Entwicklung des Konsums. Dieser profitiert vom Beschäftigungsrekord und soliden realen Einkommenszuwächsen. Im Verlauf des Jahres 2014 entschied sich die Europäische Zentralbank (EZB) aus Sorge vor einer negativen Rückkopplungsschleife aus abgeschwächter Inflation, einer Entkopplung der Inflationserwartungen und einem schwachen Bankensystem, das das Kreditangebot einschränkt, ihre Politik noch expansiver auszurichten. Sie senkte den Leitzins im Jahresverlauf auf 0,05 %, stellte den Banken mit den gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (TLTROs) Liquidität zur Verfügung und startete gegen Jahresende ein Kaufprogramm für Covered-Bonds und ABS-Papiere.

Das Wachstum der US-Wirtschaft beschleunigte sich im Jahr 2014 trotz des wetterbedingten Rückgangs des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal leicht von 2,2 % im Jahr 2013 auf 2,4 % im Jahr 2014. Zurück ging dies auf die kontinuierliche Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt, den Fracking-Boom sowie positive Vermögenseffekte durch die fortgesetzte Belebung auf dem Immobilienmarkt und die kräftigen Kursanstiege an den Aktienmärkten. Unterstützend wirkte dabei die expansiv ausgerichtete Geldpolitik der Federal Reserve. Infolge der soliden Konjunkturentwicklung reduzierte die Fed ihre Assetkäufe im Jahresverlauf immer weiter und beendete sie im Oktober.

In Japan schwächte sich das Wachstum von 1,6 % im Jahr 2013 auf nur noch Stagnation im Jahr 2014 ab. Dafür verantwortlich war maßgeblich die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 5 % auf 8 % im April 2014. Die äußerst expansiv ausgerichtete Fiskal- und Geldpolitik, die ersten beiden Pfeiler der sogenannten „Abenomics“, unterstützen weiter die japanische Konjunktur. Für den dritten Pfeiler der „Abenomics“, die tiefgreifenden Strukturreformen, steht die Implementierung noch weitgehend aus.

Das Wirtschaftswachstum in den Schwellenländern dürfte sich von 5,0 % im Jahr 2013 auf 4,6 % im Jahr 2014 verlangsamt haben. Dies geht zum einen auf eine relativ schwache externe Nachfrage zurück und zum anderen auf Angebotsbeschränkungen wie beispielsweise ein langsames Wachstum des Arbeitsangebots und des Kapitalstocks. Das Wachstum schwächte sich in allen Regionen ab, wobei die Verlangsamung in Lateinamerika am stärksten ausgefallen sein dürfte.

Das Wachstum in Asien (ohne Japan) dürfte sich von 6,6 % im Jahr 2013 auf 6,5 % im Jahr 2014 leicht abgeschwächt haben. Insbesondere durch die Abschwächung auf dem Immobilienmarkt expandierte Chinas Wirtschaft nach 7,7 % im Jahr 2013 nur noch um 7,4 % im Jahr 2014. In Indien dürfte die Wirtschaft dank investorenfreundlicher Reformen der neuen Regierung unter Ministerpräsident Modi mit 7,2 % stärker als im Vorjahr mit 6,9 % gewachsen sein.

In den Schwellenländern Osteuropas, des Nahen Ostens und Afrikas dürfte sich das Wachstum von 2,6 % im Jahr 2013 auf 2,2 % im Jahr 2014 verlangsamt haben. In Russland schwächte sich das Wachstum vor allem durch die schwache Rohstoffpreisentwicklung und durch die Sanktionen infolge der Ukraine-Krise ab. Nach 1,3 % im Vorjahr lag es im Jahr 2014 bei 0,6 %.

Die wirtschaftliche Aktivität in Lateinamerika dürfte nach 2,5 % im Jahr 2013 nur noch um 0,8 % im Jahr 2014 zugelegt haben. In Brasilien dämpften die politische Unsicherheit der Präsidentschaftswahlen, eine interventionistische Wirtschaftspolitik, die hohe Inflation und die schwachen Rohstoffpreise die Wirtschaft, so dass diese im Jahr 2014 nur in etwa stagniert haben dürfte. Im Jahr 2013 war die brasilianische Wirtschaft noch um 2,5 % gewachsen.

Die Bankenbranche

Für die Bankenbranche war das Jahr 2014 insgesamt von moderaten Fortschritten geprägt, bei einem gleichzeitig anhaltenden starken Gegensatz zwischen Europa und den USA.

In Europa begann das Kreditgeschäft mit Privatkunden im Jahresverlauf wieder leicht zu wachsen, während sich der Rückgang der Volumina bei Unternehmen graduell verlangsamte. Insgesamt stand für den Privatsektor jedoch ein moderates Minus zu Buche. Auf der Einlagenseite verlief die Entwicklung angesichts der immer gravierenderen Auswirkungen des Niedrigzinsumfelds und weiterer Leitzinssenkungen bemerkenswert stetig, hier gab es konstant hohe bzw. immer noch solide Zuwächse bei den Einlagen von Unternehmen bzw. Privatpersonen. In Deutschland legte das Kreditvolumen sowohl mit Unternehmen als auch mit Haushalten im Jahresverlauf etwas zu und schnitt damit erneut besser ab als im Euroraum insgesamt. Bei der Refinanzierung über den Kapitalmarkt waren die Banken in Europa in 2014 deutlich aktiver als in den äußerst schwachen Vorjahren, auch wenn der Durchschnitt des letzten Jahrzehnts noch nicht wieder erreicht wurde. Gleichzeitig hielt sich die Nachfrage nach den von der EZB gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (Targeted Long-Term Refinancing Operations, TLTROs) in Grenzen. Die Bilanzsumme der Banken im Euroraum stieg erstmals seit 2011 wieder moderat an, um rund 2,5 % gegenüber dem Vorjahr.

Im Kreditgeschäft in den USA verstärkte sich im Jahr 2014 der Kontrast zwischen einem mit zweistelligen Raten expandierenden Volumen der Unternehmenskredite und einem nur schwach wachsenden Privatkundengeschäft. Bei Letzterem verzeichneten Konsumentenkredite immerhin einen soliden Anstieg, Immobilienkredite dagegen ein minimales Minus. Das verglichen mit dem Vorjahr ebenfalls – deutlich – rückläufige Hypothekenverbriefungsvolumen unterstreicht, dass die jüngsten Immobilienpreissteigerungen in den USA im Wesentlichen nicht kreditgetrieben sind. Das Einlagenvolumen der Banken nahm weiter kräftig zu, auch wenn das Wachstum zum Jahresende hin plötzlich abbremste.

Das weltweite Investmentbanking verzeichnete in 2014 ein relativ solides Ergebnis, nicht zuletzt dank deutlich höherer Emissionsvolumina bei Aktien und etwas höherer Emissionsvolumina auf der Fremdkapitalseite; im Bereich Fusionen und Übernahmen liefen die Geschäfte sogar hervorragend, sowohl bei Eigenkapitalemissionen als auch M&A wurde damit der beste Wert seit dem Boomjahr 2007 erreicht. Der Handel mit festverzinslichen Wertpapieren schrumpfte in 2014, positiv entwickelte sich dagegen der Aktienhandel. Die Erträge aus Beratung und Emission legten auf breiter Front zu, mit Ausnahme des Konsortialkreditgeschäfts, welches ein leichtes Minus hinnehmen musste. Regional stiegen die Einnahmen in 2014 in Asien und Europa besonders deutlich, allerdings von einer relativ schwachen Ausgangsbasis aus.

Die globale Vermögensverwaltung profitierte weiterhin vom Wachstum der verfügbaren Mittel der vermögenden Kunden in allen wichtigen Regionen. Dazu trugen hohe Wertsteigerungen sowohl an den Aktien- als auch an den Anleihemärkten maßgeblich bei. Die Rendite etwa der 10-jährigen deutschen Bundesanleihen fiel im Jahresverlauf drastisch von knapp 2 % auf 0,5 % zurück und markierte dabei zahlreiche neue Allzeittiefs. Umgekehrt kletterten wichtige Aktienindizes in Nordamerika ebenso wie in Europa auf neue Rekordhochs. Positiv auf das Geschäft dürfte sich vor allem in der zweiten Jahreshälfte auch die insgesamt höhere Marktvolatilität ausgewirkt haben, mit beträchtlichen Bewegungen der Rohstoffpreise (insbesondere Öl) und Wechselkurse.

Mit Blick auf Veränderungen in der Bankenregulierung und Finanzaufsicht lag der Schwerpunkt im Jahr 2014 in Europa auf den Vorbereitungen für den Ende des Jahres erfolgten Start der Bankenunion, zunächst aber der gemeinsamen Bankenaufsicht unter Führung der EZB. Die größten Banken Europas wurden zuvor einer umfassenden Bilanzprüfung und einem Stresstest unterzogen, der die Transparenz und grenzüberschreitende Vergleichbarkeit von Bankdaten verbesserte. Außerdem wurde das neue Regelwerk für die zukünftige Restrukturierung und Abwicklung gescheiterter Banken beschlossen, in welchem unter anderem das Prinzip der Gläubigerbeteiligung eine wichtige Rolle einnimmt. In den USA stand unter anderem das Thema einer Erhöhung der Kapitalanforderungen erneut auf der Tagesordnung, das zudem in eine globale Diskussion über das gesamte verlustabsorptionsfähige Kapital (Total Loss-Absorbing Capacity, TLAC) einfluss. Banken auf beiden Seiten des Atlantiks waren zudem weiterhin von einer Vielzahl an Rechtsstreitigkeiten betroffen, deren Beilegung teilweise erhebliche finanzielle Lasten mit sich brachte.

Unter dem Strich waren die US-amerikanischen Institute dennoch wieder sehr profitabel, mit Nettogewinnen auf Höhe der historischen Rekordstände, dank einer stabilen Entwicklung im operativen Geschäft und einer nochmals leicht sinkenden Kreditrisikovorsorge. In Europa hingegen blieb die Profitabilität der Banken angesichts stagnierender Erträge und wieder steigender Ausgabenniveaus unbefriedigend, trotz eines Rückgangs der Risikokosten.

Deutsche Bank AG

Die Deutsche Bank AG ist die Konzernobergesellschaft des Deutsche Bank-Konzerns und gleichzeitig ihr wesentlichster Bestandteil. Die Steuerung des Deutsche Bank-Konzerns basiert auf IFRS und Geschäftsbereichen anstelle von Einzelgesellschaften. Die Deutsche Bank AG ist vollständig in die Initiativen und Zielvorgaben des Deutsche Bank-Konzerns integriert. Die Wirtschaftsleistung des Konzerns bestimmt letztendlich die Ergebnisse der Deutsche Bank AG. Da die Bank die Option des § 2a Kreditwesengesetz (KWG) in Bezug auf das regulatorische Kapital ausübt, sind die aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten nur auf Gruppenebene anzuwenden. Daher werden die Ergebnisse auf Konzernebene dargestellt. Einzelheiten zu den Finanzdaten auf Ebene des Einzelunternehmens werden im nachfolgenden Abschnitt des Berichts erläutert.

Ergebnis der Deutschen Bank

In 2014 haben wir weiterhin in das künftige Wachstum der Bank investiert und die Kapitalbasis gestärkt. Die Erträge sind trotz des herausfordernden Marktumfelds stabil geblieben. Während wir Fortschritte bei den Einsparungen infolge unseres OpEx-Programms gemacht haben, sind die Kosten durch regulatorisch bedingte Investitionen negativ beeinflusst. Für 2015 erwarten wir weitere Herausforderungen, die wir diszipliniert angehen werden. Dennoch werden wir weiterhin engagiert an unseren Zielen für 2015 arbeiten und die strategische Vision der Deutschen Bank umsetzen.

Die Key Performance-Indikatoren (KPIs) und wesentlichen Finanzkennzahlen des Konzerns im Berichtszeitraum können wie folgt zusammengefasst werden:

- Konzernerträge von 31,9 Mrd € in 2014, ein Anstieg um 34 Mio € gegenüber 2013;
- Ergebnis vor Steuern von 3,1 Mrd €, ein Anstieg um 1,7 Mrd € gegenüber 2013;
- Gewinn nach Steuern von 1,7 Mrd € in 2014, ein Anstieg von 1,0 Mrd € gegenüber 2013;
- Aufwand-Ertrag-Relation (veröffentlicht) von 86,7 % gegenüber 89,0 % in 2013; Aufwand-Ertrag-Relation (bereinigt) von 74,4 % gegenüber 72,5 % in 2013;
- Common Equity Tier-1-Kapitalquote gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung von 11,7 % zum Jahresende 2014;
- Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity (veröffentlicht) von 2,7 %, Anstieg im Vergleich zu 1,2 % in 2013; Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity (bereinigt) von 7,1 %, Rückgang im Vergleich zu 7,7 % in 2013;
- Bereinigte Verschuldungsquote gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung von 3,5 % zum Jahresende 2014;
- Risikogewichtete Aktiva (RWA) (Vollumsetzung) gemäß CRR/CRD 4 von 394 Mrd € zum 31. Dezember 2014.

Die Konzernfinanzkennzahlen sind in der folgenden Tabelle aufgeführt:

Konzernfinanzkennzahlen	Status zum Ende 2014	Status zum Ende 2013
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ¹	2,7 %	1,2 %
Bereinigte Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ²	7,1 %	7,7 %
Aufwand-Ertrag-Relation ³	86,7 %	89,0 %
Bereinigte Aufwand-Ertrag-Relation ⁴	74,4 %	72,5 %
Kostenersparnis ⁵	3,3 Mrd €	2,1 Mrd €
Umsetzungskosten (OpEx) ⁶	2,9 Mrd €	1,8 Mrd €
Common Equity Tier-1-Kapitalquote gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung ⁷	11,7 %	9,7 %
CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung ⁸	3,5 %	2,4 % ⁹

¹ Basierend auf dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnis nach Steuern.

² Basierend auf dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnis nach Steuern, bereinigt um Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, Umsetzungskosten, Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert sowie immaterielle Vermögenswerte, weitere Abfindungszahlungen sowie kreditrisikobezogene Bewertungsanpassungen gemäß CRR/CRD 4 (Credit Valuation Adjustments, CVAs), forderungsbezogene Bewertungsanpassungen (Debt Valuation Adjustments, DVAs) und refinanzierungsbezogene Bewertungsanpassungen (Funding Valuation Adjustments, FVAs). Die Berechnung basiert auf einer bereinigten Steuerquote von 34 % zum 31. Dezember 2014 und 36 % zum 31. Dezember 2013.

³ Prozentualer Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft zuzüglich der Zinsunabhängigen Erträge.

⁴ Basierend auf Zinsunabhängigen Aufwendungen, bereinigt um Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, Umsetzungskosten, Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert sowie immaterielle Vermögenswerte, Aufwendungen im Versicherungsgeschäft, weitere Abfindungszahlungen und andere bereichsspezifische Einmalkosten; geteilt durch die ausgewiesenen Erträge.

⁵ Kostenersparnis aus der Implementierung des OpEx-Programms.

⁶ Umsetzungskosten sind Kosten, die bei der Erzielung von Einsparungen im Rahmen des OpEx-Programms anfallen.

⁷ Die Common Equity Tier-1-Kapitalquote gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung entspricht unserer Kalkulation der Common Equity Tier-1-Kapitalquote ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen der CRR/CRD 4. Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht enthalten.

⁸ Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht enthalten.

⁹ Berücksichtigt nicht die revidierte Berechnung der Verschuldungsquote nach CRR/CRD 4.

Das Ergebnis vor Steuern stieg im Jahresvergleich signifikant auf 3,1 Mrd €, hauptsächlich durch solide Ergebnisse in den Kerngeschäftsbereichen, niedrigere Risikovorsorge und geringere Kosten für Rechtsstreitigkeiten.

Die Erträge beliefen sich im Jahr 2014 auf 31,9 Mrd € und lagen damit um 34 Mio € über dem Wert von 2013. Trotz des herausfordernden Marktumfelds haben CB&S, GTB, und PBC ihre Erträge gesteigert, dagegen sind die Erträge in Deutsche AWM aufgrund von Marktwertschwankungen im Versicherungsgeschäft von Abbey Life leicht zurückgegangen. Die Erträge in der NCOU gingen im Vergleich zum Vorjahr aufgrund des Risikoabbaus zurück.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen betrugen 27,7 Mrd €, ein Rückgang um 2 % gegenüber 2013 aufgrund niedrigerer Kosten für Rechtsstreitigkeiten. Des Weiteren ist der Rückgang auf niedrigere Aufwendungen im Versicherungsgeschäft, eine Kostenreduktion aufgrund von OpEx-Einsparungen und geringere Restrukturierungsaufwendungen zurückzuführen. Hingegen sind die Personalaufwendungen im Vergleich zu 2013 aufgrund von regulatorischen Anforderungen angestiegen.

Durch das OpEx-Programm wurden 2014 jährliche Einsparungen von 3,3 Mrd € erzielt, die damit das Ziel von 2,9 Mrd € übertrafen. Die kumulativen Umsetzungskosten lagen bei 2,9 Mrd €. Davon fielen 1,2 Mrd € in 2014, 1,3 Mrd € in 2013 und 0,5 Mrd € in 2012 an. Im Gegensatz zu den Einsparungen infolge des OpEx-Programms haben das Marktumfeld und die regulatorischen Anforderungen einen negativen Einfluss auf unsere bereinigte Aufwand-Ertrag-Relation und auf unsere bereinigte Eigenkapitalrendite nach Steuern.

Unsere Kapitalbasis wurde gestärkt und die Common Equity Tier-1-Kapitalquote gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung lag mit 11,7 % über dem Ziel unserer Strategie 2015+. Folglich betrug die CRR/CRD 4-Verschuldungsquote (Vollumsetzung) 3,5 % basierend auf einer CRR/CRD 4-Verschuldungsposition von 1.468 Mrd € per Ende 2014.

Die Deutsche Bank hat die Anforderungen des Comprehensive Assessment 2014 der Europäischen Zentralbank (EZB) erfüllt. Die Anforderungen beinhalteten einen Asset Quality Review (AQR) und einen Stresstest, welcher die Kapitalanforderungen der Bank unter verschiedenen Stressszenarien prüfte. Die Ergebnisse haben wiederum bestätigt, dass unsere Kapitalausstattung die regulatorischen Anforderungen übertrifft und die Qualität unserer Vermögenswerte gegeben ist, selbst unter adversen Szenarien. Die identifizierten Anpassungen aus dem AQR waren nicht materiell und haben keine Änderungen in der Berichterstattung zur Folge.

Überblick über den Geschäftsverlauf

Die Deutsche Bank AG erzielte im Geschäftsjahr 2014 einen Jahresüberschuss von 1,3 Mrd €, nach 893 Mio € im Vorjahr. Der Anstieg um 370 Mio € war das Nettoergebnis verschiedener Effekte. Um 1,2 Mrd € verringerte Nettoaufwendungen außerhalb des operativen Betriebsergebnisses vor Steuern wurden durch eine Reduktion des operativen Betriebsergebnisses vor Steuern um ebenfalls 1,2 Mrd € neutralisiert. Eine um 200 Mio € niedrigere Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken sowie ein verringerter Steueraufwand von 676 Mio € (2013: 850 Mio €) verbesserten den Jahresüberschuss um 370 Mio €.

Zum Rückgang des operativen Betriebsergebnisses um 1,2 Mrd € hatten ein Anstieg der Verwaltungsaufwendungen um 662 Mio €, eine Verringerung der Summe der Erträge um 359 Mio € sowie eine Zunahme der Risikovorsorge um 171 Mio € beigetragen.

Die rückläufige Entwicklung der Summe der Erträge, bestehend aus Zins- und Provisionsüberschuss sowie dem Handelsergebnis (Rückgang um 359 Mio € auf 18,5 Mrd €), war das Resultat mehrerer sich teilweise ausgleichender Effekte. Eine leichte Verringerung des Zinsüberschusses um 43 Mio € war überwiegend bedingt durch einen Rückgang der laufenden Erträge (einschließlich Erträgen von verbundenen Unternehmen) um 440 Mio €, während Nettozinserträge aus dem Kredit- und Geldmarktgeschäft sowie Wertpapieren nach Berücksichtigung von Zinsaufwendungen um 397 Mio € anstiegen. Der Provisionsüberschuss stieg um 381 Mio €. Unter Herausrechnung der Effekte aus den Einstellungen in den Sonderposten nach § 340e Absatz 4 HGB verringerte sich das Nettohandelsergebnis um 247 Mio €. Eine zusätzliche Reduzierung des Nettohandelsergebnisses um 450 Mio € ergab sich mangels erneuter Teilauflösung des Sonderpostens des Vorjahres.

Der Verwaltungsaufwand stieg um 662 Mio € auf 13,2 Mrd €. Diese Entwicklung resultierte im Wesentlichen aus einem Anstieg der sonstigen Verwaltungsaufwendungen um 1,1 Mrd €. Darin waren um 387 Mio € höhere Aufwendungen aus konzerninternen Dienstleistungen enthalten, die teilweise durch einen Anstieg der Provisionserträge aus Dienstleistungen an Konzernunternehmen kompensiert wurden. Ursächlich für den verbleibenden Anstieg der Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 673 Mio € waren im Wesentlichen Kosten, die direkt oder indirekt durch bankaufsichtsrechtliche Regulierung verursacht wurden. Gegenläufig hierzu war ein Rückgang des Personalaufwands um 415 Mio €, der im Wesentlichen durch verringerte Aufwendungen für Pensionsverpflichtungen sowie rückläufige nachgelagerte variable Vergütungsbestandteile und Abfindungszahlungen bedingt war.

Der Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen blieb unverändert bei minus 2,3 Mrd €. Niedrigere Aufwendungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten und positive Resultate aus der Anlage des Planvermögens wurden neutralisiert durch einen Verlust aus der Veräußerung des Cosmopolitan Resorts an ein Konzernunternehmen sowie Nettoeffekte aus der Bewertung von Finanzinstrumenten außerhalb des Handelsbuchs. Der Veräußerungsverlust wurde durch eine Dividendenzahlung kompensiert, die unter den laufenden Erträgen aus Anteilen an verbundenen Unternehmen ausgewiesen wird.

Die Kosten der Risikovorsorge, bestehend aus der Kreditrisikovorsorge und dem Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve, erhöhten sich in 2014 um 171 Mio € auf 700 Mio €, in etwa zu gleichen Teilen verursacht durch eine höhere Kreditrisikovorsorge und ein reduziertes positives Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve.

Der negative Saldo der Ergebniskomponenten außerhalb des Betriebsergebnisses vor Steuern verringerte sich um 1,2 Mrd € auf negative 95 Mio €. Die Hauptursache für den Rückgang des negativen Saldos waren niedrigere Abschreibungen auf verbundene Unternehmen, die sich nach Berücksichtigung von Zuschreibungen auf netto 57 Mio € (2013: Nettoabschreibungen von 1,1 Mrd €) beliefen.

Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB wurden in Höhe von 250 Mio € ausgewiesen. Im Vorjahr wurde der Bestand des Fonds um 450 Mio € erhöht.

Der ausgewiesene Steueraufwand im Berichtsjahr belief sich auf 676 Mio € (2013: 850 Mio €).

Die Bilanzsumme stieg zum 31. Dezember 2014 um 135 Mrd € auf 1.520 Mrd €, überwiegend bedingt durch Zuwächse bei den positiven und negativen Marktwerten von Derivaten des Handelsbestands.

Die Bank konnte somit ihre stabile Liquiditäts- und Refinanzierungsbasis im Geschäftsjahr halten und verfügte über eine solide Kapitalposition. Hierzu trugen auch die in 2014 neu emittierten Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals mit einem Bilanzwert von 4,8 Mrd € bei.

Das Eigenkapital (ohne Bilanzgewinn) stieg im Berichtsjahr um 8,7 Mrd € auf 45,6 Mrd € an. Diese Entwicklung resultierte in erster Linie aus der Ausgabe von 359,8 Mio Stammaktien im Juni 2014.

Der Vorstand wird gemeinsam mit dem Aufsichtsrat der Hauptversammlung eine Dividende in Höhe von 75 Cent je Stückaktie vorschlagen.

Gewinn- und Verlustrechnung

Leichter Rückgang des Zinsüberschusses

Der Zinsüberschuss fiel um 43 Mio € auf 8,8 Mrd €, bedingt durch einen Rückgang der laufenden Erträge um 440 Mio € und durch eine teilweise gegenläufige Verbesserung der Nettozinserträge aus dem Kredit- und Geldmarktgeschäft sowie Wertpapieren in Höhe von 397 Mio €. Der Rückgang der laufenden Erträge war das Ergebnis von um 1,6 Mrd € geringeren Erträgen aus Gewinnabführung, teilweise kompensiert durch gestiegene laufende Erträge aus Beteiligungen und aus Anteilen an verbundenen Unternehmen (Anstieg um 931 Mio €) sowie durch um 265 Mio € gestiegene Dividendenerträge aus Aktien. Gegenläufig zu dieser Entwicklung wurde ein Anstieg der Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften in Höhe von 1,1 Mrd € nur teilweise durch einen Rückgang der Zinserträge aus festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 270 Mio € sowie gestiegene Zinsaufwendungen (Anstieg 453 Mio €) kompensiert. Dies führte insgesamt zu dem vorgenannten Nettoeffekt von 397 Mio €.

Anstieg des Provisionsüberschusses

Der im Provisionsgeschäft erzielte Überschuss von 7,2 Mrd € wies einen Anstieg um 381 Mio € gegenüber dem Vorjahreswert auf. Diese Entwicklung war größtenteils auf einen Anstieg der Provisionserträge aus dem Emissionsgeschäft um 191 Mio € sowie um 173 Mio € höhere Erträge aus Dienstleistungen an Konzerngesellschaften zurückzuführen.

Verringertes Handelsergebnis

Die Bank zeigte für 2014 ein positives Handelsergebnis von 2,5 Mrd €, rückläufig um 697 Mio € zum Vorjahr. Der Rückgang wurde durch zwei Faktoren verursacht: Das operative Handelsergebnis verringerte sich um 247 Mio €. Zusätzlich führte das Ausbleiben des Vorjahreseffektes aus der Auflösung des Sonderpostens nach § 340e Absatz 4 HGB zu einer Verringerung des Handelsergebnisses um weitere 450 Mio €.

Verringerte Personalkosten und gestiegene Sachkosten

Die Personalaufwendungen verringerten sich um 415 Mio € auf 5,0 Mrd €. Ein Rückgang der Aufwendungen für Pensionsverpflichtungen sowie verringerte Aufwendungen aus nachgelagerten variablen Vergütungsbestandteilen und Abfindungszahlungen trugen zu dieser Entwicklung bei.

Nachstehende Tabelle zeigt die Zuordnung der Mitarbeiter (Vollzeitäquivalente) nach geografischen Regionen.

Mitarbeiter (Vollzeitkräfte) ¹	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Bundesrepublik Deutschland	10.815	10.604	+211
Europa ohne Deutschland	8.905	9.143	-238
Amerika	1.796	1.755	+41
Afrika/Asien/Australien	5.928	5.869	+59
Insgesamt	27.444	27.371	+73

¹ Vollzeitkräfte unter anteiliger Berücksichtigung von Teilzeitarbeitskräften, ohne Auszubildende, Volontäre/Praktikanten.

Der Anstieg der Mitarbeiterzahlen in Deutschland und Amerika resultiert im Wesentlichen aus der Verstärkung der Kontrollfunktionen (Compliance/Risk/Audit), während die restlichen Veränderungen im Zusammenhang mit Anpassungen im operativen Geschäft stehen.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen (ohne Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen) erhöhten sich um 1,1 Mrd € auf 7,7 Mrd €. Wesentliche Ursachen für die Entwicklung beinhalten gestiegene Kosten der Bankaufsicht (124 Mio €), höhere Bankenabgaben (111 Mio €), zusätzliche Kosten für Zeitarbeit (104 Mio €) sowie höhere Rechtsberatungskosten (99 Mio €). Darüber hinaus stiegen die Aufwendungen aus Konzernverrechnung um 388 Mio €. Dieser Posten wurde teilweise kompensiert durch gestiegene Provisionserträge für erbrachte Dienstleistungen im Konzern, die im Provisionsüberschuss ausgewiesen werden.

Auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen wurden im Berichtsjahr reguläre Abschreibungen von 547 Mio € vorgenommen (Vorjahr: 531 Mio €).

Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen

Der Saldo der Sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen belief sich in 2014 auf minus 2,3 Mrd € und blieb damit unverändert zum Vorjahr. Dieses Nettoergebnis ist das Resultat aus verschiedenen gegenläufigen Effekten. Die wesentlichen Bestandteile, die zu einer Ergebnisverbesserung gegenüber dem Vorjahr führen, sind positive Fremdwährungseffekte bezogen auf das Dotationskapital (1,3 Mrd €) und niedrigere Aufwendungen aus Rechtsstreitigkeiten (1,0 Mrd €). Effekte, die zu einer Reduzierung des Ergebnisses gegenüber dem Vorjahr führen, beinhalten im Wesentlichen Verluste aus konzerninternen Veräußerungen (1,3 Mrd €) sowie das Nettoergebnis von Derivaten außerhalb des Handelsbuchs (minus 1,0 Mrd €). Veräußerungsverluste aus konzerninternen Transaktionen wurden überwiegend durch eine damit zusammenhängende Dividende von einem verbundenen Unternehmen neutralisiert.

Kosten der Risikovorsorge gestiegen

Die Kosten der Risikovorsorge, bestehend aus der Kreditrisikovorsorge und dem Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve, stiegen in 2014 um 171 Mio € auf 700 Mio €. Diese Entwicklung resultierte im Wesentlichen aus einer im Vergleich zum Vorjahr um 89 Mio € angewachsenen Kreditrisikovorsorge sowie aus dem um 82 Mio € gesunkenen Ergebnis der Liquiditätsreserve. Die höhere Kreditrisikovorsorge wurde durch höhere Einzelwertberichtigungen auf Kreditnehmer außerhalb Deutschlands verursacht, teilweise kompensiert durch niedrigere Einzelwertberichtigungen auf in Deutschland ansässige Kreditnehmer.

Übrige ordentliche Erträge/Aufwendungen

Der Saldo der Übrigen Erträge und Aufwendungen belief sich auf minus 95 Mio € (Vorjahr: minus 1,3 Mrd €). Dieser Rückgang wurde hauptsächlich durch die nachfolgend dargestellten Effekte bestimmt. Die Aufwendungen aus Wertberichtigungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen unter Berücksichtigung von Wertaufholungen auf Wertberichtigungen vergangener Perioden gemäß § 340c Absatz 2 HGB verringerten sich um 1,0 Mrd € auf 57 Mio €. Die Bank erfasste Verluste aus wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren von 10 Mio € (2013: Nettoaufwand von 250 Mio €). Gegenläufig hierzu beliefen sich Sonderabschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen auf 97 Mio € (Vorjahr: 60 Mio €).

Außerordentliche Erträge/Aufwendungen

Außerordentliche Erträge in Höhe von 298 Mio € resultierten aus der Verschmelzung von zwei verbundenen Unternehmen zum beizulegenden Zeitwert. Außerordentliche Aufwendungen von 108 Mio € stehen im Zusammenhang mit Restrukturierungsaktivitäten (2013: Aufwendungen in Höhe von 144 Mio €).

Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken

Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB beliefen sich auf 250 Mio € (Vorjahr: 450 Mio €).

Steuern

Im Berichtsjahr 2014 belief sich der Steueraufwand auf 676 Mio €, gegenüber einem Steueraufwand von 850 Mio € in 2013. Die Ertragsteuerquote wurde überwiegend durch steuerlich nicht abzugsfähige Aufwendungen und steuerfreie Erträge beeinflusst.

Jahresüberschuss

Die Deutsche Bank AG erzielte im Geschäftsjahr 2014 einen Jahresüberschuss von 1.263 Mio €, nach einem Jahresüberschuss von 893 Mio € im Vorjahr. Der Anstieg um 370 Mio € war das Ergebnis zahlreicher teils gegenläufiger Effekte. Verminderte nicht-operative Nettoaufwendungen (minus 1,2 Mrd €) wurden durch ein niedrigeres Betriebsergebnis im Vergleich zum Jahr 2013 (ebenso minus 1,2 Mrd €) ausgeglichen. Eine um 200 Mio € verminderte Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken sowie ein geringerer Steueraufwand von 676 Mio € (2013: 850 Mio €) führten zu einem um 370 Mio € verbesserten Jahresüberschuss.

Gewinnverwendungsvorschlag: Konstante Dividende von 75 Cent

Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr in Höhe von 156 Mio € sowie der Einstellungen in andere Gewinnrücklagen von 250 Mio € belief sich der Bilanzgewinn zum 31. Dezember 2014 auf 1.169 Mio €. Die Bank wird der Hauptversammlung vorschlagen, den Bilanzgewinn zur Zahlung einer Dividende von 75 Cent je Stückaktie zu verwenden, was basierend auf den insgesamt emittierten Aktien zu einer Dividendensumme von 1.034 Mio € führt, sowie den verbleibenden Bilanzgewinn in Höhe von 135 Mio € auf neue Rechnung vorzutragen.

Zusammengefasste Gewinn- und Verlustrechnung der Deutschen Bank AG:

in Mio €	2014	2013	Veränderung	
			in Mio €	in %
Zinserträge ¹	10.227	9.377	850	9
Laufende Erträge ²	5.811	6.252	-440	-7
Zinserträge insgesamt	16.038	15.629	410	3
Zinsaufwendungen	7.264	6.811	453	7
Zinsüberschuss	8.774	8.817	-43	-0
Provisionserträge	8.731	8.015	715	9
Provisionsaufwendungen	1.497	1.163	334	29
Provisionsüberschuss	7.233	6.852	381	6
Nettoertrag des Handelsbestands	2.456	3.153	-697	-22
davon Auflösung von Sonderposten nach § 340e Absatz 4 HGB	0	450	-450	N/A
Löhne und Gehälter	4.502	4.411	90	2
Soziale Abgaben ³	465	970	-505	-52
Personalaufwand	4.967	5.381	-415	-8
Andere Verwaltungsaufwendungen ⁴	8.230	7.154	1.077	15
Verwaltungsaufwand	13.197	12.535	662	5
Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen	-2.283	-2.278	-5	0
Risikovorsorge	700	529	171	32
Betriebsergebnis	2.284	3.481	-1.197	-34
Saldo der übrigen Erträge/Aufwendungen	-95	-1.287	1.192	-93
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	-250	-450	200	-44
Ergebnis vor Steuern	1.939	1.743	196	11
Steuern	676	850	-175	-21
Jahresüberschuss	1.263	893	370	41
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	156	28	128	N/A
	1.419	920	499	54
Einstellungen in Gewinnrücklagen	250	0	250	N/A
- in andere Gewinnrücklagen	250	0	250	N/A
Bilanzgewinn	1.169	920	249	27

¹ Aus Kredit- und Geldmarktgeschäften, festverzinslichen Wertpapieren, Schuldbuchforderungen sowie dem Leasinggeschäft.

² Aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen (einschließlich Gewinnabführungsverträgen).

³ Einschließlich Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung.

⁴ Einschließlich Normalabschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen.

Bilanz

Die Bilanzsumme der Deutschen Bank AG belief sich am 31. Dezember 2014 auf 1.520,5 Mrd €. Der Anstieg um 135,0 Mrd € (9,7 %) resultiert hauptsächlich aus positiven und negativen Marktwerten von Derivaten im Handelsbestand, die im Wesentlichen auf zins- und währungsbezogene Produkte entfallen. Der Anstieg der Marktwerte beruht auf erhöhten Schwankungen der zugrunde liegenden Basiswerte.

Kreditvolumen

Das Kreditvolumen (ohne durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte und Forderungen aus Wertpapierkassageschäften) wuchs um 51,6 Mrd € (24,0 %) auf 266,4 Mrd € an. Insgesamt waren Kredite an Firmen- und institutionelle Kunden in Höhe von 188,1 Mrd € (plus 34,3 Mrd €) sowie an Privatkunden in Höhe von 10,8 Mrd € (minus 26 Mio €) ausgereicht. Die im Kreditvolumen enthaltenen Kredite an Kreditinstitute stiegen um 13,4 Mrd € auf 52,4 Mrd €.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Zusammensetzung des Kreditvolumens (ohne durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte und Forderungen aus Wertpapierkassageschäften).

in Mrd €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung	
			in Mrd €	in %
Forderungen an Kunden	214,0	175,8	38,2	21,7
mit einer Restlaufzeit von				
bis zu 5 Jahren ¹	190,7	158,4	32,3	20,4
mehr als 5 Jahren	23,3	17,4	5,9	33,9
Kredite an Kreditinstitute	52,4	39,0	13,4	34,3
mit einer Restlaufzeit von				
bis zu 5 Jahren ¹	42,3	30,0	12,3	41,0
mehr als 5 Jahren	10,1	9,0	1,2	13,0
Insgesamt	266,4	214,8	51,6	24,0

¹ Einschließlich täglich fälliger Forderungen und Forderungen mit unbestimmter Laufzeit.

Die sonstigen bilanzierten Forderungen an Kreditinstitute (ohne Kredite) außerhalb des Handels sanken um 4,5 Mrd € auf 141,4 Mrd € gegenüber dem Vorjahr. Diese Entwicklung war überwiegend auf die Reduzierung von Salden auf Abwicklungskonten zurückzuführen.

Wertpapiere

Die unter Wertpapieren ausgewiesenen Bestände (ohne Handelsbestände) stiegen gegenüber dem Vorjahr insgesamt an, davon stiegen Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere um 11,3 Mrd € auf 45,6 Mrd € sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere um 47 Mio € auf 340 Mio €.

Handelsaktiva

Die Bestände an Handelsaktiva beliefen sich auf 938,3 Mrd €. Die Position bestand primär aus den positiven Marktwerten von Derivaten, die um 123,4 Mrd € auf 633,2 Mrd € anstiegen. Diese Entwicklung war im Wesentlichen bei zins- und währungsbezogenen Derivaten zu verzeichnen, deren Basismärkte erhöhte Schwankungen aufwiesen.

Beteiligungen

Der unter Beteiligungen ausgewiesene Anteilsbesitz reduzierte sich um 15 Mio € auf 818 Mio € gegenüber dem Vorjahr.

Anteile an verbundenen Unternehmen

Der Buchwert der Anteile an verbundenen Unternehmen ging um 2,1 Mrd € auf 48,7 Mrd € zurück. Zugängen im Anteilsbestand in Höhe von 8,1 Mrd € standen Abgänge in Höhe von 10,2 Mrd € gegenüber. Der Rückgang resultierte im Wesentlichen aus Kapitalreduzierungen und Transfers von direkt gehaltenen verbundenen Unternehmen an andere Konzerngesellschaften und wurde zum Teil durch Kapitalerhöhungen, Währungsumrechnungseffekte sowie Nettozuschreibungen kompensiert.

Einlagen und verbrieft Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierten sich um 2,1 Mrd € auf 262,2 Mrd €. Diese Entwicklung ging primär auf einen Rückgang der täglich fälligen Verbindlichkeiten um 6,8 Mrd € zurück, der durch einen Anstieg der Termineinlagen um 4,8 Mrd € zum Teil kompensiert wurde.

Die in den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten enthaltenen Einlagen von unseren Konzernbanken erhöhten sich auf 129,8 Mrd € (plus 1,4 Mrd €) gegenüber dem Vorjahr.

Die Einlagen von Kunden erhöhten sich um 19,9 Mrd € auf 269,0 Mrd €. Wesentliche Ursache hierfür war der Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Firmen- und institutionellen Kunden um 14,5 Mrd €, während die Einlagen von Privatkunden und dem öffentlichen Sektor zu gleichen Teilen zu dem verbleibenden Anstieg beitrugen.

Verbrieft Verbindlichkeiten stiegen per Saldo um 4,7 Mrd € auf 119,8 Mrd €. Höhere begebene Schuldverschreibungen (plus 16,9 Mrd €) wurden durch begebene Geldmarktpapiere (minus 12,4 Mrd €) zum Teil kompensiert.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung der Verbindlichkeiten.

in Mrd €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung	
			in Mrd €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	262,2	264,3	(2,1)	(0,8)
täglich fällig	148,6	155,5	(6,8)	(4,4)
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	113,6	108,8	4,8	4,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	269,0	249,1	19,9	8,0
Spareinlagen	5,1	5,1	(0,1)	(1,1)
andere Verbindlichkeiten				
täglich fällig	189,0	179,6	9,4	5,2
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	74,9	64,3	10,6	16,5
Verbrieft Verbindlichkeiten	119,8	115,1	4,7	4,1
begebene Schuldverschreibungen	97,2	80,3	16,9	21,1
andere verbrieft Verbindlichkeiten	22,6	34,8	(12,2)	(35,0)
darunter: Geldmarktpapiere	19,4	31,8	(12,4)	(38,9)

Nachrangige Verbindlichkeiten beliefen sich auf 14,9 Mrd €, was einem Rückgang von 2,9 Mrd € entspricht.

Handelspassiva

Die Bestände an Handelspassiva beliefen sich auf 779,1 Mrd €, ein Anstieg um 106,6 Mrd €. Wesentlicher Bestandteil waren negative Marktwerte der Derivate, die sich um 128,2 Mrd € auf 618,8 Mrd € gegenüber dem Vorjahr erhöhten. Die Gründe hierfür entsprechen der Entwicklung der positiven Marktwerte.

Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals

Am 20. Mai 2014 hat die Deutsche Bank AG Zusätzliche Tier-1-Anleihen („Anleihen“) in Höhe von 3,5 Mrd € begeben. Am 19. November 2014 hat die Deutsche Bank AG weitere Zusätzliche Tier-1-Anleihen in Höhe von 1,2 Mrd € emittiert.

Eigenkapital

Das Eigenkapital der Deutschen Bank AG (einschließlich des Bilanzgewinns von 1,2 Mrd €) belief sich zum Bilanzstichtag auf 46,8 Mrd €, ein Zuwachs von 9,0 Mrd €. Die wesentliche Ursache hierfür war die Kapitalerhöhung von 8,5 Mrd € aus der Begebung von 359,8 Mio neuen Stammaktien im Juni 2014.

Bezüglich des bankaufsichtsrechtlichen Kapitals macht die Bank von § 2a KWG Gebrauch und ermittelt diese Kapitalbasis nur auf Konzernebene (siehe Seite 53).

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Alle wesentlichen berücksichtigungspflichtigen Ereignisse nach dem Bilanzstichtag sind in unserer Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage enthalten.

Ausblick

Die Weltwirtschaft

Das Wachstum der Weltwirtschaft dürfte im Jahr 2015 im Jahresdurchschnitt unverändert bei 3,4 % und damit unter der Vorkrisentrendwachstumsrate liegen. Die globale Inflationsrate dürfte sich durch die schwache Entwicklung der Rohstoffpreise und weiter unterausgelastete Kapazitäten auf 3,2 % abschwächen.

Wir erwarten eine kräftige Wachstumsbeschleunigung in den Industrieländern auf 2,3 % und einen gedämpften Anstieg der Verbraucherpreise um 0,4 % im Jahr 2015. Für die Schwellenländer rechnen wir mit einer Abschwächung des Wachstums auf 4,3 %. Die Inflation dürfte bei 5,3 % liegen.

Das BIP der Eurozone dürfte sich, unterstützt von der Belebung der Weltwirtschaft, einer Lockerung der Kreditbedingungen, deutlich niedrigeren Ölpreisen und einem schwächeren Euro im Jahr 2015, moderat um 1,3 % erhöhen. Dämpfen dürften die anhaltenden geopolitischen Risiken, insbesondere die Ukraine-Krise, sowie die Notwendigkeit des Abbaus der Verschuldung im privaten Sektor. Für eine Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt dürfte das moderate Wachstum nicht ausreichen und die Arbeitslosenquote dürfte somit im Jahr 2015 auf einem erhöhten Niveau verharren. Die schwache Rohstoffpreisentwicklung und die unterausgelasteten Kapazitäten dürften dafür sorgen, dass die Verbraucherpreise im Jahr 2015 wahrscheinlich um 0,3 % fallen. Kräftig unterstützt wird die Konjunktur durch die äußerst expansiv ausgerichtete Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB), die ab März 2015 im Rahmen ihrer unkonventionellen Maßnahmen den Kauf von Vermögenswerten auf monatlich 60 Mrd € erhöht und zusätzlich zu den Covered-Bonds und ABS-Papieren auch von im Euroraum ansässigen Zentralregierungen, Emittenten mit Förderauftrag und europäischen Institutionen begebene Anleihen kauft. Die politische Unsicherheit dürfte durch den klaren Sieg von Syriza bei den vorgezogenen Neuwahlen in Griechenland und die anstehenden Wahlen in Finnland, Portugal und Spanien, bei denen die eurokritischen Parteien Stimmengewinne erzielen dürften, im Verlauf des Jahres relativ hoch bleiben. Die deutsche Wirtschaft dürfte im Jahr 2015, hauptsächlich binnenwirtschaftlich getrieben, um 2,0 % wachsen und damit stärker als die Eurozone insgesamt.

Für die USA erwarten wir im Jahr 2015 ein über dem Trend liegendes Wachstum von 3,4 %. Damit dürften die USA der Hauptwachstumstreiber unter den Industrieländern sein. Die Verbraucherpreise steigen 2015 infolge schwacher Rohstoffpreise und eines nur moderaten Lohndrucks wahrscheinlich um 0,6 %. Das kräftige Wirtschaftswachstum geht auf die fortgesetzte Belebung des Arbeitsmarktes und die höheren wohnungsbaubezogenen Ausgaben zurück. Die privaten Haushalte befinden sich in einer guten finanziellen Verfassung, was zusammen mit den stark gefallen Energiekosten für einen kräftigeren Konsum sorgen dürfte. Die Geldpolitik der Federal Reserve dürfte die US-Konjunktur weiter unterstützen. Wir erwarten zwar eine Erhöhung der Leitzinsen ab Mitte des Jahres auf 1,0 % zum Jahresende 2015, die realen Zinsen dürften aber im Jahresdurchschnitt weiter negativ sein.

Die japanische Wirtschaft dürfte im Jahr 2015 um 0,7 % expandieren. Fiskalische Stimuli und die extrem expansiv ausgerichtete Geldpolitik dürften weiter Wachstumsimpulse liefern. Die Inflationsrate dürfte nach Auslaufen des Effekts der Mehrwertsteuererhöhung und schwacher Rohstoffpreise auf 0,9 % fallen.

Das Wachstum in den Schwellenländern dürfte sich im Jahr 2015 über alle Hauptregionen hinweg abschwächen. Das Wachstum der Wirtschaftsaktivität in Asien (ohne Japan) dürfte sich leicht auf 6,4 % verlangsamen und die Inflation bei 2,9 % liegen. Chinas Wirtschaft dürfte sich im Jahr 2015 vor allem durch die Abkühlung des Immobilienmarktes auf 7,0 % abschwächen und die Inflation bei 1,8 % liegen. Eine expansivere Ausrichtung der Geld- und Fiskalpolitik dürfte im zweiten Halbjahr für ein moderates Anziehen des Wachstums sorgen. In Indien dürfte sich das Wachstum im Jahr 2015 durch eine Erholung der Investitionen und einen kräftigeren Konsum auf 7,5 % beschleunigen. Die Verbraucherpreise dürften um 5,3 % steigen.

In den Schwellenländern Osteuropas, des Nahen Ostens und Afrikas dürfte sich das Wachstum auf 0,6 % im Jahr 2015 verlangsamen und die Verbraucherpreise um 7,5 % steigen. Der schwache Ölpreis setzt die Ölförderländer unter Druck. Getroffen wird davon vor allem die russische Wirtschaft, die in die Rezession rutschen und um 5,2 % schrumpfen dürfte. Dämpfend wirken zudem die verhängten Sanktionen infolge der Ukraine-Krise. Die Inflation dürfte in Russland bei 13,3 % liegen.

In Lateinamerika dürfte das Wachstum im Jahr 2015 auf 0,7 % abkühlen, gedämpft durch Angebotsbeschränkungen und schwache Rohstoffpreise. Die Verbraucherpreise dürften um 12,4 % steigen. Die brasilianische Wirtschaft dürfte im Jahr 2015 um 0,7 % schrumpfen und die Verbraucherpreise um 7,3 % steigen.

Risiken für unsere Prognosen liegen unter anderem in den USA bei dem anstehenden Kurswechsel der US-Geldpolitik, der holprig verlaufen könnte und zu einem deutlich stärker als von uns unterstellten Zinsanstieg am Rentenmarkt führen könnte. Dies hätte negative Folgen für die Finanzmärkte und könnte insbesondere in den Schwellenländern zu Problemen führen. In Europa könnten ein fehlender Zusammenhalt im EZB-Rat, eine ausbleibende fiskalische Konsolidierung und eine Verzögerung bei der Implementierung von Strukturreformen sowie eine gestiegene Zustimmung für eurokritische Parteien erhebliches Störpotenzial für unsere Prognosen entfalten. Für unseren Ausblick auf die Entwicklung in den Schwellenländern bestehen insbesondere drei Risiken: Die Nachfrage aus den Industrieländern könnte schwächer als erwartet ausfallen, die Ukraine-Krise könnte sich verschärfen und der Versuch Chinas, die Wirtschaft abzukühlen, könnte zu einer harten Landung führen.

Die Bankenbranche

Die Bankenbranche dürfte in Europa in diesem Jahr zu einem moderaten Ertragswachstum zurückkehren. Beim Kreditvolumen mit Firmenkunden wird der jahrelange Schrumpfungsprozess voraussichtlich zu Ende gehen, bei Privathaushalten ist eine leichte Zunahme wahrscheinlich. Das Einlagengeschäft dürfte unter erheblichem Druck aufgrund des extrem niedrigen Zinsniveaus bleiben. Die Risikovorsorge für ausfallgefährdete Kredite wird sich möglicherweise weiter normalisieren; auf der Kostenseite drohen den Banken dagegen neue Steigerungen, nicht zuletzt aufgrund nötiger Investitionen in digitale Plattformen, modernere Filialnetze und stärkere interne Kontrollfunktionen.

In den USA könnte sich die Ertragslage der Banken relativ stabil entwickeln. Auch hier ist davon auszugehen, dass der Zinsüberschuss dank einer Ausweitung der Volumina zwar wachsen wird, sinkende Zinsmargen diesen Effekt aber zum Teil wieder aufzehren werden. Das zuletzt etwas schwächelnde Einlagengeschäft könnte von der anstehenden Zinswende profitieren. Andererseits deutet vieles auf eine Trendwende und damit eine Rückkehr zu einer höheren Kreditrisikovorsorge hin (von einem außerordentlich geringen Niveau aus).

Im globalen Investmentbanking scheint insgesamt eine leichte Belebung möglich, getragen vom Aktien- und Anleihegeschäft aufgrund einer besseren makroökonomischen Entwicklung und höherer Volatilität. Eher negativ ist der Ausblick hingegen für einige margenstärkere Segmente (Verbriefungen, Hochzinsanleihen, Schwellenländer), unter anderem aufgrund der massiv gefallen Rohstoffpreise. Bei der Beratung zu Fusionen und Übernahmen sind die Aussichten überwiegend freundlich.

Die Vermögensverwaltung könnte 2015 von einem stärkeren Wirtschaftswachstum in Europa und den USA ebenso wie von anhaltend hohen Bewertungen an den Kapitalmärkten profitieren. In beiden Regionen wird die Entwicklung der Wertpapiermärkte aller Voraussicht nach auch weiterhin stark von der Politik der Notenbanken abhängen und möglicherweise stärkeren Schwankungen unterliegen. Die Zinswende der Fed dürfte zu moderat steigenden Renditen an den Anleihemärkten führen.

Hinsichtlich regulatorischer und aufsichtsrechtlicher Veränderungen stehen in Europa die volle Etablierung der gemeinsamen Bankenaufsicht und die beginnende Umsetzung der Regeln für die geordnete Restrukturierung

und Abwicklung gescheiterter Banken ebenso wie die Umsetzung der Basel 3-Mindestliquiditätsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR) im Fokus. Auch rücken die verschiedenen Bankenabgaben und Beiträge zu Abwicklungs- und Einlagensicherungsfonds in den Vordergrund. Außerdem stehen Entscheidungen über die sogenannte Bankenstrukturreform und die Finanztransaktionssteuer an. Schließlich dürften die Überlegungen zur Schaffung einer Europäischen Kapitalmarktunion konkreter werden. In den USA wiederum könnten das System der Immobilienfinanzierung oder der Repo-Markt reformiert werden. Global wird den Diskussionen über die Einführung neuer Anforderungen bezüglich des gesamten verlustabsorptionsfähigen Kapitals (TLAC) und des nominalen Verschuldungsgrads (Leverage-Ratio) große Bedeutung zukommen. Sowohl die europäischen als auch die US-Banken werden ihre Kapitalquoten daher vermutlich weiter steigern. Die Belastungen aus Rechtsstreitigkeiten bleiben dabei voraussichtlich beträchtlich.

Die Deutsche Bank

Die Deutsche Bank AG als Muttergesellschaft des Konzerns bestimmt die Steuerung und strategische Ausrichtung der Konzernbereiche. Sie partizipiert direkt über eigene Geschäftsaktivitäten und über Ausschüttungen und Ergebnisabführungen von Tochtergesellschaften an den Ergebnissen der Konzernbereiche. Daher basiert der nachfolgende Ausblick auf der Planung der Konzernbereiche und beschränkt sich nicht auf die Muttergesellschaft.

Der Deutsche Bank-Konzern

Im Jahr 2012 haben wir die Strategie 2015+ eingeführt. Damit sollte sichergestellt werden, dass die Deutsche Bank eine noch ausgewogenere, schlankere, robustere und stabilere Organisation vorweisen kann. Fünf Hebel spielten bei der Umsetzung dieser Vision eine wichtige Rolle: Kunden, Kompetenzen, Kapital, Kosten und Kultur. Zusätzlich hat der Konzern mehrere Finanzziele bekanntgegeben, um die finanziellen Effekte der Strategie 2015+ darzustellen.

Da die Herausforderungen des makroökonomischen, regulatorischen und des Marktumfelds höher als in 2012 zunächst erwartet waren, gaben wir im Mai 2014 eine Reihe von Maßnahmen zur Stärkung unseres Kapitals, Verbesserung unserer Wettbewerbsposition und Investitionen in unser Kundengeschäft bekannt. Zu diesen Maßnahmen gehörte eine Kapitalerhöhung zur Verbesserung unserer Kapitalbasis und Bildung eines Kapitalpuffers für künftige Herausforderungen. In diesem Zusammenhang haben wir auch unsere Finanzziele für den Konzern und die Geschäftsbereiche angepasst.

Zu den wesentlichen Annahmen, auf deren Basis unsere Ziele im Mai 2014 angepasst wurden, gehören die Implementierung regulatorischer Regelwerke (z.B. CRD 4, Leitlinien der EBA) nach Maßgabe unserer Kenntnisse der aktuellen Vorschriften und ihrer voraussichtlichen Auswirkungen auf die Deutsche Bank sowie das sich zwischen 2 % und 4 % einpendelnde weltweite BIP-Wachstum auf Jahresbasis, ein stabiles Zinsumfeld vor Beginn des Jahres 2016 und der Rückgang der Zentralbankinterventionen in den USA.

Bei der Implementierung unserer Ziele haben wir enorme Fortschritte erzielt. Auf unseren Märkten sowie im regulatorischen Umfeld rechnen wir mit weiteren Herausforderungen, nichtsdestotrotz werden wir uns weiter auf die Umsetzung unserer Strategie 2015+ konzentrieren.

Unser Management führt derzeit eine vollständige strategische Überprüfung des Konzerns durch. Die Deutsche Bank wird auch weiterhin die bestehenden Ziele der Strategie 2015+ verfolgen, bis die überarbeiteten strategischen Ziele vollständig implementiert sind. Wir haben unseren Ausblick basierend auf den existierenden Zielen und den erreichten Fortschritten im Rahmen der Strategie 2015+ erstellt.

Finanzkennzahlen

Konzernfinanzkennzahlen	Status zum Ende 2014	Ziel für 2015	Ziel für 2016
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ¹	(angepasst) 7,1 % (berichtet) 2,7 %	~ (angepasst) 12 %	~ (berichtet) 12 %
Aufwand-Ertrag-Relation ²	(angepasst) 74,4 % (berichtet) 86,7 %	~ (angepasst) 65 %	~ (berichtet) 65 %
Kostenersparnis ³	3,3 Mrd € jährlich	4,5 Mrd € jährlich	
Investments (OpEx) ⁴	2,9 Mrd €	4 Mrd €	
CRR/CRD 4 Tier-1-Kernkapitalquote (Vollumsetzung) ⁵	11,7 %	Größer als 10 %	Größer als 10 %
CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung ⁶	3,5 %	~ 3,5 %	~ 3,5 %

¹ Basierend auf dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnis nach Steuern, bereinigt um Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, Umsetzungskosten, Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert sowie immaterielle Vermögenswerte, weitere Abfindungszahlungen sowie kreditrisikobezogene Bewertungsanpassungen gemäß CRR/CRD 4 (Credit Valuation Adjustments, CVAs), forderungsbezogene Bewertungsanpassungen (Debt Valuation Adjustments, DVAs) und refinanzierungsbezogene Bewertungsanpassungen (Funding Valuation Adjustments, FVAs). Die Berechnung basiert auf einer bereinigten Steuerquote von 34 % zum 31. Dezember 2014.

² Berichtete Aufwand-Ertrag-Relation als prozentualer Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft zuzüglich der Zinsunabhängigen Erträge. Die angepasste Aufwand-Ertrag-Relation basierend auf Zinsunabhängigen Aufwendungen, bereinigt um Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, Umsetzungskosten, Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert sowie immaterielle Vermögenswerte, Aufwendungen im Versicherungsgeschäft, weitere Abfindungszahlungen und andere bereichsspezifische Einmalkosten; geteilt durch die ausgewiesenen Erträge.

³ Realisierte Kostenersparnis (brutto) aus der Implementierung des OpEx-Programms.

⁴ Investments (OpEx) sind Kosten, welche für die Realisierung der Kostenersparnis im Rahmen des OpEx-Programms benötigt werden.

⁵ Die Common Equity Tier-1-Kapitalquote gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung repräsentiert unsere Kalkulation der Kernkapitalquote ohne die Übergangsphase von CRR/CRD 4. Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht enthalten.

⁶ Die CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung entspricht unserer Berechnung auf Basis des überarbeiteten CRR/CRD 4, welches am 17. Januar 2015 im Rahmen einer delegierten Rechtsakte veröffentlicht wurde.

Das Kostenmanagement ist einer der Haupttreiber unserer Strategie. Bei der nachhaltigen Performance geht es um die Priorisierung langfristigen Erfolgs statt kurzfristiger Gewinne. Dies bedeutet, dass wir in unsere Mitarbeiter und die Infrastruktur investieren, damit wir zukunftsfähig werden und bleiben. Im Rahmen des Operational Excellence (OpEx)-Programms wird aktuell in mehr als 160 konzernweiten Projekten eine Transformation unserer Geschäftsaktivitäten vorgenommen. Wir haben bereits 2,9 Mrd € in die Straffung und Standardisierung von Prozessen sowie die Einsparung von Zeit und Ressourcen investiert. Der Großteil der ursprünglich für 2014 vorgesehenen Ausgaben dürfte in 2015 anfallen. Damit tragen wir den regulatorischen Entwicklungen Rechnung, welche auf die Bereitstellung einer stärkeren und effizienteren Geschäftsplattform abzielen. Mit 3,3 Mrd € an jährlicher Kostenersparnis, die in 2014 erreicht wurde, liegen wir bereits über unserem Plan.

in Mrd €	Geplante Investitionen	Geplante zusätzliche Kosteneinsparung
2012	0,6	0,4
2013	1,7	1,2
2014	1,5	1,3
2015	0,2	1,6
Summe	4,0	4,5

Wir sind weiterhin bemüht, die im Rahmen unserer Strategie 2015+ angestrebte jährliche Kosteneinsparung von 4,5 Mrd € zu erzielen. Wir werden auch künftig unseren Fokus auf die IT-Investitionen, die Straffung unserer Organisation und die Vereinfachung von Prozessen richten, um eine effizientere Ressourcennutzung sicherzustellen.

In unserer Mitteilung vom Mai 2014 hatten wir für die angepasste Aufwand-Ertrag-Relation eine Zielgröße von ungefähr 65 % genannt. Seitdem sind die Kosten infolge weiterer regulatorischer Vorschriften und der dadurch erforderlich gewordenen Projekte und zusätzlichen Mitarbeiter für die Stärkung der Kontrollfunktionen sowie aufgrund erhöhter, auch in Zukunft anfallender Belastungen, wie beispielsweise der Bankenabgaben, über das bisher erwartete Niveau hinaus gestiegen. Ferner hielten die Herausforderungen am Markt, insbesondere im Niedrigzinsumfeld, an und haben sich im Berichtszeitraum in einigen Regionen sogar verstärkt, so dass unser Ertragswachstum gebremst wurde. Wir beabsichtigen nach wie vor, die Zielgröße für die Aufwand-Ertrag-Relation zu erreichen. Gleichwohl dürften sich die regulatorischen Anforderungen und die Herausforderungen im Marktumfeld erheblich auf unsere Ziele in 2015 auswirken.

Im Geschäftsjahr 2014 war die angepasste Eigenkapitalrendite nach Steuern von verschiedenen Faktoren einschließlich der Verbesserung unserer Kapitalbasis beeinflusst. Unsere Fortschritte bei der Erzielung einer angepassten Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) von rund 12 % werden auch weiterhin von den Kosten für die Umsetzung regulatorischer Anforderungen, zusätzlichen Belastungen aus Bankenabgaben, den anhaltend schwierigen Marktbedingungen und volatilen effektiven Steuerquoten beeinträchtigt werden. Wir werden weiterhin auf unser Ziel hinarbeiten, gleichwohl wird die Erzielung von Fortschritten durch das herausfordernde Umfeld bestimmt.

Das Kapitalmanagement wird für die Bank weiterhin im Fokus stehen. Im Geschäftsjahr 2014 haben wir nach Maßgabe unserer Strategie 2015+ unsere risikogewichteten Aktiva weiter gesenkt und werden auch im Jahr 2015 die strikte RWA-Disziplin beibehalten. Wir werden unser Risikoabbauprogramm fortsetzen. Allerdings dürfte sich angesichts der Verkleinerung des NCOU-Portfolios der Risikoabbau verlangsamen. Unsere Common-Equity-Tier-1 (CET 1)-Kapitalquote nach CRR/CRD 4-Vollumsetzung belief sich Ende 2014 auf 11,7 %, damit übertraf sie bereits unser Ziel von mehr als 10 % nach Maßgabe unserer Strategie 2015+ und dürfte auch im Jahr 2015 über der Zielgröße liegen. Gleichwohl rechnen wir mit weiteren regulatorischen Auflagen. Die Anforderungen nach Maßgabe der technischen Regulierungsstandards (Regulatory Technical Standards – „RTS“) der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (European Banking Authority – „EBA“), wie die konservative Bewertung (Prudent Valuation) und der Übergang zu einem einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism), könnten signifikante Auswirkungen auf unsere Kapitalposition in 2015 haben.

Wir haben unsere Verschuldungsquote bereits deutlich reduziert. Durch die Ausgabe neuer Aktien und die Senkung unseres Leverage Exposures nach CRD 4 konnten wir bis Ende 2014 unsere Verschuldungsquote auf 3,5 % verbessern. Die aufsichtsbehördlichen Anforderungen dürften, wie oben beschrieben, im laufenden Jahr zunehmen. In Anbetracht des weiterhin aktiven Managements unseres Exposures nach CRD 4 erwarten wir jedoch, dass wir Ende 2015 für die CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung unser Ziel von ungefähr 3,5 % erreichen werden.

Die Kundeninteressen stehen im Mittelpunkt aller unserer Aktivitäten. Das Bankgeschäft wird sich in den nächsten Jahren grundlegend ändern, und diese Transformation hat bereits eingesetzt. Über soziale Medien, Blogs und Foren werden den Kunden entsprechende Serviceleistungen, Informationen und Produkte angeboten. Dadurch wird die Veränderung im Umgang mit Kunden durch digitale Technologien und Innovationen unterstützt. Darüber hinaus werden unsere Unternehmensbereiche enger und intensiver zusammenarbeiten, damit wir gegenüber unseren Kunden als eine Bank auftreten, denn nur durch Kooperation können wir unsere Vision verwirklichen und eine wirklich globale Bank werden.

Wir werden uns weiterhin auf kulturellen Wandel, die Verankerung unserer Werte und Überzeugungen und die Verbesserung unseres Kontrollumfelds konzentrieren. Im Rahmen unseres Three Lines of Defense-Programms soll unser internes Kontrollsystem umfassend analysiert sowie die Festigung unserer Governance-Strukturen und Kontrollprozesse sichergestellt werden. Wir werden uns weiterhin für konzernweite Diversity und Zusammenarbeit einsetzen, denn beide sind unverzichtbar, wenn wir uns als die führende kundenorientierte globale Universalbank positionieren wollen.

Chancen

Die nach Maßgabe der Strategie 2015+ erfolgte Umstrukturierung der Kernbank hat sich bereits signifikant auf unsere Performance ausgewirkt und kann zur Schaffung künftiger Wachstumschancen beitragen. Mit den fortlaufenden Verbesserungen der Systeme, Prozesse und Kontrollen der Deutschen Bank könnten wir nicht nur unsere Effizienz steigern, sondern neue Geschäftsmöglichkeiten noch flexibler nutzen als bisher. Darüber hinaus setzen wir den Risikoabbau bei den nicht zum Kerngeschäft gehörenden Vermögenswerten fort und verzeichnen eine Verbesserung unserer Kapitalposition. Dies dürfte unsere Positionierung auf unsicheren Märkten weiter festigen und den Umfang unserer Geschäftsaktivitäten positiv beeinflussen. Der Marktaustritt wesentlicher Mitbewerber und die höhere Transparenz im regulatorischen Umfeld könnten ebenfalls Wachstumschancen bieten.

Unser Ausblick basiert auf den verschiedenen beschriebenen ökonomischen Annahmen. Diese könnten sich stärker verbessern als zum ursprünglichen Zeitpunkt erwartet und somit zu höheren Erträgen führen, die nur teilweise durch zusätzliche Kosten aufgezehrt werden würden. Dies könnte deshalb zu einer Verbesserung des Ergebnisses vor Steuern und der Aufwand-Ertrag-Relation sowie der regulatorischen Kennziffern, wie Tier-1-Kapitalquote und Verschuldungsquote, führen.

Risiken

Die Umsetzung unserer strategischen Ziele beziehungsweise die Realisierung ihres erwarteten Nutzens könnten durch einige Faktoren beeinträchtigt werden. Dazu zählen wirtschaftliche Faktoren wie das erneute Auftreten extremer Turbulenzen an den für uns relevanten Märkten, die Verschlechterung globaler, regionaler und nationaler Wirtschaftsbedingungen, ein verstärkter Wettbewerb am Markt und politische Instabilität, insbesondere in Europa. Neue regulatorische Anforderungen können zu einem Anstieg unserer Kostenbasis oder einer Einschränkung unserer Geschäftsaktivitäten führen. Verschiedene Aufsichtsbehörden haben Initiativen zum Strukturwandel ergriffen oder planen deren Einführung. Da diese behördlichen Initiativen momentan noch in Diskussion sind, können wir ihre künftigen Auswirkungen noch nicht abschätzen. Bedingt durch die Art unserer Geschäftstätigkeit sind wir an Rechts- und Schlichtungsverfahren sowie aufsichtsrechtlichen Untersuchungen in Deutschland und zahlreichen Jurisdiktionen außerhalb Deutschlands, insbesondere in den USA, beteiligt, deren Ausgang unsicher ist. Wir haben zahlreiche signifikante Rechtsstreitigkeiten beigelegt und Fortschritte bei laufenden Verfahren erreicht. Uns ist bewusst, dass das Umfeld in Bezug auf Rechtsstreitigkeiten und Durchsetzung auch künftig herausfordernd sein wird.

Die Geschäftsbereiche

Wie oben erläutert, wurden die Ziele unserer Geschäftsbereiche im Rahmen der Strategie 2015+ im Mai 2014 angepasst, um den stärker als erwartet gestiegenen Herausforderungen in unseren Märkten und dem regulatorischen Umfeld Rechnung zu tragen. Nachfolgend werden die Details zu den angepassten Zielen und die Erwartungen der Geschäftsbereiche in Bezug auf ihre Zielerreichung in 2015 dargestellt.

Im laufenden Jahr wird der Konzern seine Methodik für die Allokation des durchschnittlichen Active Equity sowie für die Allokation bestimmter Ertrags- und Kostenpositionen, die momentan in Consolidation & Adjustments berichtet werden, auf die Geschäftsbereiche ändern. Die Geschäftsbereiche werden dadurch eine gegenüber dem bisherigen Ansatz höhere Allokation an durchschnittlichem Active Equity erhalten und darüber hinaus bestimmte Aufwendungen, z.B. die Bankenabgabe, erfassen, die zuvor in Consolidation & Adjustments verbucht wurden. Dabei wird CB&S am meisten von der veränderten Methode betroffen sein.

Corporate Banking & Securities

In 2015 dürfte das Investmentbanking aufgrund des günstigeren makroökonomischen Ausblicks und der erhöhten Volatilität moderat wachsen. Jedoch wird es weiterhin Herausforderungen geben einschließlich der neuen regulatorischen Anforderungen und des fortgesetzten Drucks auf Ressourcen sowie der Auswirkungen potenzieller geopolitischer Ereignisse.

Wir rechnen mit einem anhaltenden globalen Wachstum in 2015. Die unterschiedlichen Wachstumsraten in den Regionen werden jedoch zu stärkeren Abweichungen ihrer Währungspolitik führen. Die Renditen der wichtigsten Staatsanleihen dürften im Jahresverlauf moderat steigen. Allerdings könnten die Zinsen auf kurze Sicht noch weiter fallen. Trotz der Markterholung im Jahr 2014 erwarten wir ein weiterhin starkes Aktiengeschäft. Gründe hierfür sind höhere Erträge, das gestiegene Vertrauen der Unternehmen dank geringerer wirtschaftlicher Unsicherheiten sowie die vergleichsweise niedrigen globalen Geldmarkt- und Anleiherenditen.

Wir werden unsere Geschäftsaktivitäten weiterhin fortlaufend optimieren und gleichzeitig unsere Kostenziele sowie die angestrebten Kapital- und Verschuldungsquoten umsetzen. Aus geografischer Sicht werden wir sicherstellen, dass Ressourcen den Marktchancen entsprechend eingesetzt werden, um die Profitabilität und die Ergebnisse zu maximieren.

Die bereinigte Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity lag für CB&S im Jahr 2014 bei 13 %. In 2015 werden wir uns bei der Erreichung unseres finanziellen Ziels einer Eigenkapitalrendite nach Steuern von 13 % bis 15 % basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity signifikanten Herausforderungen stellen müssen. Dies ist teilweise der oben bereits angesprochenen Veränderung der Allokation von Positionen auf die Geschäftsbereiche geschuldet. Darüber hinaus werden Aufwendungen im Zusammenhang mit regulatorischen Auflagen einschließlich eines gegenüber den bisherigen Bankabgaben höheren Beitrags zum Einheitlichen Abwicklungsfonds (SRF) negative Auswirkungen auf die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity in diesem Geschäftsbereich haben.

Anhaltende Risiken und Unsicherheiten schließen die Anfälligkeit des globalen Wirtschaftswachstums für Ereignisrisiken, die potenziellen Auswirkungen einer Veränderung der US-amerikanischen Geldpolitik, anhaltende regulatorische Entwicklungen, die Folgen einer weiteren Reduzierung des bilanziellen Verschuldungsgrades, Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten und Durchsetzungen und Fortschritte bei den Kosteneinsparungen im Rahmen des OpEx-Programms, die durch Aufwendungen für die Umsetzung regulatorischer Anforderungen und Verbesserungen der Plattform aufgehoben werden, mit ein.

Im Bereich Sales & Trading rechnen wir in 2015 mit einem leichten Anstieg der Erträge im weltweiten Fixed-Income-Geschäft gegenüber 2014, der durch eine erhöhte Volatilität und Kundenaktivität infolge der zunehmenden Unterschiede in der Geldpolitik unterstützt wird. Die laufenden Erträge im kundenbezogenen Aktienkassageschäft dürften mittelfristig durch das globale Wirtschaftswachstum, vor allem in den USA, gestützt werden.

In Corporate Finance wird das Provisionsaufkommen in 2015 voraussichtlich geringfügig unter dem von 2014 liegen, das bisher das Rekordjahr nach der Finanzkrise darstellt. Die M&A-Aktivitäten dürften teilweise infolge der in 2014 angekündigten umfangreichen Transaktionen etwas höher sein. Allgemein rechnen wir jedoch in den USA bei allen Markets-Produkten mit einer niedrigeren Aktivität. Gründe hierfür sind das höhere Zinsniveau in den USA, das in einer Verringerung der Anleiheemissionen resultieren wird, und eine höhere Volatilität, infolge derer die Aktienemissionen sinken werden.

Trotz des schwierigen Marktumfelds in den letzten Jahren und des anhaltend unsicheren Ausblicks sehen wir CB&S aufgrund der fortgesetzten dynamischen Optimierung des Portfolios und der anhaltenden Fokussierung auf die Ressourceneffizienz als gut aufgestellt, um möglichen Herausforderungen zu begegnen und zukünftige Chancen zu nutzen.

Private & Business Clients

Der makroökonomische Ausblick für die Länder, in denen Private & Business Clients (PBC) tätig ist, erwartet eine Fortsetzung des moderaten Wachstumstrends. Das gesamte Marktumfeld dürfte jedoch weiterhin schwierig bleiben. Durch die anhaltende expansive Geldpolitik in der Eurozone wird auf kurze Sicht keine Verbesserung der durch das Niedrigzinsumfeld bedingten Auswirkungen erwartet.

Infolge des Niedrigzinsumfelds dürfte unser Einlagengeschäft weiterhin unter erheblichem Druck bleiben. Die Entwicklung bei den Erträgen aus dem Wertpapiergeschäft ist vor allem vom makroökonomischen Umfeld in Europa und der Wiedergewinnung des Kundenvertrauens in Deutschland abhängig. Weitere regulatorische Anforderungen der Aufsichtsbehörden könnten unsere Fähigkeit zur Ertragsgenerierung weiter beeinträchtigen. Werden die Integration der operativen Postbankbereiche sowie die Durchführung unseres OpEx-Programms nicht zeitgerecht und effizient durchgeführt, so kann dies materielle negative Effekte auf die Erreichung unserer geplanten Effizienzsteigerungen haben.

Zur Stärkung unserer Position als Marktführer in Deutschland und zum Ausbau unseres gut aufgestellten Beratungsgeschäfts in ausgewählten internationalen Märkten werden wir die uns zur Verfügung stehenden Opportunitäten nutzen. Im Kreditgeschäft strebt PBC den Ausbau seines Kerngeschäfts in Deutschland durch Ausweitung der Margen und durch Volumenwachstum an. Gleichzeitig werden wir eine strenge Risikodisziplin in allen Geschäftsbereichen beibehalten und den Kapitalbedarf weiter gezielt optimieren. In Bezug auf unsere Investmentgeschäfte planen wir, weiterhin in allen unseren Geschäftsbereichen auf unserem Wachstumskurs zu bleiben. Darüber hinaus werden wir in bestimmte digitale Angebote investieren, um unser Multikanal-Angebot auszubauen. Das Digitalisierungsprogramm rollen wir in allen unseren Geschäftsbereichen aus. Durch die Integration der operativen Bereiche in PBC konsolidieren und verbessern wir unsere einheitliche Service- und IT-Plattform, um dadurch die Effizienz von PBC zu steigern.

In Private & Commercial Banking werden wir unsere Marktposition weiter stärken, indem wir unser integriertes Betreuungsmodell für kleine und mittlere Unternehmen in Form eines Joint Venture zwischen PBC und GTB nutzen. Wir werden unseren Schwerpunkt weiterhin auf das risikoarme Hypothekengeschäft legen, unser Geschäft mit Anlage- und Versicherungsprodukten ausbauen und unsere strikte Kostendisziplin beibehalten.

In Advisory Banking International profitieren wir von unserer Stärke im Beratungsgeschäft in Europa und nutzen weiterhin effizient unsere wachstumsorientierten Investitionen in asiatischen Kernländern.

Die Postbank wird ihren Wachstumskurs in Deutschland fortsetzen und parallel dazu ihre Geschäftspraktiken weiter angleichen sowie durch die Umsetzung organisatorischer Maßnahmen Kosteneinsparungen anstreben. Die fortschreitende Integration der Postbank sollte es PBC ermöglichen, die angestrebten Synergien zu erzielen. Ein neuer Vertragsabschluss mit der Deutsche Post DHL wird in 2015 zu einem beträchtlichen Rückgang der Erträge gegenüber dem Vorjahr führen. Das wird teilweise durch niedrigere Kosten ausgeglichen werden.

Wir erwarten, dass unsere Umsetzungskosten für die Integration der Postbank und andere Maßnahmen im Rahmen unseres OpEx-Programms größtenteils unseren ursprünglichen Plänen entsprechen. Sie sind jedoch nach wie vor von der Erreichung von Meilensteinen und Fortschritten bei einzelnen Projekten abhängig. Wir erwarten einen Rückgang der Umsetzungskosten in 2015 gegenüber dem Vorjahr und rechnen in 2015 und in den Folgejahren mit einer damit verbundenen Kostenreduktion.

PBC erzielte in 2014 trotz einiger Herausforderungen, wie der einmaligen Sonderbelastung für die Rückzahlung von Kreditbearbeitungsgebühren, einen Gewinn vor Ertragsteuern in Höhe von 1,3 Mrd €. In 2015 visieren wir weiterhin unsere ehrgeizige Ambition eines Ergebnisses vor Steuern von rund 2,5 Mrd € bis 3 Mrd € an. Dieses ist jedoch stark abhängig von strategischen Initiativen wie der Realisierung von Synergieeffekten aus der Postbankintegration, von den zukünftigen Marktbedingungen und von Unsicherheiten im regulatorischen Umfeld.

Global Transaction Banking

Transaction Banking wird wie in 2014 wahrscheinlich weiterhin von verschiedenen wichtigen Faktoren beeinflusst werden. Das relativ niedrige Zinsniveau einschließlich der negativen Zinssätze auf einigen Kernmärkten, dürfte weiterhin bestehen. Gleichwohl könnten bestimmte Märkte, insbesondere die USA, im zweiten Halbjahr einen möglichen Aufschwung aufweisen. Das globale Wachstum könnte sich 2015 beschleunigen und die US-Wirtschaft dürfte ihren stabilen Erholungskurs wieder aufnehmen. In der Eurozone dürfte sich die leichte Erholung fortsetzen. Die Wachstumsraten in den Schwellenländern werden jedoch wahrscheinlich voneinander abweichen. Die Ertragspools in Transaction Banking dürften ein leichtes Wachstum mit unterschiedlicher Dynamik bei den einzelnen Produkten verzeichnen. Das Volumenwachstum dürfte jedoch durch den anhaltenden Margendruck sowie das oben erwähnte weiterhin bestehende Niedrigzinsumfeld neutralisiert werden. Deutlich umfangreichere und strengere regulatorische Anforderungen einschließlich potenzieller struktureller Änderungen, der Kostendruck sowie Rechtsstreitigkeiten dürften weiterhin eine Herausforderung für die gesamte Bankenbranche darstellen.

Die oben beschriebenen Entwicklungen werden unsere Aktivitäten in Global Transaction Banking (GTB) weiterhin beeinflussen. Durch das anhaltend dynamische profitable Wachstum und die Ausweitung der Kundenbasis im operativen Geschäft in den vergangenen Jahren sowie dank qualitativ hochwertiger und innovativer Produkte dürften wir gut aufgestellt sein, um diese Herausforderungen zu bewältigen und unsere Kundenbasis weiter auszubauen. Trade Finance könnte von dem globalen Wirtschaftswachstum und der daraus resultierenden Außenhandelsnachfrage profitieren. Darüber hinaus wird der starke Rückgang im Kreditgeschäft voraussichtlich ein Ende haben, und die in jüngster Zeit beobachtete Stabilisierung der Margen dürfte anhalten. Im Bereich Securities Services könnte die Aussicht auf einen anhaltenden Anstieg der Ertragspools in 2015 sowie der Trend zu einer Konzentration der Investment Banking-Dienstleistungen unseres Erachtens Wachstumsmöglichkeiten bieten. In Cash Management ist die Zunahme der weltweiten Aktivitäten ein möglicher positiver Faktor, wobei das voraussichtlich weiter anhaltende Niedrigzinsumfeld das Wachstum hemmen wird. Der Bereich legt seinen Schwerpunkt auch künftig auf die Intensivierung seiner bestehenden Geschäftsbeziehungen zu anspruchsvollen Unternehmen und institutionellen Kunden. Zudem wird er den Ausbau des Geschäfts in einigen Schwellenländern fortsetzen. Die Zusammenarbeit mit anderen Bereichen der Bank (unter anderem die enge Geschäftsbeziehung zum Vertrieb in CB&S) wird kontinuierlich ausgebaut. So soll sichergestellt werden, dass ein breiterer Kundenstamm Zugang zu unseren Produkten und Dienstleistungen erhält. Zu den Maßnahmen gehörte unter anderem die Zusammenführung und Integration des Geschäfts mit kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland im September 2013, um unsere Position im Heimatmarkt zu festigen.

Die aktualisierte Strategie 2015+ sah einen Anstieg des Vorsteuerergebnisses von GTB auf 1,6 Mrd € bis 1,8 Mrd € bis 2015 vor. In 2014 hat GTB ein Vorsteuerergebnis von 1,2 Mrd € erreicht. Insgesamt hat der Ausbau unserer Geschäftsaktivitäten für die Deutsche Bank nach wie vor Priorität und die damit verbundenen Initiativen dürften dem Rechnung tragen. Der erfolgreiche Abschluss der Neuausrichtung im Firmenkundengeschäft in den Niederlanden wird unseren Erwartungen nach ebenfalls zur Erreichung des Ziels von GTB beitragen. Das durch starken Wettbewerb gekennzeichnete Geschäftsumfeld dürfte jedoch weiterhin eine Herausforderung darstellen, und die Zinsen, welche in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres sogar negativ wurden, werden voraussichtlich auf dem niedrigen Niveau bleiben. Auch der Kostendruck sowie die wachsenden aufsichtsbehördlichen Forderungen und die Aufwendungen für die potenzielle Beilegung von Rechtsstreitigkeiten werden GTB weiterhin vor Herausforderungen stellen. GTB wird auch weiterhin seine gezielten Maßnahmen zur Umsetzung der Strategie 2015+ fortsetzen. Die Erreichung des Wachstumsziels könnte in Anbetracht des aktuell schwierigen Geschäftsumfelds eine besonders hohe Herausforderung sein.

Deutsche Asset & Wealth Management

Die Vermögensverwaltungsbranche wird in 2015 von der weiterhin anhaltenden Erholung der Weltwirtschaft profitieren. Trotz des schwierigen makroökonomischen Umfelds, welches durch die europäische Staatsschuldenkrise, die Volatilität in den Schwellenländern und das sich verändernde aufsichtsrechtliche Umfeld geprägt ist, bleibt unser Ausblick für 2015 positiv. Wir erwarten, dass eine anhaltend niedrige Inflation in den Industrieländern, ein moderater Anstieg des US-Zinsniveaus und eine expansive Geldmarktpolitik der Zentralbanken die Aktienmärkte weiter antreiben werden. Diese Faktoren werden unserer Ansicht nach insbesondere große Vermögensverwalter begünstigen, die Skaleneffekte und Effizienzen nutzen können, um Kunden anspruchsvolle Anlagelösungen anzubieten.

Dank seiner Strategie ist der Bereich Deutsche AWM gut aufgestellt, um von den Branchen- und Wettbewerbstrends zu profitieren. In 2014 konnte ein Ergebnis vor Steuern von 1 Mrd € verzeichnet werden. Aufbauend auf den Fortschritten aus 2014 im Hinblick auf die Implementierung laufender Projekte zur Transformation der Infrastruktur, werden in 2015 weitere Ertragssteigerungen und Effizienzgewinne erwartet. Die hieraus resultierende signifikante Steigerung der Performance im Vergleich zum Vorjahr wird uns erlauben, unser angestrebtes Ergebnis vor Steuern von 1,7 Mrd € bis Ende 2015 zu erreichen. Wir streben an, an das Wachstumsmomentum aus dem Vorjahr anzuknüpfen, indem wir unseren Kunden eine weiterhin hohe Qualität unserer Dienstleistungen anbieten und nachhaltige Plattformeffizienzen erzielen werden.

Wir werden unsere Präsenz in ausgewählten Märkten ausbauen und dabei insbesondere von dem globalen Netzwerk des Deutsche Bank-Konzerns profitieren. Wir sind in Schwellenländern aktiv, in denen ein schnelles Wachstum die Schaffung von Wohlstand und damit die Nachfrage nach Vermögensverwaltungsleistungen begünstigt. Unsere fokussierte Strategie beinhaltet ebenfalls die Optimierung ausgewählter Geschäftsportfolios.

In Einklang mit unserem Ziel, die Anzahl der Geschäftsbeziehungen zu sehr vermögenden Kunden von 2012 bis 2015 um rund 50 % zu erhöhen, werden wir im laufenden Jahr unser Geschäft mit sehr vermögenden Kunden (Ultra High Net Worth – UHNW) weltweit weiter ausbauen, welches sich im Vergleich zu anderen Vermögensbereichen vor allem durch sein schnelles Wachstum besonders hervorhebt. Diese anspruchsvollen Kunden profitieren von unserem globalen Betreuungsmodell und unseren integrierten Kundenbetreuungsteams. Die anspruchsvollsten UHNW-Kunden können zudem die kürzlich geschaffenen Key Client Partners (KCP) Desks nutzen. Diese wurden gegründet, damit wir unseren Kunden einen Zugang sowohl zu unseren eigenen als auch zu externen anlageklassenübergreifenden sowie grenzüberschreitenden Anlagemöglichkeiten und Finanzierungslösungen bieten können.

Wir erwarten, dass sich die Verschiebung der Anlagepräferenzen in 2015 fortsetzen wird und Investitionen in alternative Produkte (Hedgefonds, Private Equity, Immobilien und Rohstoffe) aufgrund ihrer stetigen, risiko-adjustierten Erträge sowie in passive Produktangebote (ETFs) dank vergleichsweise geringer Gebühren zunehmen werden. Hieraus resultierend gehen wir davon aus, dass alternative und passive Produkte andere Anlageklassen in 2015 hinter sich lassen werden. Ein weiterer wichtiger Trend, der vor allem in Industrieländern anhalten dürfte, ist die steigende Nachfrage nach Altersvorsorgeprodukten, die durch demografische Trends getrieben wird.

Das Geschäft mit passiven Produkten wird von der Verlagerung des Schwerpunkts hin zu physisch replizierenden börsennotierten Fonds (ETFs) profitieren, die 2015 abgeschlossen wird. Damit bekräftigen wir die Positionierung von Deutsche AWM als einem der größten Anbieter direkt replizierender ETFs in Europa. Wir gehen davon aus, dass diese bereits bestehenden Produkte ebenso wie die Einführung neuer Produktangebote in 2015 die entscheidenden Wachstumstreiber unseres verwalteten Vermögens sein werden. Der Erfolg der Palette an neuen physisch replizierenden ETFs wird teilweise von der anhaltenden Kundennachfrage nach passiven Investments mit physischer Replikation abhängen.

Wir wollen die Zusammenarbeit mit anderen Bereichen der Deutschen Bank in 2015 weiter intensivieren. Dies umfasst unter anderem die Fortsetzung der Beziehungen zu PBC als Vertriebspartner für DWS-Fonds in Deutschland und zu CB&S zur Umsetzung der Anforderungen vermögender Kunden im Bereich Corporate Financing. Des Weiteren werden wir auch weiterhin die Stärken unserer aktiven Investmentplattform (zum Beispiel im Fixed Income-Bereich und bei Dividendenfonds) nutzen, um den Kunden attraktive Dienstleistungen zur Verfügung stellen zu können.

Die in 2014 initiierten Investitionen in unser operatives Geschäft und die EDV werden in 2015 vollumfänglich implementiert und statten Deutsche AWM mit einer umfassenden und modernen IT-Infrastruktur aus. So wird beispielsweise das erfolgreiche Ausrollen unserer Vermögensverwaltungsplattform in 2015 zu signifikanten Verbesserungen in Bezug auf Effizienz und Funktionalität führen. Diese Initiativen sind Teil zahlreicher Projekte zur Optimierung unserer geografischen und operativen Präsenz. Die finanzielle Performance des Bereichs basiert teilweise auf der erfolgreichen Umsetzung dieser Projekte. Sie ist darüber hinaus von der Zunahme des verwalteten Vermögens und einer höheren Rendite neuer Vermögenswerte abhängig. Um dies zu erreichen, bauen wir weiterhin auf unserem integrierten Betreuungsmodell auf und erweitern unsere Produktpalette.

Non-Core Operations Unit

Die Non-Core Operations Unit (NCOU) dürfte weiterhin einen Beitrag zur Erreichung der strategischen Ziele des Konzerns leisten einschließlich des Deleveraging-Programms. Der Schwerpunkt unserer Strategie und unseres Mandats liegt auf dem beschleunigten Risikoabbau, womit beide an den strategischen Zielen der Deutschen Bank ausgerichtet sind. Das Ziel ist die Freisetzung von Kapital, die Reduzierung der Bilanzsumme sowie der Schutz des Aktionärsvermögens durch Reduzierung von Risiken aus verbleibenden Vermögenswerten und Geschäftsaktivitäten.

Der Schwerpunkt liegt daher auf der Reduzierung des Kapitalbedarfs, um die Kapitalquote der Deutsche Bank zu verbessern, ohne dass es für die Aktionäre zu einem Verwässerungseffekt kommt. Künftig wird der Fokus ebenfalls auf der Verkürzung der Bilanz in Übereinstimmung mit der CRR/CRD 4 liegen, um die Bank bei der Erreichung ihrer Ziele in Bezug auf den Verschuldungsgrad zu unterstützen. Weitere Schwerpunkte sind die Reduzierung latenter Risiken und bankfremder Vermögenswerte sowie die Anpassung der Kostenbasis des Unternehmensbereichs NCOU an den fortschreitenden Risikoabbau.

Bei der erfolgreichen Umsetzung dieser Strategie gibt es weiterhin spezifische Herausforderungen. Die NCOU-Portfolios enthalten signifikante Investitionen in einzelne Unternehmen sowie sonstige Vermögenswerte, die nicht mehr zu unserem Kerngeschäft gehören. Diese Investitionen und Vermögenswerte unterliegen sich verändernden wirtschaftlichen Rahmen- und Marktbedingungen. Solche Veränderungen können zu Abweichungen im Zeitplan für den Risikoabbau führen und sich auf künftige Ergebnisse auswirken. Darüber hinaus fallen in der NCOU weiterhin Kosten aufgrund hoch verzinslicher Verbindlichkeiten und für die Inanspruchnahme der Infrastruktur des Deutsche Bank-Konzerns an.

Die Geschwindigkeit des Risikoabbaus hat sich verlangsamt, da das Portfoliovolumen gesunken ist. Dies hat zu einer erhöhten Volatilitätssensitivität der Berechnung risikogewichteter Aktiva (RWA) vor allem bei Markt- und operationellen Risiken geführt und dadurch kurzfristig die Kapitalfreisetzung beeinflusst. Neben den Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Strategie des Risikoabbaus in der NCOU rechnen wir mit einem weiterhin herausfordernden rechtlichen Umfeld.

Risikobericht

Grundsätze des Risikomanagements

Wir fördern aktiv eine starke Risikokultur auf allen Ebenen unserer Organisation. Eine starke Risikokultur unterstützt die Ausfallsicherheit der Deutschen Bank. Hierfür wenden wir einen ganzheitlichen Ansatz für die Steuerung von Risiken und Erträgen auf allen Ebenen der Organisation sowie das effektive Management unseres Risiko-, Kapital- und Reputationsprofils an. Bei unseren Geschäftsaktivitäten gehen wir bewusst Risiken ein. Die folgenden Prinzipien stützen daher die Risikokultur unseres Konzerns:

- Risiken werden im Rahmen einer definierten Risikotoleranz eingegangen;
- Jedes Risiko muss gemäß dem Rahmenwerk für das Risikomanagement genehmigt werden;
- Risiken müssen angemessenen Ertrag bringen;
- Risiken sollten fortlaufend überwacht und gesteuert werden.

Mitarbeiter auf allen Ebenen sind für die Steuerung und Eskalation von Risiken verantwortlich. Wir erwarten von unseren Mitarbeitern, dass sie durch ihr Verhalten eine starke Risikokultur gewährleisten. Um dies aktiv zu fördern, sorgen wir dafür, dass unsere Leistungsbeurteilungs- und Vergütungsprozesse eine Verhaltensbewertung beinhalten. Verhaltensweisen einer starken Risikokultur wurden auf allen Ebenen der Organisation konsistent kommuniziert und umfassen:

- Verantwortung für unsere Risiken übernehmen;
- Risiken konsequent, zukunftsorientiert und umfassend bewerten;
- kritisches Hinterfragen fördern, betreiben und respektieren;
- Probleme gemeinsam lösen;
- die Deutsche Bank und ihre Reputation bei allen Entscheidungen in den Mittelpunkt stellen.

Zur Stärkung dieser erwarteten Verhaltensweisen unterhalten wir eine Reihe von konzernweiten Aktivitäten. Die Mitglieder unseres Vorstands und das Senior Management kommunizieren regelmäßig die Bedeutung einer starken Risikokultur, um eine einheitliche Botschaft seitens der Leitung zu vermitteln. Um dieser Botschaft ein stärkeres Gewicht zu geben, haben wir unser Angebot an gezielten Schulungen vergrößert. In 2014 belegten unsere Mitarbeiter konzernweit mehr als 88.000 Pflicht-Schulungsmodule. Hierzu gehörten Veranstaltungen zum Bewusstsein für globale Informationssicherheit, eine Einführung in die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) und das neu eingeführte Modul „Tone from the Top“. Wir überprüfen regelmäßig unser Schulungsangebot und verbessern beziehungsweise entwickeln weitere Module im Rahmen unserer anhaltenden Maßnahmen zur Stärkung der Risikokultur.

Darüber hinaus und zusammen mit anderen Maßnahmen zur Stärkung unserer Performance-Management-Prozesse haben wir einen Prozess entworfen und implementiert, um die direkte formelle Bewertung von Risikokultur verwandtem Verhalten mit der Leistungsbeurteilung und Vergütung unserer Mitarbeiter zu verknüpfen. Dieser Prozess war seit 2010 in unseren Unternehmensbereichen CB&S und GTB eingeführt und wurde anschließend in allen Unternehmensbereichen und Funktionen eingeführt, wobei PBC Deutschland als letzter den Prozess im Januar 2015 implementierte. Durch diesen Prozess wird die Eigenverantwortung der Mitarbeiter weiter gestärkt.

Wir haben außerdem eine Übersicht zur Messung der Risikokultur auf divisionaler und regionaler Ebene entwickelt. Diese wurde zunächst in CB&S und Deutsche AWM in 2014 eingeführt und wird über die kommenden Monate hinweg weiterentwickelt werden.

Weitere Maßnahmen werden bereits geprüft und 2015 zu dem Programm hinzugefügt.

Rahmenwerk für das Risikomanagement

Die Vielfältigkeit unseres Geschäftsmodells erfordert es, Risiken effektiv zu identifizieren, zu bewerten, zu messen, zu aggregieren und zu steuern sowie die verschiedenen Geschäftsbereiche mit Eigenkapital zu unterlegen. Wir handeln als integrierter Konzern durch unsere Unternehmens- und Geschäftsbereiche sowie Infrastrukturfunktionen. Risiken und Kapital werden mithilfe eines Rahmenwerks von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen gesteuert, die eng an den Tätigkeiten der Unternehmens- und Geschäftsbereiche ausgerichtet sind:

- Die Kernaufgaben des Risikomanagements obliegen dem Vorstand, der deren Ausführung und Kontrolle an Senior-Risk-Management-Komitees delegiert. Der Aufsichtsrat überwacht regelmäßig die Risiko- und Kapitalprofile.
- Wir wirken Risiken auf drei Ebenen entgegen, wobei die Funktionen mit Kundenkontakt, Risikomanagement und Revision unabhängig voneinander agieren.
- Die Risikostrategie wird vom Vorstand jährlich genehmigt und ist definiert auf Basis unserer konzernweiten Risikotoleranz sowie unseres Strategie- und Kapitalplans, um Risiko-, Kapital- und Ergebnisziele aufeinander abzustimmen.
- Konzernweit durchgeführte risikoartenübergreifende Prüfungen sollen sicherstellen, dass robuste Verfahren zur Risikosteuerung und eine ganzheitliche Wahrnehmung von Risiken etabliert sind.
- Wir steuern alle wichtigen Risikoklassen, wie Kredit-, Markt-, operationelle, Liquiditäts-, Geschäfts-, Reputations-, Modell- und Compliance-Risiken (MaRisk, das heißt entsprechend den Mindestanforderungen an die Risikosteuerung auf allen relevanten Ebenen der Bank), durch Risikomanagementprozesse. Modellierungs- und Messansätze zur Quantifizierung von Risiken und des Kapitalbedarfs sind über alle bedeutenden Risikoklassen hinweg implementiert. Nicht-Standard-Risiken (Reputationsrisiko, Modellrisiko, Compliance-Risiko) werden implizit in unserem Rahmenwerk für Ökonomisches Kapital abgedeckt, insbesondere im operationellen Risiko und im strategischen Risiko.
- Für die wesentlichen Kapital- und Liquiditätskennziffern sind eine angemessene Überwachung, Stress-tests sowie Eskalationsprozesse etabliert.
- Systeme, Prozesse und Richtlinien sind essenzielle Komponenten unseres Risikomanagements.
- Der Sanierungsplan legt die Eskalationsabläufe zur Krisenmanagementsteuerung fest und liefert dem Management eine Aufstellung von Maßnahmen, die dazu dienen, die Kapital- und Liquiditätssituation im Krisenfall zu verbessern.
- Die Abwicklungsplanung wird von der Bankenaufsicht in Deutschland streng überwacht. Sie beschreibt eine Strategie zur Abwicklung der Deutschen Bank in einem etwaigen Abwicklungsfall. Dieser Abwicklungsplan soll verhindern, dass Steuerzahler für einen Bail-out aufkommen müssen. Er soll ferner die Finanzstabilität durch Erhaltung von Dienstleistungen stärken, die für die Volkswirtschaft insgesamt von besonderer Bedeutung sind.

Risiken der Deutsche Bank AG im Konzernverbund

Die Wirkung der beschriebenen Risiken auf die Deutsche Bank AG lässt sich nicht von den Auswirkungen auf die anderen rechtlich selbstständigen Einheiten der Deutschen Bank isolieren. Dafür sind folgende Gründe ausschlaggebend:

- Die interne Gliederung des Konzerns nach Konzernbereichen orientiert sich an den Kundenbedürfnissen, das heißt an den vom Markt vorgegebenen Rahmenbedingungen. Die externe rechtliche Gliederung hat sich an lokalrechtlichen Vorgaben zu orientieren und folgt daher nicht zwangsläufig der internen Struktur. Beispielsweise kann es von der lokalen Gesetzgebung abhängen, ob das Geschäft des Konzerns in einem Land von einer Filiale der Deutschen Bank AG oder einer selbstständigen Tochtergesellschaft geführt wird. Die Geschäftsleitung muss aber die Risiken des Geschäfts betrachten – unabhängig davon, ob es sich um eine Filiale oder eine Tochtergesellschaft handelt.
- Eine angemessene Risikoüberwachung und -steuerung erfordern die Kenntnis der Abhängigkeit der Ertragslage des Konzerns von der Entwicklung einzelner Risikofaktoren, das heißt der Bonität einzelner Kunden oder Wertpapieremittenten beziehungsweise der Änderung von Marktpreisen. Daher ist eine die rechtlichen Einheiten übergreifende Analyse der entsprechenden Geschäfte vorzunehmen. Insbesondere für das Kreditrisiko, das von einem Kreditnehmer ausgeht, ist es weitgehend unerheblich, ob sich das Kreditengagement gegenüber einem Unternehmen auf mehrere Konzerngesellschaften verteilt oder auf die Deutsche Bank AG konzentriert. Eine separate Betrachtung des nur die Deutsche Bank AG betreffenden Risikoanteils würde die Gefahr vernachlässigen, die im Fall der Insolvenz des Unternehmens auf den Konzern und damit indirekt auf die AG als Konzernmutter einwirkt.
- Zwischen den einzelnen Risikofaktoren bestehen zum Teil Abhängigkeiten, zum Teil sind sie unabhängig voneinander. Liegen Abschätzungen über Art und Ausmaß dieser Zusammenhänge vor, kann das Management des Konzerns durch Streuung der Geschäfte über Kundengruppen, Emittenten und Länder eine deutliche Senkung des Gesamtrisikos herbeiführen (Diversifikation). Diese Zusammenhänge zwischen den Risiken sind ebenfalls von den rechtlichen und divisionalen Strukturen des Konzerns unabhängig. Daher kann das Management die risikomindernden Diversifikationseffekte nur dann optimal ausnutzen, wenn es diese konzernweit und die rechtlichen Einheiten übergreifend steuert.

Aus den dargelegten Gründen sind die Identifikation, Überwachung und Steuerung aller Risiken der Deutschen Bank AG in das konzernweite Risikomanagement integriert. Daher beziehen sich alle Zahlenangaben dieses Risikoberichts auf den Deutsche Bank Konzern, sofern nicht anders angegeben.

Alle rechtlichen und bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften werden dabei auch von der Deutschen Bank AG eingehalten. Die ausführliche Darstellung des Risikomanagements im Konzernverbund ist dem Risikobericht im Konzern-Finanzbericht zu entnehmen.

Organisation des Risikomanagements

Aus aufsichtsrechtlicher Sicht werden unsere Aktivitäten in der ganzen Welt von zuständigen Behörden in jedem der Länder, in denen wir Geschäft betreiben, reguliert und überwacht. Diese Aufsicht konzentriert sich auf Lizenzierung, Eigenkapitalausstattung, Liquidität, Risikokonzentration, Führung des Geschäfts sowie Organisation und Meldepflichten. Die Europäische Zentralbank in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden der EU-Staaten, die dem einheitlichen Aufsichtsmechanismus beigetreten sind, fungieren über das gemeinsame Aufsichtsteam als unsere primären Aufsichtsbehörden, um die Einhaltung des deutschen Kreditwesengesetzes und anderer geltender Gesetze und Vorschriften sowie, ab dem 1. Januar 2014, das CRR/CRD 4-Regelwerk entsprechend seiner Umsetzung in deutsches Recht zu überwachen.

Die deutsche Bankaufsicht bewertet unsere Risikotragfähigkeit auf verschiedene Weisen, die ausführlicher im Abschnitt „Aufsichtsrechtliches Kapital“ des Risikoberichts beschrieben werden.

Aus Sicht der internen Steuerung haben wir mehrere Managementebenen zur Sicherstellung einer geschlossenen Risikosteuerung:

- Der Aufsichtsrat ist regelmäßig und – soweit erforderlich – aus besonderem Anlass über die Risikolage, das Risikomanagement und das Risikocontrolling, die Reputation und wesentliche Rechtsfälle zu unterrichten. Er hat verschiedene Komitees gebildet, die sich mit spezifischen Themen befassen.
- In den Sitzungen des Risikoausschusses berichtet der Vorstand über Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationelle sowie Rechts- und Reputationsrisiken. Er berichtet ferner über die Kreditrisikostategie, Kreditportfolios, Kredite, die nach Gesetz oder Satzung eines Aufsichtsratsbeschlusses bedürfen, Fragen der Kapitalausstattung und Angelegenheiten, die aufgrund der damit verbundenen Risiken von besonderer Bedeutung sind. Der Risikoausschuss berät mit dem Vorstand Fragen der Gesamtrisikobereitschaft und der Risikostrategie.
- Der Integritätsausschuss überwacht die Maßnahmen des Vorstands, mit denen die Einhaltung von Rechtsvorschriften und behördlichen Regelungen sowie unternehmensinternen Richtlinien durch das Unternehmen sichergestellt wird. Er überprüft auch die Ethik- und Verhaltenskodizes der Bank und beobachtet und analysiert die für die Bank wesentlichen Rechts- und Reputationsrisiken und wirkt auf deren Vermeidung hin.
- Der Prüfungsausschuss, neben weiteren Aufgaben, überwacht die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, insbesondere des internen Kontrollsystems und der internen Revision.
- Der Vorstand verantwortet das Management des Deutsche Bank Konzerns in Übereinstimmung mit Gesetzen, Firmenstatut und seiner Geschäftsordnung mit dem Ziel einer nachhaltigen Wertschöpfung im Unternehmensinteresse und mithin der Aktionäre, Mitarbeiter und anderer Anspruchsberechtigter. Der Vorstand muss eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation gewährleisten, die ein angemessenes und effektives Risikomanagement beinhaltet. Mit Zustimmung des Aufsichtsrats und dem Ziel, eine effektive Kontrolle über Ressourcen und Risiken zu gewährleisten, schuf der Vorstand das Capital and Risk Committee („CaR“) und das Risk Executive Committee („Risk ExCo“), deren Aufgaben nachfolgend detaillierter beschrieben sind.

Die nachstehenden funktionalen Ausschüsse sind von zentraler Bedeutung für das Management der Risiken in der Deutschen Bank:

- Das CaR überwacht die integrierte Planung sowie Steuerung von Risikoprofil und Kapitaladäquanz. Dabei stellt es sicher, dass Risikotoleranz, Kapitalanforderungen sowie Refinanzierungs- und Liquiditätsbedarf mit der Strategie des Konzerns sowie der Unternehmens- und Geschäftsbereiche im Einklang sind. Es bietet eine Plattform zur Diskussion und Vereinbarung strategischer Fragen zwischen Risk, Government & Regulatory Affairs, Finance und den Geschäftsbereichen, die Auswirkungen auf das Kapital, die Finanzierung und die Liquidität haben. Das CaR initiiert entsprechende Maßnahmen und/oder gibt Empfehlungen an den Vorstand. Es ist auch verantwortlich für die regelmäßige Überwachung unseres Risikoprofils im Verhältnis zu unserer Risikotoleranz und dafür, dass angemessene Eskalationen erfolgen oder andere Maßnahmen eingeleitet werden. Das CaR überwacht unser Risikoprofil im Hinblick auf Frühwarnindikatoren und Sanierungsauslöser (Recovery Triggers) und schlägt dem Vorstand – sofern erforderlich – Prozesse und Maßnahmen vor, die in unserem Sanierungsplan definiert sind.
- Unser Risk ExCo, der höchste funktionale Ausschuss für unsere Risikosteuerung, identifiziert, überwacht und steuert alle Risiken einschließlich der Risikokonzentration auf Konzernebene. Er ist verantwortlich für Risikogrundsätze, die Organisation sowie die Steuerung des Risikomanagements und überwacht das Risiko- und Kapitalmanagement einschließlich der Risikoidentifizierung, -bewertung und -begrenzung nach Maßgabe der vom Vorstand genehmigten Risiko- und Kapitalstrategie (Planung der Risiko- und Kapitalnachfrage). Das Risk ExCo wird unterstützt von Unterausschüssen, die für spezielle Bereiche des Risikomanagements verantwortlich sind, darunter mehrere Grundsatzausschüsse, das Portfolio Risk Committee („PRC“) und das Group Reputational Risk Committee („GRRC“). Im Februar 2015 wurde entschieden, das GRRC direkt unter dem Vorstand anzusiedeln. Die Berichtslinie an das Risk ExCo ist damit entfallen.
- Das PRC unterstützt das Risk ExCo und das CaR insbesondere bei der Steuerung bereichsübergreifender Risiken. Das CaR hat dem PRC die Aufgabe der laufenden Überwachung und Steuerung des Prozesses

zur internen Bewertung der Kapitaladäquanz („ICAAP“) übertragen. Das PRC überwacht auch unsere konzernweiten Belastungstests, bewertet die Ergebnisse und schlägt, falls erforderlich, dem Management Maßnahmen vor. Es überwacht die Wirksamkeit des Belastungstest-Prozesses und treibt die fortlaufende Verbesserung des Rahmenwerks für unsere Belastungstests voran.

- Das Living Wills Committee („LWC“) ist der dedizierte Unterausschuss des CaR mit Fokus auf der Sanierungs- und Abwicklungsplanung. Es überwacht die Implementierung unserer Sanierungs- und Abwicklungspläne sowie die Verbesserungen der konzernweiten operativen Bereitschaft, auf Situationen mit hoher Stressbelastung oder bei Gefahr des Eintritts einer solchen Stresssituation zu reagieren.
- Das Regulatory Capital Committee ist ein weiteres Unterkomitee unseres Capital and Risk Committees. Es hat die Aufgabe, unsere Modelle zur Risikoquantifizierung zu überwachen. Um eine umfassende Überwachung zu fördern, wird es durch mehrere Unterkomitees unterstützt, die bestimmte Modelle und modellbezogene Themen abdecken.

Mehrere Mitglieder des CaR gehören auch dem Risk ExCo an, wodurch der Informationsfluss zwischen beiden Gremien sichergestellt wird.

Der Risikovorstand (Chief Risk Officer) als Mitglied des Vorstands hat die konzernweite, unternehmensbereichsübergreifende Verantwortung für das Management aller Kredit-, Markt- und operationellen Risiken sowie umfassend die Verantwortung für die Kontrolle der Risiken, unter Einschluss der Liquiditätsrisiken, und die Fortentwicklung der Methoden der Risikomessung. Darüber hinaus ist der Chief Risk Officer für die zusammenfassende Beobachtung und Analyse von und Berichterstattung zu Risiken einschließlich der Aktiv-/Passiv-Inkongruenzen sowie der Kapital-, Liquiditäts-, Rechts-, Compliance- und aufsichtsbehördlichen Risiken verantwortlich.

Der Risikovorstand trägt direkte Managementverantwortung für folgende Risikomanagementfunktionen: Kreditrisikomanagement, Marktrisikomanagement, Management der operationellen Risiken und Liquiditätsrisikokontrolle.

Diese sind mit folgenden Aufgaben betraut:

- Sicherstellung, dass die Geschäftsaktivitäten der Unternehmensbereiche mit der Risikotoleranz übereinstimmen, die das CaR gemäß den Vorstandsvorgaben festgelegt hat;
- Festlegung und Umsetzung angemessener Risiko- und Kapitalmanagementgrundsätze, -verfahren und -methoden für die verschiedenen Geschäftsaktivitäten der Unternehmensbereiche;
- Genehmigung von Limiten für Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken;
- Regelmäßige Überprüfung der Portfolios, um sicherzustellen, dass sich die Risiken innerhalb annehmbarer Parameter bewegen; sowie
- Entwicklung und Einführung geeigneter Risiko- und Kapitalmanagementinfrastrukturen und -systeme für die jeweiligen Unternehmensbereiche.

Zusätzlich zu den Leitern dieser Risikomanagementfunktionen wurden regional verantwortliche Chief Risk Officer für Deutschland, Amerika und Asien-Pazifik sowie divisional verantwortliche Chief Risk Officer für Deutsche AWM und NCOU ernannt, um ein ganzheitliches Risikomanagement sicherzustellen.

Die Leiter der oben erwähnten Risikomanagementfunktionen sowie die regional und divisional verantwortlichen Chief Risk Officer berichten direkt an den Chief Risk Officer.

Verschiedene Teams innerhalb der Risikomanagementbereiche decken übergreifende Risikoaspekte ab. Ihre Aufgabe ist es, eine stärkere Konzentration auf ein ganzheitliches Risikomanagement und eine umfassende, risikoübergreifende Übersicht zur weiteren Verbesserung unserer Risikoportfoliosteuerung zu ermöglichen.

Wesentliche Ziele sind:

- Steuerung von risikoübergreifenden strategischen Initiativen und stärkere Verknüpfung zwischen der Portfoliostrategie und der Übersicht der Umsetzung einschließlich der Einhaltung regulatorischer Anforderungen;
- Strategische und zukunftsbezogene Managementberichterstattung zu wichtigen Risikothemen, insbesondere zur Risikotoleranz und zu Stresstests;
- Stärkung der Risikokultur in der Bank; und
- Förderung der Umsetzung konsistenter Risikomanagementstandards.

Unsere Bereiche Finance, Risk und Group Audit arbeiten unabhängig von unseren Geschäftsbereichen. Es ist die Verantwortung von Finance und Risk, die Quantifizierung sowie Verifizierung eingegangener Risiken vorzunehmen und die Qualität sowie Integrität risikorelevanter Daten sicherzustellen. Group Audit führt risikoorientierte Prüfungen des Aufbaus und der operativen Effektivität unseres internen Kontrollsystems durch.

Risikostrategie und Risikotoleranz

Risikotoleranz und Risikokapazität

Die Risikotoleranz ist Ausdruck des Risikos, das wir im Rahmen unserer Risikokapazität einzugehen bereit sind, um unsere Geschäftsziele zu erreichen. Sie wird anhand von quantitativen Mindestmessgrößen und qualitativen Standards festgelegt. Risikokapazität ist definiert als das maximale Risikoniveau, das wir unter normalen und Stressbedingungen eingehen können, ohne regulatorische Schwellenwerte oder Verpflichtungen gegenüber Anspruchsberechtigten zu überschreiten.

Die Risikotoleranz ist ein integraler Bestandteil unserer Prozesse zur Entwicklung unseres Kapital-Nachfrageplans, so dass sichergestellt ist, dass Risiko-, Kapital- und Performanceziele, auch unter Berücksichtigung von Risikokapazität und Risikotoleranz, abgestimmt sind. Unterstützend verwenden wir unsere Stresstestprozesse, um zu prüfen, ob der Plan auch unter Marktstresssituationen diesen Anforderungen entspricht. Die anhand eines Top-down-Ansatzes ermittelte Risikotoleranz dient als Limit für die Risikonahme in der Bottom-up-Planung der Geschäftsbereiche.

Der Vorstand überprüft und genehmigt jährlich oder – bei unerwarteten Änderungen des Risikoumfelds – auch in kürzeren Abständen unsere Risikotoleranz und -kapazität, um sicherzustellen, dass sie unserer Konzernstrategie, dem Geschäftsumfeld, den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen sowie den Anforderungen der Anspruchsberechtigten entsprechen.

Berichte, die unser Risikoprofil mit unserer Risikotoleranz und Risikostrategie vergleichen, sowie unsere Überwachung hiervon werden regelmäßig dem Vorstand präsentiert. Während des Jahres 2014 blieb unser tatsächliches Risikoprofil innerhalb des „Normalen Niveaus“. Treten Ereignisse ein, bei denen in Normal- oder Stresssituationen unsere festgelegte Risikotoleranzschwelle überschritten wird, wenden wir eine vorab definierte Governance-Matrix für deren Eskalation an. Damit stellen wir sicher, dass diese Überschreitungen dem zuständigen Risikoausschuss, dem Chief Risk Officer und schließlich dem Vorstand gemeldet werden. Änderungen der Risikotoleranz und der Risikokapazität müssen je nach Relevanz vom Chief Risk Officer beziehungsweise vom gesamten Vorstand genehmigt werden. Des Weiteren haben wir im Rahmen der jährlichen Rekalibrierung unserer Risikotoleranz jeweils mit Wirkung ab dem Jahr 2015 den Schwellenwert für Tier-1-Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung auf 8,5 % und für die interne Kapitaladäquanzquote auf 140 % erhöht. Daher werden entsprechende Änderungen ebenfalls am oberen Ende des kritischen Levels der Tier-1-Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung und der internen Kapitaladäquanzquote vorgenommen.

Strategie und Kapitalplan

Wir führen alljährlich einen strategischen Planungsprozess durch, der die Entwicklung unserer zukünftigen strategischen Ausrichtung der Gruppe und unserer Geschäftsbereiche und -einheiten widerspiegelt. Der strategische Plan zielt darauf ab, eine ganzheitliche Perspektive zu entwickeln, die Kapital, Finanzierung und Risiko unter Risiko- und Renditegesichtspunkten berücksichtigt. Dieser Prozess übersetzt unsere langfristigen strategischen Ziele in messbare kurz- und mittelfristige Finanzziele und erlaubt eine unterjährige Überprüfung der Zielerreichung und deren Management. Dabei zielen wir darauf ab, optimale Wachstumsmöglichkeiten zu identifizieren, die eine nachhaltige Ertragsentwicklung unter Berücksichtigung der damit verbundenen Risiken ermöglichen und die eine entsprechende Allokation des verfügbaren Kapitals erlauben. Risikospezifische Portfoliostrategien ergänzen diesen Rahmen und erlauben eine weiterführende Umsetzung der Risikostrategie auf Portfolioebene, die Besonderheiten der Risikoart sowie Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Der strategische Planungsprozess umfasst zwei Phasen: eine deduktive Zielfestsetzung sowie eine induktive Substanziierung.

In der ersten Phase – der Zielfestsetzung durch die Leitungsebene – diskutiert das Group Executive Committee die Kernziele für Gewinne und Verluste (inklusive Umsatz und Kosten), Kapitalangebots- und Kapitalbedarfsentwicklung sowie Bilanzentwicklung (Bilanzsumme, Refinanzierung und Liquidität) für die Gruppe wie auch die Hauptgeschäftsbereiche. Die Ziele für die nächsten drei Jahre basieren auf unserem makroökonomischen Ausblick und den Erwartungen bezüglich des aufsichtsrechtlichen Rahmenwerks. In der Folge genehmigt der Vorstand die Ziele.

In der zweiten Phase werden die gesetzten Ziele in Detailplänen für Geschäftseinheiten entwickelt, wobei das erste Jahr auf monatlicher Basis als operativer Plan, die Jahre zwei und drei als Jahrespläne ausformuliert werden. Die vorgeschlagenen Detailpläne werden von Finance und Risk einer kritischen Prüfung unterzogen und mit jedem Geschäftsbereichsleiter einzeln erörtert. Dabei werden die Besonderheiten des Geschäftsbereichs berücksichtigt und konkrete Ziele vereinbart, die alle darauf ausgerichtet sind, unsere Strategie zu unterstützen. Die Detailpläne enthalten Ziele für wichtige Gesellschaften, um die lokale Risiko- und Kapitalausstattung zu prüfen. Stresstests ergänzen den strategischen Plan, um auch gestresste Marktbedingungen zu würdigen.

Der resultierende Strategie- und Kapitalplan wird dem Group Executive Committee und dem Vorstand zur Diskussion und Genehmigung vorgelegt. Nach der Genehmigung durch den Vorstand wird der Plan dem Aufsichtsrat vorgelegt.

Der Strategie- und Kapitalplan ist darauf ausgerichtet, unsere Vision einer führenden, auf Kunden ausgerichteten globalen Universalbank zu unterstützen. Er zielt darauf ab, sicherzustellen, dass wir

- ein ausgewogenes risikoadjustiertes Ergebnis in allen Geschäftsbereichen und -einheiten erreichen;
- die Risikomanagementstandards mit speziellem Fokus auf Risikokonzentrationen hochhalten;
- aufsichtsrechtliche Anforderungen einhalten;
- eine starke Kapital- und Liquiditätsposition sicherstellen; und
- mit einer stabilen Refinanzierungs- und Liquiditätsstrategie die Geschäftsplanung innerhalb des Liquiditätsrisikotoleranz sowie der aufsichtsrechtlichen Vorgaben unterstützen.

Unser Strategie- und Kapitalplanungsprozess ermöglicht uns damit die

- Festlegung ertrags- und risikobezogener Kapitaladäquanzziele unter Berücksichtigung der strategischen Ausrichtung und der Geschäftspläne;
- Bewertung unserer Risikotragfähigkeit mit Blick auf interne und externe Anforderungen (zum Beispiel in Bezug auf das ökonomische Kapital und das aufsichtsrechtliche Eigenkapital); und
- Durchführung von angemessenen Stresstests zur Ermittlung der Auswirkungen auf Kapitalbedarf, Kapitalbasis und Liquiditätsposition.

Die spezifischen Limite, wie zum Beispiel aufsichtsrechtliche Kapitalnachfrage und Ökonomisches Kapital, werden aus dem Strategie- und Kapitalplan abgeleitet und sollen unsere Risiko-, Kapital- und Ertragsziele auf allen relevanten Unternehmensebenen angleichen.

Die Ziele, eine harte Kernkapitalquote unter Vollumsetzung von höher als 10 % und eine CRD 4-Verschuldungsquote von 3,5 % bis Jahresende 2015 zu erreichen, werden laufend in Managementkomitees auf angemessener Ebene kontrolliert. Eine projektierte Zielverfehlung wird zusammen mit möglichen Alternativstrategien diskutiert, um letztendlich die gesetzten Ziele dennoch zu erreichen. Änderungen des strategischen Plans müssen vom Vorstand genehmigt werden. Die Erfüllung unserer extern kommunizierten Solvabilitätsziele stellt sicher, dass wir auch jene Anforderungen erfüllen, die uns unsere Herkunftslandbehörde für die Gruppe im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process) kommuniziert hat (Erfüllung einer harten Kernkapitalquote von mindestens 10 % unter Berücksichtigung der Übergangsregeln zu jeder Zeit).

Risikosteuerungsinstrumente

Zur Überwachung und Steuerung von Risiken verwenden wir zahlreiche quantitative und qualitative Methoden. Es gehört zu unseren Grundsätzen, dass wir die Angemessenheit und Zuverlässigkeit der verwendeten Messinstrumente und Kenngrößen mit Blick auf das sich ändernde Risikoumfeld ständig prüfen. Manche dieser Instrumente können für mehrere Risikoarten genutzt werden, andere sind auf die besonderen Merkmale bestimmter Risikokategorien zugeschnitten. Nachstehend sind die wichtigsten internen Instrumente und Kenngrößen aufgeführt, die wir derzeit für die Messung und Steuerung der Risiken sowie die dazugehörige Berichterstattung verwenden:

- **RWA-Äquivalent** – Ist definiert als die Summe aus den risikogewichteten Aktiva („RWA“) und einem theoretischen Betrag für speziell zugeordnete Kapitalabzugspositionen vom Tier-1-Kernkapital, der diese in RWA konvertiert. RWA sind die Kerngröße für die Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Kapitaladäquanz, dargestellt durch die Tier-1-Kernkapitalquote. RWA-Äquivalente werden bei der Zielsetzung für das Wachstum unserer Geschäftsbereiche verwendet und im Rahmen unseres Managementreportings überwacht. Grundsätzlich werden die RWA im Einklang mit dem aktuell gültigen CRR/CRD 4-Rahmenwerk, so wie es (wo erforderlich) in deutsches Recht implementiert ist, errechnet und für unsere in die Zukunft gerichtete Risiko- und Kapitalplanung verwendet.
- **Erwarteter Verlust** – Wir nutzen den erwarteten Verlust zur Messung unseres Kredit- und operationellen Risikos. Der erwartete Verlust misst den Verlust, der innerhalb eines Jahres ab dem jeweiligen Berichtstermin aus diesen Risiken zu erwarten ist. Er wird auf der Grundlage historischer Verlustdaten ermittelt. Für die Berechnung des erwarteten Verlusts aus dem Kreditrisiko werden Kreditrisikoeinstufungen, erhaltene Sicherheiten, Fälligkeiten und statistische Durchschnittsverfahren berücksichtigt, um die Risikoeigenschaften unserer unterschiedlichen Arten von Engagements und Fazilitäten zu erfassen. Alle Parameterannahmen basieren auf statistischen Verfahren für einen Zeitraum von bis zu neun Jahren. Diese wurden auf Basis unserer historischen Ausfall- und Verlustdaten sowie externer Orientierungsgrößen berechnet. Wir setzen den erwarteten Verlust als Instrument in unserem Risikomanagementprozess ein. Außerdem ist er ein Bestandteil unseres Systems für die Managementberichterstattung. Die relevanten Ergebnisse der Berechnung des erwarteten Verlusts werden darüber hinaus zur Ermittlung der aggregierten Wertberichtigungen für Kreditausfälle in Betracht gezogen, die in unserem Jahresabschluss enthalten sind. Für das operationelle Risiko berechnen wir den erwarteten Verlust anhand statistischer Durchschnittswerte, die auf internen Verlustdaten, aktuellen Risikoentwicklungen sowie zukunftsgerichteten Expertenschätzungen basieren.
- **Return on Risk-Weighted Assets („RoRWA“)** – In Zeiten knappen aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals ist der Ertrag auf die risikogewichteten Aktiva („RoRWA“) ein wichtiges Maß, um die Wirtschaftlichkeit unserer Kundenbeziehungen einzuschätzen, insbesondere in Bezug auf das Kreditrisiko. RoRWA ist zurzeit die

vorrangige Leistungskennzahl und setzt sich fort einen höheren Stellenwert als der zuvor verwendete, auf dem Ökonomischen Eigenkapital basierende „Risk Adjusted Return on Capital“ („RARoC“) einzunehmen.

- **Value-at-Risk** – Wir verwenden das Value-at-Risk-Verfahren, um quantitative Kenngrößen für unsere Marktrisiken im Handelsbuch unter normalen, sowie das Stress-Value-at-Risk-Verfahren, für Marktrisiken unter gestressten Marktbedingungen abzuleiten. Die Value-at-Risk-Werte sind Teil der internen und externen (aufsichtsrechtlichen) Berichterstattung. Für ein bestimmtes Portfolio misst der Value-at-Risk den potenziellen künftigen Verlust (bezogen auf den Marktwert), der mit einem vorher definierten Konfidenzniveau unter normalen/gestressten Marktbedingungen in einer bestimmten Periode nicht überschritten wird. Der Value-at-Risk für ein Gesamtportfolio misst unser diversifiziertes Marktrisiko (aggregiert unter Verwendung zuvor ermittelter Korrelationen) unter normalen/gestressten Marktbedingungen für dieses Portfolio.
- **Ökonomisches Kapital** – Das Ökonomische Kapital ist eine Messgröße zur Ermittlung des Eigenkapitals, das benötigt wird, um extreme unerwartete Verluste aus unserem Portfolio aufzufangen. „Extrem“ bedeutet hier, dass das berechnete Ökonomische Kapital mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,98 % die in einem Jahr anfallenden aggregierten unerwarteten Verluste abdeckt. Wir berechnen das Ökonomische Kapital für das Kreditrisiko, für das Marktrisiko einschließlich des handelsbezogenen Ausfallrisikos sowie für das operationelle und das allgemeine Geschäftsrisiko.

Wir führen regelmäßig Stresstests durch, um die Auswirkungen eines erheblichen Konjunkturabschwungs auf unser Risikoprofil und unsere Finanzlage zu bewerten. Diese Stresstests ergänzen klassische Risikomaße und sind integraler Bestandteil unserer Strategie- und Kapitalplanung. Unser Stresstest-Rahmenwerk umfasst regelmäßige konzernweite Stresstests, die auf intern definierten Benchmark-Szenarien und starken globalen Rezessionsszenarien basieren. In unseren Stresstests erfassen wir alle wesentlichen Risikoarten. Der Zeithorizont für alle internen Stresstests beträgt ein Jahr. Unsere Methoden werden von internen Experten sowie Aufsichtsbehörden regelmäßig geprüft, um zu beurteilen, ob die Auswirkungen eines gegebenen Szenarios korrekt erfasst werden. Die Analysen werden um Portfolio- und länderspezifische Stresstests sowie aufsichtsrechtliche Anforderungen, wie jährliche Reverse-Stresstests und zusätzlich von Regulatoren auf Konzern- oder Tochtergesellschaftslevel verlangte Stresstests, ergänzt. Ferner wird pro Jahr ein für die Kapitalplanung relevanter Stresstest durchgeführt, um die Umsetzbarkeit des Kapitalplans der Deutschen Bank bei ungünstigen Marktgegebenheiten zu bewerten und einen klaren Zusammenhang zwischen Risikotoleranz, Geschäftsstrategie, Kapitalplan und Stresstests aufzuzeigen. Ein integrierter Ansatz ermöglicht es uns, Ad-hoc-Szenarien zu berechnen, die potenzielle finanzielle oder geopolitische Schocks simulieren.

Risikoarten

Die Deutsche Bank AG ist einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt, darunter Kredit-, Markt-, operationellen, Liquiditäts-, Reputations-, Modell-, Compliance- und allgemeinen Geschäftsrisiken.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko entsteht bei Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, eventuelle oder künftige Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner, Kreditnehmer oder Schuldner (im Folgenden einheitlich „Geschäftspartner“ genannt) ergeben, einschließlich Forderungen, die zum Weiterverkauf vorgesehen sind (siehe weiter unten im detaillierteren Abschnitt zum Kreditrisiko). Diese Transaktionen gehören in der Regel zu unserem traditionellen nicht handelsbezogenen Kreditgeschäft (wie Kredite und Eventualverbindlichkeiten) oder unseren direkten Handelsaktivitäten mit Kunden (wie außerbörslich gehandelte Derivate, Devisentermingeschäfte und Zinstermingeschäfte). Die Bilanzwerte unserer Beteiligungspositionen werden ebenfalls in den Kapiteln über das Kreditrisiko dargestellt. Wir steuern die jeweiligen Positionen innerhalb unserer Marktrisiko- und Kreditrisikorahmenwerke.

Alle Konzernbereiche der Deutschen Bank AG gehen Kreditrisiken ein. Das Kreditrisiko des Konzerns wird über das Risk Executive Committee und die in den Konzernbereichen für Kreditrisikomanagement Zuständigen gesteuert.

Wir definieren unser Kreditengagement, indem wir sämtliche Transaktionen berücksichtigen, bei denen Verluste eintreten können, die durch die Nichteinhaltung der vertraglichen Zahlungsverpflichtungen des Geschäftspartners verursacht werden. Kreditlimite legen die Obergrenze für Kreditengagements fest, die wir für bestimmte Zeiträume einzugehen bereit sind. Sie beziehen sich auf Produkte, Konditionen des Engagements und andere Faktoren. Kreditlimite werden vom Kreditrisikomanagement im Rahmen der erteilten Kompetenzen genehmigt. Eine anhaltende aktive Überwachung und Steuerung unserer Kreditrisikopositionen ist integraler Bestandteil unserer Kreditrisikomanagement-Aktivitäten. Überwachungsaufgaben werden hauptsächlich von den divisionalen Risikoeinheiten in enger Zusammenarbeit mit unserer Portfoliomanagement-Funktion durchgeführt. Wir vereinbaren in Verträgen mit Kunden, die ein Kreditrisiko beinhalten, regelmäßig die Hereinnahme oder das Stellen von Sicherheiten. Diese Sicherheiten werden in Form von Vermögenswerten oder Drittverpflichtungen gestellt, die das inhärente Risiko von Kreditausfällen mindern, indem das Ausfallrisiko des Kreditnehmers durch das des Sicherungsgebers ersetzt wird oder bei Ausfällen die Rückflüsse erhöht werden. Während Sicherheiten eine alternative Rückzahlungsquelle bilden können, ersetzen sie nicht die Notwendigkeit hoher Risikoübernahmestandards im Kreditgeschäft.

Marktrisiko

Das Marktrisiko entsteht durch die Unsicherheit hinsichtlich der Änderungen von Marktpreisen und Kursen (einschließlich Zinsen, Aktienkursen, Wechselkursen und Rohstoffpreisen), der Korrelationen zwischen ihnen und ihrer unterschiedlichen Volatilität. Wir gehen Marktrisiken sowohl im Handelsbuch als auch im Anlagebuch ein. Wir nutzen eine Kombination aus Risikosensitivitäten, Value-at-Risk, Stresstests und Messgrößen zum Ökonomischen Kapital, um Marktrisiken zu steuern und Limite zu setzen. Das Ökonomische Kapital ist eine Messgröße, mit der die Bank alle Marktrisiken sowohl in den Handels- als auch Nichthandelsportfolios beschreibt und aggregiert.

Marktrisiko aus Handelsaktivitäten

Unser wichtigster Mechanismus zur Steuerung des Marktrisikos aus Handelsaktivitäten ist die Anwendung unseres Limitsystems. Unterstützt durch das Market Risk Management legt unser Vorstand für die Marktrisiken im Handelsbuch konzernweite Limite für Value-at-Risk, für das Ökonomische Kapital sowie für (extreme) Portfoliostresstests fest. Das Market Risk Management teilt dieses Gesamtlimit auf die Geschäftsbereiche und einzelne Geschäftssparten innerhalb von CB&S (das heißt Fixed Income and Currencies, Structured Finance, Equity) auf. Grundlage hierfür sind vorgesehene Geschäftspläne und die Risikoneigung. Innerhalb der einzelnen Geschäftssparten legen die Geschäftsleiter geschäftsspezifische Limite, sogenannte Business Limits, fest und teilen das Limit auf einzelne Portfolios oder geografische Regionen auf.

In der Praxis setzt das Market Risk Management übergeordnete Limite ein, die im Allgemeinen von globaler Natur sind, um die Risikopositionswerte gegenüber bestimmten Risikofaktoren zu erfassen. Die jeweiligen Business Limite hängen von verschiedenen Faktoren ab, insbesondere der geografischen Region oder einem spezifischen Portfolio.

Value-at-Risk- sowie Stress-Value-at-Risk-Limite und Limite für das Ökonomische Kapital werden für die Steuerung aller Arten von Marktrisiken auf Gesamtportfolioebene verwendet. Als zusätzliches und ergänzendes Instrument führt das Market Risk Management zur Steuerung bestimmter Portfolios und Risikoarten zusätzlich Risikoanalysen und Stresstests durch. Limite werden darüber hinaus für Sensitivitäten und Konzentrations-/ Liquiditätsrisiken, Portfoliostresstests sowie Stresstests auf Geschäftsbereichsebene und für Ereignisrisiko-Szenarien festgelegt.

Während der auf täglicher Basis bestimmte Value-at-Risk eine Prognose für potenzielle große Verluste unter normalen Marktbedingungen liefert, ist er kein adäquates Maß für Langfristrisiken oder potenzielle extreme Verlustereignisse unserer Portfolios. Daher führen wir auch regelmäßig Stresstests durch, bei denen die Handelsportfolios unter extremen Marktszenarien, die nicht durch das Konfidenzintervall des Value-at-Risk-Modells abgedeckt sind, bewertet werden.

Wir entwickeln die diesen Stresstests zugrunde liegenden Szenarien aus historisch beobachteten extremen Schocks dieser Risikofaktoren, angereichert mit subjektiven Einschätzungen, wenn nur begrenzte historische Informationen zur Verfügung stehen oder wenn Marktentwicklungen so eingeschätzt werden, dass die historischen Informationen schlechte Indikatoren möglicher zukünftiger Entwicklungen darstellen. Langfristrisiken oder potenzielle nicht im Value-at-Risk berücksichtigte extreme Verlustereignisse werden im Stress-Value-at-Risk, dem Ökonomischen Kapital, dem inkrementellen Risikoaufschlag (Incremental Risk Charge) und im umfassenden Risikoansatz berücksichtigt. Darüber hinaus werden sie auch über Stresstests erfasst.

Diese Stresstests bilden die Basis für die Schätzung der Höhe des Ökonomischen Kapitals, das wir benötigen, um extreme unerwartete Verluste aus unseren Risikopositionen über einen Zeithorizont von einem Jahr aufzufangen. „Extrem“ bedeutet hier, dass das berechnete Ökonomische Kapital mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,98 % die innerhalb eines Zeithorizonts von einem Jahr aggregierten unerwarteten Verluste abdeckt.

Im Dezember 2011 haben wir von der BaFin die Genehmigung für unsere Modelle zum Stress-Value-at-Risk, den inkrementellen Risikoaufschlag und den umfassenden Risikoansatz erhalten. Diese sind zusätzliche Methoden, die wir zur Messung des Marktrisikos einsetzen.

- **Stress-Value-at-Risk:** Berechnung des Stress-Value-at-Risk auf Basis eines einjährigen Zeitraums ununterbrochenen signifikanten Marktstresses.
- **Inkrementeller Risikoaufschlag (Incremental Risk Charge, „IRC“):** Erfassung von Ausfall- und Migrationsrisiken zusätzlich zu den bereits im Value-at-Risk erfassten Risiken für kreditrisikosensitive Positionen im Handelsbuch.
- **Umfassender Risikoansatz (Comprehensive Risk Measure, „CRM“):** Erfasst zusätzliches Risiko für das Korrelationshandelsportfolio durch die Anwendung eines internen Bewertungsmodells, das qualitativen Mindestanforderungen und Stresstests unterliegt.
- **Marktrisiko-Standardansatz (Market Risk Standardized Approach, „MRSA“):** Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitals für Verbriefungen und nth-to-default-Kreditderivate.

Der Stress-Value-at-Risk, der inkrementelle Risikoaufschlag und der umfassende Risikoansatz werden für alle relevanten Portfolios ermittelt. Das Ergebnis aus diesen Modellen verwenden wir sowohl für das tägliche Risikomanagement der Bank als auch für die Ermittlung des aufsichtsrechtlichen Kapitals.

Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten

Das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten stammt aus Marktbewegungen, vor allem aus Bereichen außerhalb unserer Handelsbereiche, unserem Anlagebuch und außerbilanziellen Positionen. Zu den signifikanten Marktrisikofaktoren, denen die Bank ausgesetzt ist und die von Risikomanagementteams in diesem Bereich überwacht werden, gehören:

- Zinsrisiken (einschließlich Modellrisiken aus eingebetteten Optionen und Risiken aus der Modellierung von Verhaltensannahmen bei bestimmten Produktarten), Credit-Spread-Risiken, Währungsrisiken, Aktienrisiken (einschließlich Investitionen in Aktienmärkten und Private Equity sowie in Immobilien, Infrastruktur und Fondsvermögen);
- Marktrisiken aus außerbilanziellen Positionen wie Pensionsplänen (siehe unten für Einzelheiten) und Garantien sowie strukturelle Währungsrisiken und Risiken aus aktienbasierten Vergütungen.

Die Mehrzahl von Marktrisiken in unseren Nichthandelsportfolios wird mithilfe von Stresstestverfahren quantifiziert. Wir verwenden für jede Risikoklasse spezifische Stresstests, die unter anderem ausgeprägte historische

Marktbewegungen, die Liquidität der jeweiligen Anlageklasse und Änderungen des Kundenverhaltens im Zusammenhang mit Einlagenprodukten berücksichtigen. Diese Bewertung bildet die Grundlage für die Berechnung des Ökonomischen Kapitals, mithilfe dessen wir das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten überwachen, zusammenfassen und steuern. Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Credit Spread-Risiko des Portfolios besteht zusätzlich zu dem Ökonomischen Kapital, das dem Portfolio für Risiken aus Kreditausfällen und Bonitätsveränderungen zugewiesen wird.

Das Group Investment Committee beurteilt strategische Beteiligungsvorhaben. Je nach Größe der vorgeschlagenen strategischen Akquisitionen müssen diese vom Group Investment Committee, vom Vorstand oder vom Aufsichtsrat genehmigt werden. Die Entwicklung unserer strategischen Beteiligungen wird vom Group Investment Committee regelmäßig überprüft. Mehrere Mitglieder des Capital and Risk Committee sowie des Risk Executive Committee gehören auch dem Group Investment Committee an. Dadurch wird eine enge Verknüpfung der beiden Gremien gewährleistet.

Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen erfolgt unter Verwendung der von der Deutschen Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung veröffentlichten Diskontierungsszinssätze. Da diese Diskontierungssätze Durchschnittsszinssätze über einen längeren vergangenen Zeitraum darstellen, ist vor dem Hintergrund der derzeit vorherrschenden Niedrigzinsphase zu den nächsten Bilanzstichtagen auch bei gleichbleibendem Zinsniveau mit einem sukzessiven Absinken dieser Diskontierungsszinssätze zu rechnen. Dies führt ceteris paribus zu entsprechenden Rückstellungszuführungen und damit Belastungen der Ertragslage.

Operationelles Risiko

Operationelles Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein. Das operationelle Risiko umfasst keine Geschäfts- und Reputationsrisiken.

Der Leiter des Operational Risk Management ist Vorsitzender des Operational Risk Management (ORM) Committee. Dieses ist ein ständiger Unterausschuss des Risk Executive Committee, dem die Operational Risk Officer unserer Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen angehören. Als Hauptentscheidungsgremium ist es verantwortlich für alle Belange des operationellen Risikomanagements.

Die Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen sind für die alltägliche Steuerung operationeller Risiken zuständig. Der Bereich ORM steuert bereichs- und regionsübergreifend operationelle Risiken sowie Risikokonzentrationen. Er sorgt dafür, dass die Strategie für das Management operationeller Risiken in der gesamten Bank konsistent angewandt wird. Durch unser Business Partnership-Modell zielen wir darauf ab, eine enge Überwachung und ein verstärktes Bewusstsein für operationelle Risiken sicherzustellen.

Wir steuern das operationelle Risiko nach einem konzernweiten konsistenten Rahmenwerk, mit dem wir unser operationelles Risikoprofil im Vergleich zu unserer Risikotoleranz bestimmen. Wir identifizieren systematisch operationelle Risikothemen und -konzentrationen und legen risikomindernde Maßnahmen und Prioritäten fest. Wir berechnen und messen das aufsichtsrechtliche und Ökonomische Kapital für operationelle Risiken mittels des internen „Advanced Measurement Approach“-Modells. Das Ökonomische Kapital wird aus dem 99,98 %-Quantil abgeleitet, den Geschäftsbereichen zugeordnet und zur Performancemessung sowie Ressourcenallokation genutzt. Es bietet einen Anreiz, operationelle Risiken zu steuern und den Ökonomischen Kapitalbedarf zu optimieren. Das aufsichtsrechtliche Kapital für operationelle Risiken basiert auf dem 99,9 %-Quantil. Ökonomisches und aufsichtsrechtliches Kapital werden für einen Zeithorizont von einem Jahr berechnet.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiko ist das Risiko, das aus unserem potenziellen Unvermögen entsteht, alle Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen oder unseren Zahlungsverpflichtungen nur zu überhöhten Kosten nachkommen zu können. Das Liquiditätsrisikomanagement stellt sicher, dass wir stets in der Lage sind, unsere Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen. Unser Konzept für das Liquiditätsrisikomanagement spielte eine wichtige Rolle für die Erhaltung adäquater Liquidität und die Steuerung unseres Refinanzierungsprofils in 2014.

Der Vorstand legt die Liquiditätsstrategie, insbesondere die Risikotoleranz für Liquiditätsrisiken, basierend auf Empfehlungen des Capital and Risk Committee, fest. Der Vorstand überprüft und genehmigt mindestens einmal jährlich die konzernweiten Limite zur Messung und Steuerung des Liquiditätsrisikos sowie den langfristigen Refinanzierungs- und Emissionsplan der Bank.

Unsere Treasury-Funktion ist für die Steuerung der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken der Deutschen Bank weltweit verantwortlich, wie in der Liquiditätsrisikostategie definiert. Unser Konzept des Liquiditätsrisikomanagements ist zur Identifizierung, Bemessung und Steuerung unserer Liquiditätsrisikoposition vorgesehen. Liquidity Risk Control ist für das interne Reporting unserer Liquiditäts- und Refinanzierungslage auf globaler und lokaler Basis verantwortlich, die mindestens wöchentlich im Rahmen der Liquidity Scorecard an den Vorstand berichtet wird. Zusätzlich ist Liquidity Risk Control für die Überwachung und die Validierung des Konzepts des Liquiditätsrisikos zuständig. Dies beinhaltet die unabhängige Validierung sowohl aller Liquiditätsrisikomodelle als auch die Überprüfung und das Back-Testing der Limite. Unser Liquiditätsrisikomanagement beginnt mit der Vorhersage der innertäglichen Zahlungen und der Sicherstellung unseres Zugangs zu Zentralbanken. Es umfasst im Weiteren das taktische Liquiditätsrisikomanagement, das sich mit dem Zugang zu den besicherten und unbesicherten Finanzierungsquellen beschäftigt. Schließlich beinhaltet die strategische Komponente die Erstellung eines Fälligkeitsprofils sämtlicher Aktiva und Passiva in unserer Bilanz (Liquiditätsablaufbilanz) sowie die Festlegung unserer Emissionsstrategie.

Unser Cashflow-bezogenes Reportingsystem liefert tägliche Liquiditätsrisikoinformationen an das globale und lokale Management.

Stresstests und Szenarioanalysen spielen in unserem Konzept des Liquiditätsrisikomanagements eine zentrale Rolle. Hierzu gehört auch eine Bewertung der Liquidität der Aktiva, das heißt die Eigenschaften unserer Vermögenswerte unter verschiedenen Stressszenarien sowie der Finanzierungsbedarf aus bedingten außerbilanziellen Zahlungsverpflichtungen. Tägliche Stresstestergebnisse werden genutzt, um die anhaltende Übereinstimmung mit der Liquiditätsrisikotoleranz des Vorstands zu überwachen. Des Weiteren werden unsere kurzfristigen Profil-Limite für Wholesale-Refinanzierung (sowohl für unbesicherte als auch für besicherte), die ein entscheidendes Werkzeug des Liquiditätsrisikokonzepts darstellen, gegen die Stresstestergebnisse auf einer monatlichen Basis kalibriert.

Allgemeines Geschäftsrisiko

Das allgemeine Geschäftsrisiko bezeichnet das Risiko, das aufgrund möglicher Veränderungen der allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entsteht. Dazu gehören beispielsweise das Marktumfeld, das Kundenverhalten und der technische Fortschritt. Stellen wir uns nicht rechtzeitig auf veränderte Bedingungen ein, können diese unsere Geschäftsergebnisse beeinträchtigen. Das allgemeine Geschäftsrisiko setzt sich aus dem strategischen Risiko, dem Steuerrisiko und dem Refinanzierungsrisiko zusammen, wobei nur das strategische Risiko als materiell eingestuft wurde.

Strategisches Risiko ist das Risiko, einen unerwarteten operativen Verlust zu erleiden (das heißt negative Erträge), der durch geringere operative Erträge, die nicht durch Kostenreduzierung im Betrachtungszeitraum des Modells kompensiert werden können, bedingt ist. Strategisches Risiko betrachtet nur solche Ertrags- oder Kostenvolatilitäten, die nicht direkt dem Eingehen von Handelspositionen (Marktrisiko), den Kreditverlusten (Kreditrisiko) oder den operativen Ereignissen (operationelles Risiko) zugeordnet werden können, da diese bereits in den jeweiligen Risikobereichen abgedeckt werden. Wir versuchen, das allgemeine Geschäftsrisiko in unseren Geschäftseinheiten durch Portfoliodiversifizierung zur Reduktion unserer Abhängigkeit von einzelnen beziehungsweise wenigen Märkten oder Produkten, durch Produktinnovationen, durch zeitnahe Überwachen der Umsetzung des Strategie- und Kapitalplans und durch Sicherstellung einer flexiblen Kostenbasis, das heißt durch Outsourcing, zu verringern.

Reputationsrisiko

Für unsere Risikomanagementprozesse definieren wir das Reputationsrisiko als die Gefahr, dass die öffentliche Berichterstattung über eine Transaktion, einen Geschäftspartner oder eine Geschäftspraxis, an der ein Kunde beteiligt ist, das öffentliche Vertrauen in unser Unternehmen negativ beeinflusst.

Das Reputationsrisiko unterliegt bei uns dem Reputationsrisiko-Management-Programm (RRM-Programm). Dieses Programm wurde aufgebaut, um einheitliche Normen für die Identifikation, Eskalation und Auflösung der Reputationsrisiken aus Geschäften mit Kunden oder durch verschiedene Geschäftsaktivitäten zu bieten. Die Hauptverantwortung für die Identifikation, Eskalation und Lösung von Reputationsrisiken liegt bei den Geschäftsbereichen. Jeder Mitarbeiter ist verpflichtet, im Rahmen seiner Tätigkeit jede unmittelbare oder beabsichtigte Transaktion in Bezug auf mögliche Risikofaktoren zu analysieren und zu bewerten, um Reputationsrisiken zu minimieren. Wenn ein mögliches Reputationsrisiko identifiziert wird, muss es zur weiteren Prüfung auf eine ausreichend hohe Ebene innerhalb des entsprechenden Geschäftsbereichs weitergeleitet werden. Wenn Fragen offenbleiben, sollten sie zur Diskussion unter entsprechend hochrangigen Mitgliedern der relevanten Geschäfts- und Kontrollgruppen eskaliert werden. Reputationsrisiken, die durch solche informellen Gespräche nicht zu einem zufriedenstellenden Abschluss geführt werden, müssen zur weiteren Prüfung und endgültigen Klärung über den etablierten Reputationsrisiko-Eskalationsprozess weitergeleitet werden.

Modellrisiko

Modellrisiko ist das Risiko möglicher nachteiliger Folgen von Entscheidungen, die auf der Grundlage von unangemessenen, falschen oder falsch verwendeten Modellen getroffen werden. In diesem Zusammenhang ist ein Modell definiert als eine quantitative Methode, ein System oder ein Ansatz in Verbindung mit statistischen, wirtschaftlichen, finanziellen oder mathematischen Theorien, Techniken und Annahmen zur Verarbeitung von Daten, die in quantitative oder qualitative Schätzungen einfließen sollen.

Darüber hinaus wurde im Jahr 2014 eine neue Abteilung gegründet, welche alle Modellrisikoaktivitäten der Bank in einer unabhängigen Einheit zusammenfasst:

- Modellvalidierung stellt eine unabhängige Validierung der methodischen Aspekte der Modelle sicher. Die wesentlichen Ziele der Modellvalidierung beinhalten die Überprüfung der Angemessenheit der Resultate, die Überprüfung der sachgerechten Anwendung und des Zwecks des Modells, die logische und konzeptionelle Fundierung der Modelle sowie die Angemessenheit und Korrektheit der Implementierung;
- Modellrisikoüberwachung unterstützt die Etablierung eines prozessübergreifenden Rahmenwerks für das Modellrisikomanagement und umfasst übergreifende Standards für Modellentwicklung, -nutzung und -validierung, Identifizierung und Behebung von Problemen und Inkonsistenzen in der Modellierung sowie die Pflege einer konzernweiten Modellinventur; und
- Die wesentlichen hochrangigen Komitees, um Modellrisiken zu adressieren, sind das Group Model Risk Management Committee („GMRMC“) und das Pricing Model Risk Management Committee („PMRMC“). Beide sind Subkomitees des CaR und des Risk ExCo und handeln im Auftrag des Vorstands. Das PMRMC ist verantwortlich für das Management und die Überwachung von Modellrisiken der Bewertungsmodelle (Bewertungsmodelle und Risikomanagementmodelle der Geschäftsbereiche für Handelspositionen). Das GMRMC ist verantwortlich für das Management und die Überwachung von Modellrisiken der Risiko- und Kapitalmodelle.

Compliance-Risiko

Das Compliance-Risiko gemäß MaRisk wird definiert als das aktuelle oder potenzielle Risiko für Erträge und Kapital infolge von Verstößen gegen Gesetze, Regelungen, Vorschriften, Vereinbarungen, vorgeschriebene Praktiken oder ethische Standards beziehungsweise infolge von deren Nichteinhaltung. Dadurch kann es zu Geldstrafen, Schäden und/oder der Annullierung von Verträgen sowie zur Schädigung des Rufs eines Unternehmens kommen. Compliance ergreift zur Steuerung dieses Risikos folgende Maßnahmen:

- Identifizierung wesentlicher Regelungen und Vorschriften, deren Nichteinhaltung zu einer Gefährdung des Vermögens der Bank führen könnte (gemeinsam mit den Geschäftsbereichen, Infrastrukturfunktionen oder dem Regional Management der Deutschen Bank);
- Beratung und Unterstützung des Vorstands bei der Einhaltung wesentlicher Regelungen und Vorschriften sowie bei der Einführung effizienter Verfahren zur Umsetzung anwendbarer, wesentlicher Regelungen und Vorschriften und der Einrichtung der erforderlichen Kontrollen;
- Überwachung der angemessenen und wirksamen Umsetzung neuer oder angepasster wesentlicher Regelungen und Vorschriften durch die Geschäftsbereiche, Infrastrukturfunktionen oder das Regional Management der Deutschen Bank einschließlich möglicher Pläne für die Implementierung angemessener Kontrollen. Compliance ist nicht ausdrücklich dazu angehalten, eigene Überwachungsprogramme vorzuhalten, hat jedoch das Recht, Überwachungsaktivitäten durchzuführen;
- Bewertung der angemessenen und wirksamen Umsetzung aller bestehenden wesentlichen Regelungen und Vorschriften durch die Geschäftsbereiche, Infrastrukturfunktionen oder das Regional Management der Deutschen Bank sowie der Einrichtung einer entsprechenden Kontrollumgebung; und
- Mindestens einmal jährlich sowie auf Ad-hoc-Basis Berichterstattung an Vorstand und Aufsichtsrat.

Risikoprofil

Die Vielfalt unserer Geschäftsaktivitäten impliziert verschiedene Risikoübernahmen durch unsere Geschäftsbereiche. Wir messen die wesentlichen inhärenten Risiken in unseren entsprechenden Geschäftsmodellen durch unsere nicht diversifizierte Gesamtgröße für das Ökonomische Kapital. Diese spiegelt das Risikoprofil für jeden Unternehmensbereich vor übergreifenden Effekten auf Konzernebene wider.

Im Vergleich zum Jahresende 2013 stieg unser Ökonomisches Kapital vor allem in CB&S – resultierend aus gestiegenen Kredit- und Marktrisikolevels, teilweise aus Wechselkurseffekten und höherem Ökonomischen Kapitalbedarf für operationelles und strategisches Risiko. Weitere Erhöhungen ergaben sich in Consolidation & Adjustments aus höherem Marktrisiko für Nichthandelspositionen aus Fremdwährungsrisiken und Methodenänderungen bei der Berechnung von Pensionsrisiken. Der beobachtbare Anstieg der risikogewichteten Vermögensgegenstände erklärt sich weitgehend aus dem Wechsel der Berechnungsmethodik von Basel 2.5-Vorgaben auf die neuen CRR/CRD 4-Regelungen und weiteren Methodenänderungen. Weitere Veränderungen der risikogewichteten Vermögensgegenstände ergaben sich aus Wechselkursänderungen sowie erhöhter Risikobereitschaft, reduziert durch den fortschreitenden Risikoabbau in der NCOU.

Risikoprofil unserer Geschäftsbereiche auf Basis des Ökonomischen Kapitals

	31.12.2014							
	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjustments	Insgesamt	Insgesamt
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)							in Mio €	in %
Kreditrisiko	5.799	3.547	2.302	323	868	46	12.885	40
Marktrisiko	5.153	3.200	185	1.987	1.308	3.020	14.852	47
Operationelles Risiko	3.569	1.088	150	722	2.070	0	7.598	24
Geschäftsrisiko	2.581	0	4	1	499	0	3.084	10
Diversifikations- effekte ¹	- 3.441	- 1.095	- 262	- 611	- 1.087	- 59	- 6.554	- 21
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt in Mio €	13.661	6.740	2.379	2.420	3.658	3.008	31.866	100
in %	43	21	7	8	11	9	100	0

¹ Diversifikationseffekt über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko (größte Geschäftsrisiko-Komponente).

	31.12.2013 ¹							
	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjustments	Insgesamt	Insgesamt
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)							in Mio €	in %
Kreditrisiko	4.597	3.742	1.900	373	1.392	9	12.013	44
Marktrisiko	4.658	2.967	193	1.535	1.565	1.820	12.738	47
Operationelles Risiko	2.453	803	96	580	1.320	0	5.253	19
Geschäftsrisiko	1.413	0	6	1	263	0	1.682	6
Diversifikations- effekte ²	- 1.945	- 842	- 156	- 478	- 974	- 120	- 4.515	- 17
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt in Mio €	11.175	6.671	2.039	2.010	3.566	1.710	27.171	100
in %	41	25	8	7	13	6	100	0

¹ Die Betragszuordnung für die Unternehmensbereiche wurde an die Struktur zum 31. Dezember 2014 angepasst.

² Ohne das strategische Risiko, das in 2013 noch nicht bei der Berechnung des Diversifikationseffekts berücksichtigt wurde.

Das Risikoprofil von Corporate Banking & Securities (CB&S) wird geprägt vom Handel zur Unterstützung der Begebung von Positionen, Strukturierungs- und Marktpflegeaktivitäten, welche Markt- und Kreditrisiken unterliegen. Weiterhin bestehen Kreditrisiken durch Ausleihungen an Unternehmen und Finanzinstitute. Im aktuellen Geschäftsmodell von Corporate Banking & Securities stammen die verbleibenden Risiken aus operationellen Risiken und Geschäftsrisiken, hauptsächlich aufgrund möglicher Rechts- und Ertragsschwankungsrisiken.

Das Risikoprofil von Private & Business Clients (PBC) spiegelt Kreditrisiken aus dem Kreditgeschäft mit Privatkunden und kleinen und mittleren Unternehmen sowie Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten aus Investitionsrisiken, aus der Einlagenmodellierung und aus Credit-Spread-Risiken wider.

Die Umsätze von Global Transaction Banking umfassen mehrere Produkte mit unterschiedlichen Risikoprofilen. Der Großteil der Risiken stammt von Kreditrisiken aus Handelsfinanzierungsgeschäft, während andere Geschäftsbereiche wenig bis kein Kreditrisiko haben. Der relativ geringe Anteil von Marktrisiken ergibt sich aus derivativen Hedgepositionen.

Der Hauptrisikotreiber in unserem Unternehmensbereich Deutsche Asset & Wealth Management (Deutsche AWM) sind Garantien auf Investmentfonds, die wir unter Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten ausweisen. Weiterhin bringt das Beratungs- und Kommissionsgeschäft von Deutsche AWM entsprechende operationelle Risiken mit sich.

Zum Portfolio der Non-Core Operations Unit (NCOU) gehören Aktivitäten, die entsprechend der Geschäftsstrategie der Bank nicht zum zukünftigen Kerngeschäft zählen, Vermögenswerte, die durch Änderungen des Geschäftsumfelds und der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie des gesetzlichen oder aufsichtsrechtlichen Rahmens signifikant beeinträchtigt sind, sowie Vermögenswerte, die für Risikoabbaumaßnahmen vorgesehen sind. Die NCOU umfasst auch weitere zur Abtrennung geeignete Vermögenswerte, Vermögenswerte mit erheblicher Kapitalbindung und niedrigen Renditen sowie Vermögenswerte, die Rechtsrisiken unterliegen. Das Risikoprofil der NCOU umfasst Risiken über die gesamte Bandbreite unseres Unternehmens und enthält Kreditrisiken sowie auch Marktrisiken und operationelle Risiken (inklusive Rechtsrisiken), für die der gezielte beschleunigte Risikoabbau vorgesehen ist.

Consolidation & Adjustments beinhaltet hauptsächlich Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten für strukturelle Währungsrisiken und das Risiko aus Pensionsverpflichtungen.

Kreditrisiko

In den folgenden Tabellen zeigen wir Details zu mehreren unserer wesentlichen Kreditrisikoengagement-Kategorien, und zwar Kredite, unwiderrufliche Kreditzusagen, Eventualverbindlichkeiten und außerbörslich gehandelte Derivate, gehandelte Kredite, gehandelte festverzinsliche Wertpapiere, zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere sowie Wertpapierpensionsgeschäfte:

- „Kredite“ sind Nettoforderungen aus dem Kreditgeschäft wie in unserer Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen, jedoch vor Abzug des Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle.
- „Unwiderrufliche Kreditzusagen“ umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der unwiderruflichen ausleihebezogenen Zusagen.
- „Eventualverbindlichkeiten“ umfassen Finanz- und Performancegarantien, Kreditbriefe und sonstige ähnliche Arrangements (im Wesentlichen Haftungsübernahmeerklärungen).
- „Außerbörslich gehandelte Derivate“ bezeichnen unser Kreditengagement aus Transaktionen mit außerbörslich gehandelten Derivaten nach Aufrechnung und erhaltenen Barsicherheiten. Diese werden in unserer Bilanz entweder als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder unter den sonstigen Aktiva als Derivate, die die Anforderungen für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften erfüllen, ausgewiesen, in jedem Fall aber vor Aufrechnung und erhaltenen Barsicherheiten.
- „Gehandelte Kredite“ werden erworben und gehalten mit dem Zweck eines kurzfristigen Verkaufs, oder die materiellen Risiken werden sämtlich abgesichert oder verkauft. Aus aufsichtsrechtlicher Perspektive handelt es sich bei dieser Kategorie im Wesentlichen um Handelsbuchpositionen.
- „Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere“ beinhalten Anleihen, Einlagen, Schuldscheine oder Commercial Paper, die mit dem Zweck eines kurzfristigen Verkaufs erworben werden. Aus aufsichtsrechtlicher Perspektive handelt es sich bei dieser Kategorie im Wesentlichen um Handelsbuchpositionen.
- „Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere“ bezeichnen Schuldverschreibungen, Anleihen, Einlagen, Schuldscheine oder Commercial Paper, welche zu fixen Bedingungen begeben werden und durch den Emittenten zurückgekauft werden können, die wir als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert haben.
- „Wertpapierpensionsgeschäfte“ sind Rückkaufs- und Leihengeschäfte von Wertpapieren oder Rohwaren vor Anwendung der bilanziellen Aufrechnung und erhaltenen Sicherheiten.

In den nachfolgenden Tabellen sind folgende Produkte nicht enthalten, obwohl wir sie bei der Kreditrisikoüberwachung berücksichtigen: Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklungen, verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten, Barreserve, zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte und Forderungen aus Zinsabgrenzungen. Nicht aufgeführt sind darüber hinaus bilanzwirksame Verbriefungspositionen („Traditional“) und Beteiligungen.

Die wichtigsten Kreditrisikokategorien nach Unternehmensbereichen

									31.12.2014
in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapierpensionsgeschäfte ⁴	Insgesamt
Corporate Banking & Securities	61.820	119.995	4.865	43.407	14.865	92.272	34.411	112.605	484.239
Global Transaction Banking	77.334	17.121	51.663	595	614	87	184	3.159	150.758
Deutsche Asset & Wealth Management	38.676	4.158	2.681	839	12	7.940	3.403	11	57.719
Private & Business Clients	214.688	11.687	1.735	464	0	2	16.665	8.714	253.955
Non-Core Operations Unit	18.049	954	1.072	1.760	1.163	7.509	4.358	17	34.883
Consolidation & Adjustments	258	530	71	13	0	-0	111	0	983
Insgesamt	410.825	154.446	62.087	47.078	16.654	107.808	59.132	124.507	982.537

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 9,3 Mrd € zum 31. Dezember 2014.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,4 Mrd € zum 31. Dezember 2014 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

									31.12.2013
in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ^{2,3}	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ⁴	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapierpensionsgeschäfte ⁵	Insgesamt
Corporate Banking & Securities	40.515	102.776	6.716	40.709	14.921	109.871	19.947	176.720	511.988
Global Transaction Banking	213.252	13.685	1.595	498	0	1	16.240	15.090	260.362
Deutsche Asset & Wealth Management	72.868	15.931	52.049	500	958	65	171	5.630	148.172
Private & Business Clients	32.214	3.070	2.795	791	16	9.023	2.946	15	50.869
Non-Core Operations Unit	23.215	1.450	2.416	2.211	1.891	7.196	4.841	15	43.423
Consolidation & Adjustments	106	289	58	7	1	5	97	12	575
Insgesamt	382.171	137.202	65.630	44.716	17.787	126.160	44.242	197.482	1.015.390

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 10,1 Mrd € zum 31. Dezember 2013.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,8 Mrd € zum 31. Dezember 2013 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Vorjahreswerte wurden um 10,5 Mrd € angepasst, um Fronting Commitments einzubeziehen, die irrtümlicherweise nicht in vorherigen Veröffentlichungen enthalten waren.

⁴ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁵ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

Unsere wichtigsten Kreditrisikokategorien waren um 32,9 Mrd € rückläufig.

- Gegliedert nach Unternehmensbereichen erzielte CB&S eine Reduktion von 27,7 Mrd €, NCOU von 8,5 Mrd € und PBC von 6,4 Mrd €.
- Aus Produktsicht verminderte sich das Kreditrisiko bei den Wertpapierpensionsgeschäften und gehandelten festverzinslichen Wertpapieren stark. Geringe Reduzierungen wurden für Eventualverbindlichkeiten und gehandelte Kredite beobachtet.
- In CB&S bewirkten Änderungen in der Besicherung von Exchange Traded Funds, dass Wertpapierpositionen durch vollständig besicherte Total Return Swaps ersetzt wurden. Als Folge hiervon stiegen die Kredite mit eingebettetem Wertpapierrisiko bei gleichzeitigem Rückgang der Wertpapierpositionen innerhalb der Handelsaktiva.
- Aus Branchensicht war unser Kreditengagement im Vergleich zum Vorjahr geringer. Gegenüber Banken und Versicherungen ging unser Kreditengagement um 83,5 Mrd € zurück, was hauptsächlich auf ein geringeres Volumen im Wertpapierpensionsgeschäft zurückzuführen war. Dieser Effekt wurde teilweise von Anstiegen kompensiert, insbesondere in der Kategorie Sonstige (23,6 Mrd €).

Unser Kreditengagement gegenüber den zehn größten Kunden belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 7 % des gesamten Kreditengagements in diesen Kategorien, verglichen mit 10 % zum 31. Dezember 2013. Unsere zehn größten Kreditengagements bestanden gegenüber Kunden mit guter Bonitätsbewertung oder bezogen sich ansonsten auf strukturierte Kredite mit einem hohen Maß an Risikominderungen.

Die größten Kreditrisikokonzentrationen aus regionaler Sicht in Bezug auf Kredite bestanden in unserem Heimatmarkt Deutschland mit einem hohen Anteil privater Haushalte. Dieses Engagement macht einen Großteil unseres Immobilienfinanzierungsgeschäfts aus.

Bei außerbörslichen Derivaten, handelbaren Vermögenswerten und Wertpapierpensionsgeschäften bestanden aus regionaler Sicht die größten Konzentrationen in Westeuropa (ohne Deutschland) und Nordamerika mit einem hohen Anteil bei Banken und Versicherungen mit sehr guter Bonitätseinstufung. Aus Branchensicht haben Engagements aus außerbörslich gehandelten Derivaten, handelbaren Vermögenswerten sowie Wertpapierpensionsgeschäfte einen wesentlichen Anteil in Banken und Versicherungen mit einem sehr guten Rating. Für handelbare Vermögenswerte bestand auch ein großer Anteil an Kreditrisiko mit dem öffentlichen Sektor.

Marktrisiko

VaR ist ein Messwert für das Risiko eines (Wert-)Verlusts bei einer Handelsposition aufgrund von Marktschwankungen, der innerhalb eines festgelegten Zeitraums und auf einem bestimmten Konfidenzniveau mit einer definierten Wahrscheinlichkeit nicht überschritten wird.

Unser Value-at-Risk für das Handelsgeschäft wird anhand unseres internen Modells ermittelt. Im Oktober 1998 hat die deutsche Bankenaufsichtsbehörde (nunmehr BaFin) unser internes Modell zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitalbedarfs für allgemeine und spezifische Marktrisiken genehmigt. Das Modell wurde seitdem regelmäßig weiterentwickelt und die Genehmigung ist weiterhin gültig.

Wir berechnen den VaR mit einem Konfidenzniveau von 99 % und für eine Haltedauer von einem Tag. Damit gehen wir von einer Wahrscheinlichkeit von 1 zu 100 aus, dass ein Marktwertverlust aus unseren Handelspositionen mindestens so hoch sein wird wie der berichtete VaR-Wert. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke, welche die Berechnung unserer Kapitalanforderungen und risikogewichteten Aktiva beinhalten, beträgt die Haltedauer zehn Tage.

Zur Bestimmung des VaR verwenden wir historische Marktdaten eines Jahres als Eingangsgröße. Ein Monte Carlo-Simulationsverfahren wird bei der Berechnung angewandt. Es basiert auf der Annahme, dass Änderungen der Risikofaktoren einer bestimmten Verteilung folgen, zum Beispiel der Normalverteilung, der logarithmischen Normalverteilung oder einer nicht normalen Verteilung (t-Verteilung, asymmetrische t-Verteilung, asymmetrische Normalverteilung). Zur Berechnung des aggregierten VaR benutzen wir innerhalb desselben Einjahreszeitraums beobachtete Korrelationen der Risikofaktoren.

Unser VaR-Modell ist so konzipiert, dass ein umfassendes Spektrum an Risikofaktoren in allen Vermögensklassen berücksichtigt wird. Die wichtigsten Risikofaktoren sind Swap-/Staatstitel-Kurven, index- und emittentenspezifische Kreditkurven, Finanzierungsmargen, Preise für einzelne Aktienpositionen und Indizes, Devisenkurse, Rohstoffpreise sowie die impliziten Volatilitäten. Eine vollständige Risikoabsicherung erfordert darüber hinaus, dass Risikofaktoren zweiter Ordnung, zum Beispiel der CDS-Index im Vergleich mit einzelnen Basisfaktoren, die Geldmarktbasis, implizite Dividenden, optionsbereinigte Spreads und Leihsätze von Edelmetallen, bei der Ermittlung des VaR berücksichtigt werden.

Für jede Geschäftseinheit wird ein spezifischer VaR für jede Risikoart, zum Beispiel Zinsrisiko, Credit-Spread-Risiko, Aktienkursrisiko, Fremdwährungsrisiko und Rohwarenpreisrisiko, errechnet. Dafür werden jeder Risikoart Sensitivitäten zugeordnet und anschließend die Änderungen der entsprechenden Risiko-Einflussfaktoren simuliert. Der „Diversifikationseffekt“ reflektiert den Umstand, dass der gesamte VaR an einem bestimmten Tag geringer sein wird als die Summe des VaR der einzelnen Risikoarten. Eine einfache Addition der Zahlen für die einzelnen Risikoarten zur Erlangung eines aggregierten VaR würde die Annahme unterstellen, dass die Verluste in allen Risikoarten gleichzeitig eintreten.

Das Modell trägt sowohl linearen als auch – insbesondere bei Derivaten – nichtlinearen Effekten durch die Kombination eines sensitivitätsbasierten und eines Neubewertungsansatzes mithilfe eines festen preisimpliziten Volatilitätsrasters Rechnung.

Durch den VaR-Ansatz können wir ein konstantes, einheitliches Risikomaß auf sämtliche Handelsgeschäfte und -produkte anwenden. Dies ermöglicht einen Vergleich von Risiken in verschiedenen Geschäftsfeldern sowie die Aggregation und Verrechnung von Positionen in einem Portfolio. Damit können Korrelationen und Kompensationen zwischen verschiedenen Vermögensklassen berücksichtigt werden. Darüber hinaus ermöglicht er einen Vergleich unseres Marktrisikos sowohl über bestimmte Zeiträume hinweg als auch mit unseren täglichen Handelsergebnissen.

Bei VaR-Schätzungen sind folgende Faktoren zu berücksichtigen:

- Historische Marktdaten sind unter Umständen keine guten Indikatoren für potenzielle künftige Ereignisse, insbesondere für solche von extremer Natur. Diese auf die Vergangenheit bezogene Betrachtungsweise kann im VaR zu einer Unterbewertung der Risiken führen (wie beispielsweise im Jahr 2008), aber auch zu einer Überbewertung.
- Die angenommene Verteilung von Änderungen der Risikofaktoren und die Korrelation zwischen verschiedenen Risikofaktoren könnten sich insbesondere bei extremen Marktereignissen als falsch erweisen. Eine Haltedauer von einem Tag führt bei Illiquidität zu einer unvollständigen Erfassung des Marktrisikos, wenn Positionen nicht innerhalb eines Tages geschlossen oder abgesichert werden können.
- Der VaR gibt keinen Hinweis auf den potenziellen Verlust jenseits des 99 %-Quantils.
- Das Risiko innerhalb eines Tages (Intra-Day-Risk) wird nicht erfasst.
- Handelsbücher können Risiken enthalten, die das Value-at-Risk-Modell nicht oder nicht vollständig erfasst.

Die nachfolgenden Tabellen und die Grafik zeigen den Value-at-Risk unserer Handelsbereiche mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag. Sie beinhalten nicht die Anteile am Handelsbuch der Postbank, die separat berechnet werden.

Value-at-Risk unserer Handelsbereiche nach Risikoarten

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Zinsrisiko	18,1	27,2
Credit Spread-Risiko	29,6	37,9
Aktienkursrisiko	15,5	20,2
Währungsrisiko ¹	20,5	12,4
Rohwarenpreisrisiko	1,3	7,8
Diversifikationseffekt	-36,0	-57,7
Value-at-Risk insgesamt	49,0	47,9

¹ Beinhaltet Value-at-Risk für Gold- und andere Edelmetallpositionen.

Value-at-Risk unserer Handelsbereiche im Berichtszeitraum

	Insgesamt		Diversifikationseffekt		Zinsrisiko		Credit Spread-Risiko		Aktienkursrisiko		Währungsrisiko ¹		Rohwarenpreisrisiko	
in Mio €	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Durchschnitt	51,6	53,6	-34,9	-50,0	25,1	26,5	31,2	41,6	14,8	13,4	13,2	13,8	2,2	8,3
Maximum	71,4	69,0	-61,9	-62,1	42,8	36,6	38,9	48,1	24,6	23,9	21,2	27,8	10,2	12,8
Minimum	35,4	43,0	-24,4	-38,5	15,7	18,7	25,9	34,9	9,9	8,8	6,9	5,8	0,7	5,5

¹ Beinhaltet Value-at-Risk für Gold- und andere Edelmetallpositionen.

Der durchschnittliche Value-at-Risk in 2014 betrug 51,6 Mio €, was einem Rückgang von 2,0 Mio € gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2013 entspricht. Es hat eine deutliche Reduzierung des durchschnittlichen Value-at-Risk in den Bereichen Credit-Spread-Risiko und Rohwarenpreisrisiko gegeben. Das Rohwarenpreisrisiko ist durch das Zurückfahren des Rohstoffgeschäfts gesunken, während das Credit Spread-Risiko wesentlich durch verringertes adressspezifisches Risiko zurückging. Insgesamt ging der Vorteil aus Diversifikationseffekten aufgrund der veränderten Portfoliozusammensetzung zurück. Der Value-at-Risk hat sich in 2014 in einem weiteren Band als 2013 bewegt, insbesondere zum Ende des Jahres. Im Oktober 2014 erreichte der Value-at-Risk ein Jahreshoch von 71,4 Mio €, das kurz darauf von einem Tief im November von 35,4 Mio € als Konsequenz der Anstrengungen im Abbau von Risiken, welche sich aufgrund erhöhter Volatilität in den Märkten auftraten, gefolgt wurde.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsablaufbilanz

Zur Erstellung eines Fälligkeitsprofils (Liquiditätsablaufbilanz) ordnen wir alle für das Refinanzierungsprofil relevanten Aktiva und Passiva, entsprechend ihren ökonomischen Fälligkeiten, Laufzeitbändern zu. Die Liquiditätsablaufbilanz wird sowohl auf einer währungsübergreifenden Basis als auch für ausgewählte Währungen und juristische Einheiten erstellt. Da Handelsaktiva in der Regel liquider sind, als ihre vertragliche Laufzeit erkennen lässt, legen wir individuelle Liquiditätsprofile fest, die deren relativen Liquiditätswert zeigen. Aktiva und Passiva aus dem Privatkundengeschäft (Hypothekendarlehen und Privatkundeneinlagen), die üblicherweise unabhängig von den geltenden Kapitalmarktbedingungen erneuert oder verlängert werden, ordnen wir entsprechend ihrer erwarteten Prolongation bestimmten Zeitbändern zu. Wholesale-Bankprodukte stellen wir entsprechend ihren vertraglichen Laufzeiten ein.

Die Liquiditätsablaufbilanz zeigt für jedes Laufzeitband einen Überschuss beziehungsweise eine Unterdeckung an Finanzierungsmitteln und ermöglicht die Steuerung offener Liquiditätspositionen. Die Liquiditätsablaufbilanz bildet zusammen mit dem Prozess zur Erstellung der strategischen Liquiditätsplanung, die das Angebot und die Nachfrage nach Refinanzierungsmitteln über alle Geschäftsbereiche hinweg prognostiziert, die Grundlage für unseren jährlichen Emissionsplan. Nach Genehmigung durch den Vorstand legt der Emissionsplan die Emissionsziele für Wertpapiere nach Laufzeit, Volumen und Instrument fest. Wir haben eine spezielle Risikotoleranz für unsere US-Dollar-Liquiditätsablaufbilanz eingeführt, welche als Grenze in der maximalen Unterdeckung für jedes Laufzeitenband 10 Mrd € festlegt (> 1 Jahr bis zu > 10 Jahre). Dies ergänzt die Risikotoleranz für unsere währungsübergreifende Liquiditätsablaufbilanz, die es erfordert, eine positive Liquiditätsposition in jedem Laufzeitenband (> 1 Jahr bis zu > 10 Jahre) vorzuhalten. Beide Liquiditätsablaufbilanzen waren innerhalb der entsprechenden Risikotoleranzen per Jahresende 2014 sowie 2013.

Liquiditätsreserven

Die Liquiditätsreserven beinhalten verfügbare Barmittel und Barmitteläquivalente, hochliquide Wertpapiere (inklusive Staaten, staatlichen Einrichtungen und staatlich garantierten Wertpapieren) sowie weitere unbelastete und zentralbankfähige Vermögenswerte.

Das Volumen unserer Liquiditätsreserve ist eine Funktion des erwarteten Stresstest-Ergebnisses, sowohl auf einer aggregierten als auch auf einer individuellen Währungsebene. Wenn wir zunehmend kurzfristige Wholesale-Verbindlichkeiten erhalten, die einen hohen Liquiditätsabfluss unter Stress mit sich bringen, so werden wir diese Liquidität zur Absicherung überwiegend in Barmitteln oder hochliquiden Wertpapieren halten. Somit schwankt das Gesamtvolumen unserer Liquiditätsreserven gemessen an den erhaltenen kurzfristigen Wholesale-Verbindlichkeiten, obwohl dies keine materiellen Auswirkungen auf unsere Gesamtliquiditätsposition unter Stress hat. Unsere Liquiditätsreserven beinhalten nur Aktiva, die innerhalb des Konzerns frei übertragbar sind oder zur Schließung von Liquiditätsabflüssen in lokalen Geschäftseinheiten verwendet werden können. Die überwiegende Mehrheit unserer Liquiditätsreserven wird zentral auf Konzernebene oder in unseren ausländischen Niederlassungen gehalten. An wichtigen Standorten werden weitere Reserven gehalten. Wir halten unsere Reserven in den wichtigsten Währungen. Ihre Größe und Zusammensetzung unterliegt einer regelmäßigen Überprüfung durch das Senior Management. Neben den unten aufgeführten Liquiditätsreserven halten wir Liquiditätsreserven von 32 Mrd €, die die lokalen Abflüsse in Stresssituationen übersteigen. Diese werden weiterhin in Gesellschaften gehalten, die Übertragungseinschränkungen aufgrund entsprechender lokaler Kreditanforderungen oder ähnlichen aufsichtsrechtlichen Restriktionen unterliegen. Daher berücksichtigen wir diese Beträge nicht bei der Berechnung unserer frei übertragbaren Liquiditätsreserven.

Zusammensetzung unserer Liquiditätsreserven nach Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen) und Tochtergesellschaften

in Mio €	31.12.2014		31.12.2013	
	Buchwert	Liquiditätswert	Buchwert	Liquiditätswert
Verfügbare Barsalden und Äquivalente (vorwiegend bei Zentralbanken)	65	65	78	77
Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen)	54	54	68	67
Tochtergesellschaften	11	11	10	10
Hochliquide Wertpapiere (enthält Staatsanleihen, von Staaten garantierte Anleihen und Anleihen staatlicher Einrichtungen)	103	96	95	89
Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen)	81	75	71	67
Tochtergesellschaften	23	20	24	22
Sonstige unbelastete zentralbankfähige Wertpapiere	16	11	23	17
Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen)	14	10	17	13
Tochtergesellschaften	2	1	6	4
Gesamte Liquiditätsreserven	184	171	196	183
Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen)	149	139	156	147
Tochtergesellschaften	35	32	41	36

Am 31. Dezember 2014 beliefen sich unsere frei übertragbaren Liquiditätsreserven auf 184 Mrd € im Vergleich zu 196 Mrd € am 31. Dezember 2013. Die Hauptursache für diesen Rückgang um 12 Mrd € in 2013 war die Reduzierung unserer unbesicherten Wholesale-Refinanzierung um 19 Mrd € während des Jahres zusammen mit Rückgängen in anderen Refinanzierungsquellen. Unsere Liquiditätsreserven betrugen im Berichtsjahr durchschnittlich 190 Mrd € gegenüber 216 Mrd € in 2013. Die obige Tabelle zeigt den Buchwert für den Bilanzwert unserer Liquiditätsreserven, während der Liquiditätswert unsere Schätzung des Werts widerspiegelt, der vor allem durch besicherte Refinanzierungen erzielt werden könnte. Dabei werden die Entwicklungen an den Märkten für besicherte Refinanzierungen in Stressperioden berücksichtigt.

Kapitaladäquanz

In der Europäischen Union wurde das neue Basel 3-Kapitalrahmenwerk durch die am 27. Juni 2013 veröffentlichte „Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Regulation, „CRR“) und die am 27. Juni 2013 veröffentlichte „Richtlinie 2013/36/EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Directive 4, „CRD 4“) eingeführt. Das CRR/CRD 4-Rahmenwerk ersetzt die Gesetze zur Umsetzung der internationalen Eigenkapitalanforderungen entsprechend den Empfehlungen des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht, allgemein als Basel 2 und Basel 2.5 bezeichnet. Um ein einheitliches „Regelwerk“ für Kreditinstitute und Wertpapierfirmen in der Europäischen Union zu schaffen, wurde die CRR unmittelbar für Kreditinstitute und Wertpapierfirmen zur Anwendung gebracht, was die Notwendigkeit von einzelstaatlichen Vorschriften in Bezug auf die von ihr erfassten Regelungsbereiche größtenteils vermied. Infolgedessen wurden das deutsche Kreditwesengesetz (KWG) und die deutsche Solvabilitätsverordnung (SolvV) geändert, um alle Bestimmungen zu entfernen, die durch die CRR ersetzt worden sind. Neue Bestimmungen für aufsichtsrechtliche Eigenmittelanforderungen, die aufsichtsrechtliche Bewertung des Ausfallrisikos und von Verbriefungen und viele weitere für uns relevante Regelungen befinden sich nun in der CRR. Zudem erfolgte die Umsetzung der CRD 4 in deutsches Recht über Anpassungen im deutschen KWG und in der deutschen Solvabilitätsverordnung (SolvV) sowie in den begleitenden Verordnungen. Zusammen stellen diese Gesetze und Regulierungen das neue aufsichtsrechtliche Rahmenwerk dar, welches in Deutschland unter anderem in Bezug auf das Kapital, die Verschuldung, die Liquidität und auch Veröffentlichungen gemäß Säule 3 anwendbar ist.

Das neue aufsichtsrechtliche Rahmenwerk trat am 1. Januar 2014 unter Berücksichtigung von Übergangsregeln in Kraft. Insofern verwenden wir bei der Darstellung der Ergebnisse unter Berücksichtigung der Übergangsregeln die Bezeichnung „CRR/CRD 4“. Bei Darstellung der Ergebnisse auf Basis einer vollständigen Anwendung des finalen Rahmenwerks (und damit ohne Berücksichtigung der anwendbaren Übergangsregeln) verwenden wir den Begriff „CRR/CRD 4-Vollumsetzung“. In einigen Fällen bestehen trotz der CRR/CRD 4 unverändert Übergangsbestimmungen für die Risikogewichtung bestimmter Gruppen von Vermögenswerten, die von den früheren Kapitaladäquanz-Rahmenwerken Basel 2 oder Basel 2.5 eingeführt worden waren. Hierzu gehören Regeln, die zum Beispiel den Bestandsschutz von Beteiligungen mit einem Risikogewicht von 100 % ermöglichen und die Auswahl der höheren Position aus Long- und Short-Positionen als Basis für die Bemessung im Marktrisiko-Standardansatz erlauben, anstelle der Summe aus Long- und Short-Positionen. In diesen Fällen geht unsere CRR/CRD 4-Methodik von der Annahme aus, dass die Auswirkungen des Ablaufs dieser Übergangsregelungen durch den Verkauf von zugrunde liegenden Vermögenswerten oder andere Maßnahmen vor dem Ablauf dieser Übergangsregeln gemindert werden.

Die neuen Mindestkapitalquoten werden schrittweise bis 2015 eingeführt. Der überwiegende Teil der aufsichtsrechtlichen Anpassungen (das heißt Kapitalabzüge und aufsichtsrechtliche Filter in Korrekturposten) tritt phasenweise bis 2018 in Kraft. Kapitalinstrumente, die nach den neuen Regelungen nicht qualifiziert sind, sind bis 2022 phasenweise nicht mehr zu berücksichtigen. Neue Anforderungen zu Kapitalpuffern werden phasenweise bis 2019 eingeführt. Obwohl die aufsichtsrechtliche Berichterstattung bereits in 2014 beginnt, werden bindende Mindestanforderungen für die kurzfristige Liquidität in 2015 wirksam und ein Standard für die langfristige Liquidität wird in 2018 erwartet. Die Einführung eines verpflichtenden Verschuldungsgrades wird für 2018 erwartet, während die Veröffentlichung der Kennziffer bereits in 2015 beginnen wird.

Zusätzlich zu der Verschärfung der Kapitalanforderungen veränderte das CRR/CRD 4-Rahmenwerk teilweise auch die Terminologie in Bezug auf Kapitaladäquanz und aufsichtsrechtliches Kapital, indem zum Beispiel der Begriff „Common Equity Tier-1-Kapital“ den Begriff „Kernkapital“ ersetzt.

Hinsichtlich der CRR/CRD 4-Regelungen bestehen immer noch Interpretationsunsicherheiten und einige der darauf bezogenen verpflichtenden technischen Regulierungsstandards liegen auch noch nicht final vor. Daher werden wir unsere Annahmen und Modelle kontinuierlich in dem Maße anpassen, wie sich unser Verständnis

und das der Industrie bezüglich der Interpretation der Regeln entwickelt. Vor diesem Hintergrund können unsere CRR/CRD 4-Messgrößen von unseren früheren Erwartungen abweichen. Auch die Annahmen und Einschätzungen unserer Wettbewerber über die Einführung mögen sich verändern, so dass unsere CRR/CRD 4-Kennzahlen nicht mit ähnlich bezeichneten Messgrößen unserer Wettbewerber vergleichbar sind.

Risikogewichtete Aktiva

Gemäß CRR/CRD 4 müssen die gesamten Eigenkapitalanforderungen berechnet und in Relation zu dem oben beschriebenen aufsichtsrechtlichen Eigenkapital gebracht werden. Die gesamten Eigenkapitalanforderungen werden häufig in Risikoaktiva angegeben, wobei die Kapitalanforderungen 8 % der Risikoaktiva betragen. Die folgenden Informationen basieren auf dem aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis.

Die risikogewichteten Aktiva geben das nach bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften ermittelte Risiko an, bestehend aus Kredit-, Markt- und operationellen Risiken. Bei der Berechnung der risikogewichteten Aktiva verwenden wir für alle drei Risikoarten interne von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) genehmigte Modelle. Für Transaktionen mit außerbörslich gehandelten Derivaten nehmen wir eine Bewertungsanpassung (Credit Valuation Adjustment, „CVA“) beim Ausfallrisiko vor, um erwartete Verluste im Kreditgeschäft abzudecken. Diese Bewertungsanpassung wird bestimmt durch die Bewertung des potenziellen Kreditrisikos gegenüber einem gegebenen Kontrahenten und unter Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten, der sich aus Rahmenverträgen ergebenden Aufrechnungseffekte, des erwarteten Verlusts bei Ausfall und des Kreditrisikos basierend auf Marktdaten einschließlich CDS-Spreads. Unser Abdeckungsgrad im fortgeschrittenen IRBA ohne Postbank hat mit 96,5 % gemessen an Risikopositionswerten (EAD) und mit 93 % in Bezug auf RWAs die europäische aufsichtsrechtliche Anforderung entsprechend den Vorgaben nach § 11 SolvV zum 31. Dezember 2014 überschritten. Die Abdeckungsgrade sind nahezu unverändert zum Vorjahresniveau von 96,7 % gemessen an EAD und 93 % in Bezug auf RWAs am 31. Dezember 2013. Diese Werte beinhalten nicht die Risikopositionen, die nach Artikel 150 CRR dauerhaft dem Standardansatz zugeordnet sind wie sonstige IRBA-Risikopositionen sowie Verbriefungen. Die aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen hinsichtlich der Abdeckungsgrade wurden zu jeder Zeit eingehalten. In der Folge zur Zusammenführung der Umsetzungspläne für den Konzern ohne die Postbank und die Postbank wurden auch übergreifende konzernweite Abdeckungsgrade für den fortgeschrittenen IRBA etabliert, die entsprechend den Vorgaben nach § 11 SolvV gemessen werden. Im Laufe des Jahres 2014 lagen die Abdeckungsgrade deutlich über den regulatorisch geforderten initialen Schwellenwerten.

Die Marktrisikokomponente der Deutschen Bank ist ein Vielfaches des ermittelten Value-at-Risk, der für aufsichtsrechtliche Zwecke auf der Grundlage von konzerninternen Modellen berechnet wurde. Seit dem 31. Dezember 2011 beinhaltet die Marktrisikokomponente des Konzerns ein Vielfaches des Value-at-Risk und des Stress-Value-at-Risk sowie den inkrementellen Risikoaufschlag und den umfassenden Risikoansatz hinsichtlich der Korrelationshandelsportfolios des Konzerns. Diese werden auf der Grundlage der von der BaFin genehmigten konzerninternen Modelle ermittelt. Die Marktrisikokomponente beinhaltet auch Verbriefungen im Handelsbuch, getrennt vom Korrelationshandelsbuch, welche nach dem Standardansatz gemäß CRR ermittelt werden. Weitere standardisierte Ansätze werden für die Berechnung der restlichen Marktrisikopositionen eingesetzt.

Für die Ermittlung des operationellen Risikos wendet der Konzern den fortgeschrittenen Messansatz („AMA“) gemäß Artikel 321 bis 324 CRR an.

Die RWA für die CVA bilden das Risiko von Marktwertverlusten auf das erwartete Gegenparteirisiko für alle OTC-Derivate ab. Wir berechnen den überwiegenden Teil der CVA auf Basis unseres eigenen internen Modells, das von der BaFin genehmigt wurde.

Risikogewichtete Aktiva des Deutsche Bank Konzerns

	31.12.2014	31.12.2013
in Mio €	CRR/CRD 4	Basel 2.5
Kreditrisiko	244.155	202.219
Kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung	21.203	0
Marktrisiko	64.209	47.259
Operationelles Risiko	67.082	50.891
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	396.649	300.369

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Das gesamte aufsichtsrechtliche Eigenkapital nach den per Jahresende 2014 geltenden Regelungen bestand aus Tier-1- und Tier-2-Kapital (T2). Tier-1-Kapital bestand aus dem Tier-1-Kernkapital (CET 1) und dem zusätzlichen Tier-1-Kapital (AT1).

Das Tier-1-Kernkapital bestand in erster Linie aus dem Stammkapital einschließlich Kapitalrücklagen, den Gewinnrücklagen sowie kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung und berücksichtigt aufsichtsrechtliche Anpassungen (das heißt prudentielle Filter und Abzüge). Prudenzielle Filter für das Tier-1-Kernkapital gemäß Artikel 32 bis 35 CRR umfassten (i) verbrieft Vermögenswerte, (ii) Geschäfte zur Absicherung von Zahlungsströmen und Wertveränderungen eigener Verbindlichkeiten, (iii) nicht realisierte Gewinne und Verluste aus der Bilanzierung zum beizulegenden Zeitwert und (iv) zusätzliche Bewertungsanpassungen.

Für das Tier-1-Kernkapital geltende aufsichtsrechtliche Anpassungen führen zum Ausschluss von (i) immateriellen Vermögenswerten, (ii) von der künftigen Rentabilität abhängigen latenten Steueransprüchen, (iii) Fehlbetrag zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust und (iv) Vermögenswerten leistungsdefinierter Pensionsfonds.

Für bestimmte Abzugspositionen existieren Ausnahmeregelungen oder Abzugsalternativen. Investitionen in das Kapital (CET 1, AT1, T2) von Unternehmen in der Finanzbranche, an denen ein Institut keine wesentliche Beteiligung hält (insbesondere wenn die Beteiligung weniger als 10 % von deren Tier-1-Kernkapital beträgt), müssen von der entsprechenden Kapitalkomponente (CET 1, AT1, T2) in Abzug gebracht werden. Der Abzug erfolgt in dem Umfang, dass die Summe dieser Beteiligungen 10 % des Tier-1-Kernkapitals des Instituts übersteigt. Der Betrag unterhalb der 10 %-Schwelle ist mit einem Risikogewicht zu versehen. Wesentliche Beteiligungen an Tier-1-Kernkapital-Instrumenten von Unternehmen in der Finanzbranche (über oder gleich 10 % von deren Tier-1-Kernkapital) und von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren, können vom Abzug ausgenommen werden, wenn diese Posten insgesamt weniger oder höchstens 15 % des entsprechenden Tier-1-Kernkapitals betragen. Der anrechenbare Betrag, der in die 15 %-Schwellenwert-Ausnahmeregelung einbezogen wird, umfasst Beträge, die bis zu 10 % des relevanten Tier-1-Kernkapitals für die oben genannten Beteiligungen am Kapital an Unternehmen der Finanzbranche und von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren, betragen. Alle Posten, die nicht in Abzug gebracht werden (insbesondere Beträge unter der Schwelle), erhalten ein Risikogewicht von 250 %. Kapitalbeteiligungen an Versicherungsgesellschaften, die als Unternehmen der Finanzbranche einzuordnen sind, können vom Abzug für die Berechnung der Solvabilitätsspanne für das Finanzkonglomerat in Übereinstimmung mit der Finanzkonglomerate-Richtlinie ausgenommen werden. Der Betrag, der nicht in Abzug gebracht wird, erhält ein Risikogewicht entsprechend den anwendbaren Regeln für das Anlage- und Handelsbuch. Darüber hinaus können Institutionen Abzugsalternativen für Positionswerte bestimmter Posten (beispielsweise Verbriefungspositionen im Anlagebuch) wählen, denen andernfalls ein Risikogewicht von 1.250 % zuzuordnen ist.

Weitere aufsichtsrechtliche Anpassungen gelten für alle Kapitalkomponenten: (i) direkte, indirekte und synthetische Positionen in eigene Kapitalinstrumente, (ii) Beteiligungen am Kapital von Unternehmen in der Finanzbranche, an denen das Institut eine Überkreuzbeteiligung hält, und (iii) Beteiligungen am Kapital von Unternehmen in der Finanzbranche. Alle Abzüge für Beteiligungen am Kapital von Unternehmen in der Finanzbranche werden von der Kapitalkomponente vorgenommen, für die sie sich qualifizieren, wenn sie von der Bank selbst ausgegeben worden wären.

Während der Übergangsphase sind zusätzliche bestimmte aufsichtsrechtliche Anpassungen anzuwenden. Der Abzugsbetrag für Tier-1-Kernkapital-Instrumente kann unterteilt werden in Abzüge gemäß den neuen Regeln (das heißt, der anwendbare Prozentsatz, „phase-in“-Rate in 2014 beträgt 20 %) und einem Restbetrag, für den spezifische Übergangsregeln gelten, die einen Ersatz zu den vorherigen nationalen Behandlungen darstellen. Für den Restbetrag der Tier-1-Kernkapital-Abzugsbeträge sind verschiedene Handhabungen im Einsatz. Der Restbetrag von immateriellen Vermögenswerten und direkte Positionen in eigenen Tier-1-Kernkapital-Instrumenten werden vom Tier-1-Kapital abgezogen. Die Restbeträge für den Fehlbetrag zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust sowie direkt gehaltene Positionen in wesentlichen Beteiligungen und unwesentlichen Beteiligungen an Unternehmen der Finanzbranche werden hälftig vom Tier-1- und Tier-2-Kapital in Abzug gebracht.

Zusätzliches Tier-1-Kapital besteht aus den Instrumenten des Zusätzlichen Tier-1-Kapitals und den damit verbundenen Agiobeträgen sowie den Minderheitsanteilen, die sich für das konsolidierte Zusätzliche Tier-1-Kapital qualifizieren, und berücksichtigt zudem aufsichtsrechtliche Anpassungen. Um die Anforderungen an die aufsichtsrechtliche Anerkennung als Zusätzliches Tier-1-Kapital unter CRR/CRD 4 zu erfüllen, müssen die Instrumente verlusttragende Eigenschaften aufweisen, um durch Umwandlung in Stammaktien oder eine Abschreibungsregelung Verluste bei einem Auslöseereignis auffangen zu können. Das Auslöseereignis für eine solche Umwandlung oder Abschreibungsregelung liegt vor, wenn die Tier-1-Kernkapitalquote unter die Schwelle von 5,125 % fällt. Darüber hinaus müssen die Instrumente weitere verlusttragende Eigenschaften vorweisen; unter anderem müssen die Instrumente zeitlich unbefristet sein (das heißt nicht datiert oder mit Tilgungsanreiz ausgestattet) und das Institut muss jederzeit die volle Verfügungsfreiheit über die Dividenden/Kuponzahlungen haben.

Das Tier-2-Kapital besteht aus den anrechenbaren Kapitalinstrumenten mit den damit verbundenen Agiobeträgen und nachrangigen langfristigen Darlehen, bestimmten Wertberichtigungen und den Tier-2-Minderheitsanteilen, die sich für das konsolidierte Tier-2-Kapital qualifizieren. Um die Anforderungen an die aufsichtsrechtliche Anerkennung als Tier-2-Kapitalinstrument oder nachrangiges Darlehen zu erfüllen, muss die Ursprungslaufzeit mindestens fünf Jahre betragen. Darüber hinaus sind anrechenbare Kapitalinstrumente unter anderem nicht auszustatten mit einem Tilgungsanreiz, einem Recht des Investors, Zahlungen zu beschleunigen, oder einem kreditsensitiven Dividendenmerkmal.

Zusammenfassung von Eigenmittelausweis, RWA und Kapitalquoten nach CRR/CRD 4 respektive Basel 2.5 (ungeprüft)

in Mio €	31.12.2014 CRR/CRD 4	31.12.2013 Basel 2.5
Tier-1-Kernkapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	66.175	53.558
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Tier-1-Kernkapitals	- 6.072	- 15.024
Tier-1-Kernkapital	60.103	38.534
Zusätzliches Tier-1-Kapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	14.696	12.701
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des zusätzlichen Tier-1-Kapitals (AT1)	- 10.902	- 519
Zusätzliches Tier-1-Kapital	3.794	12.182
Tier-1-Kapital	63.898	50.717
Tier-2-Kapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	4.913	7.787
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Tier-2-Kapitals (T2)	- 518	- 3.040
Tier-2-Kapital	4.395	4.747
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt	68.293	55.464
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	396.648	300.369
Kapitalquoten		
Tier-1-Kernkapital (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	15,2	12,8
Tier-1-Kapital (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	16,1	16,9
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	17,2	18,5

Bei der Ermittlung des regulatorischen Kapitals und der Kapitalkennzahlen, die in diesem Bericht Erwähnung finden, wurde der Dividendenvorschlag des Vorstands an den Aufsichtsrat und die Jahreshauptversammlung in Höhe von 0,75 € pro Anteil berücksichtigt.

Am 31. Dezember 2014 lag die Gesamtkapitalquote des Konzerns mit 17,2 % nach 18,5 % am 31. Dezember 2013 deutlich über der geforderten Mindestquote von 8 %.

Zum 31. Dezember 2014 hat die Deutsche Bank AG keine Kapitalquoten auf selbstständiger Basis berechnet und veröffentlicht, da sie die Bedingungen der Ausnahmeregelung nach Artikel 7 (3) CRR und § 2a KWG erfüllen. Im Ergebnis ist sie nicht verpflichtet, bestimmte aufsichtsrechtliche Anforderungen des KWG auf Einzelebene zu erfüllen, was auch die Berechnung der Solvabilität sowie die Meldung der aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten umfasst.

Das Tier-1-Kernkapital des Konzerns lag am 31. Dezember 2014 bei 60,1 Mrd € und am 31. Dezember 2013 bei 38,5 Mrd € mit einer Tier-1-Kernkapitalquote von 15,2 % beziehungsweise 12,8 %. Das Tier-1-Kapital des Konzerns lag am 31. Dezember 2014 bei 63,9 Mrd € und am 31. Dezember 2013 bei 50,7 Mrd €. Die Tier-1-Kapitalquote betrug 16,1 % am 31. Dezember 2014 und 16,9 % am 31. Dezember 2013.

Dieser Anstieg des Tier-1-Kernkapitals zum Jahresende 2014 verglichen mit 2013 beinhaltet einen Effekt aus der Erstanwendung des CRR/CRD 4-Rahmenwerks anstelle des Basel 2.5-Regelwerks in Höhe von 10,4 Mrd €. Der Kapitalanstieg ohne Erstanwendungseffekt belief sich auf 11,1 Mrd € und resultierte im Wesentlichen aus dem Bruttoemissionserlös unserer Kapitalerhöhung im zweiten Quartal in Höhe von 8,5 Mrd € sowie positiven Beiträgen aus Fremdwährungseffekten in Höhe von 2,9 Mrd €. Zusätzliches Tier-1-Kapital erhöhte sich durch die Emissionen der AT1-Anleihen mit einem anrechenbaren Betrag in Höhe von 4,6 Mrd €. Dieser Anstieg wurde vollständig von den CRR/CRD 4-Übergangsbestimmungen und den vorzeitigen Kündigungen von vier hybriden Tier-1-Kapitalinstrumenten im Jahr 2014 mit einem anrechenbaren Betrag in Höhe von 2,5 Mrd € kompensiert.

Das Tier-2-Ergänzungskapital des Konzerns lag am 31. Dezember 2014 bei 4,4 Mrd € und am 31. Dezember 2013 bei 4,7 Mrd €.

Der Rückgang des Tier-2-Kapitals im Vergleich zu 2013 ist im Wesentlichen auf vorzeitige Kündigungen und Restlaufzeit-Abschläge zurückzuführen, die teilweise durch die CRR/CRD 4-Übergangsbestimmungen ausgeglichen wurden.

Die CRR verlangt, dass der Konzern sein Marktpreisrisiko zum 31. Dezember 2014 mit aufsichtsrechtlichem Kapital (Tier-1 + Tier-2 + Tier-3) in Höhe von 5,1 Mrd € unterlegt (31. Dezember 2013: 3,8 Mrd €). Der Konzern hat diese Anforderung vollständig mit Tier-1- und Tier-2-Ergänzungskapital erfüllt, das für die Mindestabdeckung des Kredit- und des operationellen Risikos nicht erforderlich war.

Die Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderungen kann Verfügungen und weitere Maßnahmen seitens der BaFin nach sich ziehen, wie beispielsweise Dividendenzahlungen oder andere Gewinnausschüttungen auf das aufsichtsrechtliche Eigenkapital zu reduzieren oder auszusetzen. Diese könnten erhebliche Auswirkungen auf unsere Geschäftsaktivitäten haben. Wir haben 2014 die aufsichtsrechtlichen Kapitaladäquanzvorschriften eingehalten. Unsere Tochterunternehmen, die nicht in den aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis einbezogen werden, wiesen in 2014 keine Kapitalunterdeckung auf.

Interner Kapitaladäquanz-Bewertungsprozess – ICAAP

Der ICAAP verlangt von Banken, ihre Risiken zu identifizieren und zu bewerten, ausreichend Kapital zur Abdeckung der Risiken vorzuhalten und Verfahren zur Risikosteuerung anzuwenden sowie die angemessene Kapitalisierung permanent sicherzustellen, das heißt, das zur Verfügung stehende interne Kapital muss die intern gemessenen Risiken übersteigen (siehe auch Abschnitt „Interne Kapitaladäquanz“).

Wir erfüllen auf Konzernebene den ICAAP – wie unter Basel 2/Säule 2 gefordert und über die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) in das deutsche Aufsichtsrecht überführt – durch das konzernweite Rahmenwerk für Risikomanagement und Governance, Methoden, Prozesse und Infrastruktur.

In Übereinstimmung mit den Basel- und MaRisk-Vorschriften zählen zu unseren Kerninstrumenten, um die ausreichende Kapitalisierung fortdauernd sicherzustellen:

- der strategische Planungsprozess, der Risikostrategie und Risikotoleranz mit den Geschäftszielen in Einklang bringt;
- der fortlaufende Überwachungsprozess für genehmigte Risiko- und Kapitalziele;
- die regelmäßige Berichterstattung über Risiken und Kapital an die Steuerungsgremien; und
- die Ökonomische Kapitalmethode sowie das Stresstest-Rahmenwerk, das auch spezifische Stresstests zur Unterstützung der Sanierungsplan-Überwachung beinhaltet.

Mehr Informationen zur Risikosteuerung in den wesentlichen Risikokategorien sind im Abschnitt „Grundsätze des Risikomanagements“ dargestellt.

Interne Kapitaladäquanz

Die von uns im Rahmen unseres internen Prozesses zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit („Internal Capital Adequacy Assessment Process“, auch ICAAP) auf Basis eines unterstellten Liquidationsszenarios („Gone Concern Approach“) verwendete primäre Messgröße zur Ermittlung unserer internen Kapitaladäquanz ist das Verhältnis unseres Kapitalangebots zu unserer Kapitalanforderung, wie in der nachstehenden Tabelle dargestellt. Im Jahr 2014 haben wir Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds in die Definition des Kapitalangebots gemäß dem CRR/CRD 4-Kapitalrahmenwerk eingeschlossen. Der Vorjahresvergleich wurde entsprechend geändert.

Interne Kapitaladäquanz

in Mio €
(sofern nicht anders angegeben)

	31.12.2014	31.12.2013
Kapitalangebot		
Den Aktionären zurechenbares Eigenkapital	68.351	54.719
Gewinne aus beizulegenden Zeitwerten eigener Verbindlichkeiten und Debt Valuation Adjustments in Bezug auf eigenes Kreditrisiko ¹	- 544	- 537
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds ²	- 961	- 639
Aktive latente Steuern	- 6.865	- 7.071
Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts für zu Krediten umgewidmete Vermögenswerte ³	0	- 363
Anteile ohne beherrschenden Einfluss ⁴	0	0
Hybride Tier-1-Kapitalinstrumente	16.158	12.182
Tier-2-Kapitalinstrumente	6.620	9.689
Kapitalangebot	82.759	67.980
Kapitalanforderung		
Ökonomischer Kapitalbedarf	31.866	27.171
Immaterielle Vermögenswerte	14.951	13.932
Kapitalanforderung	46.817	41.103
Interne Kapitaladäquanzquote	177 %	165 %

¹ Beinhaltet Abzüge von Fair-Value-Erträgen auf eigene Krediteffekte in Bezug auf eigene Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, sowie Debt Valuation Adjustments.

² Beinhaltet Netto-Vermögenswerte (Aktiva abzüglich Verbindlichkeiten) leistungsdefinierter Pensionsfonds, im vorliegenden Beispiel angewandt auf den Fall einer Überdeckung von Pensionsverpflichtungen.

³ Beinhaltet Adjustierungen des beizulegenden Zeitwerts für in Übereinstimmung mit IAS 39 umgewidmete Vermögenswerte sowie für Anlagevermögen, für das keine kongruente Refinanzierung vorliegt. Positive Beträge werden nicht berücksichtigt.

⁴ Beinhaltet Anteile ohne beherrschenden Einfluss bis zum Betrag des Ökonomischen Kapitalbedarfs für jede Tochtergesellschaft.

Die Kalkulation des internen Kapitals und des regulatorischen Kapitals basiert auf unterschiedlichen rechtlichen und regulatorischen Berechnungsgrundlagen. Daher scheint eine Abstimmung der beiden Werte, welche für aufsichtsrechtliche Zwecke berechnet werden, nicht von Bedeutung zu sein.

Eine Quote von mehr als 100 % bedeutet, dass unser gesamtes Kapitalangebot die Kapitalanforderung für die Risikopositionen abdecken kann. Diese Quote betrug 177 % zum 31. Dezember 2014 im Vergleich zu 165 % zum 31. Dezember 2013. Die Änderung der Quote resultierte aus dem erhöhten Kapitalangebot. Die Erhöhung des den Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals um 13,6 Mrd € resultierte hauptsächlich aus der Kapitalerhöhung zum 25. Juni 2014. Die Hybriden Tier-1-Instrumente erhöhten sich um 4,0 Mrd €, vornehmlich durch die zum 20. Mai 2014 und 19. November 2014 abgeschlossene Emission von Tier-1-Anleihen getrieben. Die Tier-2-Kapitalinstrumente verringerten sich um 3,1 Mrd €, im Wesentlichen durch die gekündigten Kapitalinstrumente getrieben. Weitere Details sind im Abschnitt „Aufsichtsrechtliches Eigenkapital“ beschrieben. Der Anstieg der Kapitalanforderung resultiert aus dem höheren Ökonomischen Kapitalbedarf, der im Abschnitt „Aufsichtsrechtliches Eigenkapital“ näher erläutert ist, und einem Anstieg der immateriellen Vermögenswerte um 1,0 Mrd €.

Die obigen Messgrößen zur Risikotragfähigkeit werden auf den konsolidierten Konzern (inklusive Postbank) angewandt und bilden einen integralen Teil unseres Rahmenwerks für das Risiko- und Kapitalmanagement, das in den jeweiligen Kapiteln dieses Berichts erläutert wird.

Vergütungsbericht

Der Vergütungsbericht erläutert die Grundzüge und die Höhe der Vergütung von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern der Deutschen Bank AG. Er richtet sich nach den Vorgaben des § 285 Nr. 9 HGB, des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 17 (DRS 17) „Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder“, der Instituts-Vergütungsverordnung sowie den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Einleitung

Der Vergütungsbericht für das Jahr 2014 enthält detaillierte qualitative und quantitative Informationen zur Vergütung für den gesamten Deutsche Bank-Konzern (ausgenommen für die Postbank, die einen eigenen Bericht veröffentlicht). Ferner enthält er spezifische Offenlegungen im Hinblick auf die Mitglieder des Konzernvorstands und die Mitarbeiter, die den Regelungen der Institutsvergütungsverordnung („InstitutsVergV“) unterliegen.

Der Bericht umfasst die folgenden Abschnitte:

- Zusammenfassung und Offenlegung der konzernweiten Vergütung
- Material Risk Taker („Wesentliche Risikoträger“)
- Bericht und Offenlegung über die Vorstandsvergütung
- Bericht und Offenlegung über die Aufsichtsratsvergütung

Der Bericht erfüllt die Vorgaben des § 314 Abs. 1 Nr. 6 Handelsgesetzbuch („HGB“), des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 17 („DRS 17“) „Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder“, der Institutsvergütungsverordnung sowie der Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Zusammenfassung und Offenlegung konzernweiter Vergütung

Zusammenfassung

Das Jahr 2014 war ein entscheidendes Jahr für die Deutsche Bank. 2013 wurden signifikante externe Vorschriften eingeführt und interne Projekte zur Umsetzung des Kulturwandels in der Organisation gestartet. Im Berichtsjahr lag der Fokus darauf, auf den 2013 geschaffenen Grundlagen aufzubauen und Veränderungen zu implementieren. Die bedeutendsten Maßnahmen waren die erforderlichen Anpassungen der Vergütungsstrukturen aufgrund neuer regulatorischer Anforderungen. Diese ermöglichen es zudem, die erneuerten Werte und Überzeugungen innerhalb der Organisation zu verankern.

Unser Gesamtpool für die variable Vergütung des Konzerns für das Geschäftsjahr 2014 belief sich auf 2,7 Mrd. €. Im Einklang mit unserem langjährigen Ansatz wurden 45 % des Gesamtpools über einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren aufgeschoben und an eine Kombination aus verhaltens- und leistungsabhängigen Verfallsbedingungen geknüpft. Der Anwendungsbereich der Verfallsbedingungen wurde im Jahr 2013 erheblich erweitert und von der Bank auch für das Performance-Jahr 2014 beibehalten.

Kulturelle Entwicklungen und Vergütungsstrategie

Die Deutsche Bank hält einen Kulturwandel in der Bankenbranche für unverzichtbar und will dabei eine Vorreiterrolle einnehmen. Die Bank ist davon überzeugt, dass die Unternehmenskultur einer der Schlüsselfaktoren für ihren langfristigen Erfolg ist. Ein Kernelement der Strategie 2015+ ist daher die Förderung einer Unternehmenskultur, die eine im Einklang mit den Werten der Gesellschaft stehende Leistung nachhaltig belohnt.

Im Jahr 2013 haben wir die Voraussetzungen für den Kulturwandel geschaffen und die erneuerten Werte und Überzeugungen eingeführt. Die sechs Werte Integrität, nachhaltige Leistung, Kundenorientierung, Innovation, Disziplin und Partnerschaft werden durch 18 Überzeugungen untermauert. Im Jahr 2014 haben wir uns auf die Einbindung der Mitarbeiter und die Verankerung der Werte und Überzeugungen in allen Divisionen, Funktionen und Regionen konzentriert. Die Bank stellt sich dieser Herausforderung mit drei klaren Handlungsfeldern:

- Vorleben des Kulturwandels durch das Management („Tone from the Top“) und Einbeziehung der Mitarbeiter durch Kommunikationsmaßnahmen, Transparenz und entsprechende Workshops in der gesamten Bank. Dabei lag ein Schwerpunkt auf den Auswirkungen und der Notwendigkeit von Veränderungen in den jeweiligen Geschäftsbereichen
- Implementierung von Mechanismen zur Verankerung der Unternehmenskultur, Anpassung der HR-Prozesse und -Systeme sowie Überarbeitung der Vergütungspraktiken
- Umsetzung des Kulturwandels durch die Veränderung von Geschäftspraktiken

Die Verankerung der Werte und Überzeugungen wird im Jahr 2015 fortgesetzt.

Unsere Vergütungsstrategie basiert auf der Förderung eines diversifizierten Universalbankmodells mit sicheren Vergütungspraktiken, die an den Werten der Bank ausgerichtet sind.

Die Vergütungsstrategie ist ein unverzichtbares Instrument zur Umsetzung aller fünf Hebel der Strategie 2015+ der Deutschen Bank:

- Kunden: Ausrichtung des strategischen Schwerpunkts auf das Kundengeschäft durch Gewährleistung der Wettbewerbsfähigkeit des Kundengeschäfts und Kundenorientierung;
- Kompetenzen: Gewährleistung der Gewinnung und Bindung der richtigen Mitarbeitertalente über die ganze Bandbreite der Produkte und Kontrollfunktionen/Infrastrukturbereiche hinweg;
- Kapital: Förderung organischen Kapitalwachstums, Abbau risikogewichteter Aktiva und ein Vergütungssystem, das den Kapitalplan des Konzerns unterstützt;
- Kosten: Setzen von Verhaltensanreizen, die zu langfristigen Kostenzielen und nachhaltiger Kostendisziplin führen;

— Kultur: Ausrichtung der Anreizsysteme an nachhaltiger Leistung, Finanzdisziplin und einer angemessenen Risikokultur. Insbesondere wurde die Vergütung durch erweiterte Verfallsbedingungen deutlicher an disziplinarische Maßnahmen geknüpft.

Regulatorische Entwicklungen

Die Bank hat bei der Umsetzung von Änderungen der regulatorischen Vorschriften zur Vergütung stets eine Vorreiterrolle angestrebt. Dabei wird sie zur Gewährleistung der Einhaltung aller neuen Anforderungen mit ihrer neuen Aufsichtsbehörde, der Europäischen Zentralbank („EZB“), zusammenarbeiten.

Eigenkapitalrichtlinie (Capital Requirements Directive – „CRD 4“)

Die Vorschriften der CRD 4 traten am 1. Januar 2014 in Kraft und gelten weltweit für alle in der EU ansässigen Institute. Die wichtigste Maßnahme ist die Begrenzung der variablen Vergütung im Verhältnis zur fixen Vergütung. Sie gilt für die Vergütung im Performance-Jahr 2014. Während CRD 4 das maximale Verhältnis von variabler zu fixer Vergütung nur auf Material Risk Taker anwendet, erweitern die InstitutsVergV und das Kreditwesengesetz die Anwendbarkeit dieses Verhältnisses auf alle Mitarbeiter weltweit. Die Bank ist sich der regulatorischen Änderungen in vollem Umfang bewusst und erfüllt die neuen Anforderungen.

Nach Maßgabe der CRD 4 und der anschließend in die InstitutsVergV übernommenen Anforderungen unterliegt die Bank einem Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung von 1:1 (1:2 mit Zustimmung der Aktionäre). Im Rahmen der Hauptversammlung vom 22. Mai 2014 haben die Aktionäre einer Erhöhung des Verhältnisses auf 1:2 zugestimmt. Aufgrund externer regulatorischer Anforderungen, die speziell das maximale Verhältnis von variabler zu fixer Vergütung für Mitarbeiter in Kontrollfunktionen (Audit, Compliance, Finance, Human Resources, Legal, Risk, CISO und CSBC) regeln, hat der Vorstand bestimmt, dass für Mitarbeiter in Kontrollfunktionen ein Verhältnis von 1:1 gilt.

Bei der Umsetzung dieses Beschlusses wurden Maßnahmen ergriffen, die sich auf die Vergütungsstruktur ausgewirkt haben. Es wurden einige Mitarbeiter identifiziert, deren Vergütung überprüft wurde; ihre fixen Bezüge wurden im August 2014 erhöht. Einzelheiten können dem Abschnitt „CRD 4-Umsetzung“ entnommen werden.

Material Risk Taker (Wesentliche Risikoträger)

Die im Juni 2014 in Kraft getretenen technischen Regulierungsstandards (Regulatory Technical Standards – „RTS“) der European Banking Authority („EBA“) enthalten die verbindlichen qualitativen und quantitativen Kriterien zur Identifizierung von Material Risk Takern. Die technischen Regulierungsstandards der EBA wurden durch die Institutsvergütungsverordnung umgesetzt. Auf Basis dieser Kriterien hat die Bank 2.903 Material Risk Taker für das Geschäftsjahr 2014 identifiziert. Dies entspricht einem Anstieg um 124 % gegenüber 2013.

Etwa 44 % der Mitarbeiter aus der Gruppe der Material Risk Taker sind in der Europäischen Union („EU“) beschäftigt. Aus dem Kreis der Material Risk Taker wurden 139 Mitarbeiter als der Senior Management Group zugehörig identifiziert. Da diese Gruppe aus Führungskräften und Repräsentanten der Bank besteht, ist es verständlich, dass der größte Teil ihrer Vergütung an den langfristigen Erfolg des Konzerns gekoppelt wird. Aus diesem Grund unterliegt bei diesen Mitarbeitern die gewährte aufgeschobene aktienbasierte Vergütung einem kombinierten Zeitraum aus Anwartschaftsfrist und Haltefrist von fünf Jahren. Der durchschnittliche Anteil der aufgeschobenen Teile der variablen Vergütung dieser Mitarbeiter lag bei 99 %.

Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds („AIFMD“) und Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente („MiFID“)

Die Bank muss auch weitere EU-Richtlinien einhalten: die Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds (Alternative Investment Fund Managers Directive – AIFMD) und die Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (Markets in Financial Instruments Directive – MiFID). Die EU-Richtlinie AIFMD enthält Vorschriften zur Vergütung, in denen die von Verwaltern alternativer Investmentfonds („AIFM“) bei der Festlegung und Anwendung von Vergütungspraktiken für bestimmte Mitarbeiterkategorien zu beachtenden Regelungen aufge-

führt sind. Material Risk Taker gemäß AIFMD sind auf Ebene der AIFM zu identifizieren. Da die AIFMD stark an CRD 3 angelehnt ist, wurden viele Vergütungsaspekte von der Bank bereits umgesetzt. Ein wesentlicher Unterschied besteht darin, dass Material Risk Taker gemäß AIFMD nicht dem in der CRD 4 festgelegten Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung unterliegen.

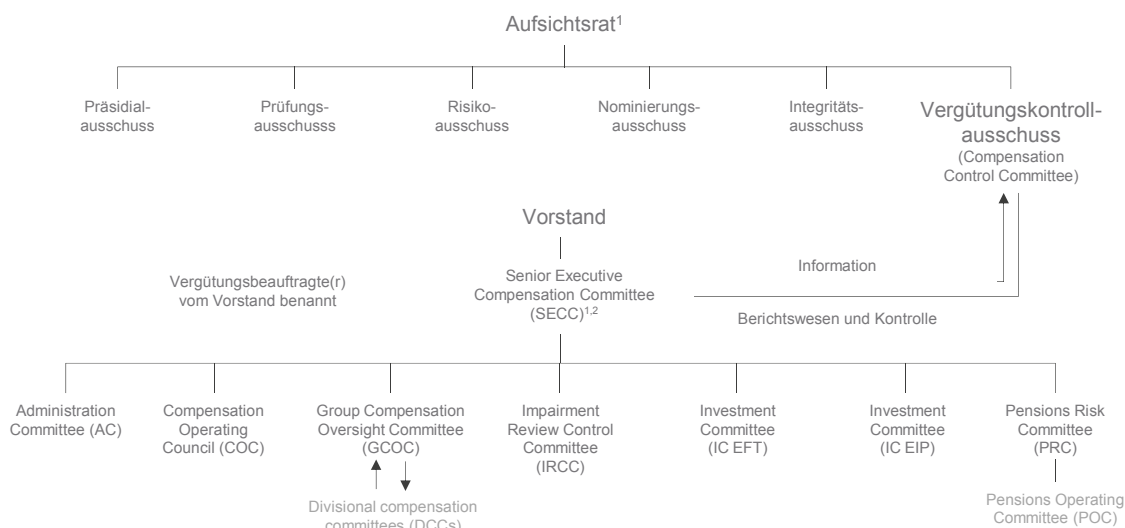
Die MiFID enthält Vorgaben für die Vergütung, die Vergütungsstrukturen und -praktiken, die verhindern sollen, dass Mitarbeiter dazu veranlasst werden, nicht im Kundeninteresse zu handeln. Das von der BaFin veröffentlichte Rundschreiben „Mindestanforderungen an die Compliance-Funktion“ („MaComp“) setzt Vergütungsaspekte der MiFID um. Die MaComp verlangen die Einführung bestimmter Vergütungsgrundsätze, die allgemeine Anforderungen, eine Überprüfung von Vergütungsplänen und die Identifizierung von Mitarbeitern, die als „relevante Personen“ eingestuft werden, vorsehen. Für diese Gruppe gelten die Anforderungen der Institutsvergütungsverordnung in gleichem Umfang.

Vergütungsgovernance-Struktur

Unsere robuste Governance-Struktur erlaubt uns, im Rahmen der eindeutigen Vorgaben unserer Vergütungsstrategie und -praxis zu handeln. Sämtliche Vergütungsangelegenheiten sowie die Einhaltung sämtlicher regulatorischer Vorgaben werden durch die maßgeblichen Gremien überwacht, die die globale Governance-Struktur zur Vergütung bilden.

Vergütungsgovernance-Struktur

(basierend auf §25d (12) KWG und InstitutsVergV-Bestimmungen)



¹ Optional: Unabhängige externe Berater

² Die relevanten Aufgaben werden durch das SECC im Auftrag des Vorstands durchgeführt.

In Einklang mit der in Deutschland bestehenden dualen Führungsstruktur legt der Aufsichtsrat die Vergütung der Vorstandsmitglieder fest, während der Vorstand, unterstützt durch das Senior Executive Compensation Committee („SECC“), die Vergütungsangelegenheiten aller anderen Mitarbeiter des Konzerns überwacht. Das SECC tritt mindestens jeden zweiten Monat zusammen (24 Sitzungen im Performance-Jahr 2014). Den gemeinsamen Vorsitz des SECC führen Stefan Krause (CFO) und Stephan Leithner (für 2014: CEO Europe ohne Deutschland und Großbritannien, Human Resources, Legal & Compliance, Government and Regulatory Affairs), die beide Mitglieder des Vorstands sind. Weitere Mitglieder sind Stuart Lewis (CRO und Vorstandsmitglied) und Führungskräfte aus den Bereichen Finance und Human Resources. Um die Unabhängigkeit des SECC zu gewährleisten, sind keine Mitarbeiter, die einer unserer Divisionen zugeordnet sind, Mitglied des

SECC. Das SECC bereitet und schlägt dem Vorstand die wesentliche Vergütungsstrategie und -struktur auf Konzernebene vor und überwacht den gesamten Vergütungsprozess mithilfe seiner untergeordneten Ausschüsse.

Der Vorstand hat eine konzernweite Vergütungsstrategie verabschiedet, die gewährleistet, dass die Vergütungspraktiken mit den Geschäfts- und Risikostrategien des Konzerns vollständig im Einklang stehen. Als weiteres internes Dokument verfügt die Bank über eine Vergütungsrichtlinie, die die Mitarbeiter über die Vergütungsstrategie, die Governance-Prozesse und die Strukturen der Bank informieren und aufklären soll. Diese Dokumente verdeutlichen den klaren und nachweislichen Zusammenhang zwischen den Vergütungspraktiken und der allgemeinen Konzernstrategie und wurden gemäß § 13 InstitutsVergV auf der Intranet-Webseite veröffentlicht, so dass sie von allen Mitarbeitern eingesehen werden können.

Nach Maßgabe der InstitutsVergV arbeitet das SECC in Konzernangelegenheiten mit dem Vergütungskontrollausschuss zusammen. Der Vergütungskontrollausschuss setzt sich aus Mitgliedern des Aufsichtsrats zusammen und schafft eine stärkere Einbeziehung des Aufsichtsrats und Fokussierung auf Vergütungsthemen des Konzerns, indem er die Struktur der Vergütungssysteme für das Senior Management und die Mitarbeiter überwacht. Darüber hinaus unterstützt der Vergütungskontrollausschuss den Aufsichtsrat bei der Überwachung der angemessenen Beteiligung der relevanten internen Kontrollfunktionen bei der Strukturierung von Vergütungssystemen sowie der Sicherstellung der Wahrung langfristiger Interessen von Aktionären, Investoren und weiteren Stakeholdern. Ferner hat der Vorstand gemäß §§ 23 bis 26 InstitutsVergV, in Zusammenarbeit mit dem Vergütungskontrollausschuss, einen Vergütungsbeauftragten ernannt, der eng mit dem Vorsitzenden des Vergütungskontrollausschusses zusammenarbeitet und für die laufende Überwachung der Angemessenheit der Vergütungssysteme verantwortlich ist. Es wurde außerdem ein stellvertretender Vergütungsbeauftragter ernannt, der den Vergütungsbeauftragten bei der Erfüllung seiner Pflichten unterstützt. Der Vergütungskontrollausschuss trat im Performance-Jahr 2014 siebenmal zusammen.

Weiterentwicklungen in der Governance-Struktur zur Vergütung

Auf Grundlage der im Jahr 2013 umgesetzten Verbesserungen wurde im Laufe des Jahres 2014 die Governance-Struktur in einigen Punkten weiterentwickelt und ein besonderer Fokus auf die Funktion und Arbeitsweise des Group Compensation Oversight Committee („GCOC“) und der direkt an das SECC berichtenden Unterausschüsse gelegt. Dazu zählen nun auch diejenigen Unterausschüsse, die vor seiner Auflösung dem Group Compensation Review Committee untergeordnet waren.

GCOC

Als dem SECC nachgeordnetes Gremium ist das GCOC für die Überwachung der Governance der vergütungsbezogenen Jahresendprozesse der Divisionen zuständig. Hierzu gehört die nachweisliche Prüfung, ob die divisionalen Vergütungsausschüsse („DCC“) bei der Zuteilung der Pools für die variable Vergütung sowie die Führungskräfte bei der Entscheidung über die Verteilung der individuellen variablen Vergütung (i) die bestehenden Governance-Anforderungen erfüllen und (ii) sicherstellen, dass solide Vergütungsparameter und (finanzielle und nicht finanzielle) Vergütungskennzahlen berücksichtigt werden. Das GCOC hat sich für das Performance-Jahr 2014 einem solideren und optimierten Governance-Prozess verschrieben.

Das GCOC hat die Fortschritte der DCCs in Bezug auf die Vorgaben der bestehenden Vergütungsgovernance-Struktur im Rahmen des konzernweiten jährlichen Jahresendprozesses überwacht, das SECC laufend informiert und vor Abschluss dieses Prozesses seine Ergebnisse und Empfehlungen an das SECC in einem Bericht zusammengefasst.

Das GCOC hat mehrfach Verbesserungen des Vergütungsgovernance-Prozesses vorgenommen. Zu diesen Verbesserungen gehörten unter anderem:

- die Überprüfung und Präzisierung der bisherigen Vorgaben für die Vergütungsgovernance
- eine noch stärkere Integration der Werte und Überzeugungen der Bank in den Anforderungen an die Vergütungs-Governance

- eine stärkere Befassung mit den DCCs im Hinblick auf die Anforderungen der Vergütungsgovernance zur Sicherstellung eines vollständigen Verständnisses der Erwartungen
- die Einführung erheblich verbesserter Vorgaben für die Dokumentation der Begründung individueller Entscheidungen über variable Vergütung
- eine verstärkte Durchsetzung der Folgen bei Nichteinhaltung von Vorgaben der Vergütungsgovernance

Mittels dieser Verbesserungen hat die Bank einen soliden, fokussierten und besser dokumentierten GCOC-Prozess für 2014 aufgestellt.

Vergütungsstruktur

Die Deutsche Bank verfolgt einen Gesamtvergütungsansatz, der fixe und variable Vergütungskomponenten umfasst.

Die fixe Vergütung dient dazu, die Mitarbeiter entsprechend ihren Qualifikationen, Erfahrungen und Kompetenzen sowie den Anforderungen, der Bedeutung und des Umfangs ihrer Funktion zu vergüten. Für die Mehrzahl der Deutsche Bank-Mitarbeiter bildet die fixe Vergütung den wesentlichen Vergütungsbestandteil und dessen Anteil an der Gesamtvergütung liegt bei weit über 50 %. Dieser Anteil ist für viele Geschäftsbereiche angemessen und wird auch künftig eines der Hauptmerkmale der Gesamtvergütung sein.

Die variable Vergütung ist auf das Branchenziel der Beibehaltung von Kostenflexibilität bei gleichzeitiger Gewinnung und Bindung der richtigen Talente ausgerichtet. Die variable Vergütung hat darüber hinaus den Vorteil, dass sie in der Lage ist, Leistungsergebnisse zu differenzieren und Verhaltensweisen durch geeignete Anreizsysteme zu fördern, die wiederum positiven Einfluss auf die Unternehmenskultur haben. Im Ergebnis ist die variable Vergütung daher weltweit in vielen Geschäftsfeldern im Bankenumfeld ein Hauptmerkmal marktüblicher Vergütung. In Kombination mit der fixen Vergütung führt dies im Ergebnis zu einer Gesamtvergütung, die sowohl kosteneffizient als auch flexibel ist.

CRD 4-Umsetzung

Wie vorstehend beschrieben, ist die Bank nach Maßgabe von § 25a Abs. 5 Kreditwesengesetz („KWG“) und § 6 Abs. 2 InstitutsVergV an ein maximales Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung gebunden. Um dieses zu implementieren, hat die Bank zahlreiche Schritte ergriffen, die sich auf die Vergütungsstruktur auswirken. Die Umsetzung der regulatorischen Vorgaben in Form eines Verhältnisses von 1:1 oder 1:2 führt für sich genommen nicht zu einer Erhöhung der individuellen Gesamtvergütung. Die Gesamtvergütung wird sich auch künftig am Erfolg und am Markt orientieren. Um jedoch sicherzustellen, dass die Bank im Hinblick auf die Höhe der Gesamtvergütung weiterhin im Wettbewerb bestehen kann, hat die Anwendung eines 1:1- oder 1:2-Verhältnisses zu einer Anpassung der Vergütungsstruktur einiger Mitarbeiter geführt.

Konzernweit wurde eine Reihe von Mitarbeitern identifiziert, deren Vergütungsstruktur überprüft und deren fixe Vergütung erhöht wurde. Die angemessene Höhe der fixen Vergütung wird für die jeweilige Funktion unter Berücksichtigung eines Marktvergleichs der Funktion bestimmt und durch die regulatorischen Vorgaben der für die Gesamtvergütung geltenden Strukturen beeinflusst. Bei der fixen Vergütung gibt es gewissen Spielraum, um eine wettbewerbsfähige Vergütung sowie für leistungsstarke Mitarbeiter die Aussicht auf einen Anstieg ihrer Vergütung sicherzustellen. Im Rahmen der Gewinnung und Bindung der richtigen Mitarbeiter für die verschiedenen Standorte und Geschäftsmodelle spielt ein wettbewerbsfähiges Niveau der fixen Vergütung eine wesentliche Rolle, damit gewährleistet ist, dass die Bank über die notwendige Kompetenz zur Erreichung ihrer strategischen Ziele verfügt.

Von den Mitarbeitern, deren fixe Vergütung angepasst wurde, erhielten einige eine Grundgehaltszulage (Additional Fixed Pay Supplement – „AFPS“). Der Vorstand hat vor allem aus Gründen des Kostenmanagements in Bezug auf Altersvorsorge und Benefits die Einführung des AFPS genehmigt.

Das monatliche Grundgehalt und das AFPS bilden zusammen die gesamte fixe Vergütung. Unter ansonsten gleichen Bedingungen verringert sich die variable Vergütungskomponente derjenigen Mitarbeiter, deren fixe Vergütung erhöht wurde.

Zum Zeitpunkt der Anpassung im Juli 2014 wurden ca. 1.100 Mitarbeiter bzw. etwa 1 % der globalen Mitarbeiterpopulation identifiziert, die eine Erhöhung ihrer Fixvergütung erhalten sollten, mit einer Kostenwirkung in Höhe von 300 Mio € für das Geschäftsjahr 2014.

Festsetzung der konzernweiten variablen Vergütung

Zur Unterbreitung von Vorschlägen für die Pools für die variable Vergütung wendet die Bank ein konzernweit einheitliches, transparentes und formalisiertes Verfahren an. Für die Divisionen werden die Vorschläge zu den Pools für die variable Vergütung durch Anwendung der divisionalen Ausschüttungsquoten auf die divisionale risikoadjustierte, bonusberechtigende Performance ermittelt. Die divisionalen Ausschüttungsquoten werden an historischen Mittelwerten und Wettbewerber-Benchmarks ausgerichtet, um so die Transparenz der Vorschläge für die Pools zu stärken. Die Vorschläge für Pools der Infrastruktureinheiten werden separat ermittelt und sind, gemäß § 5 (4) InstitutsVergV, nicht von der Leistung der durch sie betreuten Divisionen abhängig.

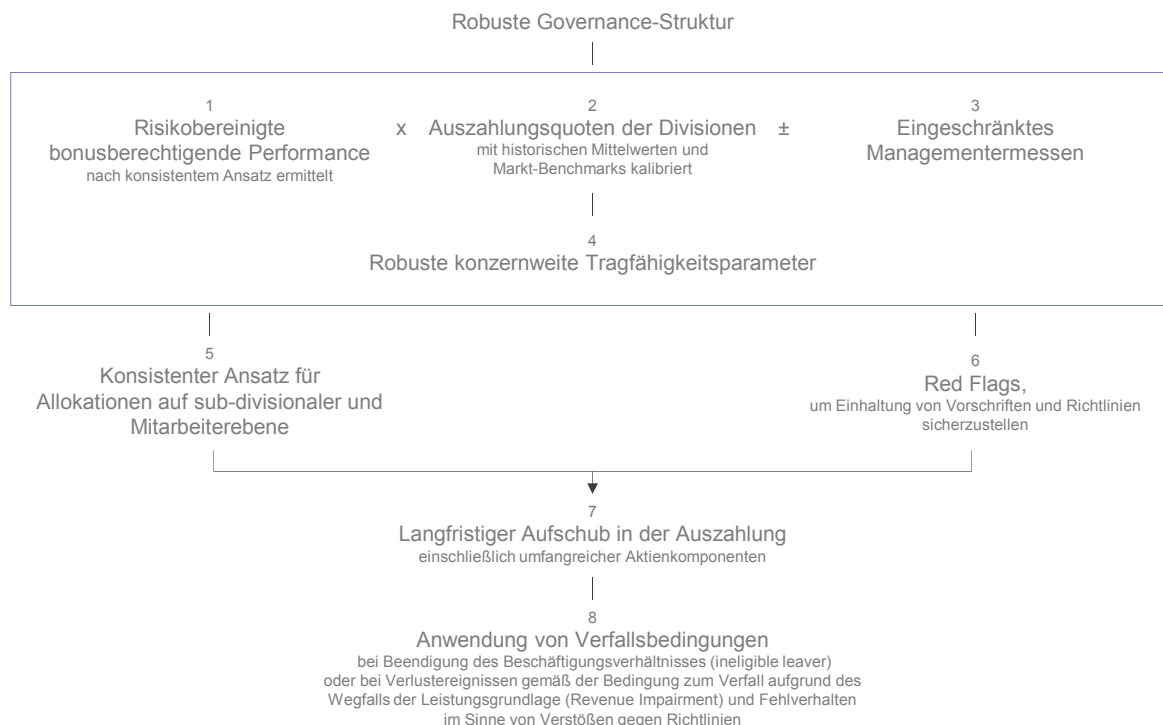
Die hieraus resultierenden Vorschläge für den Vergütungspool werden sodann unter Einbeziehung sonstiger strategischer und qualitativer Faktoren und externer Benchmarks erwogen und überprüft. Der InstitutsVergV entsprechend liegt der Schwerpunkt der Vergütung bei der Mehrzahl der in den Infrastrukturbereichen tätigen Mitarbeiter, vor allem bei denjenigen, die in maßgeblichen Kontrollfunktionen tätig sind, auf der fixen Vergütung.

Maßgebliches Kriterium bei den Entscheidungen über den Pool für die variable Vergütung ist die Balance zwischen der Tragfähigkeit für den Konzern und der Wettbewerbsfähigkeit; darüber hinaus ist nach Maßgabe der Anforderungen des § 7 und § 19 InstitutsVergV sicherzustellen, dass die Bank öffentlich erklärte Ziele erreicht und Liquiditäts- und Kapitalanforderungen erfüllt. Tragfähigkeitsprüfungen werden auf Konzernebene durchgeführt, um die Angemessenheit der vorgeschlagenen Poolgrößen festzustellen; hierdurch werden die langfristige Rentabilität und nachhaltige Entwicklung der Bank in Einklang mit der konzernweiten Vergütungsstrategie und den Werten und Überzeugungen der Bank gestärkt. Zu den vom SECC für die Bewertung der Tragfähigkeit herangezogenen Kennzahlen gehören unter anderem:

- Pro-forma CRR/CRD 4-Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1)
- Liquidität
- Risikotragfähigkeit
- Aufwand-Ertrag-Relation
- Personalaufwandsquote
- Ergebnis vor Ertragssteuern („IBIT“)
- Nettoertrag
- Weitere vom SECC geforderte relevante finanzielle Kennzahlen

Die Tragbarkeit des konzernweiten Pools für die variable Vergütung wird bestätigt, wenn der Pool anhand der genannten finanziellen Kennzahlen ermittelt wurde und der prognostizierten Erreichung künftiger regulatorischer und strategischer Ziele nicht entgegensteht.

Zusammenfassung des Verfahrens zur Bestimmung des Gesamtpools der variablen Vergütung und des darüberliegenden Governance-Rahmenwerks:



Struktur und Instrumente der variablen Vergütung

Die variable Vergütung wird von der Bank seit vielen Jahren als Instrument eingesetzt, um für leistungsstarke Mitarbeiter Anreize zu schaffen, diese zu vergüten und zu binden und darüber hinaus in der Gesamtvergütung zu differenzieren. Alle individuellen Entscheidungen über die variable Vergütung müssen leistungsabhängig und an eine Kombination aus risikoadjustiertem Ergebnis des Konzerns, der Divisionen und der individuellen Leistung des Mitarbeiters gekoppelt sein. Bei Ermessensentscheidungen müssen Führungskräfte sowohl die absoluten als auch die relativen Risiken kennen, die Mitarbeiter im Rahmen ihrer Tätigkeiten eingehen, um sicherzustellen, dass die variable Vergütung ausgewogen verteilt ist und keine unangemessenen Anreize zur Eingehung von Risiken geschaffen werden.

Unser Bestreben ist es, einen großen Teil der variablen Vergütung für Führungskräfte an die langfristige Entwicklung und den langfristigen Erfolg der Bank zu koppeln, indem wir Vergütung über einen Zeitraum von mindestens drei Jahren strukturiert aufschieben und an Leistungs- und Verfallsbedingungen knüpfen.

Die generellen Vorteile des Aufschiebens von Vergütung und die positiven Aspekte aus dem Blickwinkel des Haltens und des Risikomanagements müssen jedoch sorgfältig gegen das Management der Vergütungskosten für die kommenden Jahre und die Folgen des Aufschiebens immer größerer Vergütungsteile abgewogen werden. Zur Herstellung eines ausgewogenen Verhältnisses wurde entschieden, dass 45 % (ohne Equity Upfront Awards – „EUA“) des Gesamt-Bonuspools für den Konzern für das Jahr 2014 in Form aufgeschobener Vergütung gewährt würden.

Für das Geschäftsjahr 2014 hat die Bank bei der Umsetzung der CRD 4 sowohl die Auswirkungen auf die Reduzierung des Pools für die variable Vergütung als auch die Begrenzung der Mitarbeitergruppe, deren Anteil

an aufgeschobener Vergütung angepasst werden kann, berücksichtigt bei gleichzeitiger Betrachtung marktüblicher Anteile an aufgeschobener Vergütung und aufsichtsrechtlicher Anforderungen.

Aus der Deferral Matrix 2014 ergeben sich ähnlich große Anteile aufgeschobener Vergütung wie aus der Matrix 2013. Eine der wichtigsten Änderungen ist jedoch die Einführung eines neuen Schwellenwerts – die variable Vergütung von Mitarbeitern mit einer fixen Vergütung über 500.000 € unterliegt einem 100%igen Deferral der variablen Vergütung. Mit der Einführung des 100%igen Deferrals für Mitarbeiter mit einem signifikant hohen Anteil fixer Vergütung unterstreicht die Bank das öffentlich erklärte Ziel, bei der Änderung der Vergütung eine Vorreiterrolle einzunehmen.

Mitarbeiter mit einer fixen Vergütung von 500.000 € oder weniger unterliegen der Deferral Matrix der Bank für aufgeschobene Vergütung. Für diese Mitarbeiter wurde der Schwellenwert für die aufgeschobene Vergütung, ab dem mindestens 50 % der variablen Vergütung aufgeschoben gewährt wurden, auf 100.000 € festgesetzt. Die Deferral Matrix erfüllt alle regulatorischen Anforderungen und ist nach wie vor auf den Schutz von Mitarbeitern mit geringerer Vergütung ausgerichtet, während gleichzeitig sichergestellt wird, dass einkommensstarken Mitarbeitern ein angemessener Betrag aufgeschoben gewährt wird. Infolgedessen wurde der Betrag der variablen Vergütung, der 500.000 € übersteigt, zu 100 % aufgeschoben gewährt.

Gruppen von Führungskräften und durchschnittlicher Anteil der aufgeschobenen Vergütung an der gesamten variablen Vergütung



△ Gesamtheit der Material Risk Taker gem. InstitutsVergV

Mitarbeiter, denen für 2014 aufgeschobene variable Vergütung gewährt wurde, erhielten 50 % ihrer aufgeschobenen Vergütung in Form aufgeschobener aktienbasierter Vergütungselemente und 50 % in Form einer aufgeschobenen Barvergütung. Anmerkung: Eine begrenzte Anzahl von in dem Geschäftsbereich Deutsche AWM tätigen Führungskräften erhielt einen Teil ihrer aufgeschobenen Vergütung in Form eines Employee Investment Plan („EIP“). Hierbei handelt es sich um in bar zu erfüllende Zusagen, die von dem Wert der durch den Geschäftsbereich verwalteten Fonds abhängt. Für den EIP gelten hinsichtlich aufgeschobener Vergütung und Verfall dieselben Bedingungen wie für alle anderen Pläne.

Zur Erreichung dieses Ziels wurden die folgenden Instrumente verwendet:

Restricted Equity Awards

Der Anteil der aufgeschobenen aktienbasierten Vergütung, der als sogenannter Restricted Equity Award („REA“) vergeben wird, wird pro rata über einen Zeitraum von drei Jahren (beziehungsweise im Falle der Senior Management Group viereinhalb Jahren) unverfallbar. Anmerkung: Im Bereich Private Client Services („PCS“) der Deutsche AWM beschäftigte Mitarbeiter erhalten anstelle des REA einen PCS-Award.

Der Wert des REA hängt während der Anwartschaftsfrist (und gegebenenfalls einer Haltefrist) von der Kursentwicklung der Deutsche Bank-Aktie und damit von der nachhaltigen Wertentwicklung der Bank ab. Während der Anwartschaftsfrist und, soweit zutreffend, während der Haltefrist gelten besondere Verfallsbedingungen.

Restricted Incentive Awards

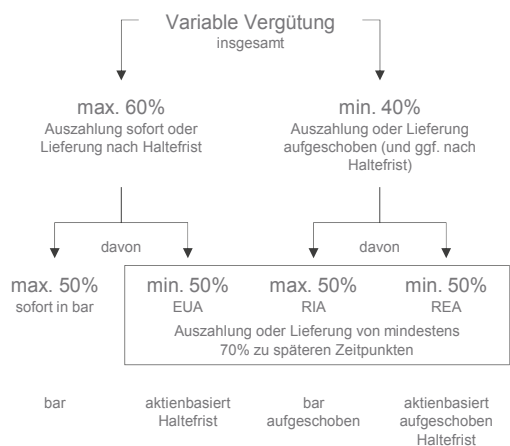
Der nicht aktienbasierte Teil wird als aufgeschobene Barvergütung (Restricted Incentive Award – „RIA“) gewährt, die über einen Zeitraum von drei Jahren (für Vorstandsmitglieder gilt eine längere Anwartschaftsfrist) pro rata unverfallbar wird. Während der Anwartschaftsfrist gelten besondere Verfallsbedingungen.

Equity Upfront Awards

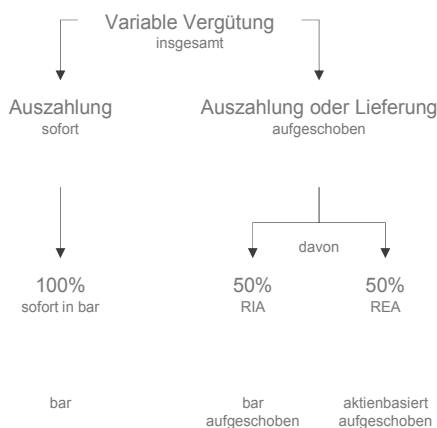
Zusätzlich zu der vorstehend genannten aufgeschobenen Vergütung erhalten alle Material Risk Taker 50 % ihrer sofort fälligen (nicht aufgeschobenen) variablen Vergütung aktienbasiert als Equity Upfront Award („EUA“). Der sofort unverfallbare aktienbasierte Teil unterliegt einer sechsmonatigen Haltefrist. Der Wert des EUA hängt während der Haltefrist von der Kursentwicklung der Deutsche Bank-Aktie und damit von der nachhaltigen Wertentwicklung der Bank ab. Während der Haltefrist gelten besondere Verfallsbedingungen und die Bedingung des Bestehens eines Beschäftigungsverhältnisses.

Die folgende Abbildung fasst die vorstehend beschriebenen Vergütungsinstrumente für Material Risk Taker und sonstige Mitarbeiter mit aufgeschobener Vergütung zusammen.

Vergütungsstruktur für Material Risk Taker



Vergütungsstruktur für alle anderen Mitarbeiter mit aufgeschobener Vergütung



EUA = Equity Upfront Awards
RIA = Restricted Incentive Awards
REA = Restricted Equity Awards

Fälligkeiten der aufgeschobenen Vergütung

Gemäß den regulatorischen Vorgaben sollen die Anwartschaftsfristen für Material Risk Taker mindestens drei Jahre betragen. Wie in früheren Jahren haben wir uns entschieden, diese Mindestanforderungen auf alle Mitarbeiter mit aufgeschobener Vergütung anzuwenden. Außerdem haben wir erneut eine Gruppe von Material Risk Taker der obersten Führungsebene ermittelt. Für die REA der (aus 139 Mitarbeitern bestehenden) Senior Management Group gilt eine viereinhalbjährige Anwartschaftsfrist, nach der die Anwartschaften in einer Tranche fällig werden („Cliff Vesting“), damit sichergestellt ist, dass die Mitglieder dieser Gruppe noch stärker als andere Mitarbeiter ein persönliches Interesse am langfristigen, nachhaltigen Erfolg der Bank haben.

An den Eintritt der Unverfallbarkeit jeder REA-Tranche schließt sich für Material Risk Taker eine sechsmonatige Haltefrist an. Für Mitarbeiter der Senior Management Group folgt die sechsmonatige Haltefrist auf die viereinhalbjährige Anwartschaftsfrist. Auf diese Weise können sie den Wert ihrer im Jahr 2015 gewährten REA frühestens im Februar 2020 (also fünf Jahre nach Gewährung) realisieren.

Alle Material Risk Taker erhalten ebenfalls 50 % ihrer sofort zugeteilten variablen Vergütung in Form eines EUA. Der EUA ist bereits zum Zeitpunkt seiner Gewährung sofort unverfallbar, unterliegt jedoch einer sechsmonatigen Haltefrist, während der Verfallsbedingungen gelten (die über die regulatorischen Anforderungen hinausgehen).

Im Folgenden ist eine Zusammenfassung der Unverfallbarkeitsstruktur für die einzelnen Mitarbeitergruppen mit aufgeschobener Vergütung (mit Ausnahme des Vorstands) dargestellt.

Struktur der aufgeschobenen Vergütung 2014

Mitarbeiterkategorien		Sofort fällige Vergütung		Aufgeschobene Vergütung	
		Cash Bonus (50 % der sofort fälligen Vergütung)	Equity Upfront Award (EUA) (50 % der sofort fälligen Vergütung)	Restricted Incentive Award (RIA) (Barkomponente) (50 % der aufgeschobenen Vergütung)	Restricted Equity Award (REA) (Aktienkomponente) (50 % der aufgeschobenen Vergütung)
Senior Management ¹	Vesting Schedule (Gewährung im Feb. 2015)		Vollständig unverfallbar am Tag der Gewährung (Februar 2015)	Unverfallbarkeit pro rata über 3 Jahre (Februar 2016, 2017, 2018)	Unverfallbarkeit und Auszahlung nach 4,5 Jahren in einer einzigen Tranche (August 2019)
	 Haltefrist (nach Unverfallbarkeitszeitraum)		Haltefrist endet im August 2015		Haltefrist endet im Februar 2020
Übrige Material Risk Taker	Vesting Schedule (Gewährung im Feb. 2015)		Vollständig unverfallbar am Tag der Gewährung (Februar 2015)	Unverfallbarkeit pro rata über 3 Jahre (Februar 2016, 2017, 2018)	Unverfallbarkeit pro rata über 3 Jahre (Februar 2016, 2017, 2018)
	 Haltefrist (nach Unverfallbarkeitszeitraum)		Haltefrist endet im August 2015		Haltefrist endet im August 2016, 2017, 2018
Alle anderen Mitarbeiter mit aufgeschobener Vergütung	Vesting Schedule (Gewährung im Feb. 2015)			Unverfallbarkeit pro rata über 3 Jahre (Februar 2016, 2017, 2018)	Unverfallbarkeit pro rata über 3 Jahre (Februar 2016, 2017, 2018)
	 Haltefrist (nach Unverfallbarkeitszeitraum)				

¹ Ausgenommen Vorstand

Risikoanpassung der variable Vergütung

Verschiedene Maßnahmen zielen darauf ab, effektive Risikomanagement-Prozesse in den Vergütungssystemen zu implementieren, die sowohl ex ante als auch ex post Anpassungen erlauben.

Ex-ante-Risikoanpassung

Um die Anwendung adäquater Ex-ante-Risikoanpassungen einzurichten, verwenden wir ein bankweit geltendes standardisiertes Modell zur Messung der risikoadjustierten, bonusberechtigenden Performance (Ergebnis vor Bonus und Steuern – „NIBBT“) jeder Division. Alle Ergebnisse für Zwecke der Ermittlung der variablen Vergütung werden nach Maßgabe des § 19 InstitutsVergV auf Grundlage der Nutzung Ökonomischen Kapitals (Economic Capital – „EC“) risikoadjustiert.

Es stellt die von der Bank primär genutzte Methode zur Berechnung der Größe des zukünftigen potenziellen Risikos dar, dem die Bank möglicherweise ausgesetzt ist. Das Modell misst die Höhe des Eigenkapitals, das benötigt würde, um sehr schwer wiegende unerwartete Verluste aus dem Portfolio der Bank aufzufangen.

Ökonomisches Kapital wurde als beste der Bank zur Verfügung stehende Methode zur Vorhersage künftiger noch nicht realisierter Verluste ihres derzeitigen Portfolios und damit als beste Kennzahl zur Adjustierung von Pools für die variable Vergütung bestätigt. Das SECC hat die Eignung der Risikoanpassungsmethode überprüft und wiederholt diese Prüfung jährlich.

Das Economic Capital-Modell der Bank erfasst vier Risikoarten:

- Kreditrisiko
- Marktrisiko
- Operationelles Risiko
- Allgemeines Geschäftsrisiko

Diese Risiken werden unabhängig voneinander und unter Berücksichtigung der verschiedenen Komponenten, aus denen sich die einzelnen Risikoarten zusammensetzen, abgebildet.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko entsteht im Zusammenhang mit Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, bedingte oder potenzielle Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner, Kreditnehmer oder Schuldner (im Folgenden auch „Geschäftspartner“ genannt) einschließlich solcher Ansprüche, die die Bank weiterzugeben plant, ergeben. Der Konzern unterscheidet drei Arten von Kreditrisiken: Ausfallrisiko, Länderrisiko und Abwicklungsrisiko.

Marktrisiko

Das Marktrisiko resultiert aus der Unsicherheit über Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (inklusive Zinssätzen, Aktienkursen, Wechselkursen und Rohstoffpreisen), den zwischen ihnen bestehenden Korrelationen und ihren Volatilitäten. Das Marktrisiko umfasst das handelsbezogene Marktrisiko, das nicht handelsbezogene Marktrisiko und das gehandelte Ausfallrisiko.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko steht für die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Es umfasst Infrastrukturrisiken und sonstige nicht finanzielle Risiken, wie aufsichtsrechtliche und rechtliche Risiken. Zudem birgt es Modellrisiken, die Verlustrisiken der Bank oder Risiken falscher strategischer Entscheidungen umfassen. Diese können aus Funktionsmängeln bei den für die Bewertung von Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten, des Risikomaßes oder sonstiger Bereiche (wie Implementierung von Handelsstrategien, Prognose zu wirtschaftlichen Entwicklungen, Analyse von Investitionen oder Optimierung der Wertentwicklung) eingesetzten Modellen resultieren.

Allgemeines Geschäftsrisiko

Das allgemeine Geschäftsrisiko bezeichnet das Risiko, das aufgrund von Veränderungen der generellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entsteht. Dazu gehören beispielsweise das Marktumfeld, das Kundenverhalten und der technische Fortschritt, da diese die Geschäftsergebnisse des Konzerns beeinträchtigen können,

wenn dieser sich nicht rechtzeitig an die veränderten Bedingungen anpasst. Der bedeutendste Aspekt des allgemeinen Geschäftsrisikos ist das strategische Risiko; dieses bezeichnet das Risiko, infolge eines Rückgangs der operativen Erträge unerwartete Verluste zu erleiden, die nicht innerhalb des entsprechenden Zeithorizonts durch Kostenreduzierungen ausgeglichen werden können. Das strategische Risiko umfasst die Ertrags- oder Kostenvolatilität, die nicht aus der Eingehung von Positionen (Marktrisiko), Kreditverlusten (Kreditrisiko) und operationellen Ereignissen (operationelles Risiko) resultieren.

Grundsätzlich bilden wir alle wesentlichen Risiken mit den vorstehend beschriebenen vier primären Risikoarten unseres ökonomischen Kapitalrahmenwerks ab. Sonstige Risiken werden unter der entsprechenden übergreifenden Risikoart abgebildet.

Infolge der oben genannten Methode erhöht sich die Belastung für den Gebrauch von Ökonomischem Kapital mit Erhöhung des Risikoprofils der Bank, wodurch die bankweite wirtschaftliche Rentabilität sinkt und damit auch die Höhe der gewährten variablen Vergütung. Die Bank ist der Auffassung, dass die Verwendung eines risikoadjustierten Gewinns und Verlusts eine extrem effiziente und robuste Methode der Ex-ante-Risikoanpassung darstellt und von der Übernahme wesentlicher Risiken abschreckt, da dieses Modell die Auszahlung variabler Vergütung an die Höhe des übernommenen Risikos koppelt.

Die Economic Capital-Risikoanpassung ist nicht das einzige Instrument der Risikoanpassung. In der Gewinn- und Verlustrechnung verbuchte Kredit-, Markt- und operationelle Verluste werden im NIBBT ausgewiesen, darüber hinaus berücksichtigt die subdivisionale Zuteilung weitere angemessene Risikokennzahlen und „Red-Flag“-Daten. Die divisionalen Pools für die variable Vergütung enthalten zudem die Auswirkung von Liquiditätskosten durch das Liquiditätstransferpreissystem (Funds Transfer Pricing), die Liquiditätsbeanspruchenden und -generierenden Geschäftsbereichen ein angemessenes Anreizsystem bieten. Liquiditätskosten werden den Geschäftsbereichen in vollem Umfang zugewiesen und als Teil des Geschäftsergebnisses ausgewiesen. Die Rechtfertigung und Größenordnung der Preissystemkomponenten werden von Treasury kontinuierlich überwacht.

Ex-post-Risikoanpassung

Leistungs- und Verfallsbedingungen sind ein zentrales Element unserer Struktur für die aufgeschobene Vergütung. Sie gewährleisten, dass Awards an zukünftigem Verhalten und zukünftiger Leistung ausgerichtet sind. Wie sich aus den in diesem Bericht enthaltenen statistischen Auswertungen ergibt, erhöht sich der Anteil der in aufgeschobener Form gewährten und damit Leistungs- und Verfallsbedingungen unterliegenden variablen Vergütung entsprechend dem Einkommen. In Verbindung mit dem Anwendungsbereich der Messgröße für die Risikoanpassung ist der Zeitraum, auf den diese Regelungen anwendbar sind, ebenfalls relevant; dies spiegelt sich in der Anwendung dieser Bedingungen bis zur Lieferung der Awards wider.

Für die für 2014 (im Februar 2015) gewährte aufgeschobene Vergütung galten die folgenden Leistungs- und Verfallsbedingungen:

Konzern-Common Equity Tier-1-Leistungsbedingung

Diese Leistungsbedingung gilt für alle Mitarbeiter mit Deferred Equity Awards. Auf Basis einer Entscheidung des Vorstands verfallen die gesamten noch nicht unverfallbaren REA aller Mitarbeiter mit aufgeschobener Vergütung, wenn an einem beliebigen Quartalsende vor dem Unverfallbarkeitsdatum die Konzernkernkapitalquote (Common Equity Tier 1) unter der jeweils gültigen regulatorischen Minimumkapitalgrenze liegt (einschließlich eines zusätzlichen Risikopuffers von 200 Basispunkten).

Für die Senior Management Group, die der fünfjährigen REA-Anwartschafts- und -Haltefrist unterliegt, verfallen die gesamten noch nicht unverfallbaren REA, wenn die Common Equity Tier-1-Bedingung zu irgendeinem Zeitpunkt ausgelöst wird.

Konzern-IBIT-Leistungsbedingung

Die Leistungsbedingung wird ausgelöst, wenn das Konzernergebnis vor Steuern (Income Before Income Taxes – IBIT) negativ ist. Sie gilt für alle Mitarbeiter mit Deferred Equity Awards. Soweit der Vorstand vor Unverfallbarkeit und Zuteilung feststellt, dass das Konzernergebnis vor Steuern für das Jahr negativ ist, ist die Leistungsbedingung nicht erfüllt, und 100 % der in diesem Jahr anstehenden REA verfallen für alle Mitarbeiter.

Für die Senior Management Group, die der fünfjährigen REA-Anwartschafts- und -Haltefrist unterliegt, verfallen 20 % des Awards für dieses Jahr, falls in einem Jahr während dieses Zeitraums das Konzernergebnis vor Steuern (IBIT) negativ ist (aber die Bestimmung hinsichtlich der Unterschreitung der Konzernkernkapitalquote nicht ausgelöst wurde).

Für Material Risk Taker gilt die tranchenweise Berücksichtigung der Konzern-IBIT-Bedingung auch im Hinblick auf ihre RIA, so dass, wenn der Vorstand vor Unverfallbarkeit und Zuteilung feststellt, dass das Konzernergebnis vor Steuern in einem Jahr negativ ist, die Leistungsbedingung nicht erfüllt ist und die anstehende RIA-Tranche zu 100 % verfällt.

Divisionale IBIT-Leistungsbedingung

Diese Leistungsbedingung gilt nur für Material Risk Taker und wird ausgelöst, wenn das divisionale Ergebnis vor Steuern negativ ist. Ist das divisionale Ergebnis vor Steuern für das Jahr vor Unverfallbarkeit negativ, verfallen die anstehenden REA- beziehungsweise RIA-Tranchen für alle Material Risk Taker des jeweiligen Bereichs (wie vom Vorstand vor Zuteilung bestimmt) für dieses Jahr zu 100 %, auch wenn das Konzernergebnis positiv ist.

Für die Senior Management Group, die der fünfjährigen REA-Anwartschafts- und -Haltefrist unterliegt, verfallen 20 % des Awards für dieses Jahr, falls in einem Jahr während dieses Zeitraums das divisionale Ergebnis vor Steuern (IBIT) negativ ist.

Der divisionale Verfall gilt nicht für Vorstandsmitglieder oder Mitarbeiter des Regional Management oder in Infrastrukturfunktionen. Für sie gilt lediglich die Konzern-Verfallsbedingung.

Verfall wegen Wegfalls der Leistungsgrundlage

Diese Verfallsbedingung gilt für RIA und REA und erlaubt es der Bank festzulegen, ob Anpassungen auf Grundlage tatsächlicher Ergebnisse notwendig sind. Bis zu 100 % der noch nicht unverfallbaren Anwartschaften eines Mitarbeiters können verfallen, wenn festgestellt wird, dass die ursprünglich gewährten Anwartschaften (oder die Gewährung, der Eintritt der Unverfallbarkeit oder die Lieferung eines sonstigen Awards an den Mitarbeiter) nicht angemessen waren, weil eine Leistungskennzahl sich nachträglich als substanziell falsch herausgestellt hat oder ein Geschäft, Handelsgeschäft beziehungsweise eine Transaktion, die dem Mitarbeiter zugerechnet werden kann, sich wesentlich nachteilig auf eine Deutsche Bank-Gesellschaft, eine Division oder den Deutsche Bank-Konzern auswirkt.

Diese Bestimmung gilt auch für die EUA von Material Risk Takern, wodurch gewährleistet wird, dass ein größerer Prozentsatz der Awards für Material Risk Taker einem möglichen Verfall wegen Wegfalls der Leistungsgrundlage unterliegt. Darüber hinaus gilt diese Bestimmung auch während der auf den Eintritt der Unverfallbarkeit des REA folgenden Haltefrist, so dass sichergestellt ist, dass Maßnahmen bezüglich eines Verfalls wegen Wegfalls der Leistungsgrundlage in Bezug auf an Material Risk Taker vergebene aktienbasierte Vergütung während eines Zeitraums von dreieinhalb Jahren (fünf Jahren im Fall der Senior Management Group) ergriffen werden können.

Verfall wegen eines Verstoßes gegen regulatorische Auflagen oder interne Richtlinien

Diese verhaltensabhängige Verfallsbedingung ist auf REA und RIA anwendbar und sieht den vollständigen Verfall der gesamten noch nicht unverfallbaren aufgeschobenen Vergütung wegen Verstoßes gegen interne Richtlinien oder Verfahren respektive gegen geltende Gesetze oder externe Vorschriften zurückgefordert werden.

Diese Bestimmung gilt auch für die EUA von Material Risk Taker und während der auf den Eintritt der Unverfallbarkeit des REA folgenden sechsmonatigen Haltefrist, so dass sichergestellt ist, dass Maßnahmen im Hinblick auf einen verhaltensbedingten Verfall für an Material Risk Taker vergebene aktienbasierte Vergütung über einen Zeitraum von dreieinhalb Jahren (fünf Jahren im Fall der Senior Management Group) anwendbar bleiben.

Eine Zusammenfassung der obigen Bestimmungen ist nachfolgend aufgeführt.

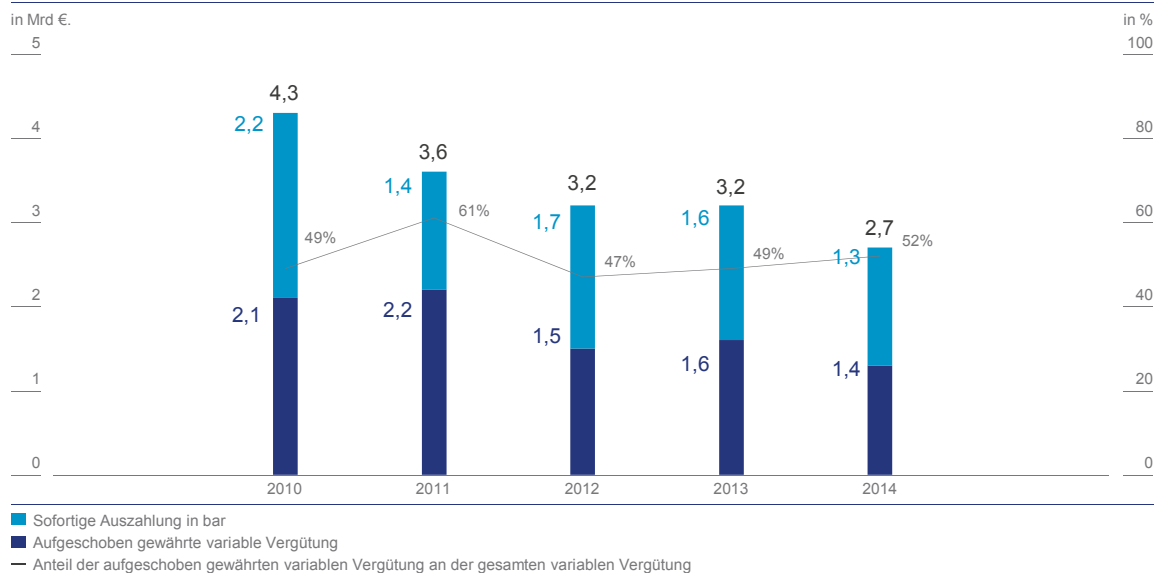
Aufgeschobene Vergütung 2014: Verfallsbedingungen

Leistungs- und Verfallsbedingungen	Senior Management Group & sonstige Material Risk Taker	Alle übrigen Mitarbeiter mit aufgeschobener Vergütung
Bedingung zum Konzernergebnis (REA) – anwendbar auf REA-Tranchen vor Zuteilung	ja	ja
- Im Falle eines negativen Konzern-IBIT verfällt die nächste fällige REA-Tranche - Falls die CET1-Kapitalquote aufgrund eines negativen Konzern-IBIT oder aus einem anderen Grund weniger als 200 Basispunkte über dem anwendbaren gesetzlichen Mindestkapitalniveau des Konzerns gemäß Artikel 92(1)(a) CRR liegt, verfallen 100 % aller noch nicht ausgelieferten REAs des Jahres 2014		
Konzernergebnisbedingung (RIA) – anwendbar auf RIA-Tranchen vor Auslieferung für Material Risk Taker (MRT)	ja	
Im Falle eines negativen Konzern-IBIT verfällt die nächste fällige RIA-Tranche		
Bedingung zum divisionalen Ergebnis – anwendbar auf REA- und RIA-Tranchen vor Auslieferung für MRT	ja	
- Im Falle eines negativen divisionalen IBIT verfällt die nächste fällige REA/RIA-Tranche - Bedingung gilt nicht für Mitarbeiter aus Infrastrukturbereichen, Regional Management oder NCOU		
Verfall wegen Revenue Impairment – anwendbar auf noch nicht ausgelieferte RIA und REA	ja	ja
Verfall wegen Revenue Impairment – anwendbar auf EUA und während der Haltefristen für REA-Tranchen nach Eintritt der Unverfallbarkeit für MRT	ja	
Verstoß gegen Richtlinien – anwendbar auf noch nicht ausgelieferte RIA und REA	ja	ja
Verstoß gegen Richtlinien – anwendbar auf EUA und während der Haltefristen für REA-Tranchen nach Eintritt der Unverfallbarkeit für MRT	ja	

Variable Vergütung für 2014

Die für 2014 gewährte variable Vergütung (ausschließlich der Aufwendungen für in den Vorjahren gewährte aufgeschobene Vergütung, jedoch einschließlich der in diesem Jahr gewährten, künftig aufwandswirksam werdenden Vergütung) belief sich auf insgesamt 2,7 Mrd €. Die konzernweite Quote der aufgeschobenen Vergütung betrug (einschließlich EUAs) 52 %.

Variable Vergütung und Anteil der aufgeschoben gewährten Vergütung



	2014					2013
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	CB&S	GTB	Deutsche AWM	PBC	NCOU	Konzern insgesamt
Gesamtvergütung¹	4.472	998	1.502	2.830	218	10.020
davon:						
Fixe Vergütung	2.771	756	1.037	2.580	169	7.313
Variable Vergütung	1.701	242	465	250	49	2.707
Anzahl der Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet) am Jahresende	25.843	11.284	11.635	47.619	1.757	98.138
						98.254

¹ Gesamtvergütung definiert als fixe Vergütung (Grundgehalt + AFPS + relevante lokale Zulagen) plus variable Vergütung.

Alle Zahlen in der obigen Tabelle beinhalten die Zuordnung der Vergütung und der Mitarbeiterzahlen der Infrastruktureinheiten gemäß unseren gängigen Kostenallokationsschlüsseln. Die Tabelle kann marginale Rundungsabweichungen enthalten.

In der obigen Tabelle wird die variable Vergütung dargestellt. Der konzernweite Gesamtbetrag in Höhe von 2,7 Mrd. € entspricht dem vom Vorstand freigegebenen Pool für die variable Vergütung. Es wird darauf hingewiesen, dass zur Ermittlung des Verhältnisses von fixer zu variabler Vergütung der Begriff „variable Bezüge“ verwendet wurde, der die variable Vergütung und andere ermessensabhängige Zahlungen umfasst.

Wie dem Abschnitt „CRD 4-Umsetzung“ entnommen werden kann, erforderte die Anwendung des 1:1 bzw. 1:2 Verhältnisses eine Neuausrichtung von variabler zu fixer Vergütung für einige Mitarbeiter. Der Anteil variabler und fixer Vergütung in der „Gesamtvergütung“, wie in der obigen Tabelle dargestellt, reflektiert die durchgeführten Maßnahmen, um eine Einhaltung der geforderten Verhältnisse zu gewährleisten.

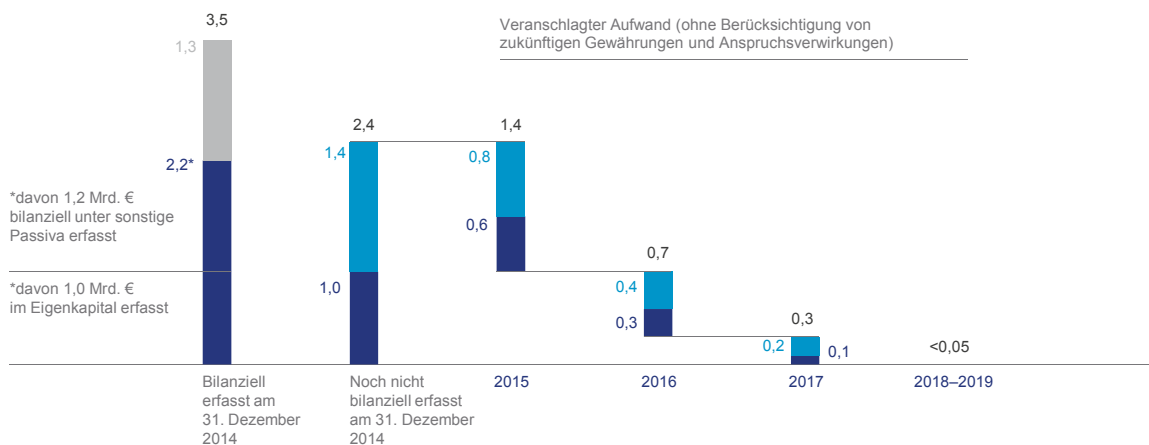
Bilanzielle Erfassung und Amortisation gewährter variabler Vergütung

Per 31. Dezember 2014 belief sich der noch nicht amortisierte Aufwand für aufgeschobene variable Vergütung – einschließlich der Neuzusagen im Februar 2015 – auf circa 2,4 Mrd. €.

Variable Vergütung

Bilanzielle Erfassung am 31. Dezember 2014 und veranschlagter Aufwand für gewährte aufgeschobene Vergütung

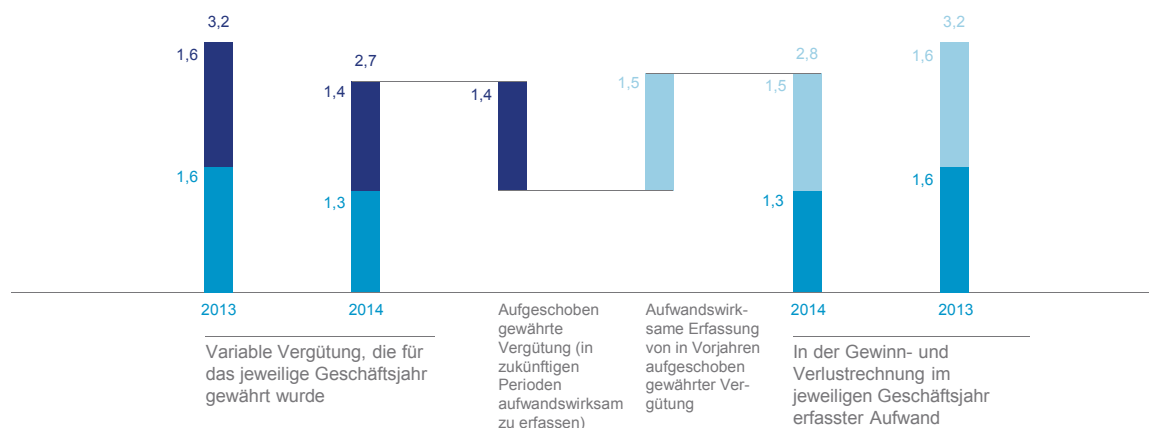
in Mrd. €



■ Sofort fällige Bonuszahlungen im Rahmen der variablen Vergütung, die für das Geschäftsjahr 2014 erteilt wurde, ausgewiesen als Teil der sonstigen Passiva.
■ Aufgeschoben gewährte variable Vergütung, die für das Geschäftsjahr 2014 oder davor erteilt wurde.
■ Aufgeschoben gewährte variable Vergütung, die für das Geschäftsjahr 2014 erteilt wurde.

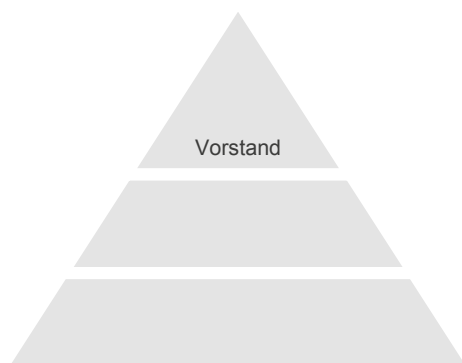
Gegenüberstellung von gewährter und variabler Vergütung und erfasstem Aufwand

in Mrd. €



■ Aufgeschoben gewährte Vergütung (in zukünftigen Perioden aufandswirksam zu erfassen)
■ Sofort fällige Bonuszahlungen (in der jeweiligen Periode aufandswirksam erfasst)
■ Aufandswirksame Erfassung von in Vorjahren aufgeschoben gewährter Vergütung

Offenlegung und Bericht über die Vorstandsvergütung



Vergütungssystem für die Mitglieder des Vorstands

Zuständigkeit

Der Aufsichtsrat als Gesamtplenium ist zuständig für die Ausgestaltung des Vergütungssystems für die Mitglieder des Vorstands sowie für die Festsetzung ihrer individuellen Bezüge. Seit dem Geschäftsjahr 2014 wird der Aufsichtsrat dabei durch den Vergütungskontrollausschuss unterstützt. Die Anforderung zur Begründung dieses weiteren Ausschusses aus Mitgliedern des Aufsichtsrats ist Ausfluss der Regulierungsansätze durch CRD 4, die auf nationaler Ebene mit dem CRD 4-Umsetzungsgesetz durch entsprechende Änderung des Kreditwesengesetzes und die Neufassung der InstitutsVergV präzisiert und in deutsches Recht umgesetzt wurde.

Entsprechend den rechtlichen Vorgaben besteht der Vergütungskontrollausschuss aus vier Mitgliedern, von denen mindestens ein Mitglied über ausreichend Sachverstand und Berufserfahrung im Bereich Risikomanagement und Risikocontrolling verfügt und mindestens ein Mitglied den Arbeitnehmervertretern angehört. In Bezug auf den Vorstand hat der Vergütungskontrollausschuss wesentliche, zuvor vom Präsidialausschuss wahrgenommene Aufgaben übernommen, insbesondere die Unterstützung und Überwachung des Aufsichtsrats bei der angemessenen Ausgestaltung des Vergütungssystems sowie die Vorbereitung der Beschlüsse des Aufsichtsrats über die individuelle Vergütung.

Billigung des Vergütungssystems durch die Hauptversammlung

Das Vergütungssystem für die Mitglieder des Vorstands wird vom Aufsichtsrat regelmäßig überprüft. Im Fall einer Änderung oder Neustrukturierung nutzt der Aufsichtsrat die durch das Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung („VorstAG“) geschaffene Möglichkeit, dass auch die Hauptversammlung über die Billigung des Vergütungssystems beschließt. Zuletzt hat die Hauptversammlung im Mai 2013 mit einer großen Mehrheit von 88,71 % ein neues Vergütungssystem für die Mitglieder des Vorstands rückwirkend zum 1. Januar 2013 gebilligt.

Neue regulatorische und gesetzliche Vorgaben

Die Regelungsansätze durch CRD 4 stellen ebenfalls neue Anforderungen an die Gestaltung von Vergütungssystemen. Die Anforderungen gelten erstmalig für die Vergütungen des Vorstands, die für das Geschäftsjahr 2014 festgesetzt werden. Wesentliches Element der Regulierungsvorschriften ist die Be-

grenzung des Verhältnisses von fixer zu variabler Vergütung auf 1:1 (Cap-Regelung), das heißt die Höhe der variablen Vergütung darf die der fixen Vergütung nicht überschreiten. Die dahinterstehende Überlegung ist, dass zu hohe variable Vergütungen erhöhte Anreize zur Eingehung unangemessener Risiken darstellen können.

Unter Beibehaltung des von der Hauptversammlung gebilligten Systems ergäbe sich aus den gesetzlichen Vorgaben die Notwendigkeit, die festen Gehälter und damit die kurzfristig auszuzahlende Barkomponente signifikant zu erhöhen. Der Gesetzgeber sieht jedoch vor, dass die Aktionäre insoweit eine Erleichterung beschließen können, indem das Verhältnis der festen zur variablen Vergütung auf 1:2 fixiert wird.

Die Hauptversammlung hat im Mai 2014 diese gesetzliche Möglichkeit genutzt und der vorgenannten Fixierung auf 1:2 mit einer großen Mehrheit von 90,84 % zugestimmt. Durch die Zustimmung wird der Anstieg der Fixkosten minimiert und eine größere Flexibilität bezüglich der Gestaltung der Gesamtvergütung innerhalb des bestehenden Systems gewahrt. Ergänzend wurden die Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung modifiziert, um diese in die Kalkulation des Verhältnisses von 1:2 einbeziehen zu können (wodurch die Notwendigkeit zur Erhöhung der Festvergütung zusätzlich abgemildert werden konnte) und um unerwünschte Kostensteigerungen bei den Pensionsleistungen zu vermeiden.

Grundsätze des Vergütungssystems

Die Ausgestaltung des Vergütungssystems für die Mitglieder des Vorstands erfolgt unter Berücksichtigung und im Rahmen der gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben. Die weltweit sehr unterschiedlichen Anforderungen an Vergütungssysteme stellen den Aufsichtsrat vor die Herausforderung, innerhalb der Regulierungsvorgaben weiterhin marktübliche und damit wettbewerbsfähige Gesamtvergütungspakete anbieten zu können.

Bei den Fragen der konkreten Ausgestaltung des Vergütungssystems, der Festlegung der individuellen Vergütungen sowie der Gestaltung der Auszahlungs- und Zuteilungsmodalitäten steht die enge Verknüpfung der Interessen der Vorstandsmitglieder mit den Interessen der Aktionäre im Vordergrund. Diese Verknüpfung erfolgt zum einen im Rahmen der Festsetzung der variablen Vergütung anhand der Zugrundelegung klar definierter Kennziffern, die einen direkten Bezug zur Wertentwicklung der Deutschen Bank haben. Zum anderen wird die Verknüpfung über die Gewährung aktienbasierter Vergütungselemente, die mindestens 50 % der gesamten variablen Vergütung betragen, sichergestellt. Die aktienbasierten Vergütungselemente sind unmittelbar an die Wertentwicklung der Deutsche Bank-Aktie gebunden und werden erst nach einem mehrjährigen Zeitraum fällig.

Die Mitglieder des Vorstands werden durch die Ausgestaltung des Vergütungssystems motiviert, unverhältnismäßige Risiken zu vermeiden, die in den Strategien der Bank niedergelegten Ziele zu erreichen und dauerhaft eine positive Unternehmensentwicklung voranzutreiben.

Der Aufsichtsrat greift im Rahmen seiner regelmäßigen Prüfung des Vergütungssystems, ebenso wie bei der Festlegung der variablen Vergütung, auch auf die Expertise externer unabhängiger Vergütungs- und erforderlichenfalls Rechtsberater zurück.

Vergütungsstruktur

Mit Wirkung ab dem 1. Januar 2013 hat der Aufsichtsrat das Vergütungssystem für die Vorstände grundlegend geändert und im Jahr 2014 an die neuen regulatorischen Vorgaben angepasst. Das Vergütungssystem und die davon umfassten Vergütungsstrukturen sind mit den einzelnen Vorstandsmitgliedern jeweils in deren Anstellungsverträgen geregelt.

Der Aufsichtsrat prüft zu Beginn eines Geschäftsjahres die fixe Vergütung und die Zielgrößen für die variablen Vergütungskomponenten. Darüber hinaus definiert er die konzernübergreifenden sowie die individuellen Ziele für die Vorstandsmitglieder und prüft, ob die für die langfristige Vergütungskomponente gesetzten standardisierten Zielvorgaben noch der langfristigen Strategie der Bank entsprechen. Die Performance der einzelnen Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat beurteilt und zu Ende eines Jahres wie auch unterjährig mit den Vorstandsmitgliedern besprochen.

Die aus dem neuen Vergütungssystem resultierende Gesamtvergütung unterteilt sich in erfolgsunabhängige und erfolgsabhängige Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten (fixe Vergütung)

Die fixe Vergütung wird erfolgsunabhängig gewährt.

Die fixe Vergütung besteht in erster Linie aus einem Grundgehalt. Das Grundgehalt wird in zwölf gleichen monatlichen Raten ausgezahlt. Vor dem Hintergrund der geänderten regulatorischen Vorgaben wurde das Grundgehalt im Laufe des Jahres 2014 überprüft und mit Wirkung ab dem 1. Januar 2014 wie folgt festgesetzt:

in €	2014	2013
Grundgehalt		
Co-Vorsitzende	3.800.000	2.300.000
Ordentliche Vorstandsmitglieder	2.400.000	1.150.000

Die InstitutsVergV eröffnet die Möglichkeit, Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung als fixe Vergütung zu definieren und so in die Bemessungsgrundlage zur Bestimmung des Verhältnisses zwischen fixen und variablen Vergütungsbestandteilen mit einzubeziehen. Die vorgenannten Grundgehaltsbeträge sind daher unter Berücksichtigung der Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung festgelegt worden.

Die Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung betragen ab dem Geschäftsjahr 2014:

in €	2014
Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung	
Co-Vorsitzende	650.000
Ordentliche Vorstandsmitglieder	400.000

Daneben zählen die sogenannten „Sonstigen Leistungen“ zu den erfolgsunabhängigen Komponenten. Die Sonstigen Leistungen umfassen den geldwerten Vorteil von Sachbezügen wie Firmenwagen und Fahrergestellung, Versicherungsprämien, geschäftsbezogenen Repräsentationsaufwendungen und Sicherheitsmaßnahmen einschließlich der gegebenenfalls hierauf übernommenen Steuern sowie steuerpflichtigen Aufwandserstattungen.

Erfolgsabhängige Komponenten (variable Vergütung)

Die variable Vergütung wird erfolgsabhängig gewährt. Sie besteht aus zwei Komponenten:

- dem Annual Performance Award und
- dem Long-Term Performance Award.

Annual Performance Award („APA“)

Der APA honoriert das Erreichen der kurz- und mittelfristigen geschäfts- und unternehmenspolitischen Ziele der Bank, die im Rahmen der Zielvereinbarung für das jeweilige Geschäftsjahr zur Leistungsbestimmung festgelegt wurden. Berücksichtigt werden dabei nicht nur finanzielle Erfolge, sondern auch das Verhalten gegenüber Mitarbeitern und Kunden im Rahmen der Geschäftstätigkeit.

Der Gesamtbetrag des Annual Performance Awards wird auf Basis mehrerer Komponenten ermittelt:

- 60 % des Award-Betrags hängen von konzernübergreifenden Zielen ab, die für alle Vorstandsmitglieder identisch sind.
- Die verbleibenden 40 % des Award-Betrags bestimmen sich anhand individueller Leistung und individueller Ziele, die der Aufsichtsrat für jedes Vorstandsmitglied einzeln in Anlehnung an dessen Aufgabenbereich festlegt.

Im Rahmen der Strategie 2015+ werden Ziele in den Kategorien „Kapital“, „Kosten“, „Kompetenzen“, „Kunden“ und „Kultur“ festgelegt und adressieren somit über die quantitativen Zielvorgaben hinaus auch qualitative Elemente der Leistungserbringung.

Ziele für das Geschäftsjahr 2014

Für das Geschäftsjahr 2014 wurden die folgenden konzernübergreifenden und damit für alle Vorstandsmitglieder identischen Kennziffern als Messgrößen vereinbart. Die Zielvorgaben können grundsätzlich auch andere Aspekte aus den fünf genannten Kategorien, wie beispielsweise Rendite-Ziele, enthalten:

- Kategorie Kapital: Kernkapitalquote (Common Equity Tier-1 Ratio (CET 1)) und Verschuldungsquote;
- Kategorie Kosten: Kosten-Ertrag-Relation (Cost-Income-Ratio (CIR));
- Kategorie Kompetenzen: Wertbeitrag und
- Kategorie Kultur/Kunden: Mitarbeiterzufriedenheit, Verhalten und Reputation.

Die Ziele fließen je Kategorie jeweils zu 15 % in die Festlegung des Award-Betrags ein, so dass der Anteil der vorgenannten Kategorien am Gesamt-APA insgesamt 60 % beträgt.

Zur Bewertung der individuellen Leistungskomponente vereinbart der Aufsichtsrat mit jedem Mitglied des Vorstands einzeln jeweils:

- ein quantitatives Ziel aus den Kategorien **Kapital/Kosten/Kompetenzen** und
- ein qualitatives Ziel aus den Kategorien **Kultur/Kunden**.

Diese beiden Ziele finden ebenfalls zu 15 % Eingang in die Bestimmung des Award-Betrags, so dass der Anteil am Gesamt-APA 30 % beträgt.

Insgesamt beträgt die Summe aus konzernübergreifenden und individuell vereinbarten Zielen 90 % des Gesamt-APA. Es verbleiben weitere 10 % als freier Ermessensspielraum für den Aufsichtsrat zur Würdigung von besonderen, auch projektbezogenen Erfolgsbeiträgen im Laufe des Geschäftsjahres.

Im Rahmen der jährlichen Zielvereinbarung werden für alle Teilziele entsprechende Kriterien festgelegt, die vom Aufsichtsrat nach Ablauf des Jahres zur Bewertung der Zielerreichung herangezogen werden. Der Grad der jeweiligen Zielerreichung sowie die letztendliche Höhe des Annual Performance Awards werden hierbei nicht mehr formelhaft, sondern vom Aufsichtsrat anhand der zuvor festgelegten Kriterien im Rahmen einer sachgemäßen Beurteilung diskretionär bestimmt. Folgende Kriterien werden dabei berücksichtigt: Die tatsächlich erreichten Werte, Planwerte und extern kommunizierte Zielwerte, Vergleichswerte der Wettbewerber, Vorjahreswerte sowie eine qualitative Würdigung der Zielerreichung und auch die Gesamtrisikoausrichtung der Bank.

Wurden die Ziele im Beurteilungszeitraum verfehlt, kann der Aufsichtsrat zu dem Ergebnis kommen, dass ein Annual Performance Award nicht zu gewähren ist.

Unter Berücksichtigung der Anpassung des Vergütungssystems an die CRD 4-Anforderungen betragen die für das Jahr 2014 geltenden Ziel- und Maximalwerte des Annual Performance Awards für ein ordentliches Vorstandsmitglied sowie die Co-Vorsitzenden des Vorstands:

in €	2014			2013
	Minimum	Zielwert	Maximum	Zielwert
Co-Vorsitzender				
Anteil je 15 % Ziel	0	225.000	450.000	345.000
APA gesamt	0	1.500.000	3.000.000	2.300.000
Ordentliche Vorstandsmitglieder				
Anteil je 15 % Ziel	0	150.000	300.000	225.000
APA gesamt	0	1.000.000	2.000.000	1.500.000

Long-Term Performance Award (LTPA)

Die Höhe des Long-Term Performance Awards bestimmt sich nicht mehr nur nach der relativen Wertentwicklung der Deutsche Bank-Aktie gegenüber ausgewählten Vergleichsinstituten, sondern orientiert sich durch die zusätzliche Berücksichtigung nichtfinanzieller Parameter auch daran, wie die Ziele erreicht werden, um eine nachhaltige Wertentwicklung zusätzlich zu fördern.

Entsprechend bemisst sich die Höhe des Long-Term Performance Awards weiterhin an der relativen Aktienrendite und zusätzlich an einem sogenannten „Culture & Client“-Faktor. Die Höhe des Long-Term Performance Awards bestimmt sich weiterhin grundsätzlich formelhaft und auf Basis vorab definierter Zielgrößen. Ebenfalls erhalten bleibt die Langfristigkeit dieser Vergütungskomponente durch die fortgeführte Berücksichtigung eines Dreijahresdurchschnitts der relativen Wertentwicklung.

Relative Rendite der Deutsche Bank-Aktie (RTSR)

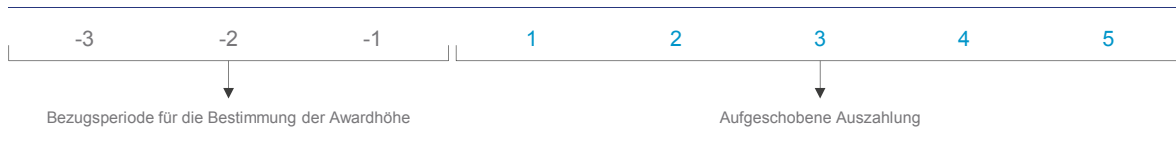
Die relative Rendite der Deutsche Bank-Aktie (Relative Total Shareholder Return, RTSR) ergibt sich aus der Rendite der Deutsche Bank-Aktie (Total Shareholder Return) im Verhältnis zum Durchschnittswert der Aktienrenditen einer ausgewählten Vergleichsgruppe (in Euro gerechnet). Eingang in die Berechnung der Award-Höhe findet weiterhin das Mittel der jährlichen relativen Rendite der Deutsche Bank-Aktie für die drei letzten Geschäftsjahre (Vergütungsjahr sowie die beiden vorhergehenden Jahre).

Ist der Dreijahresdurchschnitt der relativen Rendite der Deutsche Bank-Aktie größer als 100 %, dann erhöht sich der Wert des Award-Anteils proportional bis zu einer Obergrenze von 150 % der Zielgröße, das heißt, der Wert steigt um 1 % für jeden Prozentpunkt über 100 %. Wie bisher auch vermindert sich der Wert jedoch überproportional, sofern der Dreijahresdurchschnitt der relativen Rendite geringer als 100 % ist, wobei die Abschlagsregelung angepasst wurde. Liegt die berechnete relative Aktienrendite im Bereich von kleiner 100 % bis 80 %, mindert sich für jeden Prozentpunkt weniger der Wert des Award-Anteils um jeweils 2 Prozentpunkte. Im Bereich zwischen 80 % und 60 % verringert sich der Wert des Award-Anteils für jeden Prozentpunkt weniger um jeweils 3 Prozentpunkte. Überschreitet die relative Aktienrendite auf Dreijahressicht im Durchschnitt 60 % nicht, ist der Wert des Award-Anteils null.

Im Rahmen der Überarbeitung des Vergütungssystems und der beabsichtigten stärkeren Ausrichtung an der Strategie der Bank wurde die Vergleichsgruppe zur Ermittlung der relativen Aktienrendite angepasst. Die Vergleichsgruppe setzt sich nunmehr aus folgenden Banken zusammen:

- BNP Paribas und Société Générale (beide aus dem Euro-Raum);
- Barclays, Credit Suisse und UBS (aus dem europäischen Nicht-Euro-Raum);
- Bank of America, Citigroup, Goldman Sachs, JP Morgan Chase und Morgan Stanley (alle aus den USA).

Die Vergleichsgruppe wurde anhand der Kriterien grundsätzlich vergleichbarer Geschäftstätigkeit, vergleichbarer Größe und internationaler Präsenz ausgewählt und wird in den kommenden Jahren weiterhin regelmäßig überprüft.



„Culture & Client“-Faktor

Durch den „Culture & Client“-Faktor werden die Kundenzufriedenheit und der Umgang mit Kunden gemessen, um somit eine nachhaltige Entwicklung der Kundenbeziehungen zu fördern. Perspektivisch wird dieser Faktor ebenfalls formelhaft ermittelt werden. Derzeit wird an der Einführung eines entsprechenden Systems gearbeitet.

Für eine Übergangsphase bis zur finalen Entwicklung und Kalibrierung dieses Systems bestimmt der Aufsichtsrat auf Basis bereichsspezifischer Umfragewerte und sonstiger Marktanalysen den Fortgang der Entwicklung der Bank in diesen Punkten diskretionär entlang der vier Kategorien „unterdurchschnittlich“, „durchschnittlich“, „gut“ und „exzellent“. Bei einer Einstufung in die Kategorie „exzellent“ werden 150 % des „Culture & Client“-Zielwerts veranschlagt, bei „gut“ 100 %, bei „durchschnittlich“ 50 % und bei „unterdurchschnittlich“ fällt der Award-Anteil auf null.

Der Long-Term Performance Award wird dann auf Basis der unter Berücksichtigung der Anpassung des Vergütungssystems an die CRD 4-Anforderungen modifizierten Zielgrößen im Zusammenspiel zwischen der erreichten relativen Aktienrendite (RTSR) und dem „Culture & Client“-Faktor ermittelt. Er kann maximal 150 % der Zielgröße betragen.

Die Gewichtung der beiden Kenngrößen liegt bei 2/3 für den RTSR-Wert und 1/3 für den „Culture & Client“-Wert.

in €			2014	2013
	Minimum	Zielwert	Maximum	Zielwert
Co-Vorsitzender				
RTSR-Anteil	0	2.533.333	3.800.000	3.066.667
Culture & Client-Anteil	0	1.266.667	1.900.000	1.533.333
LTPA gesamt	0	3.800.000	5.700.000	4.600.000
Ordentliche Vorstandsmitglieder				
RTSR-Anteil	0	1.600.000	2.400.000	2.000.000
Culture & Client-Anteil	0	800.000	1.200.000	1.000.000
LTPA gesamt	0	2.400.000	3.600.000	3.000.000

Maximale Gesamtvergütung

Nach Umsetzung der regulatorischen Vorgaben und auf Basis der vorgenannten einzelnen Vergütungskomponenten ergeben sich die folgenden Maximalbeträge.

in €				2014	2013
	Grundgehalt	APA	LTPA	Gesamtvergütung	Gesamtvergütung
Co-Vorsitzender					
Neue Struktur					
Zielwerte	3.800.000	1.500.000	3.800.000	9.100.000	9.200.000
Maximum	3.800.000	3.000.000	5.700.000	12.500.000	12.650.000
Ordentliche Vorstandsmitglieder					
Neue Struktur					
Zielwerte	2.400.000	1.000.000	2.400.000	5.800.000	5.650.000
Maximum	2.400.000	2.000.000	3.600.000	8.000.000	7.900.000

Die Gesamtvergütung eines Vorstandsmitglieds unterliegt auch nach Umsetzung der regulatorischen Vorgaben einer zusätzlichen Obergrenze von 9,85 Mio € (Cap), die vom Aufsichtsrat freiwillig für die Gesamtvergütung für das Geschäftsjahr 2014 festgesetzt wurde. Das rechnerische Maximum der Gesamtvergütung für die Co-Vorsitzenden in Höhe von 12,5 Mio € kommt demnach nicht zum Tragen und der maximal zu vergebende variable Vergütungsanteil für jeden Co-Vorsitzenden ist damit auf 6,05 Mio € begrenzt.

Langfristige Anreizwirkung/Nachhaltigkeit

Gemäß InstitutsVergV müssen mindestens 60 % der gesamten variablen Vergütung aufgeschoben vergeben werden. Dieser aufgeschobene Teil muss mindestens zur Hälfte aus aktienbasierten Vergütungselementen bestehen, während der noch verbleibende andere Teil als aufgeschobene Barvergütung zu gewähren ist. Beide Vergütungselemente sind über einen mehrjährigen Zurückbehaltungszeitraum zu strecken, an den sich für die aktienbasierten Vergütungselemente noch Haltefristen anschließen. In dem Zeitraum bis zur Lieferung beziehungsweise zum Zufluss können diese aufgeschoben gewährten Teile verfallen. Maximal 40 % der gesamten variablen Vergütung dürfen nicht aufgeschoben gewährt werden. Hiervon muss jedoch wiederum mindestens die Hälfte aus aktienbasierten Vergütungselementen bestehen, und nur der verbleibende Teil darf direkt in bar ausgezahlt werden. In Summe betrachtet dürfen also nur maximal 20 % der gesamten variablen Vergütung sofort bar ausgezahlt werden, während mindestens 80 % zu einem späteren Zeitpunkt zufließen beziehungsweise geliefert werden müssen.

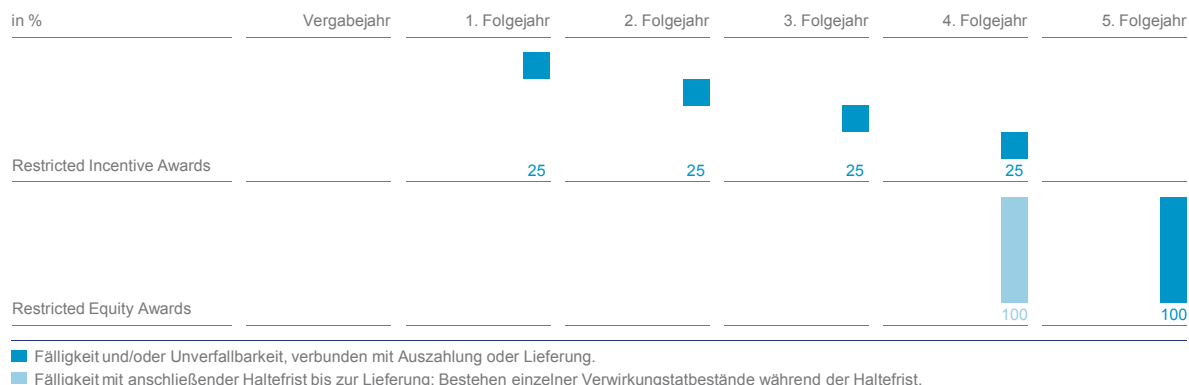
Bis einschließlich 2013 wurde der APA in Teilen als sofort fällige variable Komponente („Upfront Award“) gewährt. Die Upfront Awards betrugen dabei maximal 40 % der gesamten variablen Vergütung. Gemäß regulatorischen Vorgaben wurden mindestens die Hälfte der Upfront Awards in aktienbasierten Vergütungselementen („Equity Upfront Award“) gewährt. Die Equity Upfront Awards waren mit einer Haltefrist von drei Jahren versehen. Erst nach deren Verstreichen darf über die Awards verfügt werden. Der verbleibende Teil wurde unmittelbar in bar („Cash Upfront“) ausgezahlt. Sofern regulatorische Vorgaben oder bankspezifische Regelungen dies erforderten, wurden auch Teile des APA zeitlich aufgeschoben gewährt, wobei dies grundsätzlich in Form von aufgeschobenen Barvergütungsbestandteilen („Restricted Incentive Award“) erfolgen sollte. Die Restricted Incentive Awards wurden in vier gleichen Tranchen unverfallbar. Die Unverfallbarkeit der ersten Tranche trat etwa eineinhalb Jahre nach Vergabe ein. Im Abstand von jeweils einem Jahr wurden danach die übrigen Tranchen kontinuierlich unverfallbar. Mit dem Eintritt der Unverfallbarkeit erfolgte gleichzeitig der Zufluss. Die aufgeschobene Barvergütung wurde damit insgesamt über einen Zeitraum von etwa viereinhalb Jahren ausgezahlt.

Nach Umsetzung der regulatorischen Vorgaben im Jahr 2014 und der damit verbundenen Erhöhung der Festbezüge wird der APA nur noch in aufgeschobener Form gewährt, wobei er grundsätzlich in Form aufgeschobener Barvergütungsbestandteile („Restricted Incentive Award“) mit einer Streckung von mindestens vier Jahren vergeben wird. Die Gewährung von sofort fälligen Upfront Awards entfällt damit vollständig.

Der LTPA wird zu 100 % aufgeschoben und ausschließlich in Form von aktienbasierten Vergütungselementen („Restricted Equity Award“) gewährt. Die Restricted Equity Awards werden etwa viereinhalb Jahre nach ihrer Gewährung in einer einzigen Tranche (Cliff Vesting) fällig und sind danach noch mit einer zusätzlichen Haltefrist von sechs Monaten versehen. Demnach können die Vorstandsmitglieder erst nach etwa fünf Jahren über die Aktien verfügen, sofern die Anwartschaft in diesem Zeitraum nicht aufgrund von Verstößen gegen die Planbedingungen verfallen ist.

Das nachfolgende Schaubild stellt neben dem Auszahlungszeitpunkt der Barvergütung insbesondere die zeitliche Streckung der Zuflüsse beziehungsweise Lieferungen der übrigen variablen Vergütungskomponenten in den fünf Folgejahren nach Vergabe dar.

Zeiträumen für Auszahlung oder Lieferung und Unverfallbarkeit für den Vorstand (ab 2014)



Da die Restricted Incentive Awards bis zum Zufluss nicht zum Bezug von Zinszahlungen berechtigen, wird bei der Vergabe ein einmaliger Aufschlag in Höhe von 2 % gewährt.

Aktienbasiert gewährte Awards berechtigen zu der Gewährung eines Dividendenäquivalents, um den Award mit der tatsächlich gezahlten Dividende und damit mit dem Ertrag für den Aktionär zu verknüpfen. Das Dividendenäquivalent wird gemäß der folgenden Formel bestimmt:

$$\frac{\text{Gezahlte Dividende}}{\text{Kurs der Deutsche Bank-Aktie am Tag der Dividendenzahlung}} \times \text{Anzahl an Aktienanwartschaften}$$

Verfallsbedingungen

Durch die aufgeschoben gewährten beziehungsweise über mehrere Jahre gestreckten Vergütungskomponenten (Equity Upfront Awards, Restricted Incentive Awards und Restricted Equity Awards) wird eine langfristige Anreizwirkung erreicht, da sie bis zur jeweiligen Unverfallbarkeit beziehungsweise zum Ende der Haltefristen bestimmten Verfallsbedingungen unterliegen. Anwartschaften können ganz oder teilweise verfallen, zum Beispiel bei individuellem Fehlverhalten (unter anderem bei Verstoß gegen Regularien) oder einer außerordentlichen Kündigung, bei Restricted Equity Awards und Restricted Incentive Awards auch bei einem negativen Ergebnis des Konzerns oder individuellen negativen Erfolgsbeiträgen. Darüber hinaus entfällt der Long-Term Performance Award vollständig, wenn die gesetzlichen regulatorischen Mindestvorgaben zur Kernkapitalquote in diesem Zeitraum nicht eingehalten wurden.

Begrenzungen bei außergewöhnlichen Entwicklungen

Im Falle außergewöhnlicher Entwicklungen (zum Beispiel Veräußerung großer Beteiligungen) ist die Gesamtvergütung jedes Vorstandsmitglieds auf einen Maximalbetrag begrenzt. Eine Auszahlung variabler Vergütungsbestandteile erfolgt darüber hinaus nicht, wenn die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht die Auszahlung variabler Vergütungsbestandteile im Einklang mit bestehenden gesetzlichen Regelungen untersagt beziehungsweise einschränkt.

Regelungen zur Aktienhaltepflicht

Zur Stärkung der Identifikation mit der Bank und ihren Aktionären werden die Vorstandsmitglieder verpflichtet, einen Teil ihres Privatvermögens in Deutsche Bank-Aktien anzulegen. Die Vorstandsmitglieder werden zu diesem Zweck jederzeit eine Anzahl von Deutsche Bank-Aktien in ihrem Depot halten, wobei aufgeschobene aktienbasiert gewährte Vergütungen zu 75 % auf diese Verpflichtung angerechnet werden können.

Die Anzahl zu haltender Aktien betrug im Jahr 2013 bei den Co-Vorsitzenden das 3-Fache und bei den ordentlichen Vorstandsmitgliedern das 2-Fache ihrer jährlichen Grundvergütung. Die Anpassung der fixen Vergütung im Jahr 2014 und die damit einhergehende Absenkung der variablen Vergütungskomponenten erfordern auch eine Adjustierung der Aktienhalterrichtlinien für die Mitglieder des Vorstands. Die Anzahl zu haltender Aktien beträgt ab dem Jahr 2014 bei den Co-Vorsitzenden das 2-Fache und bei den ordentlichen Vorstandsmitgliedern das 1-Fache ihrer jährlichen Grundvergütung.

Es gilt eine Karenzfrist von 36 Monaten für die Co-Vorsitzenden beziehungsweise 24 Monaten für die ordentlichen Vorstandsmitglieder, bis zu der die Vorgaben erfüllt sein müssen. Obwohl die Aktienhalteplichten für die Co-Vorsitzenden erst im Jahr 2016 und für die ordentlichen Vorstandsmitglieder im Jahr 2015 wirksam werden, haben sämtliche Vorstandsmitglieder die Vorgaben im Jahr 2014 erfüllt. Die Einhaltung der Vorgaben wird halbjährlich zum 30.06. beziehungsweise 31.12. eines Jahres überprüft. Bei festgestellten Differenzen haben die Vorstandsmitglieder bis zur nächsten Prüfung Zeit zur Korrektur.

Durch aufgeschoben gewährte beziehungsweise über mehrere Jahre gestreckte Vergütungskomponenten bleibt eine weitere Verbundenheit mit der Wertentwicklung der Deutsche Bank-Aktie in der Regel gleichwohl auch für einen Zeitraum nach dem Ausscheiden aus dem Vorstand bestehen.

Bezüge der Mitglieder des Vorstands

Grundsätze

Die Beschlüsse des Aufsichtsrats zur Festlegung der variablen Vergütung für die Mitglieder des Vorstands wurden Ende Januar 2015 intensiv im Vergütungskontrollausschuss beraten und von diesem für das Gesamtplenarium vorbereitet. Im Mittelpunkt stand insbesondere die Prüfung der Angemessenheit der Vergütung im horizontalen Vergleich gegenüber Wettbewerbern ebenso wie im vertikalen Vergleich gemäß den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex. Im Rahmen dieser vergleichenden Prüfung wurde die Angemessenheit der Vergütung im Hinblick auf

- das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung;
- das Verhältnis von kurzfristigen und langfristigen Vergütungselementen;
- das Verhältnis von unmittelbar fälligen und aufgeschoben gewährten Vergütungselementen; und
- das Verhältnis von sofort unverfallbaren und mit Verfallsbedingungen versehenen Vergütungselementen

überprüft. Zudem wurde die Angemessenheit der Gesamthöhe der Vergütung im Verhältnis zu den durchschnittlichen Einkommen der Mitarbeiter betrachtet.

Grundgehalt

Im Geschäftsjahr 2014 beliefen sich die jährlichen Grundgehälter der Co-Vorsitzenden auf jeweils 3.800.000 € und die der ordentlichen Mitglieder des Vorstands auf jeweils 2.400.000 €.

Variable Vergütung

Der Aufsichtsrat hat auf Vorschlag des Vergütungskontrollausschusses die variable Vergütung für die Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2014 festgelegt. Bei der Ermittlung und Festsetzung der Höhe des APA und des LTPA hat der Aufsichtsrat neben dem Gesamterfolg der Deutsche Bank-Gruppe vor allem die individuellen Erfolgsbeiträge der einzelnen Vorstandsmitglieder angemessen berücksichtigt. Dabei wurde der individuelle Erfolgsbeitrag anhand der Erreichung der individuell vereinbarten Ziele bestimmt, und es wurde entsprechend zwischen den einzelnen Vorstandsmitgliedern differenziert.

Gesamtvergütung

Die im bzw. für das Geschäftsjahr 2014 gewährte Vergütung (ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand) für die Mitglieder des Vorstands für ihre Vorstandstätigkeit betrugen insgesamt 35.277.666 € (2013: 38.496.509 €). Hiervon entfielen 19.600.000 € (2013: 10.350.000 €) auf Grundgehälter, 15.677.666 € (2013:

27.096.509 €) auf erfolgsabhängige Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung und 0 € (2013: 1.050.000 €) auf erfolgsabhängige Komponenten ohne langfristige Anreizwirkung.

Der Aufsichtsrat hat die vorgenannten Bezüge für 2014 auf individueller Basis wie folgt festgelegt:

in €	2014				2013
	Grundgehalt	APA ¹	LTPA ²	Gesamtvergütung	Gesamtvergütung
Jürgen Fitschen	3.800.000	860.625	2.001.333	6.661.958	7.474.597
Anshuman Jain	3.800.000	860.625	2.001.333	6.661.958	7.474.597
Stefan Krause	2.400.000	688.500	1.264.000	4.352.500	4.676.415
Dr. Stephan Leithner	2.400.000	803.250	1.264.000	4.467.250	4.706.250
Stuart Lewis	2.400.000	765.000	1.264.000	4.429.000	4.671.825
Rainer Neske	2.400.000	688.500	1.264.000	4.352.500	4.821.000
Henry Ritchotte	2.400.000	688.500	1.264.000	4.352.500	4.671.825
Summe	19.600.000	5.355.000	10.322.666	35.277.666	38.496.509

¹ APA = Annual Performance Award/Wert inklusive Premium von 2 %.

² LTPA = Long-Term Performance Award.

Bezüge nach Maßgabe des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK)

Im Folgenden werden die Bezüge der Mitglieder des Vorstands nach Maßgabe der Anforderungen der Ziffer 4.2.5 Abs. 3 des DCGK gezeigt. Dies sind die für das Berichtsjahr gewährten Zuwendungen einschließlich der Nebenleistungen, bei den variablen Vergütungselementen ergänzt um die erreichbare Maximal- und Minimalvergütung. Darüber hinaus wird der Zufluss im bzw. für das Berichtsjahr aus Fixvergütung, kurzfristiger variabler Vergütung und langfristiger variabler Vergütung mit Differenzierung nach den jeweiligen Bezugsjahren dargestellt.

Die nachstehende Tabelle zeigt die gewährten Zuwendungen für das Geschäftsjahr 2014.

Gewährte Zuwendungen in 2014 (2013) gemäß DCGK

in €	2014				2013	
	(Gewährung)	2014 (Ziel)	2014 (Min.)	2014 (Max.)	(Gewährung)	2013 (Ziel)
Festvergütung (Grundgehalt)	3.800.000	3.800.000	3.800.000	3.800.000	2.300.000	2.300.000
Nebenleistungen	118.852	118.852	118.852	118.852	236.590	236.590
Summe	3.918.852	3.918.852	3.918.852	3.918.852	2.536.590	2.536.590
Einjährige variable Vergütung	0	0	0	0	150.000	150.000
davon:						
Unmittelbar ausgezahlt (Teil des APA)	0	0	0	0	150.000	150.000
Mehrjährige variable Vergütung	2.861.958	5.300.000	0	8.700.000	5.024.597	6.750.000
davon:						
Equity Upfront Awards (Teil des APA)	0	0	0	0	150.000	150.000
Restricted Incentive Awards (APA)	860.625	1.500.000	0	3.000.000	1.347.930	2.000.000
Restricted Equity Awards (LTPA)	2.001.333	3.800.000	0	5.700.000	3.526.667	4.600.000
Summe	2.861.958	5.300.000	0	8.700.000	5.174.597	6.900.000
Versorgungsaufwand	648.216	648.216	648.216	648.216	290.457	290.457
Gesamtvergütung (DCGK)	7.429.026	9.867.068	4.567.068	13.267.068	8.001.644	9.727.047
Gesamtvergütung¹	6.661.958	9.100.000	3.800.000	12.500.000	7.474.597	9.200.000

¹ Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

Jürgen Fitschen
Co-Vorsitzender

Anshuman Jain Co-Vorsitzender						
in €	2014 (Gewährung)	2014 (Ziel)	2014 (Min.)	2014 (Max.)	2013 (Gewährung)	2013 (Ziel)
Festvergütung (Grundgehalt)	3.800.000	3.800.000	3.800.000	3.800.000	2.300.000	2.300.000
Nebenleistungen	718.914	718.914	718.914	718.914	804.032	804.032
Summe	4.518.914	4.518.914	4.518.914	4.518.914	3.104.032	3.104.032
Einjährige variable Vergütung	0	0	0	0	150.000	150.000
davon:						
Unmittelbar ausgezahlt (Teil des APA)	0	0	0	0	150.000	150.000
Mehrfährige variable Vergütung	2.861.958	5.300.000	0	8.700.000	5.024.597	6.750.000
davon:						
Equity Upfront Awards (Teil des APA)	0	0	0	0	150.000	150.000
Restricted Incentive Awards (APA)	860.625	1.500.000	0	3.000.000	1.347.930	2.000.000
Restricted Equity Awards (LTPA)	2.001.333	3.800.000	0	5.700.000	3.526.667	4.600.000
Summe	2.861.958	5.300.000	0	8.700.000	5.174.597	6.900.000
Versorgungsaufwand	857.192	857.192	857.192	857.192	692.433	692.433
Gesamtvergütung (DCGK)	8.238.064	10.676.106	5.376.106	14.076.106	8.971.062	10.696.465
Gesamtvergütung ¹	6.661.958	9.100.000	3.800.000	12.500.000	7.474.597	9.200.000

¹ Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

Stefan Krause						
in €	2014 (Gewährung)	2014 (Ziel)	2014 (Min.)	2014 (Max.)	2013 (Gewährung)	2013 (Ziel)
Festvergütung (Grundgehalt)	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	1.150.000	1.150.000
Nebenleistungen	124.753	124.753	124.753	124.753	105.609	105.609
Summe	2.524.753	2.524.753	2.524.753	2.524.753	1.255.609	1.255.609
Einjährige variable Vergütung	0	0	0	0	150.000	150.000
davon:						
Unmittelbar ausgezahlt (Teil des APA)	0	0	0	0	150.000	150.000
Mehrfährige variable Vergütung	1.952.500	3.400.000	0	5.600.000	3.376.415	4.350.000
davon:						
Equity Upfront Awards (Teil des APA)	0	0	0	0	150.000	150.000
Restricted Incentive Awards (APA)	688.500	1.000.000	0	2.000.000	926.415	1.200.000
Restricted Equity Awards (LTPA)	1.264.000	2.400.000	0	3.600.000	2.300.000	3.000.000
Summe	1.952.500	3.400.000	0	5.600.000	3.526.415	4.500.000
Versorgungsaufwand	521.887	521.887	521.887	521.887	340.985	340.985
Gesamtvergütung (DCGK)	4.999.140	6.446.640	3.046.640	8.646.640	5.123.009	6.096.594
Gesamtvergütung ¹	4.352.500	5.800.000	2.400.000	8.000.000	4.676.415	5.650.000

¹ Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

Dr. Stephan Leithner						
in €	2014 (Gewährung)	2014 (Ziel)	2014 (Min.)	2014 (Max.)	2013 (Gewährung)	2013 (Ziel)
Festvergütung (Grundgehalt)	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	1.150.000	1.150.000
Nebenleistungen	353.552	353.552	353.552	353.552	119.905	119.905
Summe	2.753.552	2.753.552	2.753.552	2.753.552	1.269.905	1.269.905
Einjährige variable Vergütung	0	0	0	0	150.000	150.000
davon:						
Unmittelbar ausgezahlt (Teil des APA)	0	0	0	0	150.000	150.000
Mehrfährige variable Vergütung	2.067.250	3.400.000	0	5.600.000	3.406.250	4.350.000
davon:						
Equity Upfront Awards (Teil des APA)	0	0	0	0	150.000	150.000
Restricted Incentive Awards (APA)	803.250	1.000.000	0	2.000.000	956.250	1.200.000
Restricted Equity Awards (LTPA)	1.264.000	2.400.000	0	3.600.000	2.300.000	3.000.000
Summe	2.067.250	3.400.000	0	5.600.000	3.556.250	4.500.000
Versorgungsaufwand	561.694	561.694	561.694	561.694	360.800	360.800
Gesamtvergütung (DCGK)	5.382.496	6.715.246	3.315.246	8.915.246	5.186.955	6.130.705
Gesamtvergütung ¹	4.467.250	5.800.000	2.400.000	8.000.000	4.706.250	5.650.000

¹ Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

Stuart Lewis

in €	2014 (Gewährung)	2014 (Ziel)	2014 (Min.)	2014 (Max.)	2013 (Gewährung)	2013 (Ziel)
Festvergütung (Grundgehalt)	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	1.150.000	1.150.000
Nebenleistungen	84.937	84.937	84.937	84.937	89.844	89.844
Summe	2.484.937	2.484.937	2.484.937	2.484.937	1.239.844	1.239.844
Einjährige variable Vergütung	0	0	0	0	150.000	150.000
davon:						
Unmittelbar ausgezahlt (Teil des APA)	0	0	0	0	150.000	150.000
Mehrfährige variable Vergütung	2.029.000	3.400.000	0	5.600.000	3.371.825	4.350.000
davon:						
Equity Upfront Awards (Teil des APA)	0	0	0	0	150.000	150.000
Restricted Incentive Awards (APA)	765.000	1.000.000	0	2.000.000	921.825	1.200.000
Restricted Equity Awards (LTPA)	1.264.000	2.400.000	0	3.600.000	2.300.000	3.000.000
Summe	2.029.000	3.400.000	0	5.600.000	3.521.825	4.500.000
Versorgungsaufwand	551.095	551.095	551.095	551.095	351.335	351.335
Gesamtvergütung (DCGK)	5.065.032	6.436.032	3.036.032	8.636.032	5.113.004	6.091.179
Gesamtvergütung ¹	4.429.000	5.800.000	2.400.000	8.000.000	4.671.825	5.650.000

¹ Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

Rainer Neske

in €	2014 (Gewährung)	2014 (Ziel)	2014 (Min.)	2014 (Max.)	2013 (Gewährung)	2013 (Ziel)
Festvergütung (Grundgehalt)	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	1.150.000	1.150.000
Nebenleistungen	96.155	96.155	96.155	96.155	104.900	104.900
Summe	2.496.155	2.496.155	2.496.155	2.496.155	1.254.900	1.254.900
Einjährige variable Vergütung	0	0	0	0	150.000	150.000
davon:						
Unmittelbar ausgezahlt (Teil des APA)	0	0	0	0	150.000	150.000
Mehrfährige variable Vergütung	1.952.500	3.400.000	0	5.600.000	3.521.000	4.350.000
davon:						
Equity Upfront Awards (Teil des APA)	0	0	0	0	150.000	150.000
Restricted Incentive Awards (APA)	688.500	1.000.000	0	2.000.000	1.071.000	1.200.000
Restricted Equity Awards (LTPA)	1.264.000	2.400.000	0	3.600.000	2.300.000	3.000.000
Summe	1.952.500	3.400.000	0	5.600.000	3.671.000	4.500.000
Versorgungsaufwand	539.553	539.553	539.553	539.553	348.352	348.352
Gesamtvergütung (DCGK)	4.988.208	6.435.708	3.035.708	8.635.708	5.274.252	6.103.252
Gesamtvergütung ¹	4.352.500	5.800.000	2.400.000	8.000.000	4.821.000	5.650.000

¹ Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

Henry Ritchotte

in €	2014 (Gewährung)	2014 (Ziel)	2014 (Min.)	2014 (Max.)	2013 (Gewährung)	2013 (Ziel)
Festvergütung (Grundgehalt)	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	1.150.000	1.150.000
Nebenleistungen	289.842	289.842	289.842	289.842	132.370	132.370
Summe	2.689.842	2.689.842	2.689.842	2.689.842	1.282.370	1.282.370
Einjährige variable Vergütung	0	0	0	0	150.000	150.000
davon:						
Unmittelbar ausgezahlt (Teil des APA)	0	0	0	0	150.000	150.000
Mehrfährige variable Vergütung	1.952.500	3.400.000	0	5.600.000	3.371.825	4.350.000
davon:						
Equity Upfront Awards (Teil des APA)	0	0	0	0	150.000	150.000
Restricted Incentive Awards (APA)	688.500	1.000.000	0	2.000.000	921.825	1.200.000
Restricted Equity Awards (LTPA)	1.264.000	2.400.000	0	3.600.000	2.300.000	3.000.000
Summe	1.952.500	3.400.000	0	5.600.000	3.521.825	4.500.000
Versorgungsaufwand	530.086	530.086	530.086	530.086	344.689	344.689
Gesamtvergütung (DCGK)	5.172.428	6.619.928	3.219.928	8.819.928	5.148.884	6.127.059
Gesamtvergütung ¹	4.352.500	5.800.000	2.400.000	8.000.000	4.671.825	5.650.000

¹ Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Zufluss im bzw. für das Geschäftsjahr 2014.

Zufluss in 2014 (2013) gemäß DCGK

in €	Jürgen Fitschen Co-Vorsitzender		Anshuman Jain Co-Vorsitzender		Stefan Krause		Dr. Stephan Leithner	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Festvergütung (Grundgehalt)	3.800.000	2.300.000	3.800.000	2.300.000	2.400.000	1.150.000	2.400.000	1.150.000
Nebenleistungen	118.852	236.590	718.914	804.032	124.753	105.609	353.552	119.905
Summe	3.918.852	2.536.590	4.518.914	3.104.032	2.524.753	1.255.609	2.753.552	1.269.905
Einjährige variable Vergütung	0	150.000	0	150.000	0	150.000	0	150.000
davon unmittelbar ausgezahlt	0	150.000	0	150.000	0	150.000	0	150.000
Mehrfährige variable Vergütung	420.542	1.642.906	829.761	4.425.616	446.444	2.017.466	0	0
davon Equity Upfront Awards:								
EUA für 2010 (bis 2014)	420.542	0	829.761	0	446.444	0	0	0
davon Restricted Incentive Awards:								
RIA für 2011 (bis 2016)	0	356.221	0	1.051.846	0	356.221	0	0
RIA für 2010 (bis 2015)	0	199.943	0	1.091.853	0	212.257	0	0
RIA für 2009 (bis 2013)	0	68.480	0	234.988	0	91.306	0	0
davon Restricted Equity Awards:								
REA für 2009 (bis 2013)	0	1.018.262	0	2.046.929	0	1.357.682	0	0
Summe	420.542	1.792.906	829.761	4.575.616	446.444	2.167.466	0	150.000
Versorgungsaufwand	648.216	290.457	857.192	692.433	521.887	340.985	561.694	360.800
Gesamtvergütung (DCGK)	4.987.610	4.619.953	6.205.867	8.372.081	3.493.084	3.764.060	3.315.246	1.780.705

in €	Stuart Lewis		Rainer Neske		Henry Ritchotte	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Festvergütung (Grundgehalt)	2.400.000	1.150.000	2.400.000	1.150.000	2.400.000	1.150.000
Nebenleistungen	84.937	89.844	96.155	104.900	289.842	132.370
Summe	2.484.937	1.239.844	2.496.155	1.254.900	2.689.842	1.282.370
Einjährige variable Vergütung	0	150.000	0	150.000	0	150.000
davon unmittelbar ausgezahlt	0	150.000	0	150.000	0	150.000
Mehrfährige variable Vergütung	0	0	433.493	1.649.063	0	0
davon Equity Upfront Awards:						
EUA für 2010 (bis 2014)	0	0	433.493	0	0	0
davon Restricted Incentive Awards:						
RIA für 2011 (bis 2016)	0	0	0	356.221	0	0
RIA für 2010 (bis 2015)	0	0	0	206.100	0	0
RIA für 2009 (bis 2013)	0	0	0	68.480	0	0
davon Restricted Equity Awards:						
REA für 2009 (bis 2013)	0	0	0	1.018.262	0	0
Summe	0	150.000	433.493	1.799.063	0	150.000
Versorgungsaufwand	551.095	351.335	539.553	348.352	530.086	344.689
Gesamtvergütung (DCGK)	3.036.032	1.741.179	3.469.201	3.402.315	3.219.928	1.777.059

Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2014 die Entscheidung getroffen, die im August 2014 unverfallbar und/oder fällig gewordenen Tranchen aus aufgeschoben gewährten Vergütungselementen für alle Vorstandsmitglieder zu suspendieren. Die entsprechenden Vergütungsbestandteile, die im August zur Auszahlung (bzw. Lieferung – im Fall von aktienbasierten Elementen) gekommen wären, sind daher nicht in der obigen Tabelle enthalten.

Bezüge nach Maßgabe der Anforderungen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 17 (DRS 17)

Unter Berücksichtigung der Anforderungen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 17 betrugen die Bezüge der Mitglieder des Vorstands im Geschäftsjahr 2014 für ihre Vorstandstätigkeit insgesamt 31.709.671 € (2013: 36.890.500 €). Hiervon entfielen 19.600.000 € (2013: 10.350.000 €) auf Grundgehälter, 1.787.005 € (2013: 1.593.250) auf sonstige Leistungen, 10.322.666 € (2013: 23.897.250 €) auf erfolgsabhängige Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung und 0 € (2013: 1.050.000 €) auf erfolgsabhängige Komponenten ohne langfristige Anreizwirkung.

Die Restricted Incentive Awards sind als eine hinausgeschobene, nicht aktienbasierte Vergütung, die aber bestimmten (Verfalls-)Bedingungen unterliegt, nach dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 17 erst im Geschäftsjahr der Gewährung (also in dem Geschäftsjahr, in dem die bedingungsfreie Auszahlung erfolgt) in die Gesamtbezüge einzubeziehen und nicht bereits in dem Geschäftsjahr, in dem die Zusage ursprünglich erteilt wurde. Dementsprechend erhielten die einzelnen Vorstandsmitglieder für die Jahre beziehungsweise in den Jahren 2014 und 2013 die nachstehenden Bezüge für ihre Tätigkeit im Vorstand inklusive der sonstigen Leistungen und des Dienstzeitaufwands für Altersleistungen.

Bezüge gemäß DRS 17

	Jürgen Fitschen Co-Vorsitzender		Anshuman Jain Co-Vorsitzender		Stefan Krause		Dr. Stephan Leithner	
in €	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Vergütung								
Erfolgsabhängige Komponenten								
Ohne langfristige Anreizwirkung								
Unmittelbar ausgezahlt	0	150.000	0	150.000	0	150.000	0	150.000
Mit langfristige Anreizwirkung								
Bar								
Restricted Incentive Award(s) ausgezahlt	0	624.644	0	2.378.687	0	659.784	0	0
Aktienbasiert								
Equity Upfront Award(s)	0	150.000	0	150.000	0	150.000	0	150.000
Restricted Equity Award(s)	2.001.333	3.526.667	2.001.333	3.526.667	1.264.000	2.300.000	1.264.000	2.300.000
Erfolgsunabhängige Komponenten								
Grundgehalt	3.800.000	2.300.000	3.800.000	2.300.000	2.400.000	1.150.000	2.400.000	1.150.000
Nebenleistungen								
Erfolgsunabhängige Komponenten								
Sonstige Leistungen	118.852	236.590	718.914	804.032	124.753	105.609	353.552	119.905
Dienstzeitaufwand für Pensionen	648.216	290.457	857.192	692.433	521.887	340.985	561.694	360.800
Summe (ohne Dienstzeitaufwand)	5.920.185	6.987.901	6.520.247	9.309.386	3.788.753	4.515.393	4.017.552	3.869.905
Summe (einschließlich Dienstzeitaufwand)	6.568.401	7.278.358	7.377.439	10.001.819	4.310.640	4.856.378	4.579.246	4.230.705

in €	2014	Stuart Lewis 2013	2014	Rainer Neske 2013	2014	Henry Ritchotte 2013	2014	Insgesamt 2013
Vergütung								
Erfolgsabhängige Komponenten								
Ohne langfristige Anreizwirkung								
Unmittelbar ausgezahlt	0	150.000	0	150.000	0	150.000	0	1.050.000
Mit langfristige Anreizwirkung								
Bar								
Restricted Incentive Award(s) ausgezahlt	0	0	0	630.801	0	0	0	4.293.916
Aktienbasiert								
Equity Upfront Award(s)	0	150.000	0	150.000	0	150.000	0	1.050.000
Restricted Equity Award(s)	1.264.000	2.300.000	1.264.000	2.300.000	1.264.000	2.300.000	10.322.666	18.553.334
Erfolgsunabhängige Komponenten								
Grundgehalt	2.400.000	1.150.000	2.400.000	1.150.000	2.400.000	1.150.000	19.600.000	10.350.000
Nebenleistungen								
Erfolgsunabhängige Komponenten								
Sonstige Leistungen	84.937	89.844	96.155	104.900	289.842	132.370	1.787.005	1.593.250
Dienstzeitaufwand für Pensionen	551.095	351.335	539.553	348.352	530.086	344.689	4.209.723	2.729.051
Summe (ohne Dienstzeitaufwand)	3.748.937	3.839.844	3.760.155	4.485.701	3.953.842	3.882.370	31.709.671	36.890.500
Summe (einschließlich Dienstzeitaufwand)	4.300.032	4.191.179	4.299.708	4.834.053	4.483.928	4.227.059	35.919.394	39.619.551

Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2014 die Entscheidung getroffen, die im August 2014 unverfallbar und/oder fällig gewordenen Tranchen aus aufgeschoben gewährten Vergütungselementen für alle Vorstandsmitglieder zu suspendieren. Die entsprechenden Restricted Incentive Awards, die im August zur Auszahlung gekommen wären, sind daher nicht in der obigen Tabelle enthalten.

Im Hinblick auf das Jahr 2013 sind in den zuvor dargestellten Gesamtbezügen die dritte Tranche aus den im Jahr 2010 für das Geschäftsjahr 2009 zugesagten Restricted Incentive Awards in Höhe von insgesamt 463.254 €, die zweite Tranche aus den im Jahr 2011 für das Geschäftsjahr 2010 zugesagten Restricted Incentive Awards in Höhe von insgesamt 1.710.153 € und die erste Tranche der im Jahr 2012 für das Geschäftsjahr 2011 zugesagten Restricted Incentive Awards in Höhe von insgesamt 2.120.509 € enthalten.

Aktienanwartschaften

Die Anzahl der Aktienanwartschaften, die den Mitgliedern des Vorstands im Jahr 2015 für das Geschäftsjahr 2014 in Form von Restricted Equity Awards (REA) gewährt wurden, wurde mittels Division der jeweiligen Eurobeträge durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank-Aktie während der ersten zehn Handelstage im Februar 2015 (27,108 €) ermittelt (Vorjahr: 35,4385 € = Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank-Aktie während der ersten zehn Handelstage im Februar 2014).

Hieraus ergab sich die folgende Anzahl gewährter Aktienanwartschaften (gerundet):

Mitglieder des Vorstands			Equity Upfront Award(s) (mit Haltefrist)	Restricted Equity Award(s) (aufgeschoben mit zusätzlicher Haltefrist)
Anzahl	Jahr			
Jürgen Fitschen	2014		0	73.828
	2013		4.233	99.515
Anshuman Jain	2014		0	73.828
	2013		4.233	99.515
Stefan Krause	2014		0	46.628
	2013		4.233	64.901
Dr. Stephan Leithner	2014		0	46.628
	2013		4.233	64.901
Stuart Lewis	2014		0	46.628
	2013		4.233	64.901
Rainer Neske	2014		0	46.628
	2013		4.233	64.901
Henry Ritchotte	2014		0	46.628
	2013		4.233	64.901

Aus Mandaten für konzerneigene Gesellschaften erhalten die Mitglieder des Vorstands keine Vergütung.

Alters- und Übergangsleistungen

Der Aufsichtsrat erteilt den Mitgliedern des Vorstands eine Zusage auf Altersversorgungsleistungen. Bei den Zusagen handelt es sich um einen beitragsorientierten Pensionsplan. Im Rahmen dieses Pensionsplans wurde für jedes teilnehmende Vorstandsmitglied nach Berufung in den Vorstand ein persönliches Versorgungskonto eingerichtet, in das jedes Jahr ein Versorgungsbaustein eingestellt wird.

Der Versorgungsbaustein wurde bis einschließlich 2013 mit einem individuellen Beitragssatz auf Basis des Grundgehalts und des Gesamtbonus bis zu einer Obergrenze errechnet und enthielt durch einen altersabhängigen Faktor eine Vorabverzinsung von durchschnittlich 6 % pro Jahr bis zum Alter von 60 Jahren. Ab dem Alter von 61 Jahren erfolgt eine jährliche Verzinsung des Teils des Versorgungskontos, der auf Beiträgen bis einschließlich des Beitragsjahrs 2013 beruht, von 6 % bis zum Pensionierungszeitpunkt.

Im Zusammenhang mit der Neustrukturierung des Vergütungssystems wurde die Versorgungszusage mit Wirkung ab dem 1. Januar 2014 modifiziert. Die Mitglieder des Vorstands erhalten nunmehr einen vertraglich fixierten festen jährlichen Euro-Betrag als Beitrag. Der Beitrag wird durch einen altersabhängigen Faktor mit durchschnittlich 4 % pro Jahr bis zum Alter von 60 Jahren vorab verzinst. Ab dem Alter von 61 Jahren erfolgt eine jährliche Verzinsung des Teils des Versorgungskontos, das auf den Beiträgen ab dem Jahr 2014 beruht, von 4 % bis zum Pensionierungszeitpunkt.

Die jährlichen Versorgungsbausteine bilden zusammen das Versorgungskapital, das im Versorgungsfall zur Verfügung steht. Die Versorgungsleistung kann unter bestimmten Bedingungen auch vor Eintritt eines der Regel-Versorgungsfälle (Altersgrenze, Invalidität oder Tod) fällig werden. Die Versorgungsanwartschaft ist von Beginn an unverfallbar.

Im Jahr 2014 stand Herrn Dr. Ackermann im Zusammenhang mit seinem Ausscheiden noch eine Übergangsleistung zu. Die vertraglich zugesagte Übergangsleistung in Form einer Einmalzahlung betrug 2.750.000 €.

Die folgende Tabelle zeigt die Versorgungsbausteine, die Verzinsungen, das Versorgungskapital und den jährlichen Dienstzeitaufwand für die Jahre 2014 und 2013 sowie die entsprechenden Verpflichtungshöhen jeweils zum 31. Dezember 2014 und 31. Dezember 2013 für die derzeitigen Mitglieder des Vorstands. Die unterschiedliche Höhe der Beträge resultiert aus der unterschiedlichen Dauer der Vorstandstätigkeit, den jeweiligen altersabhängigen Faktoren, den unterschiedlichen Beitragssätzen sowie den individuellen versorgungsfähigen Bezügen und den vorher beschriebenen weiteren individuellen Ansprüchen.

Mitglieder des Vorstands in €	Versorgungsbaustein im Geschäftsjahr ¹		Verzinsung im Geschäftsjahr		Versorgungskapital am Ende des Geschäftsjahres		Dienstzeitaufwand im Geschäftsjahr		Barwert der Verpflichtung am Ende des Geschäftsjahres	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Jürgen Fitschen	650.000	230.000	65.351	48.633	1.804.524	1.089.173	648.216	290.457	1.935.819	1.442.337
Anshuman Jain	903.500	690.000	0	0	2.016.125	1.112.625	857.192	692.433	1.884.104	1.129.633
Stefan Krause	536.000	327.750	0	0	3.522.137	2.986.137	521.887	340.985	3.336.863	3.036.880
Dr. Stephan Leithner	620.000	396.750	0	0	1.258.250	638.250	561.694	360.800	1.128.360	586.293
Stuart Lewis	600.000	379.500	0	0	1.210.938	610.938	551.095	351.335	1.103.545	571.042
Rainer Neske	576.000	362.250	0	0	3.372.865	2.796.865	539.553	348.352	3.068.819	2.628.520
Henry Ritchotte	556.000	345.000	0	0	1.112.313	556.313	530.086	344.689	1.053.970	561.276

¹ Inklusive Altersfaktor.

Sonstige Leistungen für den Fall des vorzeitigen Ausscheidens

Wird die Bestellung eines Vorstandsmitglieds auf Veranlassung der Bank vorzeitig beendet, ohne dass diese berechtigt ist, die Bestellung aus wichtigem Grund zu widerrufen oder den Anstellungsvertrag fristlos zu kündigen, so besteht grundsätzlich Anspruch auf eine Abfindung. Diese beläuft sich in der Regel auf den jeweils niedrigeren Betrag von zwei Jahresvergütungen beziehungsweise der Vergütung für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags. Als Basis für die Berechnung der Vergütung dient dabei die Jahresvergütung für das vorangegangene Geschäftsjahr.

Sofern Vorstandsmitglieder im Zusammenhang mit einem Kontrollverlust ausscheiden, haben sie unter bestimmten Voraussetzungen grundsätzlich ebenfalls Anspruch auf eine Abfindung. Diese beläuft sich in der Regel auf den jeweils niedrigeren Betrag von drei Jahresvergütungen beziehungsweise der Vergütung für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags. Als Basis für die Berechnung der Vergütung dient auch hier die Jahresvergütung für das vorangegangene Geschäftsjahr.

Eine Abfindung wird in den vorgenannten Fällen nach billigem Ermessen durch den Aufsichtsrat festgelegt. Die Auszahlung der Abfindung erfolgt grundsätzlich in zwei Raten, wobei die zweite Rate bis zur Fälligkeit bestimmten Verfallsregelungen unterliegt.

Aufwand für Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung

Der in den jeweiligen Geschäftsjahren gebuchte Aufwand für aufgeschobene Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung, die für die Vorstandstätigkeit gewährt wurden, ist in der folgenden Tabelle dargestellt.

Mitglieder des Vorstands	aktienbasierte Vergütungskomponenten		Aufgewandter Betrag für Vergütungskomponente in bar	
	2014	2013	2014	2013
in €				
Jürgen Fitschen	734.201	1.196.942	1.278.486	1.117.213
Anshuman Jain	707.318	3.152.852	2.140.366	2.693.501
Stefan Krause	464.263	1.107.799	946.856	919.828
Dr. Stephan Leithner	496.929	103.399	500.137	172.939
Stuart Lewis	447.126	103.399	487.735	172.939
Rainer Neske	487.657	1.103.157	996.551	916.694
Henry Ritchotte	484.343	103.399	487.735	172.939

Aktienbesitz der Mitglieder des Vorstands

Am 21. Februar 2015 beziehungsweise 21. Februar 2014 hielten die derzeitigen Vorstandsmitglieder Deutsche Bank-Aktien wie nachfolgend beschrieben:

Mitglieder des Vorstands	Anzahl Aktien	
Jürgen Fitschen	2015	262.166
	2014	205.173
Anshuman Jain	2015	786.188
	2014	615.276
Stefan Krause	2015	35.065
	2014	27.442
Dr. Stephan Leithner	2015	85.736
	2014	57.488
Stuart Lewis	2015	51.347
	2014	32.530
Rainer Neske	2015	100.777
	2014	95.533
Henry Ritchotte	2015	234.996
	2014	166.526
Christian Sewing	2015	30.488
Summe	2015	1.586.763
	2014	1.199.968

Die derzeitigen Mitglieder des Vorstands hielten am 21. Februar 2015 insgesamt 1.586.763 Deutsche Bank-Aktien, was rund 0,12 % der an diesem Stichtag ausstehenden Aktien entsprach.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Anzahl der Aktienanwartschaften der derzeitigen Vorstandsmitglieder am 21. Februar 2014 und 21. Februar 2015 und die Anzahl der in diesem Zeitraum neu gewährten, ausgelieferten oder verfallenen Anwartschaften.

Mitglieder des Vorstands	Bestand zum 21.2.2014	Gewährt	Ausgeliefert	Verfallen	Bestand zum 21.2.2015
Jürgen Fitschen	206.872	87.642	0	0	294.514
Anshuman Jain	368.930	95.502	0	0	464.432
Stefan Krause	158.565	56.801	0	0	215.366
Dr. Stephan Leithner	187.181	59.914	50.888	0	196.207
Stuart Lewis	125.128	55.688	18.506	0	162.310
Rainer Neske	158.010	56.774	0	0	214.784
Henry Ritchotte	158.960	58.709	33.706	0	183.963

Material Risk Taker



Gemäß InstitutsVergV sind wir verpflichtet, alle Mitarbeiter zu ermitteln, bei denen davon ausgegangen wird, dass ihre Tätigkeiten einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil des Konzerns haben. Die ordnungsgemäße Ermittlung von Material Risk Tackern und die darauffolgende Gestaltung geeigneter Vergütungsstrukturen für diese Mitarbeiter sind unverzichtbar, um keine Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risiken zu schaffen. Die in der InstitutsVergV umgesetzten technischen Regulierungsstandards der Europäischen Bankaufsichtsbehörde (EBA) traten im Juni 2014 in Kraft. Die technischen Regulierungsstandards enthalten verbindliche quantitative und qualitative Kriterien für die Ermittlung der Material Risk Taker.

Zur Förderung der Einhaltung der neuen regulatorischen Anforderungen basiert der Identifikationsprozess für Material Risk Taker des Jahres 2014 auf einer Kombination aus in den technischen Regulierungsstandards der EBA niedergelegten qualitativen und quantitativen Kriterien und von der Bank entwickelten internen Kriterien zur Identifizierung weiterer Mitarbeitergruppen, deren Tätigkeiten wesentlichen Einfluss auf das Risikoprofil der Bank haben.

Weltweit wurden für das Performance-Jahr 2014 2.903 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in 47 Ländern als Material Risk Taker identifiziert. Dies entspricht einem Anstieg um 124 % gegenüber dem Jahr 2013, in dem 1.295 Mitarbeiter identifiziert wurden. In den vergangenen Jahren lag die Anzahl der Material Risk Taker auf einem wesentlich höheren Niveau als bei unseren hauptsächlichen Wettbewerbern, sowohl in absoluter Höhe als auch im Verhältnis zur gesamten Belegschaft. Es wird jedoch erwartet, dass die Anwendung der technischen Regulierungsstandards der EBA wie vorgesehen zu einer Angleichung des Marktumfelds führen wird.

Vergütungsstrukturen für Material Risk Taker

Für Material Risk Taker kommen dieselben Quoten des Anteils der aufgeschobenen Vergütung zur Anwendung wie für alle anderen Mitarbeiter, jedoch mit der Abweichung, dass mindestens 40 % bis 60 % ihrer variablen Vergütung in aufgeschobener Form zu gewähren sind. Erreicht der aufgeschobene Teil der variablen Vergütung eines Material Risk Takers bei Anwendung der konzernweit geltenden Aufschub-Quoten nicht mindestens eine Quote von 40 % (vorausgesetzt, die variable Vergütung übersteigt 50.000 €), so wird diese Quote außer Kraft gesetzt, damit sichergestellt ist, dass die regulatorischen Anforderungen erfüllt werden. Für Material Risk Taker gilt, dass durchschnittlich mehr als die aufsichtsrechtlich vorgeschriebene Mindestquote von 40 % bis 60 % der variablen Vergütung aufgeschoben wird.

Alle Material Risk Taker erhalten 50 % ihrer aufgeschobenen variablen Vergütung in Form von REA und die verbleibenden 50 % in der Regel als RIA. Anmerkung: Eine begrenzte Anzahl von regulierten Mitarbeitern in

unserem Unternehmensbereich Deutsche AWM erhielt einen Teil ihres RIA in Form des Employee Incentive Plan („EIP“). Dabei handelt es sich um in bar zu erfüllende Anwartschaften, die von dem Wert der durch den Unternehmensbereich verwalteten Fonds abhängt. Für den EIP gelten hinsichtlich aufgeschobener Vergütung und Verfall dieselben Bedingungen wie für den RIA. Diese Mitarbeiter erhalten weiterhin, wie regulatorisch vorgeschrieben, 50 % ihrer aufgeschobenen Vergütung aktienbasiert in Form eines REA.

Nach Eintritt der Unverfallbarkeit (beziehungsweise am Ende der für die Senior Management Group geltenden vereinhalfjährigen Anwartschaftsfrist) gilt für die einzelnen REA-Tranchen eine anschließende Haltefrist von mindestens sechs Monaten, während der die Aktien von den Mitarbeitern nicht verkauft werden dürfen. Mitarbeiter können ihren REA während der Haltefrist nach den Bedingungen des Verfalls wegen Verstoßes gegen regulatorische Auflagen oder interne Richtlinien beziehungsweise wegen Wegfalls der Leistungsgrundlage oder im Falle einer Kündigung aus wichtigem Grund dennoch verwirken.

Zusätzlich zu der aufgeschobenen Vergütung werden 50 % der sofort fälligen variablen Vergütung (der nach Berechnung des aufgeschobenen Bestandteils verbleibende Teil) ebenfalls aktienbasiert in Form eines EUA gewährt. Ab Gewährung unterliegen diese aktienbasierten Vergütungskomponenten einer Haltefrist von mindestens sechs Monaten, während der die Anteile nicht veräußert werden dürfen. Wenn man den EUA dem aufgeschobenen Teil der variablen Vergütung hinzufügt, bedeutet das, dass den regulierten Mitarbeitern im Durchschnitt weniger als 15 % ihrer variablen Vergütung für das Jahr 2014 unmittelbar in bar ausgezahlt werden (das heißt, dass der Anteil der zurückbehaltenen Vergütung an der gesamten variablen Vergütung mehr als 85 % beträgt). Während der Haltefrist unterliegen die EUA den Verfallsbedingungen wegen Verstoßes gegen regulatorische Vorgaben oder interne Richtlinien respektive wegen Wegfalls der Leistungsgrundlage und können auch verwirkt werden, wenn der Mitarbeiter den Konzern entweder freiwillig oder wegen Kündigung aus wichtigem Grund verlässt.

Alle Deferred Awards und die EUA unterliegen dem Verfall wegen Verstoßes gegen regulatorische Vorgaben oder interne Richtlinien respektive wegen Wegfalls der Leistungsgrundlage. Darüber hinaus unterliegen alle Deferred Awards den Verfallsbedingungen, die an das Ergebnis des einzelnen Geschäftsbereichs bzw. des Konzerns gekoppelt sind.

Eine ausführliche Zusammenfassung der Leistungs- und Verfallsbedingungen findet sich unter der Überschrift „Ex-post-Risikoanpassung“ im Abschnitt „Zusammenfassung und Offenlegung der konzernweiten Vergütung“.

Offenlegung von Vergütungskennziffern gemäß § 16 InstitutsVergV

§ 16 InstitutsVergV bestimmt, dass „die Offenlegungspflichten für Institute ... sich ausschließlich nach Artikel 450 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013“ (Eigenkapitalverordnung) richten. Artikel 450 der Eigenkapitalverordnung sieht neue Offenlegungsanforderungen vor und die folgenden Tabellen wurden nach Maßgabe dieser Anforderungen erstellt.

Gesamtevergütung

Wie oben beschrieben haben wir entsprechend den Vorgaben der InstitutsVergV zur Ermittlung von Material Risk Tackern einen strukturierten und umfassenden Ansatz entwickelt, verfeinert und umgesetzt. Einzelheiten der kollektiven Vergütungselemente für die Gruppe der Material Risk Taker sind in der folgenden Tabelle zusammengestellt. Es wird darauf hingewiesen, dass der in der Tabelle verwendete Begriff „variable Bezüge“ die variable Vergütung und andere ermessensabhängige Zahlungen umfasst. Der Begriff „variable Bezüge“ wurde zur Ermittlung des Verhältnisses von fixer zu variabler Vergütung verwendet.

Die Mitglieder des Vorstands sowie die Geschäftsleiter unserer bedeutenden Konzerngesellschaften im Sinne des § 1 und § 17 InstitutsVergV sind in der Spalte „Geschäftsleiter (bedeutende Institute)“ aufgeführt. Nicht geschäftsführende Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Aufsichtsrats sind in der daran angrenzenden Spalte aufgeführt. Anmerkung: Informationen zur Vergütung von nicht geschäftsführenden Mitgliedern des Vorstands sowie des Aufsichtsrats sind nicht angegeben. Deren Vergütung (beschränkt auf feste Gebühr/Aufwendungen) fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich oder die Kontrolle des SECC. Weitere Einzelheiten finden sich im Abschnitt „Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Aufsichtsrats“.

	2014							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben) ¹	CB&S	PBC	GTB	Deutsche AWM	Geschäftsleiter (bedeutende Institute)	Non-executive & Supervisory Board (Significant Institutions)	NCOU	Konzern Gesamt
Anzahl der Mitarbeiter	2057	108	141	388	76	67	67	2903
davon:								
Senior Management Group	58	15	13	21	25	0	7	139
Andere Material Risk Taker	1998	93	128	367	51	67	60	2764
Gesamtvergütung	2.072	98	120	381	109	N/A	74	2.854
davon:								
Fixe Vergütung ²	980	50	55	169	54	N/A	38	1.347
Variable Vergütung ³	1.092	48	65	212	55	N/A	36	1.508
Variable Vergütung	1.092	48	65	212	55	N/A	36	1.508
davon:								
In bar	553	24	32	108	25	N/A	19	761
In Aktien	539	24	32	102	30	N/A	17	745
In aktienbasierten Instrumente	0	0	0	0	0	N/A	0	0
In anderen Instrumenten	0	0	0	2	0	N/A	0	2
Ausstehende aufgeschobene variable Vergütung	2.049	81	94	296	167	N/A	73	2.760
davon:								
Vested Awards	12	0	0	0	12	N/A	0	25
Unvested Awards	2.037	81	94	296	154	N/A	73	2.735
Zahlungen bei Beendigung des Arbeits- verhältnisses ⁴	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	4
Anzahl der Begünstigten	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	6

¹ Ohne Postbank.

² Fixe Vergütung definiert als: Grundgehalt + AFPS + relevante lokale Zulagen.

³ Variable Bezüge definiert als: Variable Vergütung + andere ermessensabhängige Zahlungen.

⁴ Zahlungen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses wurden aus Vertraulichkeitsgründen wegen der geringen Mitarbeiteranzahl gesamthaft für den Konzern ausgewiesen.

Alle Zahlen in der Tabelle beinhalten die Zuordnung der Vergütung und der Mitarbeiterzahlen der Infrastruktureinheiten gemäß unseren gängigen Kostenallokationsschlüsseln. Die Tabelle kann marginale Rundungsdifferenzen enthalten.

Zahlungen anlässlich der Aufnahme des Arbeitsverhältnisses sind als einmalige Zahlung für besondere Neueinstellungen gedacht und werden in dem Jahr der Aufnahme des Arbeitsverhältnisses für Zwecke der Festlegung des maximalen Verhältnisses von fixer zu variabler Vergütung als variable Bezüge berücksichtigt. Damit sind Zahlungen anlässlich der Aufnahme des Arbeitsverhältnisses in der vorstehenden Tabelle in dem Posten „variable Bezüge“ enthalten. Für das Jahr 2014 wurden Zahlungen anlässlich der Aufnahme des Arbeitsverhältnisses in Höhe von 6,09 Mio € an insgesamt 15 Material Risk Taker geleistet.

Wir stellen sicher, dass freiwillige Leistungen im Zusammenhang mit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses auf Grundlage des nachhaltigen Engagements des Einzelnen und dessen persönlichen Beitrags zum Erfolg der Bank während der Zeit seiner Beschäftigung festgesetzt werden. Die größte im Jahr 2014 geleistete Abfindungszahlung betrug 3,01 Mio €.

Im Jahr 2014 verfielen für sieben Material Risk Taker Vergütungselemente wegen Kündigung aus wichtigem Grund, infolge der Feststellung eines Verstoßes gegen interne Richtlinien oder regulatorische Auflagen beziehungsweise wegen Wegfalls der Leistungsgrundlage. Der verfallene Betrag belief sich (basierend auf dem Wert des Awards zum Zeitpunkt der Gewährung) auf 2,75 Mio €. Zum Ende des Jahres 2014 stand ein Mitarbeiter unter Beobachtung der bankinternen Ausschüsse und war aufgrund noch andauernder Ermittlungen von der vorläufigen Aussetzung der Fälligkeit oder Lieferung betroffen.

Vergütung einkommensstarker Mitarbeiter

Gemäß Art. 450 CRR ist die Bank auch zur Offenlegung der Anzahl von Mitarbeitern verpflichtet, die mehr als 1 Mio € verdienen. Diese Information wird im Folgenden zur Verfügung gestellt:

	2014
	Anzahl der Mitarbeiter
Gesamtbezüge ¹	
1.000.000 to 1.499.999	391
1.500.000 to 1.999.999	168
2.000.000 to 2.499.999	85
2.500.000 to 2.999.999	56
3.000.000 to 3.499.999	35
3.500.000 to 3.999.999	25
4.000.000 to 4.499.999	19
4.500.000 to 4.999.999	8
5.000.000 to 5.999.999	15
6.000.000 to 6.999.999	7
7.000.000 to 7.999.999	5
8.000.000 to 8.999.999	2

¹ Gesamtbezüge definiert als fixe Vergütung (Grundgehalt + AFPS + relevante lokale Zulagen) plus variable Bezüge (variable Vergütung + andere ermessensabhängige Zahlungen).

Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der Satzung geregelt, die bei Bedarf durch die Hauptversammlung angepasst werden kann. Neue Vergütungsregelungen wurden zuletzt durch Beschluss der Hauptversammlung vom 22. Mai 2014 geändert, die am 17. Juli 2014 wirksam wurden. Danach gelten die folgenden Regelungen:

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine feste jährliche Vergütung („Aufsichtsratsvergütung“). Die jährliche Grundvergütung beträgt für jedes Aufsichtsratsmitglied 100.000 €, für den Aufsichtsratsvorsitzenden das 2-Fache und für den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden das 1,5-Fache dieses Betrages.

Für Mitgliedschaft und Vorsitz in den Ausschüssen des Aufsichtsrats werden zusätzliche feste jährliche Vergütungen wie folgt gezahlt:

in € Ausschuss ¹	31.12.2014	
	Vorsitzender	Mitglied
Prüfungsausschuss	200.000	100.000
Risikoausschuss	200.000	100.000
Nominierungsausschuss ²	100.000	50.000
Vermittlungsausschuss	0	0
Integritätsausschuss ³	200.000	100.000
Präsidialausschuss	100.000	50.000
Vergütungskontrollausschuss	100.000	50.000

¹ Die Mitgliedschaften in den Ausschüssen sind im Finanzbericht unter „Ergänzende Informationen“ dargestellt.

² Bis 16. Juli 2014 wurde für die Tätigkeit im Nominierungsausschuss keine Vergütung gezahlt.

³ Bis 16. Juli 2014 wurde für die Tätigkeit im Integritätsausschuss eine zusätzliche feste jährliche Vergütung wie folgt gezahlt: Vorsitz: 100.000 €, Mitgliedschaft: 50.000 €.

Von der ermittelten Vergütung sind dem jeweiligen Aufsichtsratsmitglied 75 % nach Rechnungsvorlage im Februar des Folgejahres auszus zahlen. Die weiteren 25 % werden von der Gesellschaft zu demselben Zeitpunkt auf der Basis des Durchschnitts der Schlussauktionskurse der letzten zehn Handelstage an der Frankfurter Wertpapierbörse (Xetra oder Nachfolgesystem) des vorangehenden Januars auf drei Nachkommastellen in Aktien der Gesellschaft umgerechnet. Der Kurswert dieser Zahl von Aktien wird dem jeweiligen Aufsichtsratsmitglied im Februar des auf sein Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat beziehungsweise auf das Ablauf einer Bestellungsperiode folgenden Jahres auf der Basis des Durchschnitts der Schlussauktionskurse der letzten zehn Handelstage an der Frankfurter Wertpapierbörse (Xetra oder Nachfolgesystem) des vorangehenden Januars vergütet, wenn das betreffende Mitglied nicht aufgrund eines wichtigen Grundes zur Abberufung aus dem Aufsichtsrat ausscheidet.

Bei unterjährigen Wechseln im Aufsichtsrat erfolgt die Vergütung für das Geschäftsjahr zeitanteilig, und zwar mit Aufrundung/Abrundung auf volle Monate. Für das Jahr des Ausscheidens wird die gesamte Vergütung in Geld ausbezahlt, die Verfallsregelung gilt für 25 % der Vergütung für dieses Geschäftsjahr entsprechend.

Die Gesellschaft erstattet den Aufsichtsratsmitgliedern die durch die Ausübung des Amtes entstehenden Auslagen und eine etwaige auf die Vergütung und den Auslagenersatz entfallende Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer). Außerdem werden für jedes Mitglied des Aufsichtsrats etwaige nach ausländischen Gesetzen für die Aufsichtsrats-tätigkeit entstehende Arbeitgeberbeiträge für Sozialversicherungen bezahlt. Schließlich werden dem Aufsichtsratsvorsitzenden in angemessenem Umfang Reisekosten für durch seine Funktion veranlasste Repräsentationsaufgaben und Kosten für aufgrund seiner Funktion gebotene Sicherheitsmaßnahmen erstattet.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden in eine im Interesse der Gesellschaft von dieser in angemessener Höhe unterhaltene Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung mit Selbstbehalt einbezogen, soweit eine solche besteht. Die Prämien hierfür entrichtet die Gesellschaft.

Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2014

Die individuelle Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2014 setzt sich wie folgt zusammen (ohne gesetzliche Umsatzsteuer).

Mitglieder des Aufsichtsrats in €	Vergütung für das Geschäftsjahr 2014		Vergütung für das Geschäftsjahr 2013	
	Fest	Hiervon im Februar 2015 ausgezahlt	Fest	Hiervon im Februar 2014 ausgezahlt
Dr. Paul Achleitner	818.548	613.911	645.833	484.374
Karin Ruck ¹	0	0	125.000	125.000
Alfred Herling	272.849	204.637	187.500	140.625
Wolfgang Böhr ¹	0	0	41.667	41.667
Frank Bsirske	222.849	167.137	95.833	71.874
John Cryan	400.000	300.000	233.333	174.999
Dina Dublon	200.000	150.000	33.333	24.999
Dr. Karl-Gerhard Eick ¹	0	0	125.000	125.000
Katherine Garrett-Cox	100.000	75.000	100.000	75.000
Timo Heider	172.849	129.637	87.500	65.625
Sabine Irrgang	172.849	129.637	87.500	65.625
Prof. Dr. Henning Kagermann	222.849	167.137	200.000	150.000
Martina Klee	172.849	129.637	129.167	96.875
Suzanne Labarge ²	100.000	100.000	200.000	150.000
Peter Löscher	172.849	129.637	129.167	96.875
Henriette Mark	200.000	150.000	200.000	150.000
Louise Parent ³	91.667	68.750	0	0
Gabriele Platscher	200.000	150.000	158.333	118.749
Bernd Rose	200.000	150.000	116.667	87.500
Rudolf Stockem	200.000	150.000	158.333	118.749
Stephan Szukalski	100.000	75.000	58.333	43.749
Dr. Johannes Teyssen	122.849	92.137	100.000	75.000
Marlehn Thieme ¹	0	0	83.333	83.333
Georg Thoma	245.699	184.274	116.667	87.500
Tilman Todenhöfer ⁴	0	0	125.000	125.000
Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler	200.000	150.000	200.000	150.000
Stefan Viertel ¹	0	0	41.667	41.667
Renate Voigt ¹	0	0	41.667	41.667
Werner Wenning ¹	0	0	41.667	41.667
Insgesamt	4.588.710	3.466.532	3.862.500	3.053.119

¹ Mitglied bis 23. Mai 2013.

² Mitglied bis 30. Juni 2014.

³ Mitglied seit 1. Juli 2014.

⁴ Mitglied bis 31. Oktober 2013

Von der ermittelten Vergütung für das Geschäftsjahr 2014 wurden dem jeweiligen Aufsichtsratsmitglied 25 % nach Rechnungsvorlage im Februar 2015 auf der Basis eines Aktienkurses von 25,676 € (Durchschnitt der Schlussauktionskurse der letzten zehn Handelstage an der Frankfurter Wertpapierbörse (Xetra) des Januars 2015, auf drei Nachkommastellen gerundet) in virtuelle Aktienanteile der Gesellschaft umgerechnet. Für Mitglieder, die im Jahr 2014 aus dem Aufsichtsrat ausschieden, wurde die gesamte Vergütung in Geld ausgezahlt.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Anzahl der virtuellen Aktienanteile der Mitglieder des Aufsichtsrats, die im Februar 2015 (2014) als Teil der Vergütung 2014 (2013) auf drei Nachkommastellen umgerechnet wurden, sowie die jeweils während der Mitgliedschaft im Aufsichtsrat kumulativ erworbene Anzahl der virtuellen Aktienanteile:

Mitglieder des
Aufsichtsrats

	Anzahl der virtuellen Aktienanteile			Auszahlung im Februar 2015 ² in €
	im Februar 2015 als Teil der Ver- gütung 2014 umgerechnet	im Februar 2014 als Teil der Ver- gütung 2013 umgerechnet	Gesamt (kumulativ)	
Dr. Paul Achleitner	7.969,976	4.370,945	12.340,921	0
Alfred Herling	2.656,659	1.268,948	3.925,607	0
Frank Bsirske	2.169,823	648,592	2.818,415	0
John Cryan	3.894,688	1.579,180	5.473,868	0
Dina Dublon	1.947,344	225,597	2.172,941	0
Katherine Garrett-Cox	973,672	676,791	1.650,463	0
Timo Heider	1.682,987	592,193	2.275,180	0
Sabine Irrgang	1.682,987	592,193	2.275,180	0
Prof. Dr. Henning Kagermann	2.169,823	1.353,583	3.523,406	0
Martina Klee	1.682,987	874,189	2.557,176	0
Suzanne Labarge ¹	0	1.353,583	1.353,583	34.755
Peter Löscher	1.682,987	874,189	2.557,176	0
Henriette Mark	1.947,344	1.353,583	3.300,927	0
Louise Parent	892,533	0	892,533	0
Gabriele Platscher	1.947,344	1.071,586	3.018,930	0
Bernd Rose	1.947,344	789,590	2.736,934	0
Rudolf Stockem	1.947,344	1.071,586	3.018,930	0
Stephan Szukalski	973,672	394,795	1.368,467	0
Dr. Johannes Teyssen	1.196,151	676,791	1.872,942	0
Georg Thoma	2.392,301	789,590	3.181,891	0
Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler	1.947,344	1.353,583	3.300,927	0
Insgesamt	43.705,305	21.911,123	65.616,428	34.755

¹ Mitglied des Aufsichtsrats bis 30. Juni 2014.

² Zum Kurswert von 25,676 € auf der Basis des Durchschnitts der Schlussauktionskurse der letzten zehn Handelstage an der Frankfurter Wertpapierbörse (Xetra oder Nachfolgesystem) des Januars 2015.

Mit Ausnahme der Herren Bsirske und Stockem sind alle Arbeitnehmervertreter Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns. Im Geschäftsjahr 2014 zahlten wir diesen Aufsichtsratsmitgliedern zusätzlich zur Aufsichtsratsvergütung insgesamt 1,10 Mio € (in Form von Vergütungen, Renten- und Pensionszahlungen).

Nach ihrem Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat erhalten dessen Mitglieder keine weiteren Leistungen. Mitglieder, die bei uns angestellt sind oder waren, haben jedoch Anspruch auf Leistungen, die nach der Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses anfallen. Im Jahresverlauf 2014 haben wir 0,08 Mio € für Pensionsverpflichtungen, Rentenzahlungen oder vergleichbare Leistungen für diejenigen Mitglieder des Aufsichtsrats zurückgestellt, die bei uns angestellt sind oder waren.

Herr Dr. Achleitner nimmt im Einverständnis mit dem Vorstand der Bank unentgeltlich bestimmte Repräsentationsaufgaben für die Bank wahr, aus denen sich Gelegenheiten für die Vermittlung von Geschäftskontakten ergeben. Diese Aufgaben sind eng mit seinen funktionalen Verantwortlichkeiten als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutschen Bank AG verknüpft. Insoweit ist die Kostenübernahme durch die Bank in der Satzung geregelt. Aufgrund einer gesonderten vertraglichen Vereinbarung stellt die Bank Herrn Dr. Achleitner für derartige Tätigkeiten im Interesse der Bank unentgeltlich Infrastruktur- und Unterstützungsleistungen zur Verfügung. So ist er berechtigt, interne Ressourcen zur Vorbereitung und Durchführung seiner Tätigkeiten zu nutzen. Beispielsweise stehen Herrn Dr. Achleitner die Sicherheits- und Fahrdienste der Bank für diese Aufgaben unentgeltlich zur Verfügung. Außerdem erstattet die Bank seine Reisekosten und Teilnahmegebühren und entrichtet die Steuern auf etwaige geldwerte Vorteile. Der Präsidialausschuss hat dem Abschluss dieser Vereinbarung am 24. September 2012 zugestimmt. Die Regelungen der Vereinbarung gelten für die Dauer der Bestellung von Herrn Dr. Achleitner zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats und werden jährlich auf ihre Angemessenheit überprüft. Im Rahmen dieser Vereinbarung hat die Bank Herrn Dr. Achleitner im Geschäftsjahr 2014 Unterstützungsleistungen im Gegenwert von rund 206.000 € (2013: 185.000 €) und Aufwandserstattungen in Höhe von 196.721 € (2013: 137.502 €) gewährt.

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats hat sämtliche zum Zeitpunkt der Bestellung von Herrn Thoma zum Aufsichtsrat laufende Mandatsbeziehungen zwischen der Shearman & Sterling LLP und der Deutsche Bank AG sowie deren verbundenen Unternehmen und seither auch alle neuen Mandate, bei denen die Deutsche Bank AG oder deren verbundene Unternehmen zu den Leistungsempfängern gehören, genehmigt. Im Rahmen dieser Mandatsbeziehungen wurden im Berichtszeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2014 durch Konzernunternehmen der Deutschen Bank an Shearman & Sterling LLP Zahlungen in Höhe von ca. 5,0 Mio € geleistet (2013 ab Datum der Bestellung von Herrn Thoma: 2,3 Mio €). Nicht erfasst sind durchaus signifikante Beträge, die über Konsortialführer abgerechnet wurden und somit weder bei Shearman & Sterling LLP noch bei der Bank als Zahlungen der Bank an Shearman & Sterling LLP gebucht sind. Herr Thoma hat bei keinem der Mandate mitgewirkt. Lediglich wegen seiner Beteiligung als einer von 157 Equity-Partnern zum 31. Dezember 2014 ist er wirtschaftlich am Erfolg von Shearman & Sterling LLP beteiligt. Mit Ablauf des 31. Dezember 2014 ist er als Equity-Partner der Shearman & Sterling LLP ausgeschieden.

Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB

Die vollständige Erklärung zur Unternehmensführung ist auf der Website der Bank unter https://www.deutsche-bank.de/ir/de/content/corporate_governance_berichte.htm zu finden.

Internes Kontrollsystem bezogen auf die Rechnungslegung

Allgemeine Informationen

Das Management der Deutschen Bank und ihrer konsolidierten Tochtergesellschaften ist für die Einrichtung, Anwendung und Weiterentwicklung eines angemessenen internen Kontrollsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess („IKSRL“) verantwortlich. Unser rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsystem steht unter der Aufsicht unserer Co-Vorsitzenden des Vorstands und unseres Finanzvorstands. Es soll hinreichende Sicherheit darüber gewähren, dass die Aufstellung des Konzernabschlusses im Einklang mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) steht und die externe Finanzberichterstattung zuverlässig ist.

Risiken im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Die Hauptrisiken im Rechnungslegungsprozess bestehen darin, dass Abschlüsse aufgrund unbeabsichtigter Fehler oder vorsätzlichen Handelns (Betrug) nicht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermitteln oder dass ihre Veröffentlichung verspätet erfolgt. Diese Risiken können dazu führen, dass das Vertrauen der Investoren oder die Reputation der Bank beeinträchtigt werden. Darüber hinaus können sie Sanktionen wie zum Beispiel Interventionen der Bankenaufsicht nach sich ziehen. Die Rechnungslegung vermittelt kein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, wenn in den Abschlüssen enthaltene Zahlen oder Anhangangaben wesentlich von den korrekten Angaben abweichen. Abweichungen werden als wesentlich eingestuft, wenn sie einzeln oder insgesamt die auf Basis der Abschlüsse getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Abschlussadressaten beeinflussen könnten.

Das Management des Konzerns hat das IKSRL eingerichtet mit dem Ziel, diese Risiken zu begrenzen. Ein solches System kann aber nur eine angemessene und keine absolute Sicherheit darüber bieten, dass die Abschlüsse frei von wesentlichen Fehlern sind. Die Beurteilung der Wirksamkeit des IKSRL wurde basierend auf dem Rahmenwerk für interne Kontrollsysteme des Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission („COSO“) aus dem Jahr 2013 vorgenommen. COSO empfiehlt die Festlegung von spezifischen Zielen, die die Konzeption eines Kontrollsystems fördern und die Überwachung seiner Wirksamkeit ermöglichen. Im Rahmen der Einrichtung des internen Kontrollsystems hat das Management die nachstehenden Ziele für das IKSRL festgelegt:

- **Existenz** – Bilanzierte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind vorhanden und die erfassten Transaktionen wurden auch durchgeführt.
- **Vollständigkeit** – Sämtliche Transaktionen wurden erfasst und alle Kontensalden sind in den Abschlüssen berücksichtigt.
- **Bewertung** – Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Transaktionen sind mit dem zutreffenden Wert in den Finanzberichten ausgewiesen.
- **Rechte, Verpflichtungen und Eigentum** – Wirtschaftliches Eigentum an Vermögenswerten oder bestehende Verpflichtungen werden zutreffend als Vermögenswerte beziehungsweise Verbindlichkeiten abgebildet.
- **Darstellung und Berichterstattung** – Der Ausweis, die Präsentation und Gliederung sowie die Anhangangaben der Finanzberichte entsprechen den gesetzlichen Anforderungen.
- **Sicherung von Vermögenswerten** – Nicht autorisierte Käufe, Nutzungen oder Verkäufe von Vermögenswerten werden verhindert oder zeitnah festgestellt.

Wie jedes interne Kontrollsystem kann das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem unabhängig davon, wie sorgfältig es ausgestaltet ist und betrieben wird, nur eine hinreichende, jedoch keine absolute Sicherheit bezüglich des Erreichens der entsprechenden Ziele geben. Im Rahmen des IKSRL durchgeführte

Kontrollen, Prozesse oder eingerichtete Systeme können daher Fehler oder Betrugsfälle nicht vollständig ausschließen. Darüber hinaus ist bei der Einrichtung eines IKSRL die Wirtschaftlichkeit zu beachten, das heißt, der Nutzen eines Kontrollsystems soll in einem angemessenen Verhältnis zu den anfallenden Kosten stehen.

Organisation des internen Kontrollsystems

In das interne Kontrollsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess eingebundene Funktionen

Die Kontrollen im Rahmen des IKSRL sind von den Geschäftsbereichen und Infrastrukturfunktionen durchzuführen, die an den Prozessen und Kontrollen zur Erstellung und Überprüfung der Abschlüsse beteiligt sind. Die Ausführung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems obliegt überwiegend den Mitarbeitern aus den Funktionen Finance, Group Technology & Operations, Risk sowie Group Tax.

Finance ist dabei als eine von den Geschäftsbereichen unabhängige Funktion für die regelmäßige Erstellung der Abschlüsse verantwortlich. Die Verantwortlichkeiten im Rahmen des Kontrollprozesses sind im Bereich Finance wie folgt unterteilt:

- Für bestimmte Geschäftsbereiche oder Konzerngesellschaften zuständige Mitarbeiter von Finance stellen durch Validierungs- und Kontrollmaßnahmen sicher, dass die Finanzdaten den Qualitätsanforderungen entsprechen. Diese Mitarbeiter stehen im engen Kontakt mit dem Geschäftsbereich, der Infrastrukturfunktion und dem Management der Gesellschaft und sind durch ihre spezifischen Kenntnisse in der Lage, eventuelle Schwächen in der Finanzberichterstattung in Bezug auf Produkte und Transaktionen zu identifizieren. Darüber hinaus validieren sie Bewertungsanpassungen und andere auf Schätzungen basierende Bewertungen. Für die betreffende Gesellschaft beziehungsweise den Geschäftsbereich verantwortliche Mitarbeiter stimmen ihre jeweiligen Sichtweisen miteinander ab und zeichnen die Einzelabschlüsse der Gesellschaften frei.
- Finance – Group Reporting verantwortet die Konzernberichterstattung einschließlich der Erstellung konzernweiter Finanz- und Managementinformationen, Plandaten und Plananpassungen sowie der Risikoberichterstattung. Group Reporting legt den Zeitplan für die Berichterstattung fest, aggregiert die Einzelabschlüsse der Gesellschaften, führt Konsolidierungsmaßnahmen durch, eliminiert konzerninterne Transaktionen und überwacht die ordnungsgemäße Umsetzung der am Periodenende durchgeführten Korrekturprozesse. Nach Berücksichtigung und Verarbeitung der Kommentare der Geschäftsleitung und der externen Berater zu Inhalt und Darstellung des Konzernabschlusses wird dieser von Group Reporting erstellt.
- Accounting Policy and Advisory Group („APAG“) ist für die Erarbeitung der konzernweiten Bilanzierungsrichtlinien auf Basis der internationalen Rechnungslegungsstandards sowie für deren einheitliche Anwendung im Konzern zuständig. APAG berät Finance sowie die Geschäftsbereiche, insbesondere in Bilanzierungsfragen, und stellt sicher, dass bank- und transaktionsspezifische Bilanzierungsfragen zeitnah gelöst werden.
- Group Valuations sowie Bewertungsexperten für die einzelnen Geschäftsbereiche sind für die Entwicklung von Richtlinien, Mindeststandards für die Bewertung, Umsetzungsvorgaben sowie die Durchführung von Bewertungskontrollen verantwortlich. Ferner prüfen und beurteilen sie Ergebnisse von Bewertungskontrollen und fungieren als zentrale Ansprechpartner für Bewertungsthemen externer Dritter (wie Aufsichtsbehörden und externer Wirtschaftsprüfer).

Der operative Betrieb des IKSRL wird durch Group Technology & Operations, Risk und Group Tax maßgeblich unterstützt. Obwohl diese Funktionen nicht direkt an der Aufstellung des Abschlusses beteiligt sind, leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Erstellung der Finanzinformationen:

- Group Technology & Operations („GTO“) bestätigt die Transaktionen mit unseren Kontrahenten und ist sowohl für die interne als auch externe Abstimmung von Finanzinformationen zwischen Systemen, Depots

und Börsen zuständig. GTO wickelt für den Konzern die zum Abschluss von Transaktionen notwendigen Zahlungen ab und ist für die Abstimmung der Nostrokonten verantwortlich.

- **Risk** ist für die Entwicklung von Richtlinien und Standards für das Kredit-, Markt-, Rechts-, Liquiditätsmanagement und das operationelle Risikomanagement zuständig. Risk überprüft und beurteilt die Angemessenheit etwaiger Wertberichtigungen und Rückstellungen für Kredit- und Rechtsrisiken sowie operationelle Risiken.
- **Group Tax** ist in Verbindung mit Finance für die korrekte Berechnung ertragsteuerbezogener Finanzdaten verantwortlich. Dies umfasst die Bewertung und Planung von laufenden und latenten Steuern sowie die Erhebung steuerlich relevanter Informationen. Group Tax überwacht die Ertragsteuerposition und die Rückstellungen für Steuerrisiken.

Kontrollen zur Minimierung des Risikos von Fehlern in der Rechnungslegung

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem umfasst eine Vielzahl von internen Kontrollen und Prozessen, die das Risiko von Fehlern in den Abschlüssen minimieren sollen. Solche Kontrollen sind direkt im operativen Prozess integriert und hierzu zählen unter anderem Kontrollen, die:

- fortlaufend oder permanent erfolgen, wie beispielsweise Kontrollen zur Einhaltung von internen Richtlinien und Anweisungen oder zur Funktionstrennung;
- regelmäßig durchgeführt werden, wie beispielsweise die Kontrollen im Rahmen der jährlichen Abschluss-erstellung;
- der Fehlervermeidung oder nachträglichen Fehlerfeststellung dienen;
- direkte oder indirekte Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben. Kontrollen, die indirekte Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben, sind unter anderem allgemeine IT-Kontrollen, zum Beispiel Kontrollen über den Zugang zu und die Einführung von EDV-Systemen. Zu den Kontrollen mit direkten Auswirkungen zählt beispielsweise die Verifizierung einer spezifischen Bilanzposition;
- automatisierte und/oder manuelle Komponenten umfassen. Automatisierte Kontrollen sind in einen Kontrollprozess eingebunden, wie zum Beispiel eine im System hinterlegte Funktionstrennung sowie automatisierte Datenschnittstellen, die die Vollständigkeit und Richtigkeit von Eingabedaten sicherstellen. Manuelle interne Kontrollen, wie die Genehmigung von Transaktionen, werden von einem Mitarbeiter oder einem Team durchgeführt.

Die Gesamtheit individueller Kontrollen umfasst alle nachfolgenden Aspekte des IKSRL:

- **Erstellung und Anwendung von Bilanzierungsrichtlinien.** Sicherstellung einer weltweit konsistenten Berichterstattung über die Geschäftsaktivitäten des Konzerns und der entsprechenden Berichterstattung im Einklang mit genehmigten Bilanzierungsrichtlinien.
- **Referenzdaten.** Kontrollen für das Hauptbuch und die bilanziellen und außerbilanziellen Transaktionen sowie für die für Produkte benötigten Referenzdaten.
- **Produktentwicklungs- und Transaktionsgenehmigung, -erfassung und -bestätigung.** Kontrollen, die die Vollständigkeit und Richtigkeit erfasster Transaktionen sowie deren ordnungsgemäße Genehmigung sicherstellen. Dazu zählt die Kontrolle von Transaktionsbestätigungen, die von und an Kontrahenten gesendet werden, um zu gewährleisten, dass die Transaktionsdaten extern bestätigt sind.
- **Kontrollen externer und interner Abstimmungen.** Abstimmungen erfolgen zwischen relevanten Systemen für alle Geschäfte, Transaktionen, Positionen oder relevante Parameter. Im Rahmen externer Abstimmungen werden unter anderem die Nostrokonten, Depots und Börsengeschäfte geprüft.
- **Bewertung einschließlich unabhängiger Bewertungskontrollen.** Finance führt mindestens einmal im Monat Bewertungskontrollen durch, um sich von der Angemessenheit der Bewertung durch das Front Office zu überzeugen. Die Ergebnisse dieser Bewertungskontrollen werden einmal pro Monat im Valuation Control Oversight Committee beurteilt. Bewertungsspezialisten für einen Geschäftsbereich befassen sich insbesondere mit Bewertungsansätzen und -methoden für verschiedene Klassen von Vermögenswerten und führen unabhängige Bewertungskontrollen für komplexe Derivate und strukturierte Produkte durch.
- **Steuerberechnung.** Diese Kontrollen stellen sicher, dass die Berechnungen der Steuern ordnungsgemäß durchgeführt werden und Steuerpositionen im Abschluss korrekt erfasst sind.

- **Bewertungsanpassungen und andere Schätzungen.** Kontrollprozesse, die sicherstellen sollen, dass Bewertungsanpassungen und auf Schätzungen basierende sonstige Anpassungen autorisiert wurden und gemäß den genehmigten Richtlinien berichtet werden.
- **Nachweis von Bilanzposten.** Um die Vollständigkeit von Bilanzposten zu garantieren, sind die zugrunde liegenden Salden auf den Hauptbuchkonten nachzuweisen.
- **Konsolidierungskontrollen und andere Kontrollen im Rahmen der Abschlusserstellung.** Zum Meldestichtag übermitteln alle Geschäftsbereiche und Regionen ihre Finanzdaten zwecks Konsolidierung an den Konzern. Konsolidierungskontrollen umfassen die Validierung von Buchungen zur Eliminierung von konzern-internen Transaktionen. Bei den Kontrollen im Rahmen der Abschlusserstellung werden die Prozesse zum Abschluss von Hauptbuchkonten am Monatsende und Korrekturbuchungen überprüft.
- **Berichterstattung und Darstellung.** Kontrollen zur Erstellung des Konzernabschlusses schließen die Bearbeitung und Übereinstimmung mit Checklisten zu den Offenlegungspflichten sowie die Durchsicht und Freigabe durch leitende Mitarbeiter von Finance ein. Der vom Vorstand aufgestellte Konzernabschluss und -lagebericht unterliegt der Überprüfung und Genehmigung durch den Aufsichtsrat und dessen Prüfungsausschuss.

Die vorgenannten Kontrollen werden primär für Abschlüsse nach International Financial Reporting Standards durchgeführt und nach HGB gleichermaßen angewandt. Darüber hinaus wurden spezifische HGB-bezogene Kontrollen eingerichtet, die nachfolgende Aspekte umfassen:

- **Eliminierung von unternehmensinternen Transaktionen.** Abstimmung und Eliminierung unternehmens-interner Transaktionen zwischen Filialen der Bank für HGB-spezifische Bilanzpositionen.
- **Analytische Prüfung.** Prüfung von nach HGB erforderlichen Neubewertungen und von Reklassifizierungen zwischen IFRS und HGB auf Ebene der Filialen und der Muttergesellschaft.

Überwachung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems

Der Konzernvorstand führt jedes Jahr eine formelle Prüfung der Angemessenheit und Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems durch. Diese Überwachung umfasst die Bewertung sowohl der Wirksamkeit des Kontrollumfelds als auch der einzelnen zugrunde liegenden Kontrollen und schließt folgende Faktoren ein:

- Das Risiko eines Fehlers in einer der im Abschluss ausgewiesenen Positionen unter Berücksichtigung von Faktoren wie Wesentlichkeit und Fehleranfälligkeit dieser Position;
- Die Fehleranfälligkeit der identifizierten Kontrollen unter Berücksichtigung von Faktoren wie Automatisierungsgrad, Komplexität, Risiko der Außerkraftsetzung durch das Management, Kompetenz der Mitarbeiter und Grad der erforderlichen subjektiven Beurteilung.

Diese Faktoren bestimmen in ihrer Gesamtheit Art und Umfang der Nachweise gemäß § 315 HGB, die das Management benötigt, um zu beurteilen, ob das eingerichtete IKSRL wirksam ist oder nicht. Die Nachweise selbst ergeben sich entweder aus im normalen Geschäftsbetrieb verankerten Prozessen oder aus Prozessen, die speziell für die Beurteilung der Wirksamkeit des IKSRL eingerichtet wurden. Daneben sind Informationen aus anderen Quellen eine wichtige Komponente der Bewertung, da sie dem Management zusätzliche Kontrollmängel aufzeigen oder die Kontrollergebnisse bestätigen können. Zu diesen Informationsquellen gehören:

- Berichte zu Prüfungen, die von Aufsichtsbehörden oder in deren Auftrag durchgeführt wurden;
- Berichte externer Prüfer;
- Berichte, die in Auftrag gegeben wurden, um die Wirksamkeit von an Dritte ausgelagerten Prozessen zu beurteilen.

Zur Gewährleistung der Funktionalität des IKSRL erfolgt zusätzlich eine Aufbau- und Funktionsprüfung der Kontrollen im Rahmen regelmäßiger oder eigens zu diesem Zweck von der Konzernrevision durchgeführter risikoorientierter Prüfungen. Für alle von der Konzernrevision durchgeführten Prüfungen werden Berichte mit zusammengefassten Prüfungsergebnissen erstellt. Diese Berichte werden zusammen mit den Ergebnissen weiterer Prüfungshandlungen der Konzernrevision dem Management zur Kenntnisnahme vorgelegt, um dieses auch bei der jährlichen Beurteilung der operativen Funktionalität des IKSRL zu unterstützen.

Die vom Management durchgeführte fokussierte Überprüfung führte zum 31. Dezember 2014 zu der Feststellung, dass die Ausgestaltung des IKSRL zweckmäßig ist und die Kontrollen wirksam sind.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Die nachfolgende Darstellung gilt konzernweit und beschränkt sich nicht auf die Muttergesellschaft.

Unternehmerische Verantwortung

Die Stärkung von Governance-Strukturen und Kontrollsystemen, Operational Excellence und die Erfüllung neuer aufsichtsrechtlicher Anforderungen standen für uns auch im Jahr 2014 an oberster Stelle. Darüber hinaus wollen wir Vertrauen mehrten, indem wir unter anderem zur Lösung globaler Herausforderungen wie Bildungsgerechtigkeit, sozialer Inklusion oder Klimawandel beitragen und so unseren Wert für die Gesellschaft unter Beweis stellen.

Unser im Berichtsjahr überarbeiteter Verhaltens- und Ethikkodex enthält die Verpflichtung zur Nachhaltigkeit. Sie steht im Zentrum unserer unternehmerischen Verantwortung. Wir sind der Auffassung, dass wirtschaftlicher Erfolg und Wettbewerbsfähigkeit auf internationaler Ebene Mehrwert für unsere Aktionäre, Kunden und die Gesellschaft als Ganzes schaffen. Wir berücksichtigen die umweltpolitischen und sozialen Folgen unseres Handelns und wenden bei unseren Geschäftsaktivitäten hohe Umwelt- und Sozialmaßstäbe an, um in eine nachhaltige Zukunft zu investieren.

Diese Verpflichtung steht im Einklang mit unserer Strategie 2015+ und mit unseren Werten und Überzeugungen. Bei unserem Handeln berücksichtigen wir die unterschiedlichen Perspektiven und die sich verändernden Anforderungen all unserer Anspruchsgruppen.

In einem komplexen Geschäftsumfeld haben wir den Nachhaltigkeitsansatz in unserem Kerngeschäft weiter ausgebaut. Wir legten den Schwerpunkt auf die Steigerung von Transparenz, die Wahrnehmung von Geschäftschancen, die sich aus globalen Trends ergeben, und das Management möglicher Umwelt- und Sozialrisiken.

Unser Engagement geht weit über unser Kerngeschäft hinaus. Als verantwortungsvoller Unternehmensbürger ist die Deutsche Bank hervorragend aufgestellt, um neue Konzepte voranzubringen, die zur Bewältigung globaler Herausforderungen beitragen.

Umwelt- und Sozialrisiken

Unser Rahmenwerk zum Umgang mit Umwelt- und Sozialrisiken (ES-Risikorahmenwerk) erfordert eine besondere Überprüfung von Transaktionen in sensiblen Sektoren. Wir haben unseren Mitarbeitern praktische Richtlinien an die Hand gegeben, unter anderem dazu, wie bestimmtes Geschäftsgebaren bei Kunden besser adressiert werden kann. Darüber hinaus haben wir eine Position zu Transaktionen in oder in der Nähe von Weiterbestätten formuliert sowie unsere Verpflichtung zum Erhalt von Wäldern erneuert. Zudem haben wir gemeinsam mit anderen Banken und Investoren einen Ansatz zur Steuerung von Carbon Asset Risk entwickelt. Des Weiteren haben wir ein umfangreiches IT-Projekt umgesetzt. Es hilft uns, den Prüfungsprozess zu

verbessern und die Zahl der geprüften Transaktionen zu erhöhen. Im Jahr 2014 stieg die Zahl der Transaktionen, die im Rahmen unseres ES-Risikorahmenwerks geprüft wurden, auf 1.250 (2013: 721). Das spiegelt auch das geschärfte Bewusstsein für diese Risiken in unserem Unternehmen wider.

Die Einhaltung unserer Leitlinien und unser ES-Risikomanagement werden durch Trainingsmaßnahmen unterstützt. Um das Bewusstsein für Nachhaltigkeitsrisiken zu schärfen, haben wir zusätzlich zu Initiativen wie Nachhaltigkeitstagen, Earth Week und Präsentationen bei Veranstaltungen ein Trainingskonzept entwickelt, das 2015 auf globaler Ebene eingeführt wird.

ESG im Asset Management

Unseren Ansatz zur Berücksichtigung von Umwelt-, Sozial- und Governance-Kriterien (ESG) im Investitionsprozess haben wir weiter ausgebaut. Ein zentrales Team ist für die bereichsübergreifende Umsetzung der ESG-Strategie sowie den Ausbau von Kompetenzen und Kapazitäten für nachhaltiges Investieren innerhalb von Deutsche Asset & Wealth Management verantwortlich. Wir sind davon überzeugt, dass wir nur so eine optimale langfristige Performance bieten und unsere treuhänderische Pflicht erfüllen können.

2014 entwickelte das ESG-Team eine bankeigene Softwarelösung, die Daten von fünf führenden Anbietern verarbeitet und damit eine hohe Objektivität und Zuverlässigkeit der Informationen gewährleistet. Die sogenannte „ESG Engine“ ermöglicht es uns, bis zu 1.500 Datensätze zum ESG-Verhalten von mehr als 5.000 Unternehmen zu filtern. Auf dieser Grundlage können wir aktiv und passiv verwaltete Produkte sowie eine ESG-Variante von allen bestehenden Produkten entwickeln. Darüber hinaus ermöglicht uns die Datenbank, Produkte gezielt an den individuellen Nachhaltigkeitsstandards unserer Kunden auszurichten.

Ende 2014 verwaltete die Deutsche Bank Vermögenswerte in Höhe von rund 5,4 Mrd €, die ESG-Kriterien im Investitionsprozess berücksichtigen (2013: 5,1 Mrd €).

Umwelt- und Sozialprojekte finanzieren

Die Deutsche Bank ist einer der führenden privatwirtschaftlichen Projektfinanzierer auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien. Im Jahr 2014 stellte die Deutsche Bank mehr als 978 Mio € (2013: 782,9 Mio €) für Projekte im Bereich erneuerbare Energien zur Verfügung. Unsere Beratungs- und Finanzdienstleistungen ermöglichten die Finanzierung von Projekten mit einer Gesamtkapazität von mehr als 1.793 Megawatt und einem Investitionsvolumen von mehr als 4,3 Mrd €.

Anfang 2014 veröffentlichten wir gemeinsam mit 12 weiteren Banken die „Green Bond Principles“, die zur Integrität und Transparenz auf dem Markt für „grüne“ Anleihen beitragen sollen. Sie regeln die Bezeichnung, die Offenlegung, die Verwaltung und das Reporting „grüner“ Anleihen, um sicherzustellen, dass die Finanzierungsmittel Umwelt- und Sozialprojekten, zum Beispiel in den Bereichen erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Wasserreinhaltung, zugutekommen.

2014 vervierfachte sich das Volumen des Marktes für „grüne“ Anleihen. Die Deutsche Bank war Konsortialführer bei mehreren großen Emissionen. Wir begleiteten zum Beispiel eine Anleihe der KfW im Volumen von 1,5 Mrd € und die erste „grüne“ Anleihe von Unilever in Höhe von 250 Mio £.

Klimaneutralität des Geschäftsbetriebs

2014 gestalteten wir unseren Geschäftsbetrieb erneut CO₂-neutral. Wir investierten in Energieeffizienz-Projekte, nutzten erneuerbare Energien und neutralisierten unsere unvermeidbaren CO₂-Emissionen durch den Erwerb und die Stilllegung von hochwertigen Ausgleichszertifikaten.

Soziale Herausforderungen angehen

Als globales Unternehmen stellen wir uns den gesellschaftlichen Herausforderungen und stärken Gemeinschaften. Mit einer Fördersumme von 80,5 Mio € (2013: 78,2 Mio €) waren die Deutsche Bank und ihre Stiftungen wieder unter den engagiertesten Unternehmensbürgern weltweit. Im vergangenen Jahr erreichten wir mehr als 5,8 Millionen Menschen mit unseren Programmen.

Wir führten *Born to Be* in Europa, Asien, Südafrika und Amerika ein. Mit *Born to Be* helfen wir jungen Menschen, ihr Potenzial zu entfalten, indem wir ihr Selbstvertrauen stärken, sie beim Aufbau von Kompetenzen unterstützen und ihnen den Zugang zu Bildungs- und Beschäftigungsangeboten erleichtern. 2014 nahmen weltweit mehr als eine Million junge Menschen an den diversen Projekten teil.

Von unseren Social-Investment-Programmen profitierten 2014 rund 1,6 Millionen Menschen. Sie reichen von Mikrofinanzierung zu Impact Investments, fördern Unternehmertum, verbessern das lokale Umfeld und helfen Menschen in Not. Als Vorreiter im Bereich Mikrofinanzierung haben wir seit 1997 etwa 330 Mio US-\$ an über 130 Mikrofinanzinstitute in 51 Ländern vergeben und damit etwa 3,9 Millionen Mikrokredite im Gesamtvolumen von 1,8 Mrd US-\$ ermöglicht. Darüber hinaus stellen immer mehr Mitarbeiter der Deutschen Bank ihr Fachwissen Sozialunternehmern zur Verfügung.

Die Herausforderungen der Zukunft lassen sich nur mit Weitblick und wegweisenden Konzepten meistern. Die Konferenzreihe *Urban Age* der Alfred Herrhausen Gesellschaft, die Lösungswege für die Metropolregionen untersucht, erreichte in den letzten 10 Jahren mehr als 5.000 Teilnehmer. Und der Wettbewerb *Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen* prämierte seit 2006 über 2.700 innovative Lösungskonzepte für Städte und Gemeinden in Deutschland.

Unsere strategischen Partnerschaften mit renommierten Institutionen ermöglichen einer breiten Öffentlichkeit Zugang zu Kunst und Musik und bieten jungen Talenten eine Plattform. Unsere Partnerschaft mit den Berliner Philharmonikern, die 2014 ihr 25-jähriges Bestehen feierte, hat nicht nur die einzigartige Digital Concert Hall hervorgebracht, sondern seit 2002 auch gut 37.000 Kinder und Jugendliche erreicht. Zudem ermöglichen wir seit mehr als 35 Jahren den Zugang zu zeitgenössischer Kunst an über 900 Standorten der Bank, in Ausstellungen, durch zielgerichtete Vermittlungsprogramme und Partnerschaften. 2014 erreichten wir mehr als drei Millionen Menschen mit unseren Kunst- und Musikangeboten.

Rund 17.000 Mitarbeiter (21 % der Belegschaft) waren 2014 weltweit als Corporate Volunteers aktiv und haben an über 190.000 Stunden gemeinnützige Einrichtungen und Organisationen ihre Zeit, ihr Wissen und ihre Erfahrung zur Verfügung gestellt. Sie stärkten damit die Wirksamkeit unserer Initiativen und belegten, wie die Deutsche Bank und ihre Mitarbeiter eine Kultur der Leistung mit einer Kultur der Verantwortung verbinden.

Die strategische Agenda von Human Resources

HR-Prioritäten unterstützen die Strategie der Bank

Unsere Mitarbeiter sind unser wertvollstes Gut. Mit den mehr als 98.000 Vollzeitmitarbeitern der Deutschen Bank aus 145 Nationen trägt HR wesentlich zur Erfüllung der Deutschen Bank-Vision bei, die führende kundenorientierte globale Universalbank zu sein. Der globale Wettbewerb um die Gewinnung und Bindung der besten Talente hat sich weiter verschärft. Ziel der Deutschen Bank ist es somit auch, weltweit als ein attraktiver Arbeitgeber im Finanzsektor angesehen zu werden. Die Deutsche Bank zielt darauf, weltweit bevorzugter Arbeitgeber im Finanzsektor zu sein. Dieses Ziel soll mithilfe der strategischen Human Resources Agenda (HR) erreicht werden. Darunter zählen Initiativen wie: Kulturwandel vorantreiben, Diversity und Inclusion, Neuordnung der Vergütungsstruktur, Stärkung von Führungskompetenzen und Talentmanagement (link zum HR Report).

Kulturwandel vorantreiben

Mit Mitarbeitern in einen Dialog über Kultur treten und diese in wesentliche Personalmanagementprozesse integrieren

Kultur ist einer der fünf Hebel unserer Konzernstrategie. Damit hat die Deutsche Bank eine klare Botschaft an ihre Stakeholder gesendet: Eine starke und auf gemeinsamen Werten und Überzeugungen basierende Unternehmenskultur ist für den langfristigen Erfolg der Bank unabdingbar. Kultur bietet Leitplanken für Verhalten und Entscheidungsfindung in einem dynamischen aufsichtsrechtlichen und wirtschaftlichen Umfeld. Sie unterstützt die Bank, das Richtige zu tun – zum Vorteil ihrer Kunden und der Gesellschaft als Ganzes. Die Deutsche Bank hat die Werte und Überzeugungen in die Rekrutierungs-, Interview- und Onboardingprozesse sowie in die Personalentwicklungskonzepte integriert.

2014 hat die Bank ihren Performance-Management-Ansatz geändert. Die Einhaltung der Werte und Überzeugungen ist ein entscheidendes Element und fließt nun zu 50 % in die individuelle Leistungsbeurteilung ein. Dies wirkt sich wiederum wesentlich auf Beförderungsentscheidungen aus. Zudem wurden einige Vergütungsbestandteile angepasst. Ziel ist es, richtige Verhaltensweisen zu fördern, zu vergüten und zu unterstützen sowie unerwünschte Verhaltensweisen zu sanktionieren. Beispiele sind: Wesentliche an den Werten orientierte Kennzahlen werden im jährlichen Vergütungsprozess für Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter aller Divisionen berücksichtigt. Ebenso wurde eine globale einheitliche Behandlung von Disziplinarmaßnahmen eingeführt und diese mit der Jahresendbeurteilung der Mitarbeiter verknüpft.

Um die Leistung von Mitarbeitern anzuerkennen, die hervorragende geschäftliche Ergebnisse im Einklang mit den Werten der Deutschen Bank erbracht haben, wurde in 2014 die Verleihung des „Living the Values“-Award durch die Co-Vorstandsvorsitzenden initiiert. Aus fast 100 Nominierungen von Führungskräften weltweit wurden zehn Gewinnerteams ernannt.

Konzernweite Mitarbeiterbefragung (People Survey)

Die Ergebnisse fließen auch 2015 unmittelbar in die Maßnahmenentwicklung der Bank ein

Seit 1999 führt die Deutsche Bank regelmäßig Mitarbeiterbefragungen durch, um die Verbundenheit ihrer Mitarbeiter, deren Einschätzung der Unternehmenskultur sowie andere wesentliche Indikatoren zu bewerten. 2014 hat die Bank die Befragung vor dem Hintergrund unserer Werte und Überzeugungen und des OpEx-Programms überarbeitet.

Mehr als 60.000 Mitarbeiter (58 % der Gesamtbelegschaft) haben 2014 an der Mitarbeiterbefragung teilgenommen, darunter erstmals auch Mitarbeiter der Postbank. Seit der letzten Befragung zwei Jahre zuvor mussten sich die Mitarbeiter den Herausforderungen schwieriger Marktbedingungen und unserem schwankenden Aktienkurs stellen. Vor diesem Hintergrund lautete das Feedback, dass beim Aufbau und der Stärkung einer gemeinsamen Kultur zwar Fortschritte erzielt wurden, es gebe jedoch noch viel zu tun.

Während 82 % der Mitarbeiter, die geantwortet haben, die Werte und Überzeugungen kennen, sind nur knapp 50 % davon überzeugt, dass sich deren Verankerung im Geschäftsalltag positiv auf die Umsetzung der Strategie 2015+ auswirkt. 35 % der Mitarbeiter haben Verhaltensänderungen festgestellt.

Der Commitment-Index (von 73 % im Jahr 2012 auf 66 % gesunken) liegt weiterhin auf dem Niveau der Finanzdienstleistungsbranche. Zudem gaben die Mitarbeiter an, dass sie ihre Fähigkeiten und Kenntnisse besser in ihren derzeitigen Aufgaben einbringen können (der „Enablement Index“ stieg von 64 % im Jahr 2012 auf 68 %). Dennoch sank ihre Bereitschaft, die Deutsche Bank anderen zu empfehlen. Dies zeigt, dass die Deutsche Bank-Mitarbeiter weniger stolz auf das Unternehmen sind.

Durch die Einbeziehung von Fragen zu den Werten und wie Mitarbeiter diese wahrnehmen, hat die Bank wertvolle Einblicke gewonnen. Die Mitarbeiter begrüßen sichtbare Veränderungen, wie die Identifizierung und ausgewogene Beurteilung von Risiken, Wertschätzung unternehmerischer Initiativen, Gewinnung von Kundenvertrauen, die zunehmende Verankerung und Anerkennung von Diversity sowie Verbesserung von Prozessen. Es bleibt dennoch viel zu tun. Die Mitarbeiterbefragung zeigte eine wahrgenommene Diskrepanz zwischen Leistung, Konsequenz und Entlohnung sowie einen Mangel an Zeit für Kreativität. Viele Mitarbeiter gaben zudem an, dass es an nötigen Ressourcen mangelt, um ihre Arbeiten effizient erledigen zu können. Die Bank versteht dies als Auftrag, die Implementierung des Kulturwandels im Unternehmen konsequent fortzusetzen.

Die Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung wurden im Juni 2014 kommuniziert. Das Feedback war deutlich: Wir müssen Worte in Taten umsetzen und den Stolz der Mitarbeiter wieder wecken. Seither haben alle Divisionen ihre Prioritäten neu geordnet und Folgemaßnahmen durchgeführt. So hat Deutsche Asset & Wealth Management (Deutsche AWM) beispielsweise seine bereichsübergreifende Zusammenarbeit intensiviert. Global Transaction Banking (GTB) überprüft regelmäßig Dienstleistungsangebote, seine regionale Präsenz und das Kundenportfolio, um eine nachhaltige Leistung sicherzustellen. Group Technology & Operations hat sogenannte Innovation-Labs in Silicon Valley, London und Berlin eingerichtet.

Diversity und Inklusion machen den Unterschied

In allen Bereichen der Bank ist der Frauenanteil in Führungspositionen gestiegen

Die Deutsche Bank ist sich der Bedeutung von Vielfalt und einer Kultur des Miteinanders bewusst und sie sieht die Chancen und Herausforderungen des demografischen Wandels. Gemischte Teams können ihr volles Potenzial jedoch nur optimal entfalten, wenn Vertrauen, Respekt und Offenheit in ihrem Arbeitsumfeld auch gelebt werden. Daher stärkt HR das Bewusstsein der Führungskräfte für die positiven Effekte, die eine Kultur des Miteinanders mit sich bringt. So hat die Deutsche Bank Diversity-Ziele für Mitarbeiter in Führungsfunktionen festgelegt.

2014 haben wir den Workshop „Umgang mit unbewussten Denkmustern“ für Managing Directors und Directors auf mehrere Regionen in Deutschland ausgeweitet, sodass immer mehr Führungskräfte die Möglichkeit haben, daran teilzunehmen. Zudem stand unser globales E-Learning-Programm „Kluge Köpfe denken anders – Von der Bedeutung unterschiedlicher Sichtweisen“ erneut im Fokus. Über 6.000 Mitarbeiter haben an dem E-Learning Programm bereits teilgenommen.

Der prozentuale Anteil der Frauen in Führungspositionen in den Stufen Managing Director und Director ist seit 2013 von 18,7 % auf 19,4 % gestiegen; der Anteil der außertariflichen Mitarbeiterinnen erhöhte sich von 31,1 % auf 31,7 %. 2014 hat die Bank zwei weibliche Führungskräfte in das GEC berufen. Beide bringen wertvolle Erfahrungen für ihre neuen Aufgaben mit und ergänzen somit das Senior Management um vielfältige Perspektiven.

Unsere Programme zur Förderung von Frauen in Führungspositionen sind weiterhin erfolgreich. Am preisgekrönten „Accomplished Top Leaders Advancement Strategy (ATLAS)-Programm“ für weibliche Managing Directors haben seit Auflegung des Programms im Jahr 2009 bereits 42 Frauen teilgenommen: 56 % der Alumni wurden mindestens einmal befördert und 13 Teilnehmerinnen sind nun Mitglieder globaler oder regionaler Executive Committees. Im Juni 2014 haben 37 weibliche Directors am fünften „Deutsche Bank Women Global Leaders“-Programm an der INSEAD Business School teilgenommen.

Die Deutsche Bank hat sich zusammen mit anderen DAX-30-Unternehmen durch Unterzeichnung einer freiwilligen Selbstverpflichtung in 2011 dazu verpflichtet, – vorbehaltlich der geltenden rechtlichen Bestimmungen weltweit – bis Ende 2018 den Anteil weiblicher Führungskräfte in den Verantwortungsstufen Managing Director und Director auf 25 % und den Anteil außertariflicher Mitarbeiterinnen auf 35 % zu erhöhen.

Im Einklang mit unserer Diversity-Strategie und dieser Selbstverpflichtung stellen wir auf Aufsichtsrats- und Senior-Management-Ebene heute schon mehr weibliche Führungskräfte ein. Seit 2010 ist die Anzahl der weiblichen Managing Directors und Directors um rund 260 (+17 %) und außertariflicher Mitarbeiterinnen um rund 2.200 (+18 %) gestiegen. Die „Women on Boards“-Initiative soll den Anteil weiblicher Führungskräfte in den Aufsichtsräten unserer Tier-1- bis Tier-3-Tochtergesellschaften sowie in den regionalen Beratungsgremien stärken. Der Anteil weiblicher Mitglieder in den regionalen Beratungsgremien stieg im Jahr 2014 auf 8,5 %. Damit hat sich insgesamt seit dem Start der Initiative im Jahr 2011 die Anzahl der Frauen mehr als verdoppelt. Gleichwohl blieb der Frauenanteil in Aufsichtsräten unverändert.

Jedes Jahr veranstaltet die Bank eine Global-Diversity-Woche. 2014 nahmen 20.000 Mitarbeiter an 250 Veranstaltungen weltweit teil. 2011 waren es gerade einmal 6.000 Mitarbeiter.

Stärkung von Führungskompetenzen und Talentmanagement

Verbesserte Karriereentwicklung für Führungskräfte

Die Aufgabe von Führungskräften, ihre Mitarbeiter zu motivieren und entsprechend ihren Kompetenzen einzusetzen, ist wichtiger als je zuvor. 2014 hat HR ein neues Regelwerk geschaffen, das Führungspotenziale stärken sowie Mobilität, Nachfolgeplanung und Entwicklungsmaßnahmen verbessern soll. 2014 haben 69 Senior-Führungskräfte an dem Prozess teilgenommen. Dabei hat die Bank wesentliche Risikoträger priorisiert, da die Eignung jetziger und künftiger Mitarbeiter in wesentlichen Risikopositionen (nach Definition der Aufsichtsbehörden) zunehmend wichtiger wird.

Die Besetzung von Führungspositionen wird zentral koordiniert. Dieser Prozess ist eng mit der Nachfolgeplanung verknüpft und begünstigt die bereichsübergreifende Mobilität und Karriereentwicklung der Mitarbeiter, die Bindung wesentlicher Talente an die Bank sowie eine erhöhte Besetzung von Top-Führungspositionen durch Frauen. Daher handelte es sich bei 50 % der internen Stellenbesetzungen um bereichsübergreifende Wechsel und rund 63 % der internen Kandidaten wurden im Rahmen der Nachfolgeplanung identifiziert. Des Weiteren waren 25 % aller in das Senior Leadership Cadre berufenen Mitarbeiter weibliche Managing Directors, was sich positiv auf die Gender Diversity in unseren Top-Führungspositionen auswirkt.

Der richtige Mitarbeiter am richtigen Platz

Mitarbeiter, die unsere Werte teilen, gewinnen und binden

Um den Bedürfnissen der jungen Generation gerecht zu werden, haben wir 2014 einen konsistenteren Ansatz bei der Rekrutierung, dem Training und dem Einsatz von Trainees in allen Divisionen und an allen Standorten verfolgt. Dadurch steigert die Bank die Leistungsfähigkeit und stärkt den Talentpool. Im Juli 2014 traten 751 Trainees in Geschäfts- und Infrastrukturbereiche der Bank ein. Dies ist im Vergleich zu 2013 eine Steigerung von 19 %. Nahezu ein Viertel davon wurden in Nearshore-Standorten eingestellt, damit werden die Standortstrategie der Bank und die Weiterentwicklung von Standorten wie Jacksonville, Cary, Moskau und Birmingham unterstrichen. Die Deutsche Bank hat hierfür in unterschiedliche Universitäten sowie neue oder wachsende Standorte investiert und damit den Einflussbereich sowie die Bekanntheit unserer Marke bei dieser Zielgruppe erhöht. An einem Summer-Internship-Programm nahmen zudem 522 Praktikanten teil.

Angaben nach § 289 Absatz 4 HGB und erläuternder Bericht

Zusammensetzung des Gezeichneten Kapitals

Zum 31. Dezember 2014 betrug das Grundkapital der Deutschen Bank AG 3.530.939.215,36 €, eingeteilt in 1.379.273.131 Stammaktien ohne Nennwert. Die Aktien sind voll eingezahlt und in Form von Namensaktien begeben. Jede Aktie gewährt eine Stimme.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

In den Fällen des § 136 AktG ist das Stimmrecht aus den betroffenen Aktien von Gesetzes wegen ausgeschlossen. Soweit die Bank zum 31. Dezember 2014 Eigene Aktien in ihrem Bestand hielt, konnten daraus gemäß § 71b AktG keine Rechte ausgeübt werden. Sonstige Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, sind uns nicht bekannt.

Beteiligungen am Kapital, die 10 % der Stimmrechte überschreiten

Nach dem Wertpapierhandelsgesetz muss jeder Anleger, der durch Erwerb, Veräußerung oder auf sonstige Weise bestimmte Anteile an Stimmrechten erreicht, überschreitet oder unterschreitet, dies uns und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) anzeigen. Der niedrigste Schwellenwert für diese Anzeigepflicht beträgt 3 %. Uns sind hiernach keine direkten oder indirekten Beteiligungen am Kapital bekannt, die 10 % der Stimmrechte erreichen oder überschreiten.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben.

Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben

Die Arbeitnehmer, die Aktien der Deutschen Bank halten, üben ihre Kontrollrechte wie andere Aktionäre nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung aus.

Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern

Nach dem Aktiengesetz (§ 84 AktG) und der Satzung der Deutschen Bank (§ 6) werden die Mitglieder des Vorstands vom Aufsichtsrat bestellt. Die Zahl der Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat bestimmt. Nach der Satzung besteht der Vorstand mindestens aus drei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat kann ein oder zwei Vorstandsmitglieder zu Vorsitzenden des Vorstands ernennen. Vorstandsmitglieder dürfen für höchstens fünf Jahre bestellt werden. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Nach dem Mitbestimmungsgesetz (§ 31) ist für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder des Aufsichtsrats erforderlich. Kommt hiernach eine Bestellung nicht zustande, so hat der Vermittlungsausschuss innerhalb eines Monats dem Aufsichtsrat einen Vorschlag für die Bestellung zu machen. Der Aufsichtsrat bestellt dann die Mitglieder des Vorstands mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder. Kommt auch hiernach eine Bestellung nicht zustande, so hat bei einer erneuten Abstimmung der Aufsichtsratsvorsitzende zwei Stimmen. In dringenden Fällen hat das Amtsgericht Frankfurt am Main auf Antrag eines Beteiligten ein fehlendes Vorstandsmitglied zu bestellen (§ 85 AktG).

Nach dem Kreditwesengesetz und einer Verordnung der Europäischen Zentralbank (EZB) muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), der Deutschen Bundesbank und der EZB vor der Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass diese zuverlässig, fachlich geeignet und in ausreichendem Maße zeitlich verfügbar sind. Die fachliche Eignung setzt voraus, dass die Vorstandsmitglieder in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse von den Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben (§§ 24 Absatz 1 Nr. 1, 24 Absatz 3c Satz 2, 25c Absatz 1 KWG und Artikel 93 der Verordnung (EU) Nr. 468/2014 der EZB).

Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied und die Ernennung zum Vorsitzenden des Vorstands widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Solche Gründe sind namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung – es sei denn, dass das Vertrauen aus offensichtlich unsachlichen Gründen entzogen worden ist.

Die BaFin kann einen Sonderbeauftragten bestellen und diesem die Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse einzelner Mitglieder des Vorstands übertragen, wenn diese Mitglieder nicht zuverlässig sind oder nicht die erforderliche fachliche Eignung haben oder wenn das Kreditinstitut nicht mehr über die erforderliche Anzahl von Vorstandsmitgliedern verfügt. Wenn Mitglieder des Vorstands nicht zuverlässig sind oder nicht die erforderliche Sachkunde besitzen oder wenn ihnen wesentliche Verstöße gegen die Grundsätze einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung verborgen geblieben sind oder sie festgestellte Verstöße nicht beseitigt haben, kann die BaFin dem Sonderbeauftragten die Aufgaben und Befugnisse des Vorstands insgesamt übertragen. In allen diesen Fällen ruhen die Aufgaben und Befugnisse des Vorstands oder der betroffenen Vorstandsmitglieder (§ 45c Absatz 1 bis 3 KWG).

Besteht Gefahr für die Erfüllung der Verpflichtungen eines Kreditinstituts gegenüber seinen Gläubigern oder der begründete Verdacht, dass eine wirksame Aufsicht über das Kreditinstitut nicht möglich ist, kann die BaFin zur Abwendung dieser Gefahr einstweilige Maßnahmen treffen. Sie kann dabei auch Mitgliedern des Vorstands die Ausübung ihrer Tätigkeit untersagen oder beschränken (§ 46 Absatz 1 KWG).

Bestimmungen über die Änderung der Satzung

Jede Änderung der Satzung bedarf eines Beschlusses der Hauptversammlung (§ 179 AktG). Die Befugnis zu Änderungen, die nur die Fassung betreffen, wie zum Beispiel Änderungen des Grundkapitals infolge Ausnutzung von genehmigtem Kapital, ist in der Satzung der Deutschen Bank dem Aufsichtsrat übertragen worden (§ 20 Absatz 3). Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß der Satzung mit einfacher Stimmenmehrheit und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Kapitalmehrheit gefasst, falls nicht das Gesetz oder die Satzung zwingend etwas anderes vorschreiben (§ 20 Absatz 1). Satzungsänderungen werden mit der Eintragung in das Handelsregister wirksam (§ 181 Absatz 3 AktG).

Befugnis des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen, in sehr begrenztem Umfang auch gegen Sacheinlagen, zu erhöhen. Zum 31. Dezember 2014 verfügte die Deutsche Bank AG über ein genehmigtes Kapital von 256.000.000 €, das vollständig oder in Teilbeträgen bis zum 30. April 2019 begeben werden kann, und ein genehmigtes Kapital von 579.863,04 €, das vollständig oder in Teilbeträgen bis zum 30. April 2018 begeben werden kann. Die näheren Einzelheiten ergeben sich aus § 4 der Satzung.

Genehmigtes Kapital	Einlagen	Bezugsrechte	Befristet bis
256.000.000 €	Geldeinlagen	Ausschluss möglich (für einen Teilbetrag) nach § 186 Abs. 3 S. 4 AktG	30. April 2019
579.863,04 €	Geld- oder Sacheinlagen	Ausschluss möglich, wenn die Kapitalerhöhung zum Erwerb von Unternehmen, Beteiligungen an Unternehmen oder sonstigen Vermögenswerten gegen Sacheinlage vorgenommen wird, sowie nach § 186 Abs. 3 S. 4 AktG	30. April 2018

Der Vorstand ist ermächtigt, einmalig oder mehrmalig Genussscheine, die mit Wandlungs- oder Optionsrechten verbunden sind, andere hybride Schuldverschreibungen, die die Anforderungen an die aufsichtliche Anerkennung als zusätzliches Kernkapital (Additional Tier 1 Capital) erfüllen, sowie Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen auszugeben. Die Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen können auch von mit der Deutschen Bank AG verbundenen Unternehmen ausgegeben werden. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital, bedingt durch die Ausübung dieser Wandlungs- und/oder Optionsrechte beziehungsweise Wandlungspflichten, erhöht.

Bedingtes Kapital	Ausgabe der Wandlungs- und/oder Optionsrechte befristet bis
€ 230.400.000	30. April 2017
€ 256.000.000	30. April 2019

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 23. Mai 2013 nach § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG ermächtigt, bis zum 30. April 2018 zum Zweck des Wertpapierhandels Eigene Aktien zu Preisen, die den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den jeweils drei vorangehenden Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten, zu kaufen und zu verkaufen. Dabei darf der Bestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien am Ende keines Tages 5 % des Grundkapitals der Deutschen Bank AG übersteigen.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 22. Mai 2014 nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, bis zum 30. April 2019 Eigene Aktien bis zu 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen Eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre

gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Gegenwert für den Erwerb der Aktien (ohne Erwerbsnebenkosten) darf bei Erwerb über die Börse den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor der Verpflichtung zum Erwerb nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten. Bei einem öffentlichen Kaufangebot darf er den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor dem Tag der Veröffentlichung des Angebots nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten. Sollte bei einem öffentlichen Kaufangebot das Volumen der angebotenen Aktien das vorgesehene Rückkaufvolumen überschreiten, muss die Annahme im Verhältnis der jeweils angebotenen Aktien erfolgen. Eine bevorrechtigte Annahme geringer Stückzahlen bis zu 50 Stück zum Erwerb angebotener Aktien der Gesellschaft je Aktionär kann vorgesehen werden.

Der Vorstand wurde ermächtigt, eine Veräußerung der erworbenen Aktien sowie der etwa aufgrund vorangehender Ermächtigungen nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG erworbenen Aktien über die Börse beziehungsweise durch Angebot an alle Aktionäre vorzunehmen. Er wurde auch ermächtigt, erworbene Aktien gegen Sachleistung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu dem Zweck zu veräußern, Unternehmen, Beteiligungen an Unternehmen oder andere dem Geschäftsbetrieb der Gesellschaft dienliche Vermögenswerte zu erwerben. Darüber hinaus wurde der Vorstand ermächtigt, bei einer Veräußerung solcher Eigener Aktien durch Angebot an alle Aktionäre den Inhabern der von der Gesellschaft und verbundenen Unternehmen ausgegebenen Optionsrechte, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf die Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- beziehungsweise Wandlungsrechts zustehen würde. Für diese Fälle und in diesem Umfang wurde das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen.

Der Vorstand wurde weiter unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre ermächtigt, solche Eigenen Aktien als Belegschaftsaktien an Mitarbeiter und Pensionäre der Gesellschaft und mit ihr verbundener Unternehmen auszugeben oder zur Bedienung von Optionsrechten beziehungsweise Erwerbsrechten oder Erwerbspflichten auf Aktien der Gesellschaft zu verwenden, die für Mitarbeiter oder Organmitglieder der Gesellschaft und verbundener Unternehmen begründet wurden.

Ferner wurde der Vorstand ermächtigt, unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre solche Eigenen Aktien an Dritte gegen Barzahlung zu veräußern, wenn der Kaufpreis den Börsenpreis der Aktien zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet. Von dieser Ermächtigung darf nur Gebrauch gemacht werden, wenn sichergestellt ist, dass die Zahl der aufgrund dieser Ermächtigung veräußerten Aktien zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Ermächtigung oder – falls dieser Wert geringer ist – zum Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung 10 % des vorhandenen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigt. Auf die Höchstgrenze von 10 % des Grundkapitals sind Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in direkter oder entsprechender Anwendung des § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert werden. Ebenfalls anzurechnen sind Aktien, die zur Bedienung von Options- und/oder Wandlungsrechten aus Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen oder -genussrechten auszugeben sind, sofern diese Schuldverschreibungen oder Genussrechte während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in entsprechender Anwendung des § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden.

Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, aufgrund dieser oder einer vorherigen Ermächtigung erworbene Aktien einzuziehen, ohne dass die Durchführung der Einziehung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 22. Mai 2014 nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG ergänzend ermächtigt, den Aktienwerb unter der beschlossenen Ermächtigung auch unter Einsatz von Verkaufs- oder Kaufoptionen oder Terminkaufverträgen durchzuführen. Die Gesellschaft kann danach auf physische Belieferung gerichtete Verkaufsoptionen an Dritte verkaufen und Kaufoptionen von Dritten kaufen, wenn durch die Optionsbedingungen sichergestellt ist, dass diese nur mit Aktien beliefert werden, die ihrerseits unter Wahrung

des Gleichbehandlungsgrundsatzes erworben wurden. Alle Aktienerwerbe unter Einsatz von Verkaufs- oder Kaufoptionen sind dabei auf Aktien im Umfang von höchstens 5 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung über diese Ermächtigung vorhandenen Grundkapitals beschränkt. Die Laufzeiten der Optionen müssen so gewählt werden, dass der Aktienerwerb in Ausübung der Optionen spätestens am 30. April 2019 erfolgt.

Der bei Ausübung der Verkaufsoptionen beziehungsweise bei Fälligkeit des Terminkaufs zu zahlende Kaufpreis je Aktie darf den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor Abschluss des betreffenden Geschäfts nicht um mehr als 10 % überschreiten und 10 % dieses Mittelwerts nicht unterschreiten, jeweils ohne Erwerbsnebenkosten, aber unter Berücksichtigung der erhaltenen Optionsprämie. Eine Ausübung der Kaufoptionen darf nur erfolgen, wenn der zu zahlende Kaufpreis den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor Erwerb der Aktien nicht um mehr als 10 % überschreitet und 10 % dieses Mittelwerts nicht unterschreitet.

Für die Veräußerung und Einziehung von Aktien, die unter Einsatz von Derivaten erworben wurden, gelten die von der Hauptversammlung festgesetzten allgemeinen Regeln.

Auch aus bestehenden Derivaten, die während des Bestehens vorangehender Ermächtigungen und auf deren Grundlage vereinbart wurden, dürfen weiterhin eigene Aktien erworben werden.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, wurden nicht getroffen.

Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots

Sofern ein Mitglied des Vorstands im Rahmen eines Kontrollwechsels ausscheidet, erhält es eine einmalige Vergütung ausgezahlt, die im Vergütungsbericht näher dargestellt ist.

Einigen wenigen Führungskräften mit globaler oder strategisch bedeutender Verantwortung steht aus Altverträgen eine Abfindungszahlung zu, sofern deren Anstellungsverhältnis im Rahmen eines Kontrollwechsels innerhalb einer definierten Frist beendet wird, ohne dass ein von den Führungskräften zu vertretender Grund vorliegt, oder diese Führungskräfte ihr Anstellungsverhältnis kündigen, weil das Unternehmen bestimmte Maßnahmen ergriffen hat, die zu einer Einschränkung der Verantwortlichkeiten führen. Die Berechnung der Abfindung bemisst sich grundsätzlich nach dem 1,5- bis 2,5-Fachen der letzten Jahresgesamtvergütung (Grundgehalt und variable – Bar- und aktienbasierte – Vergütung) vor dem Kontrollwechsel. Dabei findet die Entwicklung der Gesamtvergütung in den drei Kalenderjahren vor dem Kontrollwechsel entsprechende Berücksichtigung.

2

Jahresabschluss

- 116 Bilanz zum 31. Dezember 2014
- 118 Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom
1. Januar bis 31. Dezember 2014
- 119 Anhang
 - Allgemeine Angaben – 119
 - Erläuterungen zur Bilanz – 125
 - Erläuterungen zur Gewinn- und
Verlustrechnung – 138
 - Sonstige Erläuterungen – 139
 - Anteilsbesitz – 147
 - Gremien – 172
 - Verzeichnis der Mandate – 176

Bilanz zum 31. Dezember 2014

Aktivseite in Mio €			31.12.2014	31.12.2013
Barreserve				
a) Kassenbestand		59		59
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		41.055		56.916
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	4.743			13.906
			41.113	56.975
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		173		434
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	55			48
b) Wechsel		12		0
			185	434
Forderungen an Kreditinstitute				
a) Hypothekendarlehen		7		0
b) Kommunalkredite		1.197		592
c) andere Forderungen		192.653		184.359
darunter:			193.856	184.951
täglich fällig	94.795			105.194
gegen Beleihung von Wertpapieren	6.691			7.129
Forderungen an Kunden				
a) Hypothekendarlehen		8.171		7.665
b) Kommunalkredite		10.262		9.349
c) andere Forderungen		219.723		189.793
darunter:			238.155	206.807
gegen Beleihung von Wertpapieren	3.593			14.139
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		2.546		2.455
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0			0
		2.546		2.456
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		20.787		19.790
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	13.266			8.672
bb) von anderen Emittenten		22.143		11.969
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	10.721			4.221
		42.929		31.759
c) Eigene Schuldverschreibungen		100		106
Nennbetrag	100			106
			45.576	34.321
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			340	293
Handelsbestand			938.258	832.109
Beteiligungen			818	833
darunter: an Kreditinstituten	586			596
an Finanzdienstleistungsinstituten	68			71
Anteile an verbundenen Unternehmen			48.709	50.844
darunter: an Kreditinstituten	12.298			11.419
an Finanzdienstleistungsinstituten	224			1.343
Treuhandvermögen			72	1.217
darunter: Treuhandkredite	30			56
Immaterielle Anlagewerte				
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		1.605		1.064
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		59		45
c) Geschäfts- oder Firmenwert		96		141
d) geleistete Anzahlungen		0		0
			1.760	1.250
Sachanlagen			1.148	1.194
Sonstige Vermögensgegenstände			5.042	8.497
Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		69		616
b) andere		880		512
			949	1.128
Aktive latente Steuern			3.464	3.986
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			1.013	591
Summe der Aktiva			1.520.459	1.385.430

Passivseite in Mio €			31.12.2014	31.12.2013
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
c) andere Verbindlichkeiten		262.224	262.224	264.297
darunter:				264.297
täglich fällig	148.625			155.455
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		181		36
c) Spareinlagen				
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		2.785		3.175
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		2.272		1.940
		5.057		5.115
d) andere Verbindlichkeiten		263.729	268.968	243.912
darunter:				249.062
täglich fällig	189.006			179.632
Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen				
aa) Hypothekendarlehen		5.116		5.018
ac) sonstige Schuldverschreibungen		92.079		75.239
		97.194		80.258
b) andere verbrieftes Verbindlichkeiten		22.615	119.810	34.807
darunter:				115.065
Geldmarktpapiere	19.430			31.804
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	315			237
Handelsbestand			779.080	672.447
Treuhandverbindlichkeiten			72	1.217
darunter: Treuhandkredite	30			56
Sonstige Verbindlichkeiten			12.113	16.800
Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		104		73
b) andere		1.215		960
			1.319	1.033
Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		48		57
b) Steuerrückstellungen		733		729
c) andere Rückstellungen		6.606		6.372
			7.388	7.158
Nachrangige Verbindlichkeiten			14.897	17.834
Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals			4.847	0
Fonds für allgemeine Bankrisiken			2.926	2.676
davon: Sonderposten nach § 340e Absatz 4 HGB	1.826			1.826
Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		3.531		2.610
abzüglich rechnerischer Wert der eigenen Anteile		0		0
		3.530		2.610
bedingtes Kapital 486 Mio € (31.12.2013: 691 Mio €)				
b) Kapitalrücklage		35.772		28.185
c) Gewinnrücklagen				
ca) gesetzliche Rücklage		13		13
cd) andere Gewinnrücklagen		6.332		6.111
		6.344		6.124
d) Bilanzgewinn		1.169	46.816	920
			46.816	37.839
Summe der Passiva			1.520.459	1.385.430
Eventualverbindlichkeiten				
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		60.392		55.353
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		14		26
			60.406	55.379
Andere Verpflichtungen				
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		120.408	120.408	87.658
				87.658

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

in Mio €			2014	2013
Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	8.367			7.246
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	1.861			2.131
		10.227		9.377
Zinsaufwendungen		7.264		6.811
			2.963	2.566
Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		2.626		2.361
b) Beteiligungen		60		48
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		2.496		1.577
			5.181	3.985
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			630	2.266
Provisionserträge		8.731		8.015
Provisionsaufwendungen		1.497		1.163
			7.233	6.852
Nettoertrag des Handelsbestands			2.456	3.153
davon Ergebnis aus der Auflösung des Sonderposten nach § 340e Absatz 4 HGB		0		450
Sonstige betriebliche Erträge			2.159	3.970
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	4.502			4.411
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	465			970
		4.967		5.381
darunter: für Altersversorgung 196 Mio € (2013: 294 Mio €)				
b) andere Verwaltungsaufwendungen		7.683		6.623
			12.650	12.004
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			645	591
Sonstige betriebliche Aufwendungen			4.441	6.248
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			700	529
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			57	1.084
Aufwendungen aus Verlustübernahme			130	0
Einstellungen (–) in Fonds für allgemeine Bankrisiken			– 250	– 450
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			1.749	1.887
Außerordentliche Erträge		298		0
Außerordentliche Aufwendungen		108		144
Außerordentliches Ergebnis			190	– 144
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		602		775
darunter: latente Steuern 703 Mio € (2013: 380 Mio €)				
Sonstige Steuern, soweit nicht unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen		74		75
			676	850
Jahresüberschuss			1.263	893
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			156	28
			1.419	920
Einstellungen in Gewinnrücklagen				
– in andere Gewinnrücklagen		250		0
			250	0
Bilanzgewinn			1.169	920

Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Deutschen Bank AG für das Geschäftsjahr 2014 ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches („HGB“) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute („RechKredV“) aufgestellt worden; aktienrechtliche Vorschriften wurden beachtet. Zum Zweck der Übersichtlichkeit sind die Werte in Millionen € ausgewiesen.

Grundlagen und Methoden

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze für:

Forderungen

Zu Handelszwecken gehaltene Forderungen werden wie im separaten Abschnitt „Handelsaktivitäten“ beschrieben bewertet.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, sind grundsätzlich mit den Anschaffungskosten oder dem Nominalbetrag ausgewiesen und werden um erforderliche Wertberichtigungen gekürzt. Sind die Gründe für die Vornahme einer in der Vergangenheit berücksichtigten Wertberichtigung weggefallen, ist die Wertberichtigung aufzulösen (Wertaufholung).

Risikovorsorge

Die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft umfasst Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle erkennbaren Bonitäts- und Länderrisiken, für latente Ausfallrisiken und die Vorsorge für allgemeine Bankrisiken. Für Bonitätsrisiken werden nach vorsichtigen Maßstäben Vorsorgen in Höhe des erwarteten Ausfalls gebildet.

Das Transferrisiko für Kredite an Kreditnehmer in ausländischen Staaten (Länderrisiko) wird auf der Basis eines Bonitätseinstufungssystems, das die wirtschaftliche, politische und regionale Situation berücksichtigt, bewertet. Für grenzüberschreitende Engagements gegenüber bestimmten Staaten werden nach vorsichtigen Maßstäben Vorsorgen gebildet.

Dem latenten Kreditrisiko wird in Form der Pauschalwertberichtigung nach handelsrechtlichen Grundsätzen Rechnung getragen. Außerdem besteht eine Vorsorge für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB. Das Wahlrecht zur Aufrechnung gemäß § 340f Absatz 3 HGB wurde in Anspruch genommen.

Wertpapiere

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind, sofern sie zu Handelszwecken gehalten werden, wie im separaten Abschnitt „Handelsaktivitäten“ beschrieben, bewertet.

Bestimmte Bestände an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, die dauerhaft gehalten werden sollen, sind als Finanzanlagen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bilanziert. Dies bedeutet, dass die betreffenden Wertpapiere zu Anschaffungskosten abzüglich voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen ausgewiesen sind.

Falls Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere weder dazu bestimmt sind, dauerhaft dem Geschäftsbetrieb zu dienen, noch dem Handelsbestand zugeordnet sind, sind sie als Umlaufvermögen nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten beziehungsweise mit den niedrigeren Börsenwerten oder den niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert.

Dasselbe gilt für Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die, wenn sie nicht Teil des Handelsbestands sind, grundsätzlich wie Umlaufvermögen bewertet sind.

Bei den Wertpapieren werden Zuschreibungen vorgenommen, wenn die Gründe für bestimmte, in der Vergangenheit vorgenommene Abschreibungen weggefallen sind (Wertaufholungsgebot).

Eingebettete Derivate

Einige hybride Verträge enthalten sowohl eine derivative als auch eine nicht derivative Komponente. In diesen Fällen wird die derivative Komponente als eingebettetes Derivat und die nicht derivative Komponente als Basisvertrag bezeichnet. Sind die wirtschaftlichen Merkmale und die Risiken eingebetteter Derivate nicht eng mit denjenigen des Basisvertrags verknüpft und wird der betreffende hybride Vertrag nicht als Handelsaktivität zum beizulegenden Zeitwert bewertet, wird das eingebettete Derivat vom Basisvertrag getrennt nach den allgemeinen Grundsätzen bilanziert. Der Basisvertrag wird zu fortgeführten Anschaffungskosten beziehungsweise zum Erfüllungsbetrag bewertet.

Kreditderivate

Kreditderivate, die zu Handelszwecken gehalten beziehungsweise eingegangen werden, werden wie im separaten Abschnitt „Handelsaktivitäten“ beschrieben bewertet.

Sonstige erworbene Kreditderivate, die als Absicherung für eingegangene Kreditrisiken qualifizieren, werden nicht separat bilanziert, sondern bei der Bestimmung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft berücksichtigt.

Handelsaktivitäten

Finanzinstrumente (einschließlich positiver und negativer Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten) sowie Edelmetalle des Handelsbestands sind zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags zu bewerten. Zusätzlich zu dem Risikoabschlag im Rahmen der Zeitwertbewertung besteht eine faktische Ausschüttungssperre bezüglich der Nettoerträge des Handelsbestands, indem in jedem Jahr ein bestimmter Anteil der Nettoerträge des Handelsbestands dem Fonds für allgemeine Bankrisiken zuzuführen ist.

Der beizulegende Zeitwert ist definiert als der Betrag, zu dem ein Finanzinstrument im Rahmen einer Transaktion zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern zum Abschlussstichtag ausgetauscht werden könnte, ohne dass es sich um einen Zwangsverkauf oder eine Notabwicklung handelt. Sofern verfügbar, basiert der beizulegende Zeitwert auf beobachtbaren Börsenpreisen oder wird aus beobachtbaren Preisen oder Parametern abgeleitet. Die Verfügbarkeit beobachtbarer Daten variiert je nach Produkt und Markt und kann sich im Zeitablauf ändern. Sind keine beobachtbaren Börsenkurse oder Informationen vorhanden, wird der beizulegende Zeitwert anhand von Bewertungsmodellen, die für das jeweilige Instrument angemessen sind, ermittelt.

Wenn der beizulegende Zeitwert mithilfe von Modellen ermittelt oder aus beobachtbaren Preisen oder Parametern abgeleitet wird, sind in erheblichem Umfang Einschätzungen erforderlich. Diese sind mit Unsicherheiten verbunden und können Änderungen unterliegen, sodass die tatsächlichen Ergebnisse und Werte von diesen Einschätzungen abweichen können.

Im Rahmen der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert werden Wertanpassungen für Glatstellungskosten, Liquiditätsrisiken und Kontrahentenrisiken sowie Finanzierungskosten für unbesicherte Handelsderivate berücksichtigt.

Um etwaig verbliebenen Realisierungsrisiken von Gewinnen Rechnung zu tragen, wird das aus der Marktbeurteilung resultierende Ergebnis um einen Risikoabschlag reduziert, der als Abzugsposten des Handelsbestands auf der Aktivseite berücksichtigt wird. Die Berechnung des Risikoabschlags erfolgt auf der Grundlage des Value-at-Risk-Abschlags, dem eine Haltedauer von zehn Tagen und ein Konfidenzniveau von 99 % zugrunde liegen.

Der Betrag, der in einem Geschäftsjahr gesondert dem Fonds für allgemeine Bankrisiken zuzuführen ist, entspricht mindestens 10 % der Nettoerträge des Handelsbestands (nach Vornahme des Risikoabschlags) und darf nicht höher sein als der gesamte Nettoertrag des Handelsbestands des Geschäftsjahres. Die Zuführung erfolgt, bis der Sonderposten eine Höhe von 50 % des Durchschnitts der letzten fünf jährlichen Nettoerträge des Handelsbestands nach Risikoabschlag erreicht.

Der Sonderposten darf nur aufgelöst werden, um einen Nettoaufwand des Handelsbestands auszugleichen oder wenn er die 50 %-Grenze überschreitet.

Finanzinstrumente und Edelmetalle des Handelsbestands werden separat auf der Aktiv- und Passivseite der Bilanz als Handelsbestand ausgewiesen. Grundsätzlich qualifizieren Termingeschäfte über den Erwerb oder die Veräußerung von Waren nicht als Finanzinstrumente und können daher nicht dem Handelsbestand zugeordnet werden.

Alle Änderungen des beizulegenden Zeitwerts (abzüglich eines Risikoabschlags beziehungsweise zuzüglich eines Risikozuschlags) werden im Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands erfasst.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden erstmalig Derivate des Handelsbestands mit durch den Kontrahenten gestellten Barsicherheiten unter bestimmten Voraussetzung verrechnet. Zur Verrechnung auf Einzelkontrahentenebene qualifizierten Derivate, die unter einem Rahmenvertrag mit einem Besicherungsanhang (Credit Support Annex, „CSA“) und täglichem Austausch von Barsicherheiten abgeschlossen wurden. Die Verrechnung umfasst je Kontrahent sowohl den Buchwert der Derivate als auch die Sicherheitsleistung. Hieraus ergibt sich eine Gesamtreduktion des Handelsbestands um 22,6 Mrd €.

Bewertungseinheiten

In den Fällen, in denen Vermögensgegenstände, Schulden, schwebende Geschäfte oder mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen (Grundgeschäfte) zum Ausgleich gegenläufiger Wertänderungen oder Zahlungsströme aus dem Eintritt vergleichbarer Risiken mit Finanzinstrumenten (Sicherungsinstrumenten) zusammengefasst werden (Bewertungseinheit), werden in dem Umfang und für den Zeitraum, in dem die gegenläufigen Wertänderungen oder Zahlungsströme sich ausgleichen, die allgemeinen Bewertungsgrundsätze nicht angewandt. Die Bank wendet grundsätzlich die Einfrierungsmethode an. Dabei werden die sich ausgleichenden Wertänderungen aus dem abgesicherten Risiko nicht bilanziert. So unterbleibt die Berücksichtigung negativer Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, zum Beispiel die Vornahme von Abschreibungen, in Bezug auf das abgesicherte Risiko. Einer etwaigen negativen Ineffektivität aus der Bewertungseinheit wird durch Bildung einer Rückstellung für drohende Verluste Rechnung getragen.

Im Rahmen von Bewertungseinheiten gelten auch Termingeschäfte über den Erwerb oder die Veräußerung von Waren als Finanzinstrumente.

Umwidmungen

Für die Zuordnung von Forderungen und Wertpapieren zum Handelsbestand, zur Liquiditätsreserve oder zu den wie Anlagevermögen bewerteten Vermögensgegenständen ist jeweils die Zweckbestimmung zum Erwerbszeitpunkt maßgebend.

Eine Umgliederung in den Handelsbestand ist ausgeschlossen und eine Umgliederung aus dem Handelsbestand erfolgt nur dann, wenn außergewöhnliche Umstände, insbesondere schwer wiegende Beeinträchtigungen der Handelbarkeit der Finanzinstrumente, zu einer Aufgabe der Handelsabsicht führen. Darüber hinaus können Finanzinstrumente des Handelsbestands nachträglich in eine Bewertungseinheit einbezogen werden.

Eine Umwidmung zwischen den Kategorien Liquiditätsreserve und wie Anlagevermögen behandelte Vermögensgegenstände wird vorgenommen, wenn sich die vom Management festgelegte Zweckbestimmung seit deren erstmaligem Ansatz geändert hat und dies dokumentiert ist.

Die Umwidmung erfolgt zum Zeitpunkt der Änderung der Zweckbestimmung mit dem dann geltenden beizulegenden Zeitwert.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Beteiligungen werden mit ihren Anschaffungskosten oder unter Ausnutzung des Wahlrechts gemäß § 253 HGB mit dem niedrigeren Zeitwert angesetzt.

Anteile an verbundenen Unternehmen werden gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet, das heißt, außerplanmäßige Abschreibungen werden nur für voraussichtlich dauerhafte Wertminderungen vorgenommen.

Sowohl bei den Beteiligungen als auch bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen werden Zuschreibungen nach dem Wertaufholungsgebot vorgenommen. Von der gemäß § 340c Absatz 2 HGB zulässigen Aufrechnung wurde Gebrauch gemacht.

Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte

Sachanlagen sowie immaterielle Anlagewerte werden mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert, gegebenenfalls vermindert um planmäßige Abschreibungen. Selbst geschaffene Marken, Drucktitel, Verlagsrechte, Kundenlisten oder vergleichbare immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden nicht aktiviert.

Bei voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Sind die Gründe für bestimmte, in der Vergangenheit vorgenommene Abschreibungen weggefallen, sind Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten vorzunehmen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Ausbuchung von Vermögensgegenständen

Vermögensgegenstände werden grundsätzlich dann ausgebucht, wenn das rechtliche Eigentum übertragen wird.

Keine Ausbuchung erfolgt, wenn trotz der Übertragung des rechtlichen Eigentums aufgrund besonderer Vereinbarungen im Einzelfall wesentliche Elemente in Bezug auf den übereigneten Vermögensgegenstand beim Veräußerer verbleiben, die bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise für die Stellung als Eigentümer (Rechtsinhaber) kennzeichnend sind.

Seit dem Geschäftsjahr 2010 werden aufgrund der Kodifizierung in § 246 Absatz 1 Satz 2 HGB die im Rahmen von Wertpapierleihegeschäften verliehenen Wertpapiere ausschließlich in der Bilanz des Verleihers ausgewiesen, das heißt, es erfolgt keine Ausbuchung beim Verleiher, da diesem das wirtschaftliche Eigentum an den Papieren zusteht.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungs- beziehungsweise Nominalbetrag bewertet. Begebene Nullkuponanleihen werden mit dem Barwert ausgewiesen.

Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals

Die begebenen Instrumente qualifizieren als Verbindlichkeiten und sind mit ihrem Erfüllungs- beziehungsweise Nominalbetrag bewertet. Der Zinsaufwand wird auf Basis der erwarteten Zahlungen an die Eigentümer der Instrumente abgegrenzt.

Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind gemäß versicherungsmathematischen Grundsätzen angesetzt. Pensionsrückstellungen werden nach der Methode der laufenden Einmalprämien unter Verwendung des von der Deutschen Bundesbank bekanntgegebenen durchschnittlichen Marktzinssatzes ermittelt, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, es sei denn, die jeweilige Restlaufzeit des Pensionsplans ist kürzer.

Vermögensgegenstände, die ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind, werden mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet und mit diesen Schulden verrechnet. Übersteigt der beizulegende Zeitwert der Vermögensgegenstände den Betrag der Schulden (Überdotierung), wird der übersteigende Betrag unter einem gesonderten Posten auf der Aktivseite ausgewiesen. Im Fall einer Unterdotierung oder für Verpflichtungen aus intern finanzierten Plänen der Bank werden entsprechende Rückstellungen gebildet.

Wenn sich die Höhe von Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen ausschließlich nach dem beizulegenden Zeitwert von Wertpapieren bestimmt, werden die Rückstellungen hierfür zum beizulegenden Zeitwert dieser Wertpapiere angesetzt, soweit er einen garantierten Mindestbetrag übersteigt.

Andere Rückstellungen, bei denen es sich entweder um Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten oder für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften (ohne Handelsaktivitäten) handelt, werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Sofern die Restlaufzeit der Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten länger als ein Jahr ist, erfolgt eine Abzinsung der Rückstellung.

Die Einschätzung, ob eine Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften zu bilden ist, umfasst auch die Würdigung, ob sich am Abschlussstichtag aus dem Geschäft mit zinsbezogenen Finanzinstrumenten im Bankbuch von Kreditinstituten ein Verpflichtungsüberschuss ergibt.

Für die Beurteilung, ob ein Verlust aus allen zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs droht, ist es erforderlich, die aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs am Abschlussstichtag noch zu erwartenden Zinserträge und Zinsaufwendungen, die direkt zuzuordnenden Gebühren und Provisionen sowie die voraussichtlich noch zur Bewirtschaftung des Bankbuchs erforderlichen Aufwendungen (das heißt zu erwartende Refinanzierungskosten, Kreditrisikokosten sowie Verwaltungskosten) einzubeziehen.

Die Ermittlung eines potenziellen Rückstellungsbedarfs orientiert sich an dem internen Management der Zinspositionen des Bankbuchs. Für offene Zinspositionen des Bankbuchs wird der barwertige Ansatz angewendet, ergänzt durch eine Analyse der historischen Kostendeckung von Risiko- und Verwaltungskosten durch Zinsüberschüsse für die gegen das Zinsänderungsrisiko abgesicherten Positionen.

Latente Steuern

Bestehen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen Differenzen, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen, so wird eine sich daraus insgesamt ergebende Steuerbelastung als passive latente Steuern beziehungsweise eine sich daraus insgesamt ergebende Steuerentlastung als aktive latente Steuern in der Bilanz angesetzt. Steuerliche Verlustvorträge sind bei der Berechnung aktiver latenter Steuern in Höhe der innerhalb der nächsten fünf Jahre zu erwartenden Verlustverrechnung berücksichtigt.

Erwerb Eigener Aktien

Der Nennbetrag beziehungsweise der rechnerische Wert von erworbenen eigenen Anteilen wird in der Vorspalte offen von dem Posten „Gezeichnetes Kapital“ abgesetzt und der Unterschiedsbetrag zwischen dem Nennbetrag oder dem rechnerischen Wert und den Anschaffungskosten der eigenen Anteile wird erfolgsneutral mit den frei verfügbaren Rücklagen verrechnet.

Werden die eigenen Anteile wieder veräußert, entfällt der Abzug in der Vorspalte. Ein den Nennbetrag oder den rechnerischen Wert übersteigender Differenzbetrag aus dem Veräußerungserlös wird bis zur Höhe des mit den frei verfügbaren Rücklagen verrechneten Betrags in die jeweiligen Rücklagen eingestellt. Ein darüber hinausgehender Differenzbetrag wird in die Kapitalrücklage eingestellt, wohingegen ein beim Verkauf entstehender Verlust die Gewinnrücklagen belastet.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung folgt den in den §§ 256a und 340h HGB vorgegebenen Grundsätzen.

Auf fremde Währungen lautende und wie Anlagevermögen behandelte Vermögensgegenstände, die nicht in derselben Währung besonders gedeckt sind, werden zu historischen Anschaffungskosten angesetzt, es sei denn, die Wechselkursänderung ist dauerhaft, sodass außerplanmäßige Abschreibungen vorzunehmen sind. Andere auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sowie noch nicht abgewickelte Kassageschäfte sind zum Kassamittelkurs des Bilanzstichtags umgerechnet, Devisentermingeschäfte zum Terminkurs am Bilanzstichtag.

Die Abgrenzung der Positionen in Fremdwährung, auf die Vorschriften zur besonderen Deckung nach § 340h HGB angewandt werden, berücksichtigt die internen Verfahren zur Risikosteuerung.

Die Behandlung der Ergebnisse aus der Fremdwährungsumrechnung richtet sich danach, ob es sich um Fremdwährungsgeschäfte des Handelsbestands, um besonders gedeckte oder nicht besonders gedeckte Geschäfte handelt. Im Falle des Handelsbestands sowie bei Bestehen besonderer Deckung werden sowohl die Aufwendungen als auch die Erträge aus der Währungsumrechnung erfolgswirksam erfasst. Gleiches gilt für Fremdwährungsposten ohne besondere Deckung mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Demgegenüber werden bei Fremdwährungsposten, die nicht besonders gedeckt sind und eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben, nur die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung dem Imparitätsprinzip entsprechend erfolgswirksam berücksichtigt. Die Umrechnungsergebnisse aus der Währungsumrechnung sind im Nettoergebnis des Handelsbestands und in den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen enthalten.

Die Posten der Bilanz sowie die Posten der Gewinn- und Verlustrechnung von Auslandsfilialen sind zu Mittelkursen des jeweiligen Bilanzstichtags in Euro umgerechnet (Stichtagsmethode). Kursdifferenzen aus der Währungsumrechnung von Bilanzposten innerhalb der Bank werden – mit Ausnahme von Währungskursverlusten aus der Umrechnung des den Auslandsfilialen zur Verfügung gestellten Dotationskapitals (einschließlich Ergebnisvorträgen) – erfolgsneutral den sonstigen Vermögensgegenständen beziehungsweise sonstigen Verbindlichkeiten zugeordnet.

Erläuterungen zur Bilanz

Wertpapiere

Die nachfolgende Tabelle gliedert die in den Bilanzpositionen enthaltenen börsenfähigen Wertpapiere auf.

in Mio €	börsennotiert		nicht börsennotiert	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	39.242	26.543	6.334	7.778
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	31	129	54	2
Beteiligungen	573	573	18	13
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.075	1.184	0	0

Die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere des Anlagevermögens sind zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert, da eine langfristige Anlageabsicht besteht. Der beizulegende Zeitwert betrug zum Bilanzstichtag 2.433 Mio € (Buchwert 2.249 Mio €). In dieser Position sind vor allem Umwidmungen aus 2008 und 2009 enthalten, nachdem für diese Vermögensgegenstände bei stark verringerter Liquidität auf den entsprechenden Märkten keine kurzfristige Verkaufs- oder Handelsabsicht mehr bestand. Umgliederungen wurden mit dem niedrigeren Zeitwert am Umwidmungsstichtag vorgenommen. Der Substanzwert der Vermögensgegenstände überstieg zum Umwidmungszeitpunkt den geschätzten beizulegenden Zeitwert. Die Wertpapiere des Anlagevermögens werden in getrennten Portfolios geführt.

Der niedrigere beizulegende Wert wird, soweit verfügbar, aus beobachtbaren Preisen oder Parametern abgeleitet. Sind keine beobachtbaren Börsenkurse oder Informationen verfügbar, wird der beizulegende Zeitwert anhand von Bewertungsmodellen ermittelt, die für das jeweilige Instrument angemessen sind. In einem Fall wurden die seit Auflegung des Geschäfts erfolgten Veränderungen im Liquiditätsspread angesichts der langfristigen Halteabsicht und die seitdem erfolgten Veränderungen des Credit Spreads aufgrund der bereits erfolgten Berücksichtigung des Kreditrisikos in der Risikovorsorge nicht herangezogen.

Anteile an Investmentvermögen

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Aufgliederung der Anteile an inländischen und ausländischen Investmentvermögen, deren Anteile zu mehr als 10 % gehalten wurden, nach Anlagezielen.

in Mio €				31.12.2014
	Buchwert	Marktwert	Differenz zum Buchwert	Ausschüttung in 2014
Aktienfonds	1.064	1.064	0	0
Rentenfonds	1.075	1.075	0	0
Mischfonds	3.349	3.349	0	0
Währungsfonds	2	2	0	0
Rohstofffonds	72	72	0	0
Insgesamt	5.562	5.562	0	0

Die Anteile an den Investmentvermögen wurden überwiegend im Handelsbestand gehalten. Die Buchwerte entsprachen den Marktwerten der Anteile. Die Investmentvermögen umfassten mehrheitlich von der Deutschen Bank aufgelegte Exchange Traded Funds.

Die Bedingungen für eine Verschiebung der Rücknahme von Fondsanteilen sind für die einzelnen Fonds unterschiedlich geregelt. Kriterien können dabei ein Mindestwert der Anteile oder die Entscheidung des Fondsmanagements sein. Beschränkungen in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe beziehen sich auf Situationen, in denen zu viele Anleger ihre Anteile gleichzeitig zurückgeben möchten. In diesen Fällen können die Fonds die Rücknahme der Anteile bis zu einem Zeitpunkt verschieben, an dem die Rücknahme erfüllt werden kann.

Handelsbestand

Finanzinstrumente des Handelsbestands

Nachfolgende Tabelle gliedert den Handelsbestand der Aktivseite und Passivseite weiter auf.

31.12.2014 in Mio €	Handelsbestand der Aktivseite	in Mio €	Handelsbestand der Passivseite
Derivative Finanzinstrumente	633.239	Derivative Finanzinstrumente	618.763
Forderungen	136.517	Verbindlichkeiten	160.317
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	72.667		
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	86.606		
Sonstige Vermögensgegenstände	9.773		
Risikoabschlag	- 544		
Insgesamt	938.258	Insgesamt	779.080

Die grundlegenden Annahmen, die der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts mithilfe anerkannter Bewertungsmethoden zugrunde gelegt wurden, werden ausführlich im Abschnitt „Grundlagen und Methoden“ dargestellt.

Die nachfolgende Tabelle gliedert den Nominalbetrag der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten derivativen Finanzinstrumente, welche den Handelsderivaten entsprechen, nach Art und Umfang auf.

in Mio €	31.12.2014 Nominalbetrag
Außerbörslich gehandelte Produkte	47.411.967
Zinsbezogene Geschäfte	37.622.673
Wechselkursbezogene Geschäfte	6.722.732
Kreditderivate	1.532.391
Aktien- und indexbezogene Geschäfte	1.468.141
Sonstige Geschäfte	66.030
Börsengehandelte Produkte	4.639.146
Zinsbezogene Geschäfte	4.127.770
Aktien- und indexbezogene Geschäfte	418.751
Wechselkursbezogene Geschäfte	11.662
Sonstige Geschäfte	80.963
Insgesamt	52.051.113

Die Höhe, der Zeitpunkt und die Sicherheit zukünftiger Zahlungsströme werden im Wesentlichen vom Zinsumfeld, von den Entwicklungen an den Aktien- und Rentenmärkten sowie den Entwicklungen der Credit Spreads und der Kreditausfälle beeinflusst.

Methode der Ermittlung und Risikoabschlag

Die Berechnung des Risikoabschlags lehnt sich an das Modell zur Berechnung des regulatorischen Value-at-Risk an, in das die beizulegenden Zeitwerte der Finanzinstrumente des Handelsbestands eingehen. Im Rahmen der Bewertung von Finanzinstrumenten des Handelsbestands werden gegebenenfalls verschiedene Wertanpassungen beispielsweise für Liquiditätsrisiken vorgenommen, die im Abschnitt „Grundlagen und Methoden“ unter „Handelsaktivitäten“ detailliert dargestellt werden.

Der Berechnung des Value-at-Risk-Abschlags („VaR-Abschlag“) liegen eine Haltedauer von zehn Tagen und ein Konfidenzniveau von 99 % zugrunde. Der Beobachtungszeitraum beträgt 261 Handelstage.

Zusätzlich zum regulatorischen VaR-Abschlag wurde der Risikoabschlag um Risikobeträge im Zusammenhang mit dem eigenen Kreditrisiko der Bank ergänzt, die nicht von der VaR-Berechnung abgedeckt werden.

Der absolute Betrag des Risikoabschlags beträgt 544 Mio €.

Änderung der festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand

Innerhalb des Geschäftsjahres wurde keine Änderung der institutsintern festgelegten Kriterien zur Zuordnung zum Handelsbestand vorgenommen.

Derivative Finanzinstrumente

Termingeschäfte

Am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Termingeschäfte beinhalten vor allem die nachfolgenden Arten von Geschäften:

- Zinssatzbezogene Geschäfte: Termingeschäfte auf Zinstitel, Zinstermingeschäfte, Zinsswaps, Zinsterminkontrakte, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Zinsen und Indizes
- Wechselkursbezogene Geschäfte: Devisen- und Edelmetalltermingeschäfte, Währungsswaps, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Devisen und Edelmetalle, Devisen- und Edelmetallterminkontrakte
- Aktien-/Indexbezogene Geschäfte: Aktientermingeschäfte, Indexterminkontrakte, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Aktien und Indizes
- Kreditderivate: Credit Default Swaps (CDS), Total Return Swaps (TRS), Credit Linked Notes (CLN).

Die oben genannten Geschäfte werden weitestgehend zur Deckung von Zins-, Wechselkurs- oder Marktpreisschwankungen für Handelsgeschäfte abgeschlossen.

Nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertete derivative Finanzinstrumente

Die nachfolgende Tabelle zeigt derivative Finanzinstrumente, die nicht grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden.

in Mio €	31.12.2014				
	Nominal- betrag	Buchwert		Marktwert	
		positiv	negativ	positiv	negativ
Außerbörslich gehandelte Produkte					
Zinsbezogene Geschäfte	792.928	1.429	710	4.073	3.203
Wechselkursbezogene Geschäfte	103.989	301	329	565	5.861
Aktien- und indexbezogene Geschäfte	87	29	14	225	0
Kreditderivate	7.125	23	150	96	148
Sonstige Geschäfte	5.813	22	0	26	16
Insgesamt	909.942	1.803	1.204	4.985	9.229

Die Buchwerte der nicht grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Finanzinstrumente werden in den Sonstigen Vermögensgegenständen beziehungsweise in den Sonstigen Verbindlichkeiten bilanziert.

Bewertungseinheiten

Die Deutsche Bank AG geht Bewertungseinheiten in Form von Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts ein, um sich im Wesentlichen mittels Zinsswaps und Optionen gegen Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts festverzinslicher Wertpapiere infolge von Bewegungen der Marktzinssätze abzusichern.

Zusätzliche Risiken, welche durch in hybride Finanzinstrumente eingebettete Derivate eingegangen werden, werden in diesem Zusammenhang ebenfalls im Rahmen von einzelgeschäftsbetogenen Absicherungsbeziehungen abgesichert.

Neben den oben beschriebenen Sachverhalten sichert die Bank Warenrisiken mittels einzelgeschäftsbetogener und portfoliobetogener Absicherungsbeziehungen ab.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Art der in die obigen Bewertungseinheiten einbezogenen Grundgeschäfte einschließlich der Höhe der mit den Bewertungseinheiten abgesicherten Risiken. Für bilanzierte Vermögensgegenstände und Schulden ist ferner der Buchwert zum Bilanzstichtag angegeben.

in Mio €	31.12.2014	
	Buchwert	Höhe des abgesicherten Risikos
Abgesicherte Vermögensgegenstände, insgesamt	40.621	854
Abgesicherte Verbindlichkeiten, insgesamt	95.477	- 6.958
	Nominalbetrag	Höhe des abgesicherten Risikos
Nicht bilanzierte schwebende Geschäfte	29.940	1.121

Die Höhe des abgesicherten Risikos, falls negativ, entspricht dem kumulierten Rückgang des beizulegenden Zeitwerts für Vermögensgegenstände beziehungsweise dem kumulierten Anstieg des beizulegenden Zeitwerts für Verbindlichkeiten seit Eingang der Absicherungsbeziehung, die netto, nach Einbeziehung von Absicherungsgeschäften, nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung reflektiert wurden. Ist die Höhe des abgesicherten Risikos positiv, so entspricht dies dem kumulierten Anstieg des beizulegenden Zeitwerts für Vermögensgegenstände beziehungsweise dem kumulierten Rückgang des beizulegenden Zeitwerts für Verbindlichkeiten, die netto, nach Einbeziehung von Absicherungsgeschäften, nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung reflektiert wurden.

Die Deutsche Bank AG geht ferner grundsätzlich Devisentermingeschäfte und -swaps zur Absicherung der beizulegenden Zeitwerte gegen Währungsrisiken ihrer Filialen aus Dotationskapital und Ergebnisvorträgen ein, welche den Nettovermögenswert der einzelnen Filialen darstellen, der Währungsrisiken unterliegt. Der Buchwert dieser über Makrohedges abgesicherten Nettopositionen beläuft sich auf 25,2 Mrd €. Die Höhe des abgesicherten Risikos beträgt negative 532 Mio €. Der endgültige Ausgleich der gegenläufigen Kassakursveränderung findet bei Rückzahlung des Dotationskapitals statt.

In den Fällen, in denen die Kontraktbedingungen von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument exakt gegenläufig sind, erfolgen sowohl die prospektive Effektivitätsbeurteilung als auch die rückwirkende Ermittlung der Unwirksamkeit der Bewertungseinheit durch Vergleich der Vertragsbedingungen. Ansonsten stehen der Bank statistische Methoden und die Regressionsanalyse zur Effektivitätsbeurteilung zur Verfügung. Zur Messung der Unwirksamkeit der Sicherungsbeziehungen stellt die Deutsche Bank AG die Änderungen der beizulegenden Zeitwerte von Grundgeschäften und Sicherungsinstrumenten einander betragsmäßig gegenüber (Dollar-Offset-Methode). Die Sicherungsbeziehungen werden in der Regel über die verbleibende Restlaufzeit des abzusichernden Grundgeschäfts gebildet.

Anlagevermögen

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung des Anlagevermögens.

in Mio €	Anschaffungs-/Herstellungskosten			Abschreibungen und Wertberichtigungen			Buchwert	
	Stand 1.1.2014	Zugänge	Abgänge	kumuliert	davon lfd. Jahr	davon Abgänge	Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2013
Immaterielle Anlagewerte	2.391	830	60	1.401	343	44	1.760	1.250
Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	1.470	788	57	596	273	42	1.605	1.064
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	247	42	3	227	26	2	59	45
Geschäfts- oder Firmenwert	674	0	0	578	45	0	96	141
Geleistete Anzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Sachanlagen	3.268	158	51	2.227	256	3	1.148	1.194
Grundstücke und Gebäude	104	4	0	30	4	0	78 ¹	78
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.826	154	47	2.046	191	1	887	870
Leasinggeschäft	338	0	4	151	61	2	183	246
Veränderung								
Beteiligungen			- 15				818	833
Anteile an verbundenen Unternehmen			- 2.135 ²				48.709	50.844
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			- 98				2.249	2.347
davon einbezogen in Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 HGB			7				910	903
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			1				6	5
davon einbezogen in Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 HGB			0				0	0

Von der nach § 34 Absatz 3 RechKredV möglichen Zusammenfassung für Finanzanlagen wurde Gebrauch gemacht. Wechselkursänderungen, die sich aufgrund der Währungsumrechnung zu Stichtagskursen bei Auslandsfilialen ergaben, wurden bei den Anschaffungs-/Herstellungskosten (Stand: 1. Januar 2014) sowie bei den kumulierten Abschreibungen und Wertberichtigungen berücksichtigt.

¹ Grundstücke und Gebäude mit einem Buchwert von 77 Mio € wurden im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzt.

² Der Buchwert der Anteile an verbundenen Unternehmen ging um 2,1 Mrd € auf 48,7 Mrd € zurück. Zugängen im Anteilsbestand in Höhe von 8,1 Mrd € standen Abgänge in Höhe von 10,2 Mrd € gegenüber. Der Rückgang resultierte im Wesentlichen aus Kapitalreduzierungen und Transfers von direkt gehaltenen verbundenen Unternehmen an andere Konzerngesellschaften und wurde zum Teil durch Kapitalerhöhungen, Währungsumrechnungseffekte sowie Nettoszuschreibungen kompensiert.

Immaterielle Anlagewerte

Die unter den immateriellen Anlagewerten ausgewiesenen Firmenwerte werden über die erwartete Nutzungsdauer von fünf bis 15 Jahren abgeschrieben. Diese wird insbesondere durch ökonomische und organisationspezifische Faktoren wie die zukünftigen Wachstums- und Gewinnerwartungen, die Art und Dauer von Synergieeffekten, die Nutzbarkeit von Kundenbeziehungen und den Mitarbeiterstamm des erworbenen Geschäfts bestimmt. Als immaterieller Vermögensgegenstand klassifizierte Software wird entsprechend ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben.

Sonstige Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen in Höhe von 5,0 Mrd € wurden im Wesentlichen nachschüssige Zahlungen aus Swapgeschäften in Höhe von 1,8 Mrd €, Steuererstattungsansprüche an Finanzämter in Höhe von 1,5 Mrd € sowie Forderungen aus Gewinnabführungsverträgen in Höhe von 630 Mio € ausgewiesen.

Die Sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von 12,1 Mrd € umfassten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus besonders gedeckten Fremdwährungspositionen gemäß § 340h HGB in Höhe 5,3 Mrd €, Verbindlichkeiten aus Veräußerungen von Vermögensgegenständen, die nicht die Ausbuchungskriterien erfüllten, in Höhe von 3,1 Mrd €, Betriebsaufwendungen für den operativen Bereich in Höhe von 907 Mio € sowie Effekte aus der Fremdwährungsumrechnung auf Dotationskapital und Gewinnvorräte in Höhe von 788 Mio €.

Rechnungsabgrenzungsposten

In den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 949 Mio € waren 69 Mio € aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft enthalten. In den passiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 1,3 Mrd € waren 104 Mio € aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft enthalten.

Latente Steuern

Latente Steuern werden für zeitliche Differenzen zwischen handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten ermittelt, die sich voraussichtlich in späteren Geschäftsjahren umkehren. Dabei werden nicht nur zeitliche Differenzen aus den eigenen Bilanzposten einbezogen, sondern auch solche, die bei Organtöchtern beziehungsweise Personengesellschaften bestehen, an denen die Deutsche Bank AG als Gesellschafterin beteiligt ist. Zusätzlich sind bei der Berechnung aktiver latenter Steuern steuerliche Verlustvorräte in Höhe der innerhalb der nächsten fünf Jahre zu erwartenden Verlustverrechnung zu berücksichtigen. Die Bewertung der latenten Steuern erfolgt auf Basis des kombinierten Ertragsteuersatzes des steuerlichen Organkreises der Deutschen Bank AG von aktuell 31 %. Der kombinierte Ertragsteuersatz umfasst Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag.

Abweichend hiervon werden latente Steuern aus zeitlichen Bilanzierungsunterschieden bei deutschen Beteiligungen in der Rechtsform einer Personengesellschaft auf Basis eines kombinierten Ertragsteuersatzes bewertet, der lediglich die Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag beinhaltet, beträgt derzeit 15,83 %.

Latente Steuern in ausländischen Betriebsstätten werden mit den dort geltenden statutarischen Steuersätzen bewertet, deren Bandbreite sich hauptsächlich zwischen 20 % und 42 % bewegt.

Im Geschäftsjahr ergab sich insgesamt eine bilanzierte aktive latente Steuer in Höhe von 3,5 Mrd €. Maßgeblich hierfür waren neben der Deutschen Bank AG „Inlandsbank“ inklusive der hierin abgebildeten latenten Steuer für Organtöchter die Filiale New York und die Filiale London. Diese beruht im Wesentlichen auf Verlustvorräten und auf temporären Wertunterschieden, die überwiegend aus zeitlichen Bilanzierungsunterschieden im Zusammenhang mit mitarbeiterbezogenen Verpflichtungen und vorgenommenen Bewertungen zum beizulegenden Zeitwert für Kreditportfolios und das Handelsbuch resultieren.

Angaben zu verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio €	Verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen an Kreditinstitute	115.590	113.131	84	154
Forderungen an Kunden	79.785	80.264	70	10
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.642	1.577	9	194
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	129.838	128.469	38	18
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	60.527	60.405	94	175
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.167	1.118	0	0
Nachrangige Verbindlichkeiten	11.584	12.438	0	0

Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Für die nachfolgenden Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände im angegebenen Wert übertragen.

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	25.740	39.495
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	21.689	1.002

Pensionsgeschäfte

Der Buchwert der in der Bilanz ausgewiesenen und in Pension gegebenen Vermögensgegenstände in Höhe von 9,3 Mrd € betraf ausschließlich im Rahmen von Repogeschäften verpensionierte Wertpapiere.

Treuhandgeschäfte

in Mio €	Treuhandvermögen		in Mio €	Treuhandverbindlichkeiten	
	31.12.2014	31.12.2013		31.12.2014	31.12.2013
Forderungen an Kunden	30	56	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	23	23
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	32	579	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	49	1.194
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4	207			
Beteiligungen	4	4			
Sonstige Vermögensgegenstände	2	371			
Insgesamt	72	1.217	Insgesamt	72	1.217

Der Rückgang des Treuhandvermögens und der Treuhandverbindlichkeiten resultiert aus dem Verkauf des lokalen Treuhandgeschäfts auf den Philippinen.

Nachrangige Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten

Nachrangige Vermögensgegenstände

Die nachfolgende Tabelle bietet einen Überblick über die in den aufgeführten Positionen enthaltenen nachrangigen Vermögensgegenstände.

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen an Kreditinstitute	250	350
Forderungen an Kunden	245	246
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.153	1.759
Handelsbestand	8.650	6.199

Nachrangige Verbindlichkeiten

Nachrangige Verbindlichkeiten werden in Form von festverzinslichen und variabel verzinslichen Wertpapieren, Namens- und Inhaberschuldverschreibungen sowie Schuldscheindarlehen begeben und haben Ursprungslaufzeiten von mehrheitlich zwischen zwei und 24 Jahren.

Die Deutsche Bank AG ist in keinem Fall verpflichtet, nachrangige Mittelaufnahmen vorzeitig zurückzuzahlen, wobei in bestimmten Fällen eine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin möglich ist. Im Fall der Liquidation oder der Insolvenz gehen die Forderungen und Zinsansprüche aus diesen Verbindlichkeiten den Forderungen aller Gläubiger der Deutschen Bank AG, die nicht ebenfalls nachrangig sind, nach. Die Umwandlung dieser Mittel in bilanzielles Eigenkapital oder eine andere Schuldform ist in den Anleihebedingungen nicht vereinbart. Diese Bedingungen treffen auch für die nicht einzeln aufgeführten nachrangigen Mittelaufnahmen zu.

Die nachstehende Tabelle zeigt wesentliche nachrangige Verbindlichkeiten ab einem Gegenwert von 1,0 Mrd €.

Währung	Betrag in Mio	Art	Emissionsjahr	Zinssatz	Fälligkeit
€	1.150	Inhaberschuldverschreibung	2010	5,000 %	24.06.2020 ¹
US-\$	1.500	Namensschuldverschreibung	2013	4,296 %	24.05.2028 ¹
€	1.000	Namensschuldverschreibung	2008	8,000 %	15.05.2038 ¹
€	1.300	Namensschuldverschreibung	2009	9,500 %	31.03.2039 ¹
US-\$	1.385	Namensschuldverschreibung	2008	8,050 %	unbefristet ¹
US-\$	1.975	Namensschuldverschreibung	2008	7,600 %	unbefristet ¹

¹ Vorzeitige Rückzahlungsmöglichkeit durch Kündigung der Schuldverschreibungen zu vertraglich festgelegten Zeitpunkten.

Die Aufwendungen (inklusive Ergebnis aus derivativen Sicherungsinstrumenten) für die gesamten nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von 14,9 Mrd € beliefen sich in 2014 auf insgesamt 530 Mio €. Hierin enthaltene abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 300 Mio € sind unter dem Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen.

Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals

Am 20. Mai 2014 hat die Deutsche Bank AG Zusätzliche Tier-1-Anleihen („Anleihen“) in Höhe von 3,5 Mrd € begeben. Optionsscheine zum Erwerb von 30.250 Aktien, die anfänglich mit den Zusätzlichen AT1-Anleihen verbunden waren, wurden vom Erstzeichner der Anleihen abgetrennt. Am 19. November 2014 hat die Deutsche Bank AG weitere Zusätzliche Tier-1-Anleihen in Höhe von 1,2 Mrd € emittiert.

Die Zusätzlichen AT1-Anleihen stellen unbesicherte und nachrangige Anleihen der Deutschen Bank dar. Die Zinszahlungen für diese Anleihen bemessen sich an deren Nominalbetrag und sind für den Zeitraum vom Ausgabebetrag bis zum ersten möglichen vorzeitigen Rückzahlungstag fix. Danach wird der Zinssatz für jeweils fünf Jahre neu festgelegt. Die Anleihebedingungen beinhalten Regelungen, nach denen die Deutsche Bank sowohl verpflichtet werden kann als auch das umfassende Recht zur alleinigen Entscheidung hat, jederzeit Zinszahlungen entfallen zu lassen. Zinszahlungen sind nicht kumulativ und werden in Folgejahren nicht höher ausfallen, um etwaige ausgefallene Zinszahlungen aus Vorjahren nachzuholen. Die Anleihen haben kein Fälligkeitsdatum. Sie können von der Deutschen Bank zum ersten möglichen vorzeitigen Fälligkeitsdatum gekündigt werden und danach alle fünf Jahre. Des Weiteren können sie unter bestimmten Bedingungen vorzeitig

gekündigt werden. Die Anleihen unterliegen den im jeweiligen Prospekt ausgeführten Bedingungen, die unter anderem beinhalten, dass die Deutsche Bank die Anleihen nur ganz und nicht teilweise kündigen kann, sofern dafür bestimmte aufsichtsrechtliche oder steuerliche Gründe vorliegen. Jede vorzeitige Kündigung bedarf der vorherigen Zustimmung der zuständigen Aufsichtsbehörde. Der Rückzahlungs- und der Nominalbetrag der Anleihen kann bei Vorliegen eines auslösenden Sachverhalts vermindert werden. Einen solchen auslösenden Sachverhalt stellt es dar, wenn die Tier-1-Kernkapitalquote des Deutsche Bank-Konzerns, berechnet auf konsolidierter Basis, unter 5,125 % fällt. Die Anleihen können bei Vorliegen eines auslösenden Sachverhalts unter bestimmten Bedingungen zugeschrieben werden.

Der abgegrenzte Zinsaufwand für diese Anleihen betrug zum 31. Dezember 2014 148 Mio € und ist in den Sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Am 31. Dezember 2014 ausstehende Zusätzliche Tier-1-Anleihen

Währung	Betrag in Mio	Art	Emissionsdatum	Zinssatz	Fälligkeit
€	1.750	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	20.05.2014	6,000 %	30.04.2022
US-\$	1.250	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	20.05.2014	6,250 %	30.04.2020
Britische Pfund	650	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	20.05.2014	7,125 %	30.04.2026
US-\$	1.500	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	19.11.2014	7,500 %	30.04.2025

Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Deutsche Bank AG bietet ihren Mitarbeitern Leistungen für die Zeit nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (im Folgenden Pensionspläne genannt) an, und umfasst sowohl beitragsdefinierte als auch leistungsdefinierte Zusagen.

Die Mehrheit der Anspruchsberechtigten dieser Pläne befindet sich in Deutschland. Die Höhe der Versorgungszusagen an die Mitarbeiter basiert in erster Linie auf deren Vergütung und der Dauer ihrer Konzernzugehörigkeit.

Der Bewertungsstichtag für alle leistungsdefinierten Pläne ist der 31. Dezember. Sämtliche Pläne werden gemäß dem Verfahren der laufenden Einmalprämien bewertet. Diese Bewertung beinhaltet versicherungsmathematische Annahmen über demografische Entwicklungen, Gehalts- und Rentensteigerungen sowie Inflationsraten. Die Festsetzung der Diskontierungszinssätze folgt den Regelungen des § 253 Absatz 2 HGB.

Zugrunde gelegte versicherungsmathematische Annahmen	31.12.2014	31.12.2013
Diskontierungszinssatz	4,44 %	4,79 %
Inflationsrate	1,70 %	2,00 %
Nominale Gehaltssteigerungsrate	2,20 %	3,00 %
Nominale Pensionssteigerungsrate	1,60 %	2,00 %
Wahrscheinlichkeiten zur Lebenserwartung/Invalidisierung	Richttafeln Heubeck 2005 G	Richttafeln Heubeck 2005 G

Die Verpflichtungen aus diesen leistungsdefinierten Versorgungszusagen sind zumeist durch Deckungsvermögen unterlegt. Für überdotierte Verpflichtungen wird in der Bilanz ein aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung ausgewiesen. Im Fall einer Unterdotierung oder für Verpflichtungen aus intern finanzierten Plänen der Bank werden entsprechende Rückstellungen gebildet.

Für beitragsdefinierte Pensionszusagen in Deutschland, wo die Deutsche Bank AG mit anderen Finanzinstituten Mitgliedsunternehmen des BVV ist, gilt die Subsidiärhaftung des Arbeitgebers, welche die Pensionsleistungen und deren gesetzlich vorgeschriebenen Anpassungen umfasst.

Darüber hinaus gibt es Rückstellungen für weitere ähnlich langfristige Verpflichtungen, vornehmlich in Deutschland, beispielsweise für Dienstjubiläen oder Vorruhestandsvereinbarungen. Der Konzern dotiert diese Pläne bei Fälligkeit der zu erbringenden Leistungen.

in Mio €	Pensionspläne	
	31.12.2014	31.12.2013
Pensionsverpflichtung	4.586	4.621
Beizulegender Zeitwert des Deckungsvermögens	5.548	5.154
davon: Anschaffungskosten des Deckungsvermögens	5.133	5.198
davon: Summe nicht realisierter Gewinne des Deckungsvermögens	415	13
Überdeckung am Jahresende (Saldo)	962	533
Nettobilanzwert Vermögen	962	533
davon: bilanziert als Aktivischer Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	1.010	591
davon: bilanziert als Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	48	57

in Mio €	Pensionspläne	
	2014	2013
Erträge des Planvermögens	481	8
Zinsaufwand der Pensionsverpflichtung	398	514
Nettozinsertrag/-aufwand (–)	83	–506
davon: erfasst als Sonstige betriebliche Erträge	89	4
davon: erfasst als Sonstige betriebliche Aufwendungen	6	510

Restlaufzeitengliederung

Laufzeitengliederung der Forderungen

in Mio €	31.12. 2014	31.12. 2013
Andere Forderungen an Kreditinstitute ohne täglich fällige Forderungen	99.061	79.757
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	47.765	34.247
mehr als drei Monate bis ein Jahr	21.188	17.743
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	18.094	14.911
mehr als fünf Jahre	12.014	12.857
Forderungen an Kunden	238.155	206.807
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	133.267	131.953
mehr als drei Monate bis ein Jahr	43.056	25.332
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	37.745	31.369
mehr als fünf Jahre	23.300	17.389
mit unbestimmter Laufzeit	788	764

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 45,6 Mrd € werden 4,7 Mrd € in 2015 fällig.

Laufzeitengliederung der Verbindlichkeiten

in Mio €	31.12. 2014	31.12. 2013
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	113.599	108.842
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	61.319	57.784
mehr als drei Monate bis ein Jahr	27.141	26.990
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	20.538	18.823
mehr als fünf Jahre	4.601	5.245
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten mit einer Restlaufzeit von	2.272	1.940
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	1.139	734
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.076	1.144
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	56	60
mehr als fünf Jahre	1	1
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	74.903	64.315
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	41.044	40.886
mehr als drei Monate bis ein Jahr	20.871	11.558
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	5.006	4.816
mehr als fünf Jahre	7.982	7.055
Andere verbrieftete Verbindlichkeiten	22.615	34.807
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	5.609	23.275
mehr als drei Monate bis ein Jahr	16.225	11.475
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	782	48
mehr als fünf Jahre	0	10

Von den begebenen Schuldverschreibungen in Höhe von 97,2 Mrd € werden in 2015 20,4 Mrd € fällig.

Fremdwährung

Der Gesamtbetrag der Vermögensgegenstände in Fremdwährung belief sich am Bilanzstichtag auf umgerechnet 942,4 Mrd €, derjenige der Schulden auf umgerechnet 795,6 Mrd €.

Angabe zu ausschüttungsgesparten Beträgen im Sinne des § 268 Absatz 8 HGB

Nachfolgende Tabelle zeigt die bei der Gewinnausschüttung zu beachtenden Beträge nach § 268 Absatz 8 HGB. Bei der Deutschen Bank AG entsprechen die nach Gewinnausschüttung verbleibenden frei verfügbaren Rücklagen zuzüglich des Bilanzgewinns mindestens diesen zu beachtenden Beträgen. In den einzelnen Positionen sind, falls vorhanden, die passiv gebildeten latenten Steuern berücksichtigt. Deshalb können die Beträge vom Bilanzausweis abweichen.

in Mio €	31.12. 2014
Aktivierung selbst geschaffener immaterieller Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	1.528
Aktivierung latenter Steuern	3.561
Unrealisierte Gewinne des Planvermögens	395
Summe der ausschüttungsgesperrten Beträge	5.483

Eigenkapital

Eigene Aktien

Verteilt über das Jahr 2014 haben die Bank beziehungsweise mit ihr verbundene Unternehmen für Handelszwecke 280.902.168 Deutsche Bank-Aktien zu den jeweiligen Tageskursen erworben und 280.871.047 Deutsche Bank-Aktien zu den jeweiligen Tageskursen veräußert. Der Erwerb Eigener Aktien stützte sich auf die von der Hauptversammlung am 23. Mai 2013 erteilte Ermächtigung gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG, deren Schranken bei jedem Kauf- und Verkaufsvorgang eingehalten wurden. Der durchschnittliche Kaufpreis betrug 29,60 €, der durchschnittliche Verkaufspreis 29,57 € je Stückaktie. Das Ergebnis wurde in den Gewinnrücklagen berücksichtigt.

Die im Verlauf von 2014 insgesamt für Handelszwecke umgesetzten Eigenen Aktien entsprachen rund 20 % des Grundkapitals. Der höchste Tagesbestand belief sich auf 0,12 %, der tägliche Durchschnittsbestand auf 0,03 % des Grundkapitals.

Ferner wurde die Bank durch Beschlüsse der Hauptversammlungen am 22. Mai 2014 sowie am 23. Mai 2013 ermächtigt, Eigene Aktien gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG zu erwerben. Die in diesen Beschlüssen gesetzten Schranken wurden bei jedem Kauf- und Verkaufsvorgang eingehalten. Die durch die Hauptversammlung am 23. Mai 2013 erteilte und bis zum 30. November 2016 befristete Ermächtigung zum Erwerb Eigener Aktien wurde ab Wirksamwerden der Ermächtigung vom 22. Mai 2014 aufgehoben.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 22. Mai 2014 ergänzend ermächtigt, den Aktienwerb unter der beschlossenen Ermächtigung gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG auch unter Einsatz von Put- oder Call-Optionen oder Terminkaufverträgen durchzuführen. Die Schranken beim Einsatz solcher Derivate wurden bei jedem Kauf- und Verkaufsvorgang eingehalten.

Am Jahresende 2014 hatte die Deutsche Bank AG 83.235 Stück Eigene Aktien gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG im Bestand. Der Bestand gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG belief sich auf 108.039 Stück; das sind 0,00 % des Grundkapitals. Der Bank und den mit ihr verbundenen Unternehmen waren am 31. Dezember 2014 4.411.112 Stück Deutsche Bank-Aktien als Kreditsicherheit verpfändet (Ende 2013: 1.070.964 Stück), das sind 0,32 % (Ende 2013: 0,11 %) des Grundkapitals.

Entwicklung des gezeichneten, genehmigten und bedingten Kapitals

Das gezeichnete Kapital ist eingeteilt in 1.379.273.131 Stückaktien, die auf den Namen lauten. Am 23. Juni 2014 wurden 359.773.491 neue Aktien aus genehmigtem Kapital ohne Bezugsrechte gegen Bareinlage ausgegeben. Ohne den Bestand an Eigenen Aktien beliefen sich die im Umlauf befindlichen Aktien am 31. Dezember 2014 auf 1.379.081.857 Stück (Ende 2013: 1.019.443.379 Stück). Die durchschnittliche Zahl umlaufender Aktien betrug im Berichtsjahr 1.199.745.678 Stück.

in €	Gezeichnetes Kapital ¹	Genehmigtes Kapital	Bedingtes Kapital (noch ausübbar)
Stand 31.12.2013	2.609.919.078,40	921.600.000,00	691.200.000,00
Kapitalerhöhung gegen Bareinlage	921.020.136,96	- 921.020.136,96	0
Aufhebung gemäß Hauptversammlungs- beschluss vom 22. Mai 2014	0	0	- 460.800.000,00
Erhöhung gemäß Hauptversammlungs- beschluss vom 22. Mai 2014	0	256.000.000,00	256.000.000,00
Stand 31.12.2014	3.530.939.215,36	256.579.863,04	486.400.000,00

¹ Inklusive Nominalwert der Eigenen Aktien.

Einzelheiten zu dem genehmigten und noch ausübbar bedingten Kapital sind in den Angaben nach § 289 Absatz 4 HGB dargestellt.

Veränderung des Eigenkapitals

in Mio €		
Stand 31.12.2013		37.839
Ausschüttung in 2014		- 765
Gewinnvortrag		- 156
Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen		
– Erhöhung des gezeichneten Kapitals	921	
– Einstellung in die Kapitalrücklage	7.587	8.508
Eigene Anteile		
– Veränderung Nominalwert im gezeichneten Kapital	- 0	
– Veränderung Anschaffungskosten	5	
– Realisierte Gewinne (Nicht-Handel)	0	
– Realisiertes Ergebnis (Handel)	- 12	
– Realisierte Verluste (Nicht-Handel)	- 23	- 30
Einstellung in andere Gewinnrücklage		250
Bilanzgewinn 2014		1.169
Stand 31.12.2014		46.816

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Erträge nach geografischen Märkten

Der Gesamtbetrag der Zinserträge, laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, der Provisionserträge, des Nettoertrags des Handelsbestands und der sonstigen betrieblichen Erträge verteilt sich auf verschiedene Regionen und führt gemäß § 34 Absatz 2 RechKredV zu folgender Übersicht:

in Mio €	2014	2013
Bundesrepublik Deutschland	8.266	9.164
Europa ohne Deutschland	9.911	11.027
Amerika	6.218	4.270
Afrika/Asien/Australien	4.358	3.590
Insgesamt	28.754	28.051

Für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung

Für Dritte wurden nachstehende Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung erbracht: Depotverwaltung, Vermittlung von Hypotheken, Versicherungen und Bausparverträgen, Verwaltung von Treuhandvermögen und Vermögensverwaltung.

Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 2,2 Mrd € umfassten im Wesentlichen die Wertveränderungen aus Nichthandelsderivaten in Höhe von 733 Mio € sowie Erträge aus der Währungsumrechnung der Bilanzbestände von 672 Mio €.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 4,4 Mrd € beinhalteten Aufwendungen in Höhe von 1,4 Mrd €, die im Zusammenhang mit dem Verkauf der Nevada Property 1 LLC, einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft und Eigentümerin von The Cosmopolitan of Las Vegas, stehen. Diese Aufwendungen sind vollständig durch einen Dividendenertrag von einem verbundenen Unternehmen ausgeglichen, der ebenfalls mit dem vorgenannten Verkauf im Zusammenhang steht. Die Dividendenzahlung wurde im laufenden Ergebnis verbucht. Des Weiteren sind in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen Wertveränderungen aus Nichthandelsderivaten in Höhe von 1,3 Mrd € sowie Aufwendungen aus Rechtsstreitigkeiten in Höhe von 856 Mio € enthalten.

Außerordentliches Ergebnis

Außerordentliche Erträge in Höhe von 297,6 Mio € resultieren aus der Verschmelzung zweier verbundener Unternehmen zum beizulegenden Zeitwert (2013: 0,0 Mio €).

Außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 107,6 Mio € stehen im Zusammenhang mit Restrukturierungsaktivitäten (2013: Aufwendungen von 143,5 Mio €).

Aus außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen ergibt sich ein außerordentliches Ergebnis von 190,0 Mio € (2013: minus 143,5 Mio €).

Sonstige Erläuterungen

Außerbilanzielle Transaktionen

Unter dem Bilanzstrich weist die Bank Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen aus, soweit für diese keine Rückstellungen gebildet wurden. Die Entscheidung, ob ein Ausweis der Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen außerhalb der Bilanz oder durch Rückstellungsbildung erfolgt, wird nach dem Ergebnis der Einschätzung des Kreditrisikos getroffen. Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen werden ferner um als Verbindlichkeiten bilanzierte erhaltene Barsicherheiten gekürzt.

Das Risiko von Verlusten aus der Inanspruchnahme von Eventualverbindlichkeiten wird durch die bestehenden Rückgriffsmöglichkeiten auf den jeweiligen Auftraggeber reduziert und beruht damit im Wesentlichen auf dem Kreditrisiko der Auftraggeber.

Die Bank schätzt das Risiko ab, dass aus der Inanspruchnahme einer Eventualverbindlichkeit oder von einer unwiderruflichen Kreditusage ein Verlust resultiert, vor dem verbindlichen Eingehen ihrer Verpflichtung im Rahmen einer Kreditprüfung des Auftraggebers sowie gegebenenfalls anhand einer Bewertung der erwarteten Erfüllung der zugrunde liegenden Verpflichtungen durch den jeweiligen Auftraggeber. Die Bank überprüft darüber hinaus während der Laufzeit ihrer Verpflichtungen regelmäßig, ob aus Inanspruchnahmen der Eventualverbindlichkeiten oder der unwiderruflichen Kreditzusagen Verluste zu erwarten sind. Unter Umständen verlangt die Bank die Stellung von Sicherheiten, um das Risiko von Verlusten aus der Inanspruchnahme zu mindern. Die im Rahmen dieser Beurteilungen abgeschätzten Verlustbeträge werden in der Bilanz als Rückstellungen erfasst.

Eventualverbindlichkeiten

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernimmt die Deutsche Bank AG im Auftrag ihrer Kunden regelmäßig Bürgschaften, Akkreditive und Kredithaftungen. Im Rahmen dieser Verträge ist es für die Deutsche Bank AG erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen gemäß Vertrag nicht erfüllt. Für diese Haftungsverhältnisse ist der Bank im Einzelnen nicht bekannt, ob, wann und in welcher Höhe eine Inanspruchnahme erfolgen wird. Sofern die Kreditrisikoüberwachung hinreichend konkrete Erkenntnisse über einen Verlust aus einer zu erwartenden Inanspruchnahme ergibt, erfolgt eine Rückstellungsbildung.

In der nachfolgenden Tabelle werden die gesamten potenziellen Zahlungen aus Bürgschaften, Akkreditiven und Kredithaftungen nach Abzug von in der Bilanz berücksichtigten Barsicherheiten und Rückstellungen dargestellt. Die Übersicht zeigt die Maximalbeträge der möglichen Inanspruchnahme der Deutschen Bank AG, wenn sämtliche eingegangenen Verpflichtungen erfüllt werden müssten und gleichzeitig sämtliche Rückgriffsmöglichkeiten auf die Auftraggeber nicht erfüllt werden. Die Tabelle bildet insofern nicht die zukünftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme ab, da viele dieser Vereinbarungen ohne Inanspruchnahme auslaufen oder entstehende Inanspruchnahmen durch Rückgriff auf die Auftraggeber ausgeglichen werden.

in Mio €	31.12. 2014	31.12. 2013
Bürgschaften, Garantien	48.594	49.117
Akkreditive	5.545	5.131
Kredithaftungen	6.253	1.106

Unwiderrufliche Kreditzusagen

Von den unwiderruflichen Kreditzusagen am 31. Dezember 2014 in Höhe von 120,4 Mrd € betreffen 108,5 Mrd € Zusagen von Buch- und Wechselkrediten an Nichtbanken.

Die Deutsche Bank AG gewährt unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen ihrer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch die Deutsche Bank widerrufen werden können. Diese Kreditzusagen werden mit dem Nominalwert nach Abzug von in der Bilanz berücksichtigten Barsicherheiten und Rückstellungen gezeigt. Die oben genannten Beträge stellen nicht die zukünftig zu erwartenden Zahlungsströme dar, da viele dieser Verträge ohne Inanspruchnahme auslaufen. Unwiderrufliche Kreditzusagen werden nicht in der Bilanz ausgewiesen, aber bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt. Sofern die Kreditrisikoüberwachung hinreichend konkrete Erkenntnisse über einen Verlust aus einer zu erwartenden Inanspruchnahme ergibt, erfolgt eine Rückstellungsbildung.

Die Deutsche Bank AG unterhält verschiedene Geschäftsbeziehungen zu sogenannten Zweckgesellschaften („SPEs“), die einen bestimmten Geschäftszweck erfüllen sollen. SPEs dienen hauptsächlich dazu, Kunden Zugang zu spezifischen Portfolios von Vermögensgegenständen und Risiken zu ermöglichen sowie den Kunden durch die Verbriefung von finanziellen Vermögensgegenständen Zugang zu liquiden Märkten zu verschaffen. In der Regel profitiert die Deutsche Bank AG von Dienstleistungsgebühren oder Provisionserträgen, die sie für die Gründung von SPEs erhält, oder weil sie als Investment Manager, Depotbank oder in einer anderen Funktion agiert. SPEs können als Kapital-, Investment- oder Personengesellschaften gegründet werden. Generell können verschiedenste Arten von Geschäftsbeziehungen zu SPEs bestehen. Die Deutsche Bank AG hat primär Liquiditätsfazilitäten ausgereicht, die als unwiderrufliche Kreditzusagen in den Anderen Verpflichtungen unter dem Bilanzstrich ausgewiesen werden. Die Deutsche Bank AG stellt den SPEs finanzielle Unterstützung bereit in Verbindung mit Commercial-Paper-Conduits-Programmen, der Verbriefung von Forderungen (Asset Securitizations), Investmentanteilen und Immobilienleasing. Solche Zweckgesellschaften sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor für das Funktionieren etlicher wichtiger Teile der Kapitalmärkte einschließlich der Märkte für durch Grundpfandrechte und andere Vermögensgegenstände unterlegte Wertpapiere (Asset-backed Securities), da sie Investoren im Rahmen der Verbriefungsprogramme den Zugang zu spezifischen Zahlungsströmen und Risiken ermöglichen. Zum 31. Dezember 2014 hatten diese Vereinbarungen keine wesentlichen Auswirkungen auf unsere Kreditvereinbarungen, Kapitalquoten, Bonitätseinstufungen sowie Dividenden.

Sonstige Verpflichtungen

Kaufverpflichtungen sind rechtlich durchsetzbare und bindende Vereinbarungen, Waren oder Dienstleistungen zu festgesetzten Konditionen wie Mindestabnahmemengen oder Festpreisen zu erwerben. Aus solchen Verträgen besteht für die Deutsche Bank AG das Risiko, dass die Vertragskonditionen ungünstiger sind als die Konditionen zum Zeitpunkt der Vertragserfüllung oder dass die mit dem Vertrag verbundenen Kosten höher sind als der ökonomische Nutzen. Die Bank überprüft im Rahmen der Jahresabschlusserstellung, ob Verluste aus sonstigen Verpflichtungen drohen. In solchen Fällen wird eine Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet.

Die Kaufverpflichtungen für Waren und Dienstleistungen beliefen sich zum 31. Dezember 2014 auf 1,4 Mrd € und beinhalten zukünftige Zahlungen unter anderem für Informationstechnologie und Gebäudemanagement.

Leasingverträge liegen vor, wenn der Eigentümer (Leasinggeber) eines Vermögensgegenstands für einen bestimmten Zeitraum das Recht zur Nutzung des Vermögensgegenstands an eine andere Partei (Leasingnehmer) gegen regelmäßige Zahlungen überträgt. Leasingverträge werden als Operating Lease klassifiziert, wenn die Verträge ein begrenztes oder unbegrenztes Recht zur Kündigung durch den Leasingnehmer vorsehen. Die Mehrheit der Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum am Vermögensgegenstand einhergehen, verbleibt beim Leasinggeber; der Leasingnehmer bleibt wirtschaftlicher Eigentümer. Verträge über Operating Lease bieten eine Alternative zum Eigentum, da sie dem Leasingnehmer ermöglichen, einen Vermögensgegenstand zu nutzen, ohne direkt in den Vermögensgegenstand zu investieren. Die bestehenden Verpflichtungen der Deutschen Bank aus Operating Lease schließen Miet- und Pachtverträge für Gebäude und Betriebs-

und Geschäftsausstattung ein. Die Mehrheit der Leasingverträge sind Gebäudeleasings, bei denen die Deutsche Bank Leasingnehmer ist. Die Zahlungsverpflichtungen aus Miet- und Pachtverträgen sowie aus Leasingverträgen betragen zum 31. Dezember 2014 2,0 Mrd € bei Restlaufzeiten von bis zu 22 Jahren.

Per 31. Dezember 2014 belief sich der noch nicht amortisierte Aufwand für aufgeschobene variable Vergütung – einschließlich der Neuzusagen im Februar 2015 – auf circa 1,3 Mrd €.

Einzahlungsverpflichtungen aus nicht voll eingezahlten Aktien, GmbH-Anteilen und sonstigen Anteilen beliefen sich Ende 2014 auf 253 Mio €.

Aus der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, bestehen eine Nachschusspflicht bis zu 72 Mio € und eine quotale Eventualhaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer dem Bundesverband deutscher Banken e. V., Berlin, angehörender Gesellschafter.

Die Nachschusspflichten auf sonstige Anteile beliefen sich am 31. Dezember 2014 auf insgesamt 0,1 Mio €.

Gemäß § 5 Absatz 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds hat die Deutsche Bank sich verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e. V., Berlin, von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zugunsten von im Mehrheitsbesitz der Deutschen Bank stehenden oder von durch sie beherrschten Kreditinstituten anfallen.

Des Weiteren hat sich die Deutsche Bank AG gemäß § 3 Absatz 1a des Statuts des Einlagensicherungsfonds für Bank-Bausparkassen verpflichtet, den Fachverband für Bank-Bausparkassen e. V. von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zugunsten der Deutschen Bank Bauspar AG, Frankfurt am Main, anfallen.

Im Rahmen der Geschäftstätigkeit unserer Auslandsfilialen waren Sicherheitsleistungen aufgrund gesetzlicher Regelungen von 20,2 Mrd € erforderlich.

Verpflichtungen aus Geschäften an Terminbörsen sowie gegenüber Clearingstellen, für die Wertpapiere als Sicherheit hinterlegt wurden, beliefen sich zum 31. Dezember 2014 auf 10,9 Mrd €.

Es bestehen Eventualhaftungen in Höhe von insgesamt 36 Mio €, die im Wesentlichen im Zusammenhang mit der Weiterveräußerung des Handelshauses Klöckner & Co. AG, Duisburg, stehen.

Patronatserklärung

Die Deutsche Bank AG trägt für die folgenden Gesellschaften, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass sie ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen können

DB Investments (GB) Limited, London

Deutsche Asset & Wealth Management International
GmbH, Frankfurt am Main

Deutsche Asset & Wealth Management Investment
GmbH, Frankfurt am Main

Deutsche Australia Limited, Sydney

DEUTSCHE BANK A.Ş., Istanbul

Deutsche Bank Americas Holding Corp., Wilmington

Deutsche Bank (China) Co., Ltd., Peking

Deutsche Bank Europe GmbH, Frankfurt am Main

Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg

Deutsche Bank (Malaysia) Berhad, Kuala Lumpur

Deutsche Bank Nederland N.V., Amsterdam

Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna, Warschau

Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG,
Frankfurt am Main

Deutsche Bank S.A., Buenos Aires

Deutsche Bank S.A. – Banco Alemão, São Paulo

Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española, Madrid

Deutsche Bank Società per Azioni, Mailand

Deutsche Bank (Suisse) SA, Genf

Deutsche Bank Trust Company Americas, New York

Deutsche Futures Singapore Pte Ltd, Singapur

Deutsche Holdings (Malta) Ltd., St. Julians

Deutsche Immobilien Leasing GmbH, Düsseldorf

Deutsche Morgan Grenfell Group Public Limited
Company, London

Deutsche Postbank AG, Bonn

Deutsche Securities Inc., Tokyo

Deutsche Securities Asia Limited, Hongkong

Deutsche Securities Limited, Hongkong

DWS Holding & Service GmbH, Frankfurt am Main

DWS Investment S.A., Luxemburg

norisbank GmbH, Berlin

Public joint-stock company „Deutsche Bank DBU“, Kiew

ООО „Deutsche Bank“, Moskau

Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA, Köln

Angaben nach § 28 Pfandbriefgesetz

Nachfolgend werden die Angaben nach § 28 Pfandbriefgesetz („PfandBG“) offengelegt.

Im Umlauf befindliche Pfandbriefe und dafür verwendete Deckungswerte (§ 28 Absatz 1 Nr. 1 PfandBG)

in Mio €	31.12.2014				
	Nominalwert	Barwert	Risikobarwert - Hochzins- szenario	Risikobarwert - Niedrigzins- szenario	Risikobarwert - Worst-Case- Szenario inkl. Währungs- veränderungen
Hypothekendarpfandbriefe	5.229,9	5.603,3	5.128,2	5.710,7	5.128,2
Deckungswerte	6.994,0	8.227,5	7.266,0	8.503,4	7.266,0
Deckungswerte gem. § 12 (1)	6.804,0	8.028,9	7.077,5	8.303,4	7.077,5
Deckungswerte gem. § 19 (1) Nr. 1	0	0	0	0	0
Deckungswerte gem. § 19 (1) Nr. 2 ¹	190,0	198,6	188,4	200,1	188,4
als % der umlaufenden Pfandbriefe	3,6	3,5	3,7	3,5	3,7
Deckungswerte gem. § 19 (1) Nr. 3 ²	190,0	198,6	188,4	200,1	188,4
als % der umlaufenden Pfandbriefe	3,6	3,5	3,7	3,5	3,7
Deckungswerte gem. § 19 (1) Nr. 4 (Forderungen)	0	0	0	0	0
als % der gesamten Deckungswerte	0	0	0	0	0
Deckungswerte gem. § 19 (1) Nr. 4 (Verbindlichkeiten)	0	0	0	0	0
als % der umlaufenden Pfandbriefe	0	0	0	0	0
Überdeckung	1.764,1	2.624,2	2.137,8	2.792,7	2.137,8
als % der umlaufenden Pfandbriefe	33,7	46,8	41,7	48,9	41,7

Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und § 6 Abs. 2 Nr. 1 PfandBarwertV statischer Ansatz.

¹ Inkl. Deckungswerte gem. § 4 (1) Satz 2 PfandBG.

² Inkl. Deckungswerte gem. § 19 (1) Nr. 2 PfandBG.

in Mio €	31.12.2013				
	Nominalwert	Barwert	Risikobarwert - Hochzins- szenario	Risikobarwert - Niedrigzins- szenario	Risikobarwert - Worst-Case- Szenario inkl. Währungs- veränderungen
Hypothekendarpfandbriefe	4.989,9	5.227,6	4.746,0	5.517,1	4.746,0
Deckungswerte	6.495,2	7.312,9	6.479,2	7.994,1	6.479,2
Deckungswerte gem. § 12 (1)	6.309,2	7.120,7	6.299,4	7.796,4	6.299,4
Deckungswerte gem. § 19 (1) Nr. 1	0	0	0	0	0
Deckungswerte gem. § 19 (1) Nr. 2 ¹	186,0	192,2	179,8	197,7	179,8
als % der umlaufenden Pfandbriefe	3,7	3,7	3,8	3,6	3,8
Deckungswerte gem. § 19 (1) Nr. 3 ²	186,0	192,2	179,8	197,7	179,8
als % der umlaufenden Pfandbriefe	3,7	3,7	3,8	3,6	3,8
Deckungswerte gem. § 19 (1) Nr. 4 (Forderungen)	0	0	0	0	0
als % der gesamten Deckungswerte	0	0	0	0	0
Deckungswerte gem. § 19 (1) Nr. 4 (Verbindlichkeiten)	0	0	0	0	0
als % der umlaufenden Pfandbriefe	0	0	0	0	0
Überdeckung	1.505,3	2.085,3	1.733,2	2.477,0	1.733,2
als % der umlaufenden Pfandbriefe	30,2	39,9	36,5	44,9	36,5

Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und § 6 Abs. 2 Nr. 1 PfandBarwertV statischer Ansatz.

¹ Inkl. Deckungswerte gem. § 4 (1) Satz 2 PfandBG.

² Inkl. Deckungswerte gem. § 19 (1) Nr. 2 PfandBG.

Die Deckungswerte sind Forderungen an Kunden, welche durch Grundpfandrechte besichert sind. Die weiteren Deckungswerte sind gemäß PfandBG Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere.

Laufzeitstruktur (§ 28 Absatz 1 Nr. 2 PfandBG)

Laufzeitstruktur in Mio €	Laufzeitstruktur des Umlaufs		Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse	
	31.12. 2014	31.12. 2013	31.12. 2014	31.12. 2013
Laufzeit bis 6 Monate	200,0	35,0	428,2	417,2
Laufzeit mehr als 6 Monate bis 12 Monate	200,0	0	235,7	166,7
Laufzeit mehr als 12 Monate bis 18 Monate	1.000,0	200,0	199,7	255,2
Laufzeit mehr als 18 Monate bis 2 Jahre	200,0	200,0	241,2	237,5
Laufzeit mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	205,0	1.200,0	381,5	438,0
Laufzeit mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	1.000,0	205,0	514,4	369,1
Laufzeit mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	759,9	1.000,0	940,4	494,8
Laufzeit mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	1.510,0	2.139,9	2.880,1	3.048,4
Laufzeit mehr als 10 Jahre	155,0	10,0	1.172,8	1.068,3
Insgesamt	5.229,9	4.989,9	6.994,0	6.495,2

Anteil der Derivategeschäfte im Deckungsstockvolumen (§ 28 Absatz 1 Nr. 3 PfandBG)

Zum 31. Dezember 2014 sowie zum 31. Dezember 2013 befanden sich keine Derivate in der Deckungsmasse.

Deckungswerte nach Größenklassen (§ 28 Absatz 2 Nr. 1a PfandBG)

Die im Gesamtbetrag von 6,8 Mrd € (2013: 6,3 Mrd €) enthaltenen einzelnen Deckungswerte mit einem Nominalwert von weniger als 0,3 Mio € beliefen sich auf 5,0 Mrd € (2013: 4,7 Mrd €), die mit einem Nominalwert zwischen 0,3 Mio € und 1 Mio € beliefen sich auf 1,3 Mrd € (2013: 1,1 Mrd €), die mit einem Nominalwert zwischen 1 Mio € und 10 Mio € beliefen sich auf 516 Mio € (2013: 456 Mio €) und die mit einem Nominalwert von mehr als 10 Mio € auf 10 Mio € (2013: 10 Mio €).

Zur Deckung für Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Staaten, in denen die belehnten Grundstücke liegen, und nach Nutzungsart (§ 28 Absatz 2 Nr. 1b und 1c PfandBG)

31.12.2014	Wohnwirtschaftlich						Gewerblich					
	Wohnungen	Einfamilienhäuser	Mehrfamilienhäuser	Sonstige	Insgesamt	Bürogebäude	Handelsgebäude	Industriegebäude	Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	Insgesamt	Bauplätze	Insgesamt
in Mio €												
Bundesrepublik Deutschland	1.016,1	3.248,4	1.652,0	0	5.916,4	268,4	103,7	102,7	412,7	887,6	0	6.804,0
Vereinigtes Königreich	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Schweiz	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Frankreich	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Belgien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Niederlande	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	1.016,1	3.248,4	1.652,0	0	5.916,4	268,4	103,7	102,7	412,7	887,6	0	6.804,0

31.12.2013	Wohnwirtschaftlich						Gewerblich					
	Wohnungen	Einfamilienhäuser	Mehrfamilienhäuser	Sonstige	Insgesamt	Bürogebäude	Handelsgebäude	Industriegebäude	Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	Insgesamt	Bauplätze	Insgesamt
in Mio €												
Bundesrepublik Deutschland	948,6	3.018,8	833,0	827,2	5.627,6	344,0	0	97,4	240,1	681,5	0	6.309,1
Vereinigtes Königreich	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Schweiz	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Frankreich	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Belgien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Niederlande	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	948,6	3.018,8	833,0	827,2	5.627,6	344,0	0	97,4	240,1	681,5	0	6.309,1

Rückstände aus Hypothekendarlehen, die zur Deckung von Hypothekendarlehenpfandbriefen verwendet wurden (§ 28 Absatz 2 Nr. 2 PfandBG)

Zum 31. Dezember 2014 sowie zum 31. Dezember 2013 gab es keine mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen aus Hypothekendarlehenpfandbriefen, die zur Deckung von Hypothekendarlehenpfandbriefen verwendet wurden.

Weitere Angaben zu Hypothekendarlehenpfandbriefen (§ 28 Absatz 2 Nr. 4 PfandBG)

Zum Jahresende 2014 sowie 2013 gab es keine anhängigen Zwangsversteigerungen. In den Geschäftsjahren 2014 und 2013 wurden keine Zwangsversteigerungen durchgeführt und keine Grundstücke zur Verhütung von Verlusten übernommen. Ferner wurden keine Rückstände auf zu leistende Zinsen verzeichnet.

Zinsstruktur (§ 28 Absatz 1 Nr. 9 PfandBG)

in € (sofern nicht anders angegeben)	Nennwert	
	31.12. 2014	31.12. 2013
Festverzinsliche Hypothekendarlehenpfandbriefe	4.695	4.420
Als % der umlaufenden Pfandbriefe	90	89
Festverzinsliche Deckungswerte	6.821	6.255
Als % der Deckungswerte	98	96

Nettobarwert je Währung (§ 28 Absatz 1 Nr. 10 PfandBG)

Währung in Mio €	Nennwert	
	31.12. 2014	31.12. 2013
Euro	2.138	1.733

Kennzahlen (§ 28 Absatz 2 Nr. 3¹, § 28 Absatz 1 Nr. 11², § 28 Absatz 1 Nr. 7³ PfandBG)

in €	31.12. 2014	31.12. 2013
durchschnittlicher, anhand des Beleihungswertes gewichteter Beleihungsauslauf ¹	50	0
Volumengewichteter Durchschnitt der seit der Hypothekendarlehensvergabe verstrichenen Laufzeit in Jahren ²	4	4
Gesamtbetrag der Forderungen, die die Grenzen des § 13 (1) überschreiten (Länder ohne Befriedigungsvorrecht) ³	0	0

Angaben nach § 160 Absatz 1 Nr. 8 AktG

Zum 31. Dezember 2014 waren uns folgende Aktionäre, die gemäß § 21 Wertpapierhandelsgesetz einen Stimmrechtsanteil von mindestens 3 % halten, bekannt:

Paramount Services Holdings Ltd., British Virgin Islands, meldete einen Bestand von 5,83 % Deutsche Bank-Aktien seit 25. Juni 2014.

BlackRock, Inc., New York, meldete einen Bestand von 6,62 % Deutsche Bank-Aktien seit 25. September 2014.

Vorstand und Aufsichtsrat

Die Gesamtbezüge des Vorstands sind im Vergütungsbericht auf den Seiten 82 bis 90 dargestellt. An frühere Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank AG oder ihre Hinterbliebenen wurden im Jahr 2014 20.591.504 € (2013: 31.933.691 €) gezahlt.

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der Satzung geregelt. Die Vergütungsregelungen wurden zuletzt durch Beschluss der Hauptversammlung vom 22. Mai 2014 geändert, die am 17. Juli 2014 wirksam wurden. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine feste jährliche Vergütung. Die jährliche Grundvergütung beträgt für jedes Aufsichtsratsmitglied 100.000 €, für den Aufsichtsratsvorsitzenden das 2-Fache und für den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden das 1,5-Fache dieses Betrages. Für Mitgliedschaft und Vorsitz in den Ausschüssen des Aufsichtsrats werden zusätzliche feste jährliche Vergütungen gezahlt. Von der ermittelten Vergütung sind dem jeweiligen Aufsichtsratsmitglied 75 % nach Rechnungsvorlage im Februar des Folgejahres auszuzahlen. Die weiteren 25 % werden von der Gesellschaft zu demselben Zeitpunkt gemäß den Regelungen in der Satzung in Aktien der Gesellschaft umgerechnet (virtuelle Aktien). Der Kurswert dieser Zahl von Aktien wird dem jeweiligen Aufsichtsratsmitglied im Februar des auf sein Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat beziehungsweise auf das Ablaufen einer Bestellungsperiode folgenden Jahres gemäß den Regelungen in der Satzung vergütet, wenn das betreffende Mitglied nicht aufgrund eines wichtigen Grundes zur Abberufung aus dem Aufsichtsrat ausscheidet. Bei unterjährigen Wechseln im Aufsichtsrat erfolgt die Vergütung für das Geschäftsjahr zeitanteilig, und zwar mit Aufrundung/Abrundung auf volle Monate. Für das Jahr des Ausscheidens wird die gesamte Vergütung in Geld ausgezahlt, die Verfallsregelung gilt für 25 % der Vergütung für dieses Geschäftsjahr entsprechend. Die Gesamtvergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2014 betrug 4.588.710 € (2013: 3.862.500 €), von der gemäß den Regelungen in der Satzung 3.466.532 € im Februar 2015 (Februar 2014: 3.053.119 €) ausgezahlt wurden.

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen betrugen am 31. Dezember 2014 insgesamt 181.829.400 € (2013: 183.207.646 €).

Am 31. Dezember 2014 beliefen sich die gewährten Vorschüsse, Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse für Vorstandsmitglieder auf 2.378.392 € (2013: 2.646.301 €) und für Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Bank AG auf 1.028.188 € (2013: 1.010.814 €). Aufsichtsratsmitglieder zahlten in 2014 Kredite in Höhe von 64.063 € zurück.

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind auf den Seiten 172 bis 174 aufgeführt.

Mitarbeiter

Die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter (arbeitswirksam) betrug insgesamt 27.286 (2013: 27.440), davon 10.114 Mitarbeiterinnen. Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der geleisteten Arbeitszeit anteilig enthalten. Bei den Auslandsfilialen waren im Durchschnitt 16.581 (2013: 16.809) Mitarbeiter tätig.

Corporate Governance

Die Bank hat die nach § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung abgegeben. Die aktuelle Entsprechenserklärung vom 29. Oktober 2014 und alle früheren Entsprechenserklärungen sind auf der Website der Deutschen Bank unter <https://www.deutsche-bank.de/ir/de/content/entsprechenserklaerungen.htm> veröffentlicht.

Anteilsbesitz

- 148 Unternehmen, an denen mindestens 20 %
der Kapitalanteile gehalten werden
- 171 Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften,
bei denen die Beteiligung 5 % der
Stimmrechte überschreitet

Nachfolgende Seiten zeigen den Anteilsbesitz der Deutschen Bank AG gemäß § 285 Nummer 11 HGB einschließlich der Angaben nach § 285 Nummer 11a HGB. Nach § 286 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 HGB unterbleiben die Angaben des Eigenkapitals sowie des Ergebnisses, soweit sie für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Bank AG von untergeordneter Bedeutung sind.

Fußnoten:

- 1 Ergebnisabführungsvertrag, keine Angabe zum Ergebnis.
- 2 Eigenkapital und Ergebnis des Geschäftsjahres 2013; Zahlen des lokalen Abschlusses für das Geschäftsjahr 2014 liegen noch nicht vor.
- 3 Die Gesellschaft hat von der Befreiung gemäß § 264b HGB Gebrauch gemacht.
- 4 Eigenkapital und Ergebnis des Teilkonzerns. Die folgenden Gesellschaften mit vorangestelltem Strich gehören zum Teilkonzern; ihr Eigenkapital und ihr Ergebnis sind in den Teilkonzernzahlen enthalten.
- 5 Konzernabschluss nach IFRS.
- 6 Stellung als unbeschränkt haftender Gesellschafter gemäß § 285 Nummer 11a HGB.

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
1	ABATE Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
2	ABATIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
3	Abbey Life Assurance Company Limited	London		100,0	1078,8	162,6
4	Abbey Life Trust Securities Limited	London		100,0		
5	Abbey Life Trustee Services Limited	London		100,0		
6	ABRI Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
7	Acacia (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
8	Accounting Solutions Holding Company, Inc.	Wilmington		100,0		
9	ACHTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
10	ACHTUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
11	ACHTZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
12	ACIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
13	ACTIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
14	ADEO Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
15	ADLAT Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
16	ADMANU Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
17	AFFIRMATUM Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
18	Affordable Housing I LLC	Wilmington		100,0		
19	Afinia Capital Group Limited	Hamilton		40,0		
20	AGLOM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
21	Agripower Buddosò Società Agricola a Responsabilità Limitata	Pesaro		100,0		
22	AGUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
23	Airport Club für International Executives GmbH	Frankfurt	1	84,0		
24	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		27,0	191,0	11,2
25	ALANUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
26	Alfred Herrhausen Gesellschaft - Das internationale Forum der Deutschen Bank - mbH	Berlin		100,0		
27	ALMO Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
28	ALTA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
29	Amber Investment S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
30	Americas Trust Servicios de Consultoria, S.A.	Madrid		100,0		
31	ANDOT Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
32	APUR Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
33	Aqueduct Capital S.à r.l.	Luxemburg		100,0	10,6	-0,1
34	Argantis GmbH i.L.	Köln		50,0		
35	ATAUT Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
36	Atriax Holdings Limited (in members' voluntary liquidation)	Southend-on-Sea		25,0		
37	Autumn Leasing Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
38	Avacomm GmbH i.L.	Holzkirchen		27,5		
39	AVOC Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
40	AWM Luxembourg SICAV-SIF	Luxemburg		100,0		
41	AXOS Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH	Köln		100,0		
42	B.T.I. Investments	London		100,0		
43	Baigo Capital Partners Fund 1 Parallel 1 GmbH & Co. KG	Bad Soden am Taunus		49,8	18,4	0,1
44	BAKTU Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
45	BALIT Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
46	BAMAR Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
47	Bankers Trust International Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
48	Bankers Trust Investments Limited	London		100,0		
49	Bankers Trust Nominees Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
50	BANKPOWER GmbH Personaldienstleistungen	Frankfurt		30,0	5,6	3,3
51	Banks Island General Partner Inc.	Toronto		50,0		
52	Bayan Delinquent Loan Recovery 1 (SPV-AMC), Inc.	Makati Stadt		100,0		
53	Bebek Varlik Yönetim A.S.	Istanbul		100,0	26,2	-0,3
54	Belzen Pty. Limited	Sydney		100,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigen- kapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
55	Benefit Trust GmbH	Lützen-Gostau		100,0	7635,9	13,9
56	Bestra Gesellschaft für Vermögensverwaltung mit beschränkter Haftung	Düsseldorf		49,0		
57	Betriebs-Center für Banken AG	Frankfurt	1	100,0	190,8	0,0
58	BFDB Tax Credit Fund 2011, Limited Partnership	New York		100,0		
59	BHS tabletop AG	Selb		28,9	32,7	1,1
60	BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH & Co. Immobilienverwaltungs KG	Hameln	2	100,0	74,2	-5,0
61	BHW Financial Srl in liquidazione	Verona		100,0		
62	BHW Invest, Société à responsabilité limitée	Luxemburg		100,0		
63	BHW Kreditservice GmbH	Hameln	1	100,0		
64	Billboard Partners L.P.	Georgetown		99,9		
65	BIMES Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
66	Biomass Holdings S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
67	Biopsytec Holding AG i.L.	Berlin		43,1		
68	Birch (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
69	BLI Beteiligungsgesellschaft für Leasinginvestitionen mbH	Düsseldorf		33,2		
70	BLI Internationale Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		32,0		
71	Blue Ridge CLO Holding Company LLC	Wilmington		100,0		
72	Blue Ridge Trust	Wilmington		26,7		
73	Borfield S.A.	Montevideo		100,0		
74	BRIMCO, S. de R.L. de C.V.	Mexiko Stadt		100,0		
75	BrisConnections Holding Trust	Kedron		35,6		
76	BrisConnections Investment Trust	Kedron		35,6		
77	BT CTAG Nominees Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
78	BT Globenet Nominees Limited	London		100,0		
79	BT International (Nigeria) Limited	Lagos		100,0		
80	BT Opera Trading S.A.	Paris		100,0	89,5	4,6
81	BVT-CAM Private Equity Beteiligungs GmbH	Grünwald		50,0		
82	BVT-CAM Private Equity Management & Beteiligungs GmbH	Grünwald		50,0	0,2	3,0
83	Cabarez S.A.	Luxemburg		95,0		
84	Caherciveen Partners, LLC	Chicago		20,0		
85	CAM Initiator Treuhand GmbH & Co. KG	Köln		100,0		
86	CAM PE Verwaltungs GmbH & Co. KG	Köln		100,0		
87	CAM Private Equity Nominee GmbH & Co. KG	Köln		100,0		
88	CAM Private Equity Verwaltungs-GmbH	Köln		100,0		
89	3160343 Canada Inc.	Toronto		100,0		
90	Cape Acquisition Corp.	Wilmington		100,0		
91	CapeSuccess Inc.	Wilmington		100,0		
92	CapeSuccess LLC	Wilmington		82,6		
93	Cardales Management Limited	St. Peter Port		100,0		
94	Cardales UK Limited	London		100,0		
95	Career Blazers Consulting Services, Inc.	Albany		100,0		
96	Career Blazers Contingency Professionals, Inc.	Albany		100,0		
97	Career Blazers Learning Center of Los Angeles, Inc.	Los Angeles		100,0		
98	Career Blazers LLC	Wilmington		100,0		
99	Career Blazers Management Company, Inc.	Albany		100,0		
100	Career Blazers New York, Inc.	Albany		100,0		
101	Career Blazers of Ontario Inc.	London, Ontario		100,0		
102	Career Blazers Personnel Services of Washington, D.C., Inc.	Washington D.C.		100,0		
103	Career Blazers Personnel Services, Inc.	Albany		100,0		
104	Career Blazers Service Company, Inc.	Wilmington		100,0		
105	Cathay Advisory (Beijing) Company Ltd	Peking		100,0		
106	Cathay Asset Management Company Limited	Port Louis		100,0	0,9	22,7
107	Cathay Capital Company (No 2) Limited	Port Louis		67,6	127,8	15,4
108	CBI NY Training, Inc.	Albany		100,0		
109	Cedar (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
110	Centennial River 1 Inc.	Denver		100,0		
111	Centennial River 2 Inc.	Austin		100,0		
112	Centennial River Acquisition I Corporation	Wilmington		100,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigen- kapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
113	Centennial River Acquisition II Corporation	Wilmington		100,0		
114	Centennial River Corporation	Wilmington		100,0		
115	Channel Nominees Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
116	China Recovery Fund LLC	Wilmington		85,0	14,2	0,0
117	CIBI Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
118	CITAN Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt	1	100,0	13,6	0,0
119	City Leasing (Donside) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
120	City Leasing (Sevenside) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
121	City Leasing (Thameside) Limited	London		100,0		
122	City Leasing Limited	London		100,0		
123	Civic Investments Limited	St. Helier		100,0		
124	Comfund Consulting Limited	Bangalore		30,0		
125	Consumo Finance S.p.A.	Mailand		100,0		
126	Craigs Investment Partners Limited	Tauranga		49,9	25,0	10,6
127	CREDA Objektanlage- und verwaltungsgesellschaft mbH	Bonn	1	100,0		
128	CTXL Achtzehnte Vermögensverwaltung GmbH	München		100,0		
129	D B Rail Holdings (UK) No. 1 Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0	0,0	15,2
130	D&M Turnaround Partners Godo Kaisha	Tokio		100,0		
131	DAHOC (UK) Limited	London		100,0	58,5	0,7
132	DAHOC Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0	315,9	0,0
133	Danube Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0		
134	DB (Barbados) SRL	Christ Church		100,0		
135	DB (Gibraltar) Holdings Limited (in members' voluntary liquidation)	Gibraltar		100,0		
136	DB (Malaysia) Nominee (Asing) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur		100,0		
137	DB (Malaysia) Nominee (Tempatan) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur		100,0		
138	DB (Tip Top) Limited Partnership	Toronto		99,9		
139	DB Advisors SICAV	Luxemburg		97,2	10109,7	308,4
140	DB Alps Corporation	Wilmington		100,0	122,7	0,0
141	DB Alternative Strategies Limited	Georgetown		100,0		
142	DB Aotearoa Investments Limited	Georgetown	2	100,0	45,6	-11,8
143	DB Apex (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		100,0	50,6	29,0
144	DB Apex Finance Limited	St. Julians		90,0	1000,5	28,9
145	DB Apex Management Capital S.C.S.	Luxemburg		100,0	188,9	7,1
146	DB Apex Management Income S.C.S.	Luxemburg		100,0	1185,3	45,0
147	DB Apex Management Limited	Georgetown		100,0		
148	DB Aster III, LLC	Wilmington		100,0		
149	DB Beteiligungs-Holding GmbH	Frankfurt	1	100,0		
150	DB Boracay LLC	Wilmington		100,0	169,3	69,8
151	DB Broker GmbH	Frankfurt	1	100,0		
152	DB CAPAM GmbH	Köln	1	100,0		
153	DB Capital Investments S.à r.l.	Luxemburg		100,0	-38,7	-57,7
154	DB Capital Markets (Deutschland) GmbH	Frankfurt	1	100,0	2265,1	0,0
155	DB Capital Partners (Asia), L.P.	Georgetown		99,7		
156	DB Capital Partners Asia G.P. Limited	Georgetown		100,0		
157	DB Capital Partners General Partner Limited	London		100,0	4,4	4,4
158	DB Capital Partners Latin America, G.P. Limited	Georgetown		100,0		
159	DB Capital Partners, Latin America, L.P.	Georgetown		80,2		
160	DB Cartera de Inmuebles 1, S.A.U.	Pozuelo de Alarcón		100,0	23,7	-4,6
161	DB Chambers Limited	Georgetown		100,0		
162	DB Chestnut Holdings Limited	Georgetown		100,0		
163	DB Commodities Canada Ltd.	Toronto		100,0	-4,5	-8,5
164	DB Consorzio S. Cons. a r. l.	Mailand		100,0		
165	DB Corporate Advisory (Malaysia) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur		100,0		
166	DB Covered Bond S.r.l.	Conegliano		90,0		
167	DB Credit Investments S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
168	DB Crest Limited	St. Helier	2	100,0	1343,8	-4,9
169	DB Delaware Holdings (Europe) LLC	Wilmington		100,0		
170	DB Delaware Holdings (UK) Limited	London	2	100,0	17,9	-0,1

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigen- kapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
171	DB Development Holdings Limited	Larnaka		49,0		
172	DB Energy Commodities Limited	London		100,0	41,9	5,8
173	DB Enfield Infrastructure Holdings Limited	St. Helier	2	100,0	28,9	0,0
174	DB Enfield Infrastructure Investments Limited	St. Helier		100,0		
175	DB Enterprise GmbH & Co. Zweite Beteiligungs KG	Lützen-Gostau	3	100,0	4649,5	-59,3
176	DB Equity Limited	London	2	100,0	28,2	0,0
177	DB Equity S.à r.l.	Luxemburg		100,0	3757,0	256,9
178	DB Fillmore Lender Corp.	Wilmington		100,0		
179	DB Finance International GmbH	Eschborn		100,0		
180	DB Finanz-Holding GmbH	Frankfurt	1	100,0	7917,0	0,0
181	DB Global Technology SRL	Bukarest		100,0	2,2	2,0
182	DB Group Services (UK) Limited	London		100,0		
183	DB HR Solutions GmbH	Eschborn	1	100,0		
184	DB iCON Investments Limited	London		100,0		
185	DB Immobilienfonds 2 GmbH & Co. KG	Frankfurt		74,0		
186	DB Impact Investment (GP) Limited	London		100,0		
187	DB Impact Investment Fund I, L.P.	Edinburgh		100,0		
188	DB Industrial Holdings Beteiligungs GmbH & Co. KG	Lützen-Gostau	3	100,0	240,0	-0,9
189	DB Industrial Holdings GmbH	Lützen-Gostau		100,0	1539,6	15,1
190	DB Infrastructure Holdings (UK) No.1 Limited	London		100,0		
191	DB Infrastructure Holdings (UK) No.2 Limited (in mem- bers' voluntary liquidation)	London		100,0		
192	DB Infrastructure Holdings (UK) No.3 Limited	London	2	100,0	39,1	30,0
193	DB Intermezzo LLC	Wilmington		100,0	100,4	1,2
194	DB International (Asia) Limited	Singapur		100,0	551,5	33,3
195	DB International Investments Limited	London		100,0		
196	DB International Trust (Singapore) Limited	Singapur		100,0		
197	DB Investment Services GmbH	Frankfurt	1	100,0	46,0	0,0
198	DB Investments (GB) Limited	London	2	100,0	1777,3	-3,5
199	DB Jasmine (Cayman) Limited (in voluntary liquidation)	Georgetown		100,0		
200	DB Jasmine Holdings Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
201	DB Kredit Service GmbH	Berlin	1	100,0		
202	DB Leasing Services GmbH	Frankfurt		100,0		
203	DB Management Support GmbH	Frankfurt		100,0		
204	DB Master Accomodation LLC	Wilmington		100,0		
205	DB Nexus American Investments (UK) Limited	London		100,0		
206	DB Nexus Iberian Investments (UK) Limited	London		100,0		
207	DB Nexus Investments (UK) Limited	London		100,0		
208	DB Nominees (Hong Kong) Limited	Hongkong		100,0		
209	DB Nominees (Singapore) Pte Ltd	Singapur		100,0		
210	DB Operaciones y Servicios Interactivos, A.I.E.	Barcelona		99,9		
211	DB Overseas Holdings Limited	London	2	100,0	-66,4	-8,1
212	DB Petri LLC	Wilmington		100,0		
213	DB Platinum Advisors	Luxemburg		100,0	14,7	4,5
214	DB Print GmbH	Frankfurt	1	100,0		
215	DB Private Equity GmbH	Köln		100,0	17,0	2,4
216	DB Private Equity International S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
217	DB Private Equity Treuhand GmbH	Köln		100,0		
218	DB PWM Private Markets I GP	Luxemburg		100,0		
219	DB Rail Trading (UK) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0	0,0	3,8
220	DB RC Holdings, LLC	Wilmington		100,0		
221	DB Re S.A.	Luxemburg		100,0		
222	DB Real Estate Canadainvest 1 Inc.	Toronto		100,0		
223	DB Real Estate Global Opportunities IB (Offshore), L.P.	Camana Bay		34,6	3,7	-4,3
224	DB Risk Center GmbH	Berlin	1	100,0		
225	DB Road (UK) Limited	Georgetown	2	100,0	541,6	-2,1
226	DB Safe Harbour Investment Projects Limited	London		100,0		
227	DB Securities S.A.	Warschau		100,0	11,4	1,3
228	DB Service Centre Limited	Dublin		100,0		
229	DB Service Uruguay S.A.	Montevideo		100,0		
230	DB Servizi Amministrativi S.r.l.	Mailand		100,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigen- kapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
231	DB STG Lux 4 S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
232	DB STG Lux 5 S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
233	DB STG Lux 6 S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
234	DB STG Lux 7 S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
235	DB STG Lux 8 S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
236	DB STG Lux 9 S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
237	DB Strategic Advisors, Inc.	Makati Stadt		100,0		
238	DB Sylvester Funding Limited	Georgetown	2	100,0	623,0	-3,6
239	DB Trustee Services Limited	London		100,0		
240	DB Trustees (Hong Kong) Limited	Hongkong		100,0		
241	DB U.K. Nominees Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
242	DB UK Australia Finance Limited	Georgetown		100,0		
243	DB UK Australia Holdings Limited	London		100,0		
244	DB UK Bank Limited	London	2	100,0	698,2	8,2
245	DB UK Holdings Limited	London	2	100,0	540,0	75,2
246	DB UK PCAM Holdings Limited	London		100,0	58,1	-1,5
247	DB USA Corporation (Teilkonzern)	Wilmington	4	100,0	3128,9	-521,0
248	-ABFS I Incorporated	Baltimore		100,0		
249	-ABS Leasing Services Company	Chicago		100,0		
250	-ABS MB Ltd.	Baltimore		100,0		
251	-Alex. Brown Financial Services Incorporated	Baltimore		100,0		
252	-Alex. Brown Investments Incorporated	Baltimore		100,0		
253	-Alex. Brown Management Services, Inc.	Baltimore		100,0		
254	-Allsar Inc.	Wilmington		100,0		
255	-Apexel LLC	Wilmington		100,0		
256	-Argent Incorporated	Baltimore		100,0		
257	-Axiom Shelter Island LLC	San Diego		100,0		
258	-Azurix AGOSBA S.R.L.	Buenos Aires		100,0		
259	-Azurix Argentina Holding, Inc.	Wilmington		100,0		
260	-Azurix Buenos Aires S.A. (en liquidacion)	Buenos Aires		100,0		
261	-Azurix Cono Sur, Inc.	Wilmington		100,0		
262	-Azurix Corp.	Wilmington		100,0		
263	-Azurix Latin America, Inc.	Wilmington		100,0		
264	-Bankers Trust International Finance (Jersey) Limited	St. Helier		100,0		
265	-Barkly Investments Ltd.	St. Helier		100,0		
266	-Bleeker Investments Limited	Wilmington		100,0		
267	-Bluewater Creek Management Co.	Wilmington		100,0		
268	-Bonsai Investment AG	Frauenfeld		100,0		
269	-Broome Investments Limited	Wilmington		100,0		
270	-BT Maulbronn GmbH	Eschborn		100,0		
271	-BT Milford (Cayman) Limited	Georgetown		100,0		
272	-BT Muritz GmbH	Eschborn		100,0		
273	-BT Sable, L.L.C.	Wilmington		100,0		
274	-BT Vordertaunus Verwaltungs- und Beteiligungsge sellschaft mbH	Eschborn		100,0		
275	-BTAS Cayman GP	Georgetown		100,0		
276	-BTVR Investments No. 1 Limited	St. Helier		100,0		
277	-C. J. Lawrence Inc.	Wilmington		100,0		
278	-Castlewood Expansion Partners, L.P.	Wilmington		87,5		
279	-Cedar Investment Co.	Wilmington		100,0		
280	-Charlton (Delaware), Inc.	Wilmington		100,0		
281	-Coronus L.P.	St. Helier		100,0		
282	-Cyrus J. Lawrence Capital Holdings, Inc.	Wilmington		100,0		
283	-Dawn-BV II LLC	Wilmington		100,0		
284	-Dawn-BV LLC	Wilmington		100,0		
285	-Dawn-BV-Helios LLC	Wilmington		100,0		
286	-Dawn-G II LLC	Wilmington		100,0		
287	-Dawn-G LLC	Wilmington		100,0		
288	-Dawn-G-Helios LLC	Wilmington		100,0		
289	-DB (Pacific) Limited, New York	New York		100,0		
290	-DB Alex. Brown Holdings Incorporated	Wilmington		100,0		
291	-DB Alternative Trading Inc.	Wilmington		100,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigen- kapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
292	-DB Asia Pacific Holdings Limited	Georgetown		100,0		
293	-DB Aster II, LLC	Wilmington		100,0		
294	-DB Aster, Inc.	Wilmington		100,0		
295	-DB Aster, LLC	Wilmington		100,0		
296	-DB Capital Management, Inc.	Wilmington		100,0		
297	-DB Capital Partners, Inc.	Wilmington		100,0		
298	-DB Capital, Inc.	Wilmington		100,0		
299	-DB Clyde, LLC	Wilmington		100,0		
300	-DB Commodity Services LLC	Wilmington		100,0		
301	-DB Dawn, Inc.	Wilmington		100,0		
302	-DB Depositor Inc.	Wilmington		100,0		
303	-DB Elara LLC	Wilmington		100,0		
304	-DB Energy Trading LLC	Wilmington		100,0		
305	-DB Equipment Leasing, Inc.	New York		100,0		
306	-DB ESC Corporation	Wilmington		100,0		
307	-DB Finance (Delaware), LLC	Wilmington		100,0		
308	-DB Fund Services LLC	Wilmington		100,0		
309	-DB Funding LLC #4	Wilmington		100,0		
310	-DB Funding LLC #5	Wilmington		100,0		
311	-DB Funding LLC #6	Wilmington		100,0		
312	-DB Ganymede 2006 L.P.	Georgetown		100,0		
313	-DB Global Technology, Inc.	Wilmington		100,0		
314	-DB Green Holdings Corp.	Wilmington		100,0		
315	-DB Green, Inc.	New York		100,0		
316	-DB Hawks Nest, Inc.	Wilmington		100,0		
317	-DB Holdings (New York), Inc.	New York		100,0		
318	-DB Hypernova LLC	Wilmington		100,0		
319	-DB Investment Partners, Inc.	Wilmington		100,0		
320	-DB Investment Resources (US) Corporation	Wilmington		100,0		
321	-DB Investment Resources Holdings Corp.	Wilmington		100,0		
322	-DB Io LP	Wilmington		100,0		
323	-DB IROC Leasing Corp.	New York		100,0		
324	-DB Litigation Fee LLC	Wilmington		100,0		
325	-DB Managers, LLC	West Trenton		100,0		
326	-DB Mortgage Investment Inc.	Baltimore		100,0		
327	-DB Omega BTV S.C.S.	Luxemburg		100,0		
328	-DB Omega Ltd.	Georgetown		100,0		
329	-DB Omega S.C.S.	Luxemburg		100,0		
330	-DB Overseas Finance Delaware, Inc.	Wilmington		100,0		
331	-DB Partnership Management II, LLC	Wilmington		100,0		
332	-DB Perry Investments Limited	Wilmington		100,0		
333	-DB Rivington Investments Limited (in voluntary liquidation)	Georgetown		100,0		
334	-DB RMS Leasing (Cayman) L.P.	Georgetown		100,0		
335	-DB Samay Finance No. 2, Inc.	Wilmington		100,0		
336	-DB Servicios México, Sociedad Anónima de Capital Variable	Mexiko Stadt		100,0		
337	-DB Structured Derivative Products, LLC	Wilmington		100,0		
338	-DB Structured Products, Inc.	Wilmington		100,0		
339	-DB U.S. Financial Markets Holding Corporation	Wilmington		100,0		
340	-DB Warren Investments Limited (in voluntary liquidation)	Georgetown		100,0		
341	-DBAB Wall Street, LLC	Wilmington		100,0		
342	-DBAH Capital, LLC	Wilmington		100,0		
343	-DBCCA Investment Partners, Inc.	Wilmington		100,0		
344	-DBCIBZ1	Georgetown		100,0		
345	-DBCIBZ2	Georgetown		100,0		
346	-DBFIC, Inc.	Wilmington		100,0		
347	-DBNZ Overseas Investments (No.1) Limited	Georgetown		100,0		
348	-DBS Technology Ventures, L.L.C.	Wilmington		100,0		
349	-DBUSBZ1, LLC	Wilmington		100,0		
350	-DBUSBZ2, LLC	Wilmington		100,0		
351	-DBVR Investments No. 3 Ltd.	Wilmington		100,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigen- kapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
352	-DBX Advisors LLC	Wilmington		100,0		
353	-DBX Strategic Advisors LLC	Wilmington		100,0		
354	-DeAWM Distributors, Inc.	Wilmington		100,0		
355	-DeAWM Service Company	Wilmington		100,0		
356	-DeAWM Trust Company	Salem		100,0		
357	-Deer River, L.P.	Wilmington		100,0		
358	-Deutsche Asia Pacific Finance, Inc.	Wilmington		100,0		
359	-Deutsche Asset Management Canada Limited	Toronto		100,0		
360	-Deutsche Bank Americas Holding Corp.	Wilmington		100,0		
361	-Deutsche Bank México, S.A., Institución de Banca Múltiple	Mexiko Stadt		100,0		
362	-Deutsche Bank Securities Inc.	Wilmington		100,0		
363	-Deutsche Bank Trust Company, National Association	New York		100,0		
364	-Deutsche Cayman Ltd.	Georgetown		100,0		
365	-Deutsche Investment Management Americas Inc.	Wilmington		100,0		
366	-Deutsche Leasing New York Corp.	New York		100,0		
367	-Deutsche Master Funding Corporation	Wilmington		100,0		
368	-Deutsche Mortgage & Asset Receiving Corporation	Wilmington		100,0		
369	-Deutsche Securities, S.A. de C.V., Casa de Bolsa	Mexiko Stadt		100,0		
370	-DFC Residual Corp.	Carson City		100,0		
371	-DJ Williston Swaps LLC	Wilmington		100,0		
372	-DMG Technology Management, L.L.C.	Wilmington		100,0		
373	-Dusk LLC	Wilmington		100,0		
374	-ECT Holdings Corp.	Wilmington		100,0		
375	-Equipment Management Services LLC	Wilmington		100,0		
376	-Firstee Investments LLC	Wilmington		100,0		
377	-G Finance Holding Corp.	Wilmington		100,0		
378	-GAC-HEL II, Inc.	Wilmington		100,0		
379	-GAC-HEL, Inc.	Wilmington		100,0		
380	-Gemini Technology Services Inc.	Wilmington		100,0		
381	-German American Capital Corporation	Baltimore		100,0		
382	-GGGolf, LLC	Wilmington		100,0		
383	-Glacier Mountain, L.P.	Wilmington		100,0		
384	-Global Commercial Real Estate Special Opportunities Limited	St. Helier		100,0		
385	-GWC-GAC Corp.	Wilmington		100,0		
386	-Hotel Majestic LLC	Wilmington		100,0		
387	-Kingfisher Canada Holdings LLC	Wilmington		100,0		
388	-Kingfisher Holdings LLC	Wilmington		100,0		
389	-Legacy Reinsurance, LLC	Burlington		100,0		
390	-87 Leonard Development LLC	Wilmington		100,0		
391	-MacDougal Investments Limited	Wilmington		100,0		
392	-Maher 1210 Corbin LLC	Wilmington		100,0		
393	-Maher Chassis Management LLC	Wilmington		100,0		
394	-Maher Terminals LLC	Wilmington		100,0		
395	-Maher Terminals Logistics Systems LLC	Wilmington		100,0		
396	-Maher Terminals USA, LLC	Wilmington		100,0		
397	-Mallard Place, Inc.	Wilmington		100,0		
398	-Manta Acquisition LLC	Wilmington		100,0		
399	-Manta Group LLC	Wilmington		100,0		
400	-Maritime Indemnity Insurance Co. Ltd.	Hamilton		100,0		
401	-Mars Investment Trust II	New York		100,0		
402	-Mars Investment Trust III	New York		100,0		
403	-Mayfair Center, Inc.	Wilmington		100,0		
404	-Mercer Investments Limited	Wilmington		100,0		
405	-MHL Reinsurance Ltd.	Burlington		100,0		
406	-MIT Holdings, Inc.	Baltimore		100,0		
407	-MMDB Noonmark L.L.C.	Wilmington		100,0		
408	-MortgageIT Securities Corp.	Wilmington		100,0		
409	-MortgageIT, Inc.	New York		100,0		
410	-NCKR, LLC	Wilmington		100,0		
411	-New 87 Leonard, LLC	Wilmington		100,0		
412	-Newhall LLC	Wilmington		100,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigen- kapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
413	-North American Income Fund PLC	Dublin		67,3		
414	-Northern Pines Funding, LLC	Dover		100,0		
415	-Novelties Distribution LLC	Wilmington		100,0		
416	-Operadora de Buenos Aires S.R.L.	Buenos Aires		100,0		
417	-PARTS Funding, LLC	Wilmington		100,0		
418	-PARTS Student Loan Trust 2007-CT1	Wilmington		100,0		
419	-PARTS Student Loan Trust 2007-CT2	Wilmington		100,0		
420	-Pollus L.P.	St. Helier		100,0		
421	-Polydeuce LLC	Wilmington		100,0		
422	-Port Elizabeth Holdings LLC	Wilmington		100,0		
423	-Pyramid Ventures, Inc.	Wilmington		100,0		
424	-Reade, Inc.	Wilmington		100,0		
425	-Red Lodge, L.P.	Wilmington		100,0		
426	-REO Properties Corporation	Wilmington		100,0		
427	-Ripple Creek, L.P.	Wilmington		100,0		
428	-RMS Investments (Cayman)	Georgetown		100,0		
429	-RoPro U.S. Holding, Inc.	Wilmington		100,0		
430	-Route 28 Receivables, LLC	Wilmington		100,0		
431	-RREEF America L.L.C.	Wilmington		100,0		
432	-RREEF Management L.L.C.	Wilmington		100,0		
433	-RREEF North American Infrastructure Fund A, L.P.	Wilmington		99,9		
434	-RREEF North American Infrastructure Fund B, L.P.	Wilmington		99,9		
435	-Serviced Office Investments Limited	St. Helier		100,0		
436	-Sharps SP I LLC	Wilmington		100,0		
437	-Sherwood Properties Corp.	Wilmington		100,0		
438	-Silver Leaf 1 LLC	Wilmington		100,0		
439	-Structured Finance Americas, LLC	Wilmington		100,0		
440	-STTN, Inc.	Wilmington		100,0		
441	-Urbistar Settlement Services, LLC	Harrisburg		100,0		
442	-Varick Investments Limited	Wilmington		100,0		
443	-Village Hospitality LLC	Wilmington		100,0		
444	-Whispering Woods LLC	Wilmington		100,0		
445	-Whistling Pines LLC	Wilmington		100,0		
446	-World Trading (Delaware) Inc.	Wilmington		100,0		
447	DB Valoren S.à r.l.	Luxemburg		100,0	4678,0	640,2
448	DB Value S.à r.l.	Luxemburg		100,0	54,9	-17,8
449	DB Vanquish (UK) Limited	London		100,0		
450	DB Vantage (UK) Limited	London		100,0		
451	DB Vantage No.2 (UK) Limited	London		100,0		
452	DB Vita S.A.	Luxemburg		75,0	20,4	2,2
453	db x-trackers (Proprietary) Limited	Johannesburg		100,0		
454	dbalternatives Discovery Fund Limited	Georgetown		100,0		
455	DBC Continuanee Inc.	Toronto		100,0	15,6	0,1
456	DBG Eastern Europe II Limited Partnership	St. Helier		25,9	5,1	5,6
457	DBG Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0	36,5	0,0
458	DBOI Global Services (UK) Limited	London		100,0		
459	DBOI Global Services Private Limited	Mumbai		100,0	38,0	1,7
460	DBR Investments Co. Limited	Georgetown		100,0	64,7	92,5
461	DBRE Global Real Estate Management IA, Ltd.	Georgetown		100,0	11,1	-0,1
462	DBRE Global Real Estate Management IB, Ltd.	Georgetown		100,0		
463	DBRMS4	Georgetown		100,0	553,0	1,0
464	DBRMSGP1	Georgetown		100,0	313,0	0,0
465	DBRMSGP2	Georgetown		100,0	178,0	0,0
466	DBUK PCAM Limited	London		100,0	-125,3	-11,9
467	DD Konut Finansman A.S.	Sisli		49,0	15,7	0,8
468	De Meng Innovative (Beijing) Consulting Company Limited	Peking		100,0		
469	DeAM Infrastructure Limited	London		100,0		
470	DEBEKO Immobilien GmbH & Co Grundbesitz OHG	Eschborn		100,0	191,1	25,7
471	DEE Deutsche Erneuerbare Energien GmbH	Düsseldorf		100,0		
472	DEGRU Erste Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Eschborn		100,0		
473	Delowrezham de México S. de R.L. de C.V.	Mexiko Stadt		100,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigen- kapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
474	DEUFRAN Beteiligungs GmbH	Frankfurt		100,0	172,9	3,8
475	DEUKONA Versicherungs-Vermittlungs-GmbH	Frankfurt		100,0	7,0	3,3
476	Deutsche (Aotearoa) Capital Holdings New Zealand	Auckland		100,0		
477	Deutsche (Aotearoa) Foreign Investments New Zealand	Auckland		100,0		
478	Deutsche Aeolia Power Production S.A.	Athen		80,0		
479	Deutsche Alt-A Securities, Inc.	Wilmington		100,0		
480	Deutsche Alternative Asset Management (France) SAS	Paris		100,0		
481	Deutsche Alternative Asset Management (Global) Limited	London		100,0	29,9	5,0
482	Deutsche Alternative Asset Management (UK) Limited	London		100,0	89,0	35,1
483	Deutsche Asia Pacific Holdings Pte Ltd	Singapur		100,0	980,9	170,1
484	Deutsche Asset & Wealth Management International GmbH	Frankfurt	1	100,0	38,9	0,0
485	Deutsche Asset & Wealth Management Investment GmbH	Frankfurt	1	100,0	193,6	0,0
486	Deutsche Asset Management (Asia) Limited	Singapur		100,0	152,2	22,6
487	Deutsche Asset Management (Hong Kong) Limited	Hongkong		100,0	19,4	1,8
488	Deutsche Asset Management (India) Private Limited	Mumbai		100,0	13,6	2,0
489	Deutsche Asset Management (Japan) Limited	Tokio		100,0	46,9	11,6
490	Deutsche Asset Management (Korea) Company Limited	Seoul		100,0		
491	Deutsche Asset Management (UK) Limited	London		100,0	36,1	-6,6
492	Deutsche Asset Management Group Limited	London		100,0	22,0	4,3
493	Deutsche Auskunft Service GmbH	Hamburg	1	100,0		
494	Deutsche Australia Limited (Teilkonzern)	Sydney	2, 4	100,0	188,0	18,4
495	-Baincor Nominees Pty Limited	Sydney		100,0		
496	-Bainpro Nominees Pty Ltd	Sydney		100,0		
497	-Bainsec Nominees Pty Ltd	Sydney		100,0		
498	-BNA Nominees Pty Limited	Sydney		100,0		
499	-BTD Nominees Pty Limited	Sydney		100,0		
500	-Buxtal Pty. Limited	Sydney		100,0		
501	-Deutsche Capital Markets Australia Limited	Sydney		100,0		
502	-Deutsche Finance Co 1 Pty Limited	Sydney		100,0		
503	-Deutsche Finance Co 2 Pty Limited	Sydney		100,0		
504	-Deutsche Finance Co 3 Pty Limited	Sydney		100,0		
505	-Deutsche Finance Co 4 Pty Limited	Sydney		100,0		
506	-Deutsche Group Services Pty Limited	Sydney		100,0		
507	-Deutsche Investments Australia Limited	Sydney		100,0		
508	-Deutsche Managed Investments Limited	Sydney		100,0		
509	-Deutsche Securities Australia Limited	Sydney		100,0		
510	-Deutsche Securitisation Australia Pty Limited	Sydney		100,0		
511	-DNU Nominees Pty Limited	Sydney		100,0		
512	-DTS Nominees Pty Limited	Sydney		100,0		
513	-OPS Nominees Pty Limited	Sydney		100,0		
514	-Pan Australian Nominees Pty Ltd	Sydney		100,0		
515	-R.B.M. Nominees Pty Ltd	Sydney		100,0		
516	-RTS Nominees Pty Limited	Sydney		100,0		
517	Deutsche Bank (Cayman) Limited	Georgetown		100,0	43,4	4,3
518	DEUTSCHE BANK (CHILE) S.A.	Santiago		100,0	158,8	15,1
519	Deutsche Bank (China) Co., Ltd.	Peking		100,0	989,3	110,1
520	Deutsche Bank (Malaysia) Berhad	Kuala Lumpur		100,0	375,7	33,3
521	Deutsche Bank (Malta) Ltd	Floriana		100,0	520,0	9,1
522	Deutsche Bank (Mauritius) Limited	Port Louis		100,0	30,8	1,9
523	Deutsche Bank (Perú) S.A.	Lima		100,0	53,6	6,7
524	Deutsche Bank (Suisse) SA	Genf		100,0	663,4	6,2
525	Deutsche Bank (Uruguay) Sociedad Anónima Institución Financiera Externa	Montevideo		100,0		
526	DEUTSCHE BANK A.S.	Istanbul		100,0	179,3	28,5
527	Deutsche Bank Americas Finance LLC	Wilmington		100,0		
528	Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft	Frankfurt		100,0	351,4	0,3
529	Deutsche Bank Capital Finance LLC I	Wilmington		100,0	300,0	0,0
530	Deutsche Bank Capital Funding LLC I	Wilmington		100,0	534,8	0,0
531	Deutsche Bank Capital Funding LLC IX	Wilmington		100,0	946,2	0,0
532	Deutsche Bank Capital Funding LLC V	Wilmington		100,0	300,0	0,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigen- kapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
533	Deutsche Bank Capital Funding LLC VI	Wilmington		100,0	900,0	0,0
534	Deutsche Bank Capital Funding LLC VII	Wilmington		100,0	658,2	0,0
535	Deutsche Bank Capital Funding LLC VIII	Wilmington		100,0	493,6	0,0
536	Deutsche Bank Capital Funding LLC XI	Wilmington		100,0	1300,0	0,0
537	Deutsche Bank Capital LLC I	Wilmington		100,0	261,6	0,0
538	Deutsche Bank Capital LLC II	Wilmington		100,0	137,9	0,0
539	Deutsche Bank Capital LLC IV	Wilmington		100,0	133,3	0,0
540	Deutsche Bank Capital LLC V	Wilmington		100,0	185,1	0,0
541	Deutsche Bank Contingent Capital LLC II	Wilmington		100,0	658,2	0,0
542	Deutsche Bank Contingent Capital LLC III	Wilmington		100,0	1624,9	0,0
543	Deutsche Bank Contingent Capital LLC IV	Wilmington		100,0	1000,0	0,0
544	Deutsche Bank Contingent Capital LLC V	Wilmington		100,0	1139,5	0,0
545	Deutsche Bank Corretora de Valores S.A.	Sao Paulo		100,0	62,1	4,3
546	Deutsche Bank Europe GmbH	Frankfurt	1	100,0	10,0	0,0
547	Deutsche Bank Financial Inc.	Wilmington		100,0		
548	Deutsche Bank Financial LLC	Wilmington		100,0	58,4	19,9
549	Deutsche Bank International Limited	St. Helier		100,0	180,9	6,1
550	Deutsche Bank International Trust Co. (Cayman) Limited	Georgetown		100,0		
551	Deutsche Bank International Trust Co. Limited	St. Peter Port		100,0		
552	Deutsche Bank Investments (Guernsey) Limited	St. Peter Port		100,0		
553	Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Luxemburg		100,0	5090,7	226,6
554	Deutsche Bank Mutui S.p.A.	Mailand		100,0	52,4	0,8
555	Deutsche Bank Nederland N.V.	Amsterdam		100,0	819,6	-108,3
556	Deutsche Bank Nominees (Jersey) Limited	St. Helier		100,0		
557	Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna	Warschau		100,0	940,8	66,5
558	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden Aktiengesellschaft	Frankfurt	1	100,0	2666,3	0,0
559	Deutsche Bank Real Estate (Japan) Y.K.	Tokio		100,0	10,7	0,3
560	Deutsche Bank Realty Advisors, Inc.	New York		100,0		
561	Deutsche Bank S.A.	Buenos Aires		100,0	120,9	51,8
562	Deutsche Bank S.A. - Banco Alemão	Sao Paulo		100,0	512,7	21,4
563	Deutsche Bank Securities Limited	Toronto		100,0	123,4	-3,4
564	Deutsche Bank Services (Jersey) Limited	St. Helier		100,0		
565	Deutsche Bank Società per Azioni	Mailand		99,8	1415,7	60,0
566	Deutsche Bank Trust Corporation (Teilkonzern)	New York	4	100,0	6118,9	277,9
567	-Apex Fleet Inc.	Wilmington		100,0		
568	-BAL Servicing Corporation	Wilmington		100,0		
569	-Blue Cork, Inc.	Wilmington		100,0		
570	-BT Commercial Corporation	Wilmington		100,0		
571	-Capital Solutions Exchange Inc.	Wilmington		100,0		
572	-D.B. International Delaware, Inc.	Wilmington		100,0		
573	-DB (Pacific) Limited	Wilmington		100,0		
574	-DB Abalone LLC	Wilmington		100,0		
575	-DB Bluebell Investments (Cayman) Partnership	Georgetown		100,0		
576	-DB Holdings (South America) Limited	Wilmington		100,0		
577	-DB Investment Management, Inc.	Wilmington		100,0		
578	-DB Investment Managers, Inc.	Wilmington		100,0		
579	-DB Lexington Investments Inc.	Wilmington		100,0		
580	-DB Like-Kind Exchange Services Corp.	Wilmington		100,0		
581	-DB Partnership Management Ltd.	Wilmington		100,0		
582	-DB Portfolio Southwest, Inc.	Houston		100,0		
583	-DB Private Clients Corp.	Wilmington		100,0		
584	-DB Private Wealth Mortgage Ltd.	New York		100,0		
585	-DB Services Americas, Inc.	Wilmington		100,0		
586	-DB Services New Jersey, Inc.	West Trenton		100,0		
587	-DBNY Brazil Invest Co.	Wilmington		100,0		
588	-Deutsche Bank Holdings, Inc.	Wilmington		100,0		
589	-Deutsche Bank Insurance Agency Incorporated	Baltimore		100,0		
590	-Deutsche Bank Insurance Agency of Delaware	Wilmington		100,0		
591	-Deutsche Bank National Trust Company	Los Angeles		100,0		
592	-Deutsche Bank Trust Company Americas	New York		100,0		
593	-Deutsche Bank Trust Company Delaware	Wilmington		100,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
594	-Deutsche Bank Trust Company New Jersey Ltd.	Jersey City		100,0		
595	-Deutsche International Corporate Services (Delaware) LLC	Wilmington		100,0		
596	-Deutsche Inversiones Limitada	Santiago		100,0		
597	-Deutsche Securities Corredores de Bolsa Spa	Santiago		100,0		
598	-Enterprise Fleet Management Exchange, Inc.	Wilmington		100,0		
599	-HCA Exchange, Inc.	Wilmington		100,0		
600	-Hertz Car Exchange Inc.	Wilmington		100,0		
601	-Kelsey Street LLC	Wilmington		100,0		
602	-Long-Tail Risk Insurers, Ltd.	Hamilton		100,0		
603	-MAC Investments Ltd.	Georgetown		100,0		
604	-North Las Vegas Property LLC	Wilmington		100,0		
605	-Oakwood Properties Corp.	Wilmington		100,0		
606	-Pelleport Investors, Inc.	New York		100,0		
607	-PPCenter, Inc.	Wilmington		100,0		
608	-Singer Island Tower Suite LLC	Wilmington		100,0		
609	-Sunbelt Rentals Exchange Inc.	Wilmington		100,0		
610	-TQI Exchange, LLC	Wilmington		100,0		
611	-VEXCO, LLC	Wilmington		100,0		
612	-Zumirez Drive LLC	Wilmington		100,0		
613	Deutsche Bank Trustee Services (Guernsey) Limited	St. Peter Port		100,0		
614	Deutsche Bank Österreich AG	Wien		100,0	18,5	1,0
615	Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española	Madrid		99,8	1073,1	-1,9
616	Deutsche Capital Finance (2000) Limited	Georgetown		100,0		
617	Deutsche Capital Hong Kong Limited	Hongkong		100,0	101,3	0,8
618	Deutsche Capital Partners China Limited	Georgetown		100,0		
619	Deutsche CIB Centre Private Limited	Mumbai		100,0	30,8	6,6
620	Deutsche Clubholding GmbH	Frankfurt		95,0		
621	Deutsche Colombia S.A.	Bogotá		100,0		
622	Deutsche Commodities Trading Co., Ltd.	Schanghai		100,0	30,2	2,4
623	Deutsche Custody Global B.V.	Amsterdam		100,0		
624	Deutsche Custody N.V.	Amsterdam		100,0		
625	Deutsche Custody Nederland B.V.	Amsterdam		100,0		
626	Deutsche Emerging Markets Investments (Netherlands) B.V.	Amsterdam		99,9		
627	Deutsche Equities India Private Limited	Mumbai		100,0	100,4	10,4
628	Deutsche Far Eastern Asset Management Company Limited	Taipeh		60,0		
629	Deutsche Fiduciary Services (Suisse) SA	Genf		100,0		
630	Deutsche Finance No. 2 (UK) Limited	London		100,0		
631	Deutsche Finance No. 2 Limited	Georgetown		100,0	107,3	107,7
632	Deutsche Finance No. 4 (UK) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
633	Deutsche Financial Capital I Corp.	Greensboro		50,0		
634	Deutsche Financial Capital Limited Liability Company	Greensboro		50,0		
635	Deutsche Friedland	Paris		100,0	-53,2	-0,3
636	Deutsche Futures Singapore Pte Ltd	Singapur		100,0	21,0	-2,8
637	Deutsche Gesellschaft für Immobilien-Leasing mit beschränkter Haftung	Düsseldorf		100,0		
638	Deutsche Global Markets Limited	Tel Aviv		100,0	66,0	9,9
639	Deutsche Group Holdings (SA) (Proprietary) Limited	Johannesburg		100,0	91,3	11,2
640	Deutsche Grundbesitz Beteiligungsgesellschaft mbH	Eschborn		100,0		
641	Deutsche Grundbesitz-Anlagegesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt	1	99,8		
642	Deutsche Gulf Finance	Riad		40,0	33,2	0,3
643	Deutsche GUO Mao Investments (Netherlands) B.V.	Amsterdam		100,0		
644	Deutsche Haussmann, S.à r.l.	Luxemburg		100,0	-71,0	0,0
645	Deutsche Holdings (BTI) Limited	London		100,0	0,1	237,8
646	Deutsche Holdings (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		100,0	2764,7	68,8
647	Deutsche Holdings (Malta) Ltd.	Floriana		100,0	658,9	10,9
648	Deutsche Holdings (SA) (Proprietary) Limited	Johannesburg		100,0		
649	Deutsche Holdings Limited	London	2	100,0	1551,6	4,5
650	Deutsche Holdings No. 2 Limited	London	2	100,0	121,1	12,8
651	Deutsche Holdings No. 3 Limited	London	2	100,0	-35,9	-2,6

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigen- kapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
652	Deutsche Holdings No. 4 Limited	London		100,0	1276,9	128,4
653	Deutsche Immobilien Leasing GmbH	Düsseldorf	1	100,0	26,5	0,0
654	Deutsche India Holdings Private Limited	Mumbai		100,0	59,4	30,9
655	Deutsche International Corporate Services (Ireland) Limited	Dublin		100,0	16,0	3,1
656	Deutsche International Corporate Services Limited	St. Helier		100,0	3,1	2,7
657	Deutsche International Custodial Services Limited	St. Helier		100,0		
658	Deutsche International Finance (Ireland) Limited	Dublin		100,0		
659	Deutsche International Trust Company N.V.	Amsterdam		100,0	10,4	0,3
660	Deutsche International Trust Corporation (Mauritius) Limited	Port Louis		100,0		
661	Deutsche Inversiones Dos S.A.	Santiago		100,0	27,8	-0,3
662	Deutsche Investments (Netherlands) N.V.	Amsterdam		100,0		
663	Deutsche Investments India Private Limited	Mumbai		100,0	126,0	8,0
664	Deutsche Investor Services Private Limited	Mumbai		100,0		
665	Deutsche IT License GmbH	Eschborn	1	100,0	14,3	0,0
666	Deutsche Knowledge Services Pte. Ltd.	Singapur		100,0	63,3	6,0
667	Deutsche Mandatos S.A.	Buenos Aires		100,0		
668	Deutsche Morgan Grenfell Group Public Limited Company	London	2	100,0	963,7	3,7
669	Deutsche Morgan Grenfell Nominees Pte Ltd	Singapur		100,0		
670	Deutsche Mortgage Securities, Inc.	Wilmington		100,0		
671	Deutsche New Zealand Limited (Teilkonzern)	Auckland	4	100,0	48,4	4,5
672	-Deutsche (New Munster) Holdings New Zealand Limited	Auckland		100,0		
673	-Deutsche Domus New Zealand Limited	Auckland		100,0		
674	-Deutsche Foras New Zealand Limited	Auckland		100,0		
675	-Deutsche Overseas Issuance New Zealand Limited	Auckland		100,0		
676	-Deutsche Securities New Zealand Limited	Auckland		100,0		
677	-Kingfisher Nominees Limited	Auckland		100,0		
678	-LWC Nominees Limited	Auckland		100,0		
679	Deutsche Nominees Limited	London		100,0		
680	Deutsche Oppenheim Family Office AG	Grasbrunn	1	100,0		
681	Deutsche Postbank AG (Teilkonzern)	Bonn	2, 4, 5	94,1	6212,0	330,0
682	-BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH	Hameln	1	100,0		
683	-BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft	Hameln		100,0		
684	-BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH	Hameln	1	100,0		
685	-BHW Holding AG	Hameln	1	100,0		
686	-Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH	Schuttrange		100,0		
687	-DSL Portfolio GmbH & Co. KG	Bonn		100,0		
688	-DSL Portfolio Verwaltungs GmbH	Bonn		100,0		
689	-PB Factoring GmbH	Bonn	1	100,0		
690	-PB Firmenkunden AG	Bonn	1	100,0		
691	-PB International S.A.	Schuttrange		100,0		
692	-PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen	Bonn		98,5		
693	-Postbank Beteiligungen GmbH	Bonn	1	100,0		
694	-Postbank Filial GmbH	Bonn	1	100,0		
695	-Postbank Filialvertrieb AG	Bonn	1	100,0		
696	-Postbank Finanzberatung AG	Hameln		100,0		
697	-Postbank Immobilien GmbH	Hameln	1	100,0		
698	-Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH	Bonn	1	100,0		
699	-Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG	Bonn		90,0		
700	-Postbank Leasing GmbH	Bonn	1	100,0		
701	-Postbank P.O.S. Transact GmbH	Eschborn		100,0		
702	-Postbank Systems AG	Bonn	1	100,0		
703	-Postbank Versicherungsvermittlung GmbH	Bonn	1	100,0		
704	Deutsche Postbank Funding LLC I	Wilmington		100,0	300,0	0,0
705	Deutsche Postbank Funding LLC II	Wilmington		100,0	500,0	0,0
706	Deutsche Postbank Funding LLC III	Wilmington		100,0	300,1	0,0
707	Deutsche Postbank Funding LLC IV	Wilmington		100,0	500,2	0,0
708	Deutsche Private Asset Management Limited	London		100,0		
709	Deutsche Regis Partners Inc	Makati Stadt		49,0	13,1	8,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigen- kapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
710	Deutsche River Investment Management Company S.à r.l.	Luxemburg		49,0		
711	Deutsche Securities (India) Private Limited	Neu Delhi		100,0	28,7	0,9
712	Deutsche Securities (Perú) S.A.	Lima		100,0		
713	Deutsche Securities (Proprietary) Limited	Johannesburg		97,8	33,3	16,1
714	Deutsche Securities (SA) (Proprietary) Limited	Johannesburg		97,8		
715	Deutsche Securities Asia Limited	Hongkong		100,0	262,3	13,7
716	Deutsche Securities Inc.	Tokio		100,0	669,8	213,7
717	Deutsche Securities Israel Ltd.	Tel Aviv		100,0		
718	Deutsche Securities Korea Co.	Seoul		100,0	230,4	0,3
719	Deutsche Securities Limited	Hongkong		100,0	1,0	65,2
720	Deutsche Securities Mauritius Limited	Port Louis		100,0		
721	Deutsche Securities Menkul Degerler A.S.	Istanbul		100,0	15,1	4,8
722	Deutsche Securities Saudi Arabia LLC	Riad		100,0	117,9	0,3
723	Deutsche Securities Sociedad de Bolsa S.A.	Buenos Aires		100,0		
724	Deutsche Securities Venezuela S.A.	Caracas		100,0		
725	Deutsche Services Polska Sp. z o.o.	Warschau		100,0		
726	Deutsche StiftungsTrust GmbH	Frankfurt	1	100,0		
727	Deutsche TISCO Investment Advisory Company Limited	Bangkok		49,0	2,9	2,7
728	Deutsche Transnational Trustee Corporation Inc	Charlottetown		100,0		
729	Deutsche Trust Company Limited Japan	Tokio		100,0		
730	Deutsche Trustee Company Limited	London		100,0	26,4	6,5
731	Deutsche Trustee Services (India) Private Limited	Mumbai		100,0		
732	Deutsche Trustees Malaysia Berhad	Kuala Lumpur		100,0		
733	Deutsche Zurich Pensiones Entidad Gestora de Fondos de Pensiones, S.A.	Barcelona		50,0		
734	Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft	Bonn		25,1		
735	Deutsches Institut für Altersvorsorge GmbH	Frankfurt		78,0		
736	Deutz-Mülheim Grundstücksgesellschaft mbH	Düsseldorf		40,2		
737	DI Deutsche Immobilien Baugesellschaft mbH	Frankfurt		100,0		
738	DI Deutsche Immobilien Treuhandgesellschaft mbH	Frankfurt	1	100,0		
739	DIB-Consult Deutsche Immobilien- und Beteiligungs-Beratungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
740	DIL Europa-Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		100,0		
741	DIL Financial Services GmbH & Co. KG	Düsseldorf		100,0		
742	DIL Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
743	DIL Internationale Leasinggesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
744	DISCA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	1	100,0		
745	DIV Holding GmbH	Lützen-Gostau		100,0	352,4	0,3
746	Domus Beteiligungsgesellschaft der Privaten Bauspar-kassen mbH	Berlin		21,1	17,0	0,0
747	DONARUM Holding GmbH	Düsseldorf		50,0		
748	Donlen Exchange Services Inc.	Boston		100,0		
749	DREIUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Betei-ligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
750	DREIZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsge-sellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
751	DRITTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
752	DRITTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesell-schaft mbH	Düsseldorf		50,0		
753	Durian (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
754	Dusk II, LLC	Wilmington		100,0		
755	DWS Holding & Service GmbH	Frankfurt	1	99,4	336,4	0,0
756	DWS Investment S.A.	Luxemburg		100,0	329,7	98,2
757	DWS Investments (Spain), S.G.I.I.C., S.A.	Madrid		100,0	7,8	6,5
758	DWS Mauritius Company	Port Louis		100,0		
759	EC EUROPA IMMOBILIEN FONDS NR. 3 GmbH & CO. KG i.L.	Hamburg		65,2		
760	EINUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteili-gungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
761	Elba Finance GmbH	Eschborn		100,0		
762	Elbe Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0		
763	ELC Logistik-Centrum Verwaltungs-GmbH	Erfurt		50,0		
764	ELFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft	Düsseldorf		50,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigen- kapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
	mbH					
765	Elizabethan Holdings Limited	Georgetown		100,0		
766	Elizabethan Management Limited	Georgetown		100,0		
767	Elmo Funding GmbH	Eschborn	1	100,0	10,3	0,0
768	Elmo Leasing Vierzehnte GmbH	Eschborn	1	100,0		
769	Emerald Asset Repackaging Limited	Dublin		100,0		
770	Enterprise Vehicle Exchange, Inc.	Wilmington		100,0		
771	EOL2 Holding B.V.	Amsterdam		45,0		
772	eolec	Issy-les-Moulineaux		33,3		
773	equiNotes Management GmbH	Düsseldorf		50,0		
774	Erica Società a Responsabilità Limitata	Mailand		40,0		
775	Erste Frankfurter Hoist GmbH	Eschborn		100,0		
776	European Value Added I (Alternate G.P.) LLP	London		100,0		
777	Evergreen Amsterdam Holdings B.V.	Amsterdam		100,0		
778	Evergreen International Holdings B.V.	Amsterdam		100,0		
779	Evergreen International Investments B.V.	Amsterdam		100,0		
780	Evergreen International Leasing B.V.	Amsterdam		100,0	128,6	0,4
781	EVROENERGI AKI S.A.	Alexandroupolis		40,0		
782	Exinor SA	Bastogne		100,0		
783	EXTOREL Private Equity Advisers GmbH	Köln		100,0		
784	FARAMIR Beteiligungs- und Verwaltungs GmbH	Köln		100,0	10,1	-0,1
785	Farezco I, S. de R.L. de C.V.	Mexiko Stadt		100,0		
786	Farezco II, S. de R.L. de C.V.	Mexiko Stadt		100,0	-4,2	-2,8
787	Fenix Administración de Activos S. de R.L. de C.V.	Mexiko Stadt		100,0		
788	Fenix Mercury 1 S. de R.L. de C.V.	Mexiko Stadt		60,0		
789	Fiduciaria Sant' Andrea S.r.L.	Mailand		100,0		
790	Finanza & Futuro Banca SpA	Mailand		100,0	37,9	13,9
791	FRANKFURT CONSULT GmbH	Frankfurt	1	100,0		
792	Franz Urbig- und Oscar Schlitter-Stiftung Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0		
793	Funds Nominees Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
794	FÜNFTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
795	FÜNFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
796	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. "Leipzig-Magdeburg" KG	Bad Homburg		40,7		
797	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Dresden "Louisenstraße" KG	Bad Homburg		30,6		
798	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Suhl "Rimbachzentrum" KG	Bad Homburg		74,0		
799	FÜNFUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
800	FÜNFZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
801	GbR Goethestraße	Köln		94,0		
802	German Access Fund L.P.	London		100,0		
803	German Access LLP	London		100,0		
804	German Public Sector Finance B.V.	Amsterdam		50,0		
805	Gesellschaft für Kreditsicherung mit beschränkter Haftung	Berlin		36,7		
806	giropay GmbH	Frankfurt		33,3		
807	Global Salamina, S.L.	Madrid	2	26,7	-28,7	-0,8
808	Goldman Sachs Multi-Strategy Portfolio XI, LLC	Wilmington		99,7		
809	Gordian Knot Limited	London		32,4	9,6	-3,9
810	Graphite Resources (Knightsbridge) Limited	Newcastle upon Tyne		45,0		
811	Graphite Resources Holdings Limited	Newcastle upon Tyne		70,0		
812	Great Future International Limited	Road Town		43,0		
813	Grundstücksgesellschaft Frankfurt Bockenheimer Landstraße GbR	Troisdorf		94,9	9,2	4,9
814	Grundstücksgesellschaft Köln-Ossendorf VI GbR	Troisdorf		44,9		
815	Grundstücksgesellschaft Köln-Ossendorf VI mbH	Köln		100,0		
816	Grundstücksgesellschaft Leipzig Petersstraße GbR	Troisdorf		33,2		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
817	Grundstücksgesellschaft Wiesbaden Luisenstraße/Kirchgasse GbR	Troisdorf		59,7	153,3	-2,0
818	Grundstücksvermietungsgesellschaft Wilhelmstr. mbH	Grünwald		100,0		
819	Guggenheim Concinnity Strategy Fund LP	Wilmington		23,3	165,1	33,3
820	Gulara Pty Ltd	Sydney		100,0		
821	GUO Mao International Hotels B.V.	Amsterdam		100,0	-59,7	-0,4
822	Hac Investments Ltd.	Wilmington		100,0	88,1	-34,6
823	HAC Investments Portugal - Servicos de Consultadoria e Gestao Lda	Lissabon		100,0		
824	HAH Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
825	Hakkeijima Godo Kaisha	Tokio		95,0		
826	Harvest Fund Management Company Limited	Schanghai		30,0	307,9	76,5
827	Herengracht Financial Services B.V.	Amsterdam		100,0		
828	HTB Spezial GmbH & Co. KG	Köln		100,0		
829	Huarong Rongde Asset Management Company Limited	Peking		40,7	447,7	83,7
830	Hudson 12655 Jefferson, LLC	Wilmington		100,0		
831	Hydro S.r.l.	Rom		45,0		
832	Hypotheken-Verwaltungs-Gesellschaft mbH	Frankfurt		100,0		
833	IKARIA Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln		100,0		
834	ILV Immobilien-Leasing Verwaltungsgesellschaft Düsseldorf mbH	Düsseldorf		50,0		
835	Immobilien-Vermietungsgesellschaft Schumacher GmbH & Co. Objekt Rolandufer KG	Berlin		20,5		
836	Immobilienfonds Büro-Center Erfurt am Flughafen Bindersleben II GbR	Troisdorf		50,0		
837	Inn Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0		
838	Intermodal Finance I Ltd.	Georgetown	2	49,0	10,4	10,4
839	International Operator Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
840	IOS Finance EFC, S.A.	Barcelona		100,0	52,5	7,0
841	Isar Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0		
842	ISTRON Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH	Köln		100,0		
843	IVAF I Manager, S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
844	IVAF II Manager, S.à r.l.	Luxemburg		100,0	0,8	3,6
845	IZI Düsseldorf Informations-Zentrum Immobilien Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Düsseldorf		21,1		
846	IZI Düsseldorf Informations-Zentrum Immobilien GmbH & Co. Kommanditgesellschaft	Düsseldorf		21,6		
847	JADE Residential Property AG	Eschborn		100,0	63,6	1,1
848	JG Japan Grundbesitzverwaltungsgesellschaft mbH i.L.	Eschborn		100,0		
849	JR Nominees (Proprietary) Limited	Johannesburg		100,0		
850	JWB Leasing Limited Partnership	London	2	100,0	77,7	-9,0
851	Jyogashima Godo Kaisha	Tokio		100,0		
852	KEBA Gesellschaft für interne Services mbH	Frankfurt	1	100,0		
853	Kenanga Deutsche Futures Sdn Bhd	Kuala Lumpur		27,0		
854	KeyNeurotek Pharmaceuticals AG i.L.	Magdeburg		29,0		
855	KHP Knüppe, Huntebrinker & Co. GmbH	Osnabrück		100,0		
856	Kidson Pte Ltd	Singapur		100,0	46,0	32,7
857	Kinneil Leasing Company	London		35,0		
858	KOMPASS 3 Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
859	KOMPASS 3 Erste Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Euro KG	Düsseldorf		96,1	75,3	0,3
860	KOMPASS 3 Zweite Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. USD KG	Düsseldorf		97,0	55,4	0,2
861	Konsul Inkasso GmbH	Essen	1	100,0		
862	Kradavim UK Lease Holdings Limited	London		100,0		
863	Kunshan RREEF Equity Investment Fund Management Co. Ltd.	Kunshan		100,0		
864	KölnArena Beteiligungsgesellschaft mbH	Köln		20,8		
865	LA Water Holdings Limited	Georgetown		75,0		
866	Lammermuir Leasing Limited	London		100,0	12,3	0,1
867	Latin America Recovery Fund LLC	Wilmington		100,0		
868	LAWL Pte. Ltd.	Singapur		100,0	27,7	3,6
869	Leasing Verwaltungsgesellschaft Waltersdorf mbH	Schönefeld		100,0		
870	Legacy BCC Receivables, LLC	Wilmington		100,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
871	Leo Consumo 2 S.r.l.	Conegliano		70,0		
872	Leonardo III Initial GP Limited	London		100,0		
873	Lindsell Finance Limited	Valletta		100,0		
874	London Industrial Leasing Limited	London		100,0		
875	M Cap Finance Mittelstandsfonds GmbH & Co. KG	Frankfurt		77,1	86,0	8,9
876	Maestrale Projects (Holding) S.A.	Luxemburg		49,7		
877	Magalhaes S.A.	Luxemburg		95,0		
878	Maier Terminals Holding Corp.	Toronto		100,0	98,1	13,1
879	Maier Terminals Holdings (Toronto) Limited	Vancouver		100,0	83,6	3,8
880	Main Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0		
881	Manuseamento de Cargas - Manicargas, S.A.	Matosinhos	2	38,3	12,7	2,7
882	Maxblue Americas Holdings, S.A.	Madrid		100,0		
883	MCT Südafrika 3 GmbH & Co. KG	Hamburg		33,8		
884	MEF I Manager, S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
885	MEFIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		62,0	84,7	-1,8
886	Memax Pty. Limited	Sydney		100,0		
887	MergeOptics GmbH i.L.	Berlin		24,3		
888	Metro plus Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		40,0		
889	MFG Flughafen-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. BETA KG i.L.	Grünwald		29,6		
890	MidOcean (Europe) 2003 LP	St. Helier		20,0		
891	MidOcean Partners, LP	New York		20,0		
892	Midsel Limited	London		100,0		
893	Millennium Marine Rail, L.L.C.	Elizabeth		50,0	4,6	3,7
894	Mira GmbH & Co. KG	Frankfurt		100,0		
895	"modernes Frankfurt" private Gesellschaft für Stadtentwicklung mbH i.L.	Frankfurt		100,0		
896	Moon Leasing Limited	London		100,0		
897	Morgan Nominees Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
898	Mortgage Trading (UK) Limited	London		100,0		
899	Motion Picture Productions One GmbH & Co. KG	Frankfurt		100,0		
900	Mount Hope Community Center Fund, LLC	Wilmington		49,9		
901	Mountaintop Energy Holdings LLC	Wilmington		49,9		
902	MPP Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0		
903	MXB U.S.A., Inc.	Wilmington		100,0		
904	Navegator - SGFTC, S.A.	Lissabon		100,0		
905	NBG Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
906	NCW Holding Inc.	Vancouver		100,0		
907	NEPTUNO Verwaltungs- und Treuhand-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Köln	1	100,0		
908	NEUNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
909	NEUNZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
910	Nevada Mezz 1 LLC	Wilmington		100,0		
911	Nevada Parent 1 LLC	Wilmington		100,0	-947,1	-27,9
912	Nexus Infrastruktur Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
913	Nineco Leasing Limited	London		100,0		
914	NOFA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
915	Nordwestdeutscher Wohnungsbau-träger Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt	1	100,0	55,2	0,0
916	norisbank GmbH	Bonn	1	100,0	433,9	0,0
917	Nortfol Pty. Limited	Sydney		100,0		
918	North Coast Wind Energy Corp.	Vancouver		96,7		
919	Nummus Beteiligungs GmbH & Co. KG	Frankfurt		27,8		
920	NV Profit Share Limited	Georgetown		42,9		
921	OAM Köln GmbH	Köln	1	100,0	25,9	0,0
922	Oder Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0		
923	OOO "Deutsche Bank TechCentre"	Moskau		100,0		
924	OOO "Deutsche Bank"	Moskau		100,0	232,4	47,7
925	Opal Funds (Ireland) Public Limited Company	Dublin		100,0		
926	OPB Verwaltungs- und Beteiligungs-GmbH	Köln		100,0		
927	OPB Verwaltungs- und Treuhand GmbH	Köln		100,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigen- kapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
928	OPB-Holding GmbH	Köln		100,0		
929	OPB-Nona GmbH	Frankfurt		100,0		
930	OPB-Oktava GmbH	Köln		100,0		
931	OPB-Quarta GmbH	Köln		100,0		
932	OPB-Quinta GmbH	Köln		100,0		
933	OPB-Septima GmbH	Köln		100,0		
934	Oppenheim Asset Management Services S.à r.l.	Luxemburg		100,0	5,7	2,7
935	OPPENHEIM Buy Out GmbH & Co. KG	Köln		27,7		
936	OPPENHEIM Capital Advisory GmbH	Köln		100,0		
937	Oppenheim Eunomia GmbH	Köln		100,0		
938	OPPENHEIM Flottenfonds V GmbH & Co. KG	Köln		83,3		
939	Oppenheim Fonds Trust GmbH	Köln	1	100,0		
940	OPPENHEIM PRIVATE EQUITY Manager GmbH	Köln		100,0		
941	OPPENHEIM PRIVATE EQUITY Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln		100,0		
942	OVT Trust 1 GmbH	Köln	1	100,0		
943	OVV Beteiligungs GmbH	Köln		100,0		
944	P.F.A.B. Passage Frankfurter Allee Betriebsgesellschaft mbH	Berlin		22,2		
945	PADEM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
946	PADOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
947	PADUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
948	Pago e Transaction Services GmbH i.L.	Köln		50,0		
949	PAGUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
950	PALDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
951	PALLO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
952	Pan-European Infrastructure II, L.P.	London		100,0		
953	PANIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
954	PANTUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
955	Parkhaus an der Börse GbR	Köln		37,7		
956	PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
957	PB Sechste Beteiligungen GmbH	Bonn		100,0		
958	PBC Banking Services GmbH	Frankfurt	1	100,0	565,6	0,0
959	PBC Services GmbH der Deutschen Bank	Frankfurt	1	100,0		
960	PED Private Equity Deutschland GmbH & Co. geschl. Inv. KG	Köln		100,0		
961	PEDIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
962	PEDUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
963	Pembol Nominees Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
964	PENDIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
965	PENTUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
966	PERGOS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
967	PERGUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
968	PERILLA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
969	PERLIT Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
970	PERLU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
971	PERNIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
972	Peruda Leasing Limited	London		100,0	-75,5	-0,1
973	PERXIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
974	PETA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
975	PHARMA/HEALTH Management Company S.A.	Luxemburg		99,9		
976	Philippine Opportunities for Growth and Income (SPV-AMC), INC.	Manila		95,0	19,0	1,6
977	Phoebus Investments LP	Wilmington	6	100,0	891,3	0,1
978	Plantation Bay, Inc.	St. Thomas		100,0		
979	PMG Collins, LLC	Tallahassee		100,0		
980	PONTUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
981	Postbank Akademie und Service GmbH	Hameln		100,0		
982	Postbank Direkt GmbH	Bonn	1	100,0	15,9	0,0
983	Postbank Service GmbH	Essen	1	100,0		
984	Powerlase Limited (in members' voluntary liquidation)	Hove		24,8		
985	PRADUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
986	PRASEM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
987	PRATES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
988	Primelux Insurance S.A.	Luxemburg		100,0	14,9	1,6
989	PRISON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
990	Private Capital Portfolio L.P.	London		38,2	36,6	0,7
991	Private Equity Asia Select Company III S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
992	Private Equity Global Select Company IV S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
993	Private Equity Global Select Company V S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
994	Private Equity Invest Beteiligungs GmbH	Düsseldorf		50,0		
995	Private Equity Life Sciences Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
996	Private Equity Select Company S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
997	Private Financing Initiatives, S.L.	Barcelona		51,0		
998	PS plus Portfolio Software + Consulting GmbH	Rödermark		80,2		
999	PT. Deutsche Securities Indonesia	Jakarta		99,0	16,1	2,2
1000	PT. Deutsche Verdhana Indonesia	Jakarta		40,0		
1001	PTL Fleet Sales, Inc.	Wilmington		100,0		
1002	Public joint-stock company "Deutsche Bank DBU"	Kiew		100,0	12,9	1,5
1003	PUDU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1004	PUKU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1005	PURIM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1006	PX Group Limited	Stockton on Tees		29,4	0,0	7,3
1007	QUANTIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
1008	Quantum 13 LLC	Wilmington		49,0		
1009	QUELLUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1010	QUOTAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1011	Raymond James New York Housing Opportunities Fund I-A L.L.C.	New York		33,0		
1012	Raymond James New York Housing Opportunities Fund I-B L.L.C.	New York		33,3		
1013	RDIF SLP Feeder, L.P.	Edinburgh		100,0		
1014	Reference Capital Investments Limited	London		100,0		
1015	Regula Limited	Road Town		100,0		
1016	REIB Europe Investments Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
1017	REIB International Holdings Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
1018	Relax Holding S.à r.l.	Luxemburg		20,0		
1019	REON - Park Wiatrowy I Sp. z o.o.	Warschau		50,0		
1020	REON-Park Wiatrowy II Sp. z o.o.	Warschau		50,0		
1021	REON-Park Wiatrowy IV Sp. z o.o.	Warschau		50,0		
1022	Rhine Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0		
1023	Rimvalley Limited (in liquidation)	Dublin		100,0		
1024	RoCalwest, Inc.	Wilmington		100,0	42,9	0,0
1025	Royster Fund Management S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
1026	RREEF China REIT Management Limited	Hongkong		100,0		
1027	RREEF European Value Added I (G.P.) Limited	London		100,0		
1028	RREEF India Advisors Private Limited	Mumbai		100,0		
1029	RREEF Investment GmbH	Frankfurt	1	99,9	21,7	0,0
1030	RREEF Management GmbH	Frankfurt	1	100,0	122,7	0,0
1031	RREEF Property Trust, Inc.	Baltimore	2	26,1	14,7	-1,8
1032	RREEF Shanghai Investment Consultancy Company	Schanghai		100,0		
1033	RREEF Spezial Invest GmbH	Frankfurt	1	100,0	26,5	0,0
1034	SAB Real Estate Verwaltungs GmbH	Hamel		100,0		
1035	SABIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1036	Safron NetOne Partners, L.P.	Georgetown		21,7		
1037	Sagamore Limited	London	2	100,0	13,1	0,0
1038	SAGITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
1039	Sal. Oppenheim Alternative Investments GmbH	Köln	1	100,0	333,3	0,0
1040	Sal. Oppenheim Global Invest GmbH	Köln		100,0	3705,4	0,3
1041	Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. Kommanditgesellschaft auf Aktien	Köln	1	100,0	959,5	0,0
1042	Sal. Oppenheim jr. & Cie. Beteiligungs GmbH	Köln		100,0		
1043	Sal. Oppenheim jr. & Cie. Komplementär AG	Köln	1	100,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigen- kapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
1044	Sal. Oppenheim jr. & Cie, Luxembourg S.A.	Luxemburg		100,0	173,5	1,6
1045	Sal. Oppenheim Private Equity Partners S.A., en liquidation volontaire	Luxemburg		100,0		
1046	SALIX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1047	SALOMON OPPENHEIM GmbH i.L.	Köln		100,0		
1048	SALUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1049	SALUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Dresden KG	Düsseldorf		58,5		
1050	SANCTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1051	SANDIX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1052	SANO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1053	SAPIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
1054	SARIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1055	SATINA Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1056	SCANDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1057	SCHEDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1058	Schiffahrts UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG MS "DYCKBURG" i.L.	Hamburg		41,3		
1059	Schiffahrtsgesellschaft MS "Simon Braren" GmbH & Co KG	Kollmar		26,7		
1060	Schumacher Beteiligungsgesellschaft mbH	Köln		33,2		
1061	SCITOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1062	SCITOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Heiligenstadt KG	Düsseldorf		71,1		
1063	SCUDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
1064	SCUDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kleine Alexanderstraße KG	Düsseldorf		95,0		
1065	SECHSTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1066	SECHSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1067	SECHZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1068	SEDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
1069	SEGES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1070	SEGU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1071	SELEKTA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1072	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1073	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Fehrenbach KG i.L.	Düsseldorf		94,7		
1074	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Halle II KG i.L.	Düsseldorf		100,0		
1075	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kamenz KG	Düsseldorf		100,0		
1076	SERICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1077	Service Company Four Limited	Hongkong		100,0		
1078	Service Company Three Limited	Hongkong		100,0		
1079	Shopready Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
1080	SIDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1081	SIEBTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1082	SIEBZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1083	SIFA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
1084	SILANUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1085	SILEX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1086	SILEX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin KG	Düsseldorf		83,8		
1087	SILIGO Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1088	Silrendel, S. de R. L. de C. V.	Mexiko Stadt		100,0	-4,0	-3,9
1089	SILUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1090	SIMILA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1091	Sixco Leasing Limited	London		100,0		
1092	SOLATOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1093	SOLIDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
1094	OLON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigen- kapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
1095	SOLON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Heizkraftwerk Halle KG i.L.	Halle/Saale		30,5		
1096	SOLUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1097	SOMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1098	SOREX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1099	SOSPITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1100	SPhinX, Ltd. (in voluntary liquidation)	Georgetown		43,6		
1101	SPINO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
1102	SPLENDOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
1103	SRC Security Research & Consulting GmbH	Bonn		22,5		
1104	STABLON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
1105	STAGIRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1106	Starpool Finanz GmbH	Berlin		49,9		
1107	Station Holdco LLC	Wilmington		25,0		
1108	STATOR Heizkraftwerk Frankfurt (Oder) Beteiligungs- gesellschaft mbH	Schönefeld		100,0		
1109	STUPA Heizwerk Frankfurt (Oder) Nord Beteiligungs- gesellschaft mbH i.L.	Schönefeld		100,0		
1110	SUBLICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1111	SUBLICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Promohypermarkt Gelsenkirchen KG i.L.	Düsseldorf		48,7		
1112	SUBU Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1113	SULPUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
1114	Sunrise Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt	1	100,0		
1115	SUPERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1116	SUPLION Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1117	SUSA Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1118	SUSIK Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1119	Swabia 1. Vermögensbesitz-GmbH	Eschborn		100,0		
1120	Sylvester (2001) Limited	Georgetown		100,0	520,2	1,6
1121	Süddeutsche Vermögensverwaltung Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0		
1122	TABA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
1123	TACET Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1124	TAF 2 Y.K.	Tokio		100,0		
1125	TAGO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1126	Tagus - Sociedade de Titularização de Creditos, S.A.	Lissabon		100,0	13,9	0,4
1127	TAGUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1128	TAKIR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
1129	Tapeorder Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
1130	TARES Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		100,0		
1131	TEBA Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Schönefeld		100,0		
1132	TEBOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1133	Teesside Gas Transportation Limited	London		45,0	-214,4	9,8
1134	Telefon-Servicegesellschaft der Deutschen Bank mbH	Frankfurt	1	100,0		
1135	TELO Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		100,0		
1136	TEMATIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		100,0		
1137	Tempurrite Leasing Limited	London	2	100,0	29,0	0,1
1138	TERRUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
1139	TESATUR Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1140	TESATUR Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Halle I KG	Düsseldorf		100,0		
1141	TESATUR Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Nordhausen I KG	Düsseldorf		100,0		
1142	Thai Asset Enforcement and Recovery Asset Manage- ment Company Limited	Bangkok		100,0		
1143	The Debt Redemption Fund Limited	Georgetown		99,8		
1144	TIEDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1145	TIEDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Lager Nord KG	Düsseldorf		25,0		
1146	TOKOS GmbH	Lützen-Gostau		100,0	505,8	0,9
1147	TOSSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
1148	TRAGO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigen- kapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
1149	Trave Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0		
1150	TREMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Berlin		50,0		
1151	TRENTO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1152	Treuinvest Service GmbH	Frankfurt		100,0		
1153	Trevona Limited	Road Town		100,0		
1154	TRINTO Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
1155	TRIPLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
1156	Triplereason Limited	London		100,0	329,2	0,7
1157	Triton Beteiligungs GmbH	Frankfurt		33,1		
1158	Triton Fund III G L.P.	St. Helier		62,5		
1159	TRS 1 LLC	Wilmington		100,0		
1160	TRS Aria LLC	Wilmington		100,0		
1161	TRS Babson I LLC	Wilmington		100,0		
1162	TRS Birch LLC	Wilmington		100,0		
1163	TRS Bluebay LLC	Wilmington		100,0		
1164	TRS Bruin LLC	Wilmington		100,0		
1165	TRS Callisto LLC	Wilmington		100,0		
1166	TRS Camulos LLC	Wilmington		100,0		
1167	TRS Cypress LLC	Wilmington		100,0		
1168	TRS DB OH CC Fund Financing LLC	Wilmington		100,0		
1169	TRS Eclipse LLC	Wilmington		100,0		
1170	TRS Elara LLC	Wilmington		100,0		
1171	TRS Elgin LLC	Wilmington		100,0		
1172	TRS Elm LLC	Wilmington		100,0		
1173	TRS Feingold O'Keeffe LLC	Wilmington		100,0		
1174	TRS Fore LLC	Wilmington		100,0		
1175	TRS Ganymede LLC	Wilmington		100,0		
1176	TRS GSC Credit Strategies LLC	Wilmington		100,0		
1177	TRS Haka LLC	Wilmington		100,0		
1178	TRS HY FNDS LLC	Wilmington		100,0		
1179	TRS Io LLC	Wilmington		100,0		
1180	TRS Landsbanki Islands LLC	Wilmington		100,0		
1181	TRS Leda LLC	Wilmington		100,0		
1182	TRS Maple LLC	Wilmington		100,0		
1183	TRS Metis LLC	Wilmington		100,0		
1184	TRS Oak LLC	Wilmington		100,0		
1185	TRS Plainfield LLC	Wilmington		100,0		
1186	TRS Poplar LLC	Wilmington		100,0		
1187	TRS Quogue LLC	Wilmington		100,0		
1188	TRS Scorpio LLC	Wilmington		100,0		
1189	TRS SeaCliff LLC	Wilmington		100,0		
1190	TRS Spruce LLC	Wilmington		100,0		
1191	TRS Stag LLC	Wilmington		100,0		
1192	TRS Stark LLC	Wilmington		100,0		
1193	TRS SVCO LLC	Wilmington		100,0		
1194	TRS Sycamore LLC	Wilmington		100,0		
1195	TRS Thebe LLC	Wilmington		100,0		
1196	TRS Tupelo LLC	Wilmington		100,0		
1197	TRS Venor LLC	Wilmington		100,0		
1198	TRS Walnut LLC	Wilmington		100,0		
1199	TRS Watermill LLC	Wilmington		100,0		
1200	TUDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1201	TUGA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1202	TYRAS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1203	U.S.A. Institutional Tax Credit Fund C L.P.	Dover		22,5		
1204	U.S.A. Institutional Tax Credit Fund XCV L.P.	Wilmington		24,0		
1205	U.S.A. ITCF XCI L.P.	New York		100,0		
1206	VARIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1207	VCG Venture Capital Fonds III Verwaltungs GmbH	München		100,0		
1208	VCG Venture Capital Gesellschaft mbH	München		100,0		
1209	VCG Venture Capital Gesellschaft mbH & Co. Fonds III KG i.L.	München		37,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigen- kapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
1210	VCG Venture Capital Gesellschaft mbH & Co. Fonds III Management KG	München		26,7		
1211	VCJ Lease S.à r.l.	Luxemburg		95,0		
1212	VCM / BHF Initiatoren GmbH & Co. Beteiligungs KG	Eichenried		48,8		
1213	VCM Initiatoren III GmbH & Co. KG	München		24,9		
1214	VCM MIP III GmbH & Co. KG	Köln		61,0		
1215	VCM MIP IV GmbH & Co. KG	Köln		61,0		
1216	VCM Treuhand Beteiligungsverwaltung GmbH	Köln		100,0		
1217	VCP Treuhand Beteiligungsgesellschaft mbH	Köln		100,0		
1218	VCP Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln		100,0		
1219	Vertriebsgesellschaft mbH der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden	Berlin		100,0		
1220	Vesta Real Estate S.r.l.	Mailand		100,0		
1221	VIERTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1222	VIERTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1223	VIERUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1224	VIERZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1225	Volbroker.com Limited	London		22,5		
1226	VÖB-ZVD Processing GmbH	Frankfurt	1	100,0	15,2	0,0
1227	Wealthspur Investment Company Limited	Labuan		100,0		
1228	WEPLA Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0	76,5	-4,0
1229	Weser Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0		
1230	WestLB Venture Capital Management GmbH & Co. KG	Köln		50,0		
1231	Whale Holdings S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
1232	Willem S.A.	Luxemburg		95,0		
1233	Wohnungs-Verwaltungsgesellschaft Moers mbH	Düsseldorf		50,0		
1234	Wohnungsgesellschaft HEGEMAG GmbH	Darmstadt		50,0		
1235	XARUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
1236	XELLUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1237	XENTIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1238	XERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1239	XERIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1240	5000 Yonge Street Toronto Inc.	Toronto		100,0		
1241	ZABATUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1242	ZAKATUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1243	ZALLUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1244	ZANTOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
1245	ZARAT Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1246	ZARAT Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Leben II KG	Düsseldorf		97,7	13,0	-10,2
1247	ZARGUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1248	ZEa Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		25,0		
1249	ZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1250	zeitinvest-Service GmbH	Frankfurt		25,0		
1251	ZELAS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1252	ZELAS Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Leben I KG	Düsseldorf		98,0	15,1	-9,8
1253	ZENO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1254	Zenwix Pty. Limited	Sydney		100,0		
1255	ZEPTOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1256	ZEREVIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1257	ZERGUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1258	Zhong De Securities Co., Ltd	Peking		33,3	117,9	-4,6
1259	ZIBE Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
1260	ZIDES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
1261	ZIMBEL Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
1262	ZINDUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1263	ZINUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
1264	ZIRAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
1265	ZITON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigen- kapital in Mio €	Ergebnis in Mio €
1266	ZITRAL Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
1267	ZITUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
1268	ZONTUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1269	ZORUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1270	ZURET Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1271	ZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1272	ZWEITE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1273	ZWEITE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1274	ZWEIUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1275	ZWÖLFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
1276	ZYLUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		25,0		
1277	ZYRUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		25,0		
1278	ZYRUS Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Patente I KG i.L.	Schönefeld		20,4		
1279	Zürich - Swiss Value AG in Liquidation	Zürich		50,1		

Lfd.				Anteil am	Eigenkapital	Ergebnis in
Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Kapital in %	in Mio €	Mio €
1280	Abode Mortgage Holdings Corporation	Vancouver		8,5		
1281	ABRAAJ Holdings	Georgetown		8,8		
1282	Accunia A/S	Kopenhagen		9,9		
1283	BATS Global Markets, Inc.	Wilmington		6,7		
1284	BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH	Berlin		5,6		
1285	Bürgschaftsbank Brandenburg GmbH	Potsdam		8,5		
1286	Bürgschaftsbank Mecklenburg-Vorpommern GmbH	Schwerin		8,4		
1287	Bürgschaftsbank Sachsen GmbH	Dresden		6,3		
1288	Bürgschaftsbank Sachsen-Anhalt GmbH	Magdeburg		8,2		
1289	Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Kiel		5,6		
1290	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH	Erfurt		8,7		
1291	Bürgschaftsgemeinschaft Hamburg GmbH	Hamburg		8,7		
1292	Cecon ASA	Arendal		9,6		
1293	China Polymetallic Mining Limited	Georgetown		8,4		
1294	CIFG Holding Inc.	Wilmington		11,5		
1295	ConCardis Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Eschborn		16,8		
1296	Damovo Group Holdings Limited	Camana Bay		16,0		
1297	Deutsche Steinzeug Cremer & Breuer Aktiengesellschaft	Alfter		17,2		
1298	Finance in Motion GmbH	Frankfurt		19,9		
1299	Hua Xia Bank Company Limited	Peking		19,9		
1300	HYPOPORT AG	Berlin		9,7		
1301	ISWAP Limited	London		14,2		
1302	IVG Institutional Funds GmbH	Frankfurt		6,0		
1303	K & N Kenanga Holdings Bhd	Kuala Lumpur		13,8		
1304	K.K. D&M Holdings	Kawasaki		15,1		
1305	Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mit beschränkter Haftung	Leezen		11,0		
1306	Liquiditäts-Konsortialbank Gesellschaft mit beschränkter Haftung i.L.	Frankfurt		7,7		
1307	OTCDeriv Limited	London		7,2		
1308	Philipp Holzmann Aktiengesellschaft i.L.	Frankfurt		19,5		
1309	Prader Bank S.p.A.	Bozen		9,0		
1310	Private Export Funding Corporation	Wilmington		6,0		
1311	PT Buana Listya Tama Tbk	Jakarta		14,8		
1312	Reorganized RFS Corporation	Wilmington		6,2		
1313	Rinkai Nissan Kensetsu Kabushiki Kaisha	Tokio		8,5		
1314	RREEF America REIT III, Inc.	Baltimore		7,9		
1315	Saarländische Investitionskreditbank Aktiengesellschaft	Saarbrücken		11,8		
1316	Servicios de Infraestructura de Mercado OTC S.A.	Santiago		6,7		
1317	Shunfeng Catering & Hotel Management Co., Ltd.	Peking		6,4		
1318	Società per il Mercato dei Titoli di Stato - Borsa Obbligazionaria Europea S.p.A.	Rom		5,0		
1319	The Clearing House Association L.L.C.	Wilmington		5,6		
1320	TORM A/S	Hellerup		6,2		
1321	TradeWeb Markets LLC	Wilmington		5,5		
1322	United Information Technology Co. Ltd.	Georgetown		12,2		
1323	Veris Gold Corp.	Vancouver		7,4		
1324	Wilson HTM Investment Group Ltd	Brisbane		19,8		
1325	Yensai.com Co., Ltd.	Tokio		7,1		

Gremien

Vorstand

Jürgen Fitschen
Co-Vorsitzender

Anshuman Jain
Co-Vorsitzender

Stefan Krause

Dr. Stephan Leithner

Stuart Wilson Lewis

Rainer Neske

Henry Ritchotte

Christian Sewing
(seit 1. Januar 2015)

Aufsichtsrat

Dr. Paul Achleitner

– Vorsitzender
München

Alfred Herling*

– Stellvertretender Vorsitzender
Deutsche Bank AG,
Wuppertal

Frank Bsirske*

Vorsitzender der ver.di – Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft,
Berlin

John Cryan

Präsident Europa, Leiter Afrika,
Portfoliostrategie und Kreditportfolio
der Temasek International Pte, Ltd.
bis 31. Juli 2014,
London

Dina Dublon

New York

Katherine Garrett-Cox

Chief Executive Officer
Alliance Trust Plc,
Breachin, Angus

Timo Heider*

BHW Bausparkasse AG,
Emmerthal

Sabine Irrgang*

Deutsche Bank AG,
Mannheim

Prof. Dr. Henning Kagermann

Präsident acatech – Deutsche
Akademie der Technikwissenschaften,
Königs Wusterhausen

Martina Klee*

Deutsche Bank AG,
Frankfurt am Main

Suzanne Labarge

bis 30. Juni 2014
Oakville

Peter Löscher

Chief Executive Officer
Renova Management AG,
München

Henriette Mark*

Deutsche Bank AG,
München

Louise Parent

seit 1. Juli 2014
Rechtsanwältin (Of Counsel), Cleary
Gottlieb Steen & Hamilton LLP,
New York

Gabriele Platscher*

Deutsche Bank Privat- und
Geschäftskunden AG,
Braunschweig

Bernd Rose*

Postbank GBR Filialbetrieb AG und
Postbank Filial GmbH,
Menden

Rudolf Stockem*

Gewerkschaftssekretär der ver.di –
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft,
Aachen

Stephan Szukalski*

Deutsche Postbank AG,
Frankfurt am Main

Dr. Johannes Teyssen

Vorsitzender des Vorstands
E.ON SE,
Düsseldorf

Georg Thoma

Rechtsanwalt (Of Counsel) (bis 31.
Dezember 2014 Partner), Shearman
& Sterling LLP
Neuss

Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler

Essen

* Von den Arbeitnehmern in Deutschland
gewählt.

Aufsichtsratsausschüsse

Präsidialausschuss

Dr. Paul Achleitner
– Vorsitzender

Frank Bsirske*
Alfred Herling*
Prof. Dr. Henning Kagermann

Vermittlungsausschuss

Dr. Paul Achleitner
– Vorsitzender

Alfred Herling*
Prof. Dr. Henning Kagermann

Stephan Szukalski*

Prüfungsausschuss

John Cryan
– Vorsitzender

Dr. Paul Achleitner
Henriette Mark*
Gabriele Platscher*

Bernd Rose*

Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler

Risikoausschuss

Dina Dublon
– Vorsitzende ab 28. Januar 2015

Dr. Paul Achleitner
(Vorsitzender bis 28. Januar 2015)

John Cryan

Suzanne Labarge
bis 30. Juni 2014

Louise Parent
seit 1. Juli 2014

Rudolf Stockem*

Nominierungsausschuss

Dr. Paul Achleitner
– Vorsitzender

Frank Bsirske*
Alfred Herling*
Prof. Dr. Henning Kagermann

Dr. Johannes Teyssen

Integritätsausschuss

Georg Thoma
– Vorsitzender

Dr. Paul Achleitner

Timo Heider*

Sabine Irrgang*

Martina Klee*

Peter Löscher

Vergütungskontrollausschuss

Dr. Paul Achleitner
– Vorsitzender

Frank Bsirske*
Alfred Herling*
Prof. Dr. Henning Kagermann

* Von den Arbeitnehmern in
Deutschland gewählt.

Advisory Boards

Die Advisory Boards finden Sie auf der Website der Deutschen Bank unter www.deutsche-bank.de/beraterkreise.

Verzeichnis der Mandate

Aufsichtsrat

Mandate nach § 285 Nr. 10 HGB i.V.m. § 125 Abs. 1 S. 5 AktG

Mitgliedschaften in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten deutscher Gesellschaften und vergleichbaren Kontrollgremien in- und ausländischer Wirtschaftsunternehmen; Stand: Februar 2015. Unterjährige Veränderungen sind jeweils mit Ein- und Austrittsdatum vermerkt.

Bei früher ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitgliedern Zeitpunkt des jeweiligen Ausscheidens. Bei neu eingetretenen Aufsichtsratsmitgliedern Zeitpunkt ab Eintritt.

Mitglieder des Aufsichtsrats			
Mandatsinhaber	Ausgeübte Tätigkeit	Mandatsunternehmen	Mandat
Dr. Paul Achleitner	Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG	Externe Mandate	
		Bayer AG	Mitglied des Aufsichtsrats
		Daimler AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Frank Bsirske	Vorsitzender der Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	Externe Mandate	
		IBM Central Holding GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
		Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)	Mitglied des Verwaltungsrats
		RWE AG	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats
		Konzerninterne Mandate	
		Deutsche Postbank AG	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats
John Cryan	Präsident Europa, Leiter Afrika, Portfoliostrategie und Kreditportfolio der Temasek International Pte Ltd. (bis Juli 2014)	Externe Mandate	
		Man Group plc	Non-Executive Director (seit Januar 2015)
		ST Asset Management Pte Ltd.	Chairman of the Board of Directors
Dina Dublon		Tana Africa Capital Limited	Member of the Board of Directors
		Externe Mandate	
		Accenture PLC	Member of the Board of Directors
		Microsoft Corporation	Member of the Board of Directors (bis Dezember 2014)
Katherine Garrett-Cox	Chief Executive Officer Alliance Trust Plc	PepsiCo Inc.	Member of the Board of Directors
		Externe Mandate	
		Alliance Trust Investments (vormals Alliance Trust Asset Management Ltd.)	Chief Executive
Timo Heider	Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der Deutsche Postbank AG, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der BHW Kreditservice GmbH, Vorsitzender des Betriebsrats der BHW Bausparkasse AG, BHW Kreditservice GmbH, Postbank Finanzberatung AG und BHW Holding AG, Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank, Mitglied des Europäischen Betriebsrats	Alliance Trust Savings Ltd.	Executive Chairman
		Konzerninterne Mandate	
		BHW Bausparkasse AG	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats
		BHW Holding AG	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis November 2014)
		Deutsche Postbank AG	Mitglied des Aufsichtsrats
		Pensionskasse der BHW Bausparkasse AG VvaG	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats
		PBC Banking Services GmbH	Mitglied des Beirats

Mitglieder des Aufsichtsrats			
Mandatsinhaber	Ausgeübte Tätigkeit	Mandatsunternehmen	Mandat
Alfred Herling	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG; Vorsitzender des Gemeinschaftsbetriebsrats Wuppertal/ Sauerland der Deutsche Bank; Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Deutsche Bank; Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der Deutsche Bank; Mitglied des Europäischen Betriebsrats	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Sabine Irrgang	Leiterin Personalbetreuung (Württemberg), Deutsche Bank AG	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Professor Dr. Henning Kagermann	Präsident der acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften	<u>Externe Mandate</u> BMW Bayerische Motoren Werke AG Deutsche Post AG Franz Haniel & Cie. GmbH Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG Nokia Corporation Wipro Technologies	Mitglied des Aufsichtsrats Mitglied des Aufsichtsrats Mitglied des Aufsichtsrats Mitglied des Aufsichtsrats Member of the Board of Directors (bis Juni 2014) Member of the Board of Directors (bis Juni 2014)
Martina Klee	Vorsitzende des Betriebsrats Group COO Eschborn/Frankfurt der Deutschen Bank	<u>Externe Mandate</u> Sterbekasse für die Angestellten der Deutschen Bank VVaG	Mitglied des Aufsichtsrats
Suzanne Labarge (bis Juni 2014)		<u>Externe Mandate</u> Coca-Cola Enterprises Inc. XL Group PLC	Member of the Board of Directors Member of the Board of Directors
Peter Löscher	Chief Executive Officer der Renova Management AG	<u>Externe Mandate</u> Conscientia Investment Limited Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG Sulzer AG TBG Limited (Thyssen Bornemisza Group) TBG AG (Thyssen Bornemisza Group)	Non Executive Director (von Dezember 2014 bis Februar 2015) Mitglied des Aufsichtsrats (bis April 2014) Präsident des Verwaltungsrats (seit März 2014) Non Executive Director (bis November 2014) Non Executive Director (seit Dezember 2014)
Henriette Mark	Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats München und Südbayern der Deutschen Bank; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank; Mitglied des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Louise M. Parent (seit Juli 2014)	Rechtsanwältin (Of Counsel), Cleary Gottlieb Steen & Hamilton LLP	<u>Externe Mandate</u> Zoetis Inc.	Member of the Board of Directors
Gabriele Platscher	Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats Braunschweig/ Hildesheim der Deutschen Bank	<u>Externe Mandate</u> BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V. BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG	Stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats
Bernd Rose	Vorsitzender des gemeinsamen Gesamtbetriebsrats der Postbank Filialvertrieb AG und Postbank Filial GmbH; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Postbank; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank; Mitglied des Europäischen Betriebsrats	<u>Externe Mandate</u> ver.di Vermögensverwaltungsgesellschaft <u>Konzerninterne Mandate</u> Deutsche Postbank AG Postbank Filialvertrieb AG	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats Mitglied des Aufsichtsrats Mitglied des Aufsichtsrats

Mitglieder des Aufsichtsrats			
Mandatsinhaber	Ausgeübte Tätigkeit	Mandatsunternehmen	Mandat
Rudolf Stockem	Gewerkschaftssekretär Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	Konzerninterne Mandate	
		Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Stephan Szukalski	Bundesvorsitzender des Deutschen Bankangestellten-Verbandes; Betriebsratsvorsitzender Betriebs-Center für Banken AG	PBC Banking Services GmbH	Mitglied des Beirats
		Konzerninterne Mandate	
		Betriebs-Center für Banken AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Dr. Johannes Teyssen	Vorsitzender des Vorstands der E.ON SE	PBC Banking Services GmbH	Mitglied des Beirats
		Externe Mandate	
Georg F. Thoma	Rechtsanwalt (Of Counsel) (bis 31. Dezember 2014 Partner) Shearman & Sterling LLP	Salzgitter AG	Mitglied des Aufsichtsrats
		Externe Mandate	
		NOVA Chemicals Corporation	Member of the Board of Directors (bis Februar 2014)
Professor Dr. Klaus Rüdiger Trützschler		Sapinda Holding B.V.	Member of the Board of Directors (seit Juli 2014)
		Externe Mandate	
		Sartorius AG	Mitglied des Aufsichtsrats
		TAKKT AG	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis Juni 2014)
		Wilh. Werhahn KG	Mitglied des Verwaltungsrats
		Wuppermann AG	Vorsitzender des Aufsichtsrats
		Zwiesel Kristallglas AG	Vorsitzender des Aufsichtsrats

Vorstand

Mandate nach § 285 Nr. 10 HGB i.V.m. § 125 Abs. 1 S. 5 AktG

Mitgliedschaften in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten deutscher Gesellschaften und vergleichbaren Kontrollgremien in- und ausländischer Wirtschaftsunternehmen. Unterjährige Veränderungen sind jeweils mit Ein- und Austrittsdatum vermerkt.

Mitgliedschaften in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften im In- und Ausland nach § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB sind mit * gekennzeichnet.

Stand: Februar 2015.

Bei früher ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern Zeitpunkt des jeweiligen Ausscheidens. Bei neu eingetretenen Vorstandsmitgliedern Zeitpunkt ab Eintritt.

Mitglieder des Vorstands			
Mandatsinhaber	Ausgeübte Tätigkeit	Mandatsunternehmen	Mandat
Jürgen Fitschen	Co-Vorsitzender des Vorstands	Externe Mandate	
		Kühne + Nagel International AG*	Mitglied des Verwaltungsrats
		METRO AG*	Mitglied des Aufsichtsrats
		Konzerninterne Mandate	
		Deutsche Bank Società per Azioni*	Chairman of the Supervisory Board (bis Juni 2014)
		Deutsche Securities Saudi Arabia	Chairman of the Board of Directors (bis Juni 2014)
Anshuman Jain	Co-Vorsitzender des Vorstands	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Stefan Krause	Mitglied des Vorstands	Konzerninterne Mandate	
		BHF-BANK Aktiengesellschaft*	Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis März 2014)
		DEUKONA Versicherungs-Vermittlungs-GmbH	Vorsitzender des Beirats
		Deutsche Bank Europe GmbH	Vorsitzender des Aufsichtsrats
		Deutsche Bank Financial LLC*	Member of the Board of Directors
		Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Chairman of the Supervisory Board
Dr. Stephan Leithner	Mitglied des Vorstands	Externe Mandate	
		BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG	Mitglied des Aufsichtsrats (bis Juni 2014)
		BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.	Mitglied des Aufsichtsrats
		BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V.	Mitglied des Aufsichtsrats
		Konzerninterne Mandate	
		Deutsche Bank Nederland N.V.	Vice Chairman of the Supervisory Board (bis September 2014)
		OOO „Deutsche Bank“*	Chairman of the Supervisory Board
Stuart Lewis	Mitglied des Vorstands	Externe Mandate	
		London Stock Exchange*	Member of the Board of Directors
		Konzerninterne Mandate	
		Deutsche Bank Società per Azioni*	Member of the Supervisory Board
Rainer Neske	Mitglied des Vorstands	Konzerninterne Mandate	
		Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG*	Vorsitzender des Aufsichtsrats
		Deutsche Postbank AG*	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Henry Ritchotte	Mitglied des Vorstands	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Christian Sewing (seit Januar 2015)	Mitglied des Vorstands	Konzerninterne Mandate	
		Deutsche Postbank AG*	Mitglied des Aufsichtsrats

Mitarbeiter der Deutschen Bank AG

Mandate nach § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Mitgliedschaften in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften im In- und Ausland; Stand: 31. Dezember 2014.

Mitarbeiter der Deutschen Bank AG		
Mandatsinhaber	Mandatsunternehmen	Mandat
Burkhard Baum	Externe Mandate BIG BAU-Investitionsgesellschaft mbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Rainer Bender	Externe Mandate Saint-Gobain Building Distribution Deutschland GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Stefan Bender	Konzerninterne Mandate Deutsche Bank Europe GmbH Deutsche Bank Luxembourg S.A. Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna OOO „Deutsche Bank“ PJSC „Deutsche Bank DBU“ Ukraine	Mitglied des Aufsichtsrats Member of the Supervisory Board Member of the Supervisory Board Member of the Supervisory Board Member of the Supervisory Board
Brigitte Bomm	Konzerninterne Mandate Deutsche Bank Luxembourg S.A. Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG	Member of the Supervisory Board Mitglied des Aufsichtsrats
Oliver Bortz	Konzerninterne Mandate Deutsche Bank Bauspar AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Ralf Brümmer	Externe Mandate Bankpower GmbH Personaldienstleistungen	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats
Thomas Buschmann	Externe Mandate Vallourec Deutschland GmbH VSM Vereinigte Schmigel- und Maschinen-Fabriken AG	Mitglied des Aufsichtsrats Mitglied des Aufsichtsrats
Mary Campbell	Konzerninterne Mandate Deutsche Bank Luxembourg S.A. Deutsche Bank Polska S.A. Deutsche Bank Trust Company Americas Deutsche Bank Trust Corporation	Member of the Supervisory Board Member of the Supervisory Board Member of the Board of Directors Member of the Board of Directors
Mary Chen-Eng	Konzerninterne Mandate DB Structured Derivative Products, LLC	Member of the Board of Directors
Robert J. Dibble	Konzerninterne Mandate DB U.S. Financial Markets Holding Corporation	Member of the Board of Directors
Dario DiMuro	Konzerninterne Mandate Finanza & Futuro Banca S.p.A.	Member of the Supervisory Board
Michael Dituro	Konzerninterne Mandate DB Global Technology, Inc.	Member of the Board of Directors
Karin Dohm	Externe Mandate Deutsche EuroShop AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Andreas Dörhöfer	Externe Mandate Valovis Bank AG Konzerninterne Mandate Deutsche Bank Nederland N.V.	Mitglied des Aufsichtsrats Member of the Supervisory Board
Annemarie Ehrhardt	Konzerninterne Mandate Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Gerhard Erb	Externe Mandate Bezirksbaugenossenschaft Altwürttemberg e.G.	Mitglied des Aufsichtsrats
Michele Faissola	Konzerninterne Mandate Deutsche Bank (Suisse) S.A. Deutsche Asset & Wealth Management	Chairman of the Supervisory Board Vorsitzender des Aufsichtsrats
Richard W. Ferguson	Konzerninterne Mandate DB U.S. Financial Markets Holding Corporation Deutsche Bank Americas Holding Corp. Deutsche Bank Securities Inc.	Member of the Board of Directors Member of the Board of Directors Member of the Board of Directors

Mitarbeiter der Deutschen Bank AG		
Mandatsinhaber	Mandatsunternehmen	Mandat
Dr. Roland Folz	Externe Mandate	
	Nürnberger Beteiligungs Aktiengesellschaft	Mitglied des Aufsichtsrats
	Studio Babelsberg AG	Vorsitzender des Aufsichtsrats
	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Asset & Wealth Management Investment GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Paul G. Fraser	Konzerninterne Mandate	
	German American Capital Corporation	Member of the Board of Directors
Wolfgang Gaertner	Konzerninterne Mandate	
	DB Investment Services GmbH	Vorsitzender des Aufsichtsrats
	Deutsche Bank Società per Azioni	Member of the Supervisory Board
James Gnall	Konzerninterne Mandate	
	DB Energy Trading LLC	Member of the Board of Directors
	Deutsche Bank Securities Inc.	Member of the Board of Directors
Joachim Häger	Konzernintern Mandate	
	Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Carmen Herbstritt	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Member of the Supervisory Board
	Deutsche Holdings (Luxembourg) S.à.r.l.	Member of the Supervisory Board
	Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA	Mitglied des Aufsichtsrats
Henning Heuerding	Konzerninterne Mandate	
	Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats
Majid Julfar	Externe Mandate	
	United Daipara Dairies	Member of the Board of Directors
Thomas Keller	Externe Mandate	
	GEZE GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Susanne Kloess	Externe Mandate	
	Eurex Frankfurt AG	Mitglied des Aufsichtsrats
	Konzerninterne Mandate	
	BHW Bausparkasse AG	Mitglied des Aufsichtsrats
	Deutsche Bank Bauspar AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Stefan Knoll	Konzerninterne Mandate	
	Postbank Filialvertrieb AG	Mitglied des Aufsichtsrats
	Konzerninterne Mandate	
	RREEF Investment GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Caio Koch-Weser	Externe Mandate	
	BG Group plc	Member of the Board of Directors
Frank Kuhnke	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Nederland N.V.	Member of the Supervisory Board
	DWS Investment S.A.	Mitglied des Verwaltungsrats
Britta Leheldt	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Bauspar AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Marc Melzer	Externe Mandate	
	Investitionsbank Sachsen-Anhalt	Mitglied des Verwaltungsrats
Michael Münch	Externe Mandate	
	Berlin Phil Media GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Nikitas Psyllakis	Konzerninterne Mandate	
	DB Consorzio S.c.a.r.l.	Member of the Board of Directors
	Deutsche Bank (Malta) Ltd.	Member of the Board of Directors
Andreas Rathmann	Konzerninterne Mandate	
	DB Service Centre Limited	Member of the Board of Directors
	Sal. Oppenheim jr. & Cie. Luxembourg S.A.	Mitglied des Verwaltungsrats
Joseph Rice	Konzerninterne Mandate	
	DB Holdings (New York), Inc.	Member of the Board of Directors
	DB Structured Derivative Products, LLC	Member of the Board of Directors
	German American Capital Corporation	Member of the Board of Directors
Dr. Christian Ricken	Externe Mandate	
	Hua Xia Bank Company Limited	Member of the Board of Directors
	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG	Mitglied des Aufsichtsrats
	Deutsche Postbank AG	Mitglied des Aufsichtsrats

Mitarbeiter der Deutschen Bank AG		
Mandatsinhaber	Mandatsunternehmen	Mandat
Dr. Herbert Schäffner	Externe Mandate	
	BHS tabletop AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Dwight Silvera	Konzerninterne Mandate	
	DB Structured Products, Inc.	Member of the Board of Directors
Scott Simon	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Securities Inc.	Member of the Board of Directors
M. Eric Smith	Konzerninterne Mandate	
	DB U.S. Financial Markets Holding Corporation	Member of the Board of Directors
	Deutsche Bank Americas Holding Corp.	Member of the Board of Directors
	Deutsche Bank Trust Company Americas	Member of the Board of Directors
Till Staffeldt	Deutsche Bank Trust Corporation	Member of the Board of Directors
	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG	Mitglied des Aufsichtsrats
	Deutsche Bank Società per Azioni	Mitglied des Aufsichtsrats
Werner Steinmüller	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Nederland N.V.	Chairman of the Supervisory Board
	Deutsche Postbank AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Peter Tils	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Polska S.A.	Chairman of the Supervisory Board
	OOO „Deutsche Bank“	Member of the Supervisory Board
	Public joint-stock company „Deutsche Bank DBU“	Chairman of the Supervisory Board
Christof von Dryander	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Asset & Wealth Management Investment GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Wilhelm von Haller	Externe Mandate	
	Aesculap AG	Mitglied des Aufsichtsrats
	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Österreich AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Karl von Rohr	Deutsche Oppenheim Family Office AG	Mitglied des Aufsichtsrats
	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Member of the Supervisory Board
Nikolaus von Tippelskirch	Deutsche Postbank AG	Mitglied des Aufsichtsrats
	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank (Suisse) SA	Mitglied des Verwaltungsrats
	Deutsche Holdings (Luxembourg) S.à.r.l.	Member of the Supervisory Board
David Waill	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Trust Company Americas	Member of the Board of Directors
	Deutsche Bank Trust Corporation	Member of the Board of Directors
Ulf Wokurka	Externe Mandate	
	JSC Halyk Bank of Kazakhstan	Member of the Board of Directors
	Kazakhstan Development Bank Joint-Stock Company	Member of the Supervisory Board
	Sekerbank T.A.S.	Member of the Board of Directors
Dr. Tanja Zschach	Externe Mandate	
	Thüringer Aufbaubank, Anstalt des öffentlichen Rechts	Stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrats

Frankfurt am Main, den 4. März 2015

Deutsche Bank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Jürgen Fitschen



Anshuman Jain



Stefan Krause



Stephan Leithner



Stuart Lewis



Rainer Neske



Henry Ritchotte



Christian Sewing

3

Bestätigungen

- 185 Versicherung der gesetzlichen Vertreter
- 186 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss der Deutsche Bank AG ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Bank AG vermittelt und im Lagebericht der Deutschen Bank AG der Geschäftsverlauf einschließlich der Geschäftsergebnisse und die Lage der Deutschen Bank AG so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Deutschen Bank AG beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 4. März 2015



Jürgen Fitschen



Anshuman Jain



Stefan Krause



Stephan Leithner



Stuart Lewis



Rainer Neske



Henry Ritchotte



Christian Sewing

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

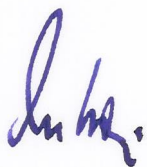
Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 6. März 2015

KPMG AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Pukropski

Wirtschaftsprüfer



Beier

Wirtschaftsprüfer

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Taunusanlage 12
60262 Frankfurt am Main
Telefon: (0 69) 9 10 00
deutsche.bank@db.com

2015

Wichtige Termine

29. April 2015
Zwischenbericht zum 31. März 2015

21. Mai 2015
Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)

22. Mai 2015
Dividendenzahlung

30. Juli 2015
Zwischenbericht zum 30. Juni 2015

28. Oktober 2015
Zwischenbericht zum 30. September 2015

2016

Wichtige Termine

28. Januar 2016
Vorläufiges Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2015

15. März 2016
Geschäftsbericht 2015 und Form 20-F

28. April 2016
Zwischenbericht zum 31. März 2016

19. Mai 2016
Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)

20. Mai 2016
Dividendenzahlung

28. Juli 2016
Zwischenbericht zum 30. Juni 2016

27. Oktober 2016
Zwischenbericht zum 30. September 2016